



## Kritik des „Friedenspfades“ der Friedensstiftung Günter Manzke

Zur Lüneburger „Erinnerungskultur“ im  
öffentlichen Raum und vom Versuch, sich  
die Vergangenheit zurechtzubiegen



**Verfasser und Herausgeber:**

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten  
Kreisvereinigung Lüneburg  
Gewerkschaftshaus  
Heiligengeiststraße 28  
vvn-bda-lg@web.de  
www.vvn-bda-lg.de

Druck: Campus-Copy, Universität Lüneburg  
Auflage: 300

Lüneburg, April 2016

*Titelfoto:*

*Einweihung des Friedenspfades der Günter Manzke Stiftung am 23. August  
2014 im Lüneburger Theater: Begrüßungsküsschen und Proteste*

Wir bedanken uns für die finanzielle Unterstützung bei der  
Herausgabe dieser Broschüre beim Studentenparlament der  
Universität Lüneburg und der Landesvereinigung der VVN-BdA



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Grundsätzliche Kritik an der Konzeption und Systematik des Friedenspfades	7
1: Zur Firmengeschichte des Sponsors des Friedenspfades	12
2: Reiterdenkmal für die Toten des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16	25
3: Denkmal für die Toten des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71; Friedenseichen	31
4: Kalandhaus, Ort des Gedenkens an das Außenlager des KZ-Neuengamme	33
5: Stolpersteine; Ort des Gedenkens an die Ermordung der Sinti und Roma	35
6: St. Johanniskirche, Epitaphien und Fensterstiftungen	36
7: Museum Lüneburg, Ort des Gedenkens an die Opfer von Luftangriffen	37
8: Güterbahnhof, Ort des Gedenkens an die Ermordung von KZ-Häftlingen	38
9: Gedenkstein zur Erinnerung an die Deportierten der NS-Zeit	39
10: Ort des Gedenkens „Gaubefehlsstand der NSDAP“	41
11: Ort des Gedenkens an die Synagoge und die jüdische Gemeinde	44
12: Reiterdenkmal für die Toten des Kavallerie-Regiments 13	46
13: Gedenkstein an den ersten Sieg der Verbündeten im „Befreiungskrieg“ am 2. April 1813	51
14: Stolperstein, Ort des Gedenkens an die Opfer der NS-Psychiatrie	53
15: St.Nicolai-Kirche Memorialstein für Hinrik Viscule; Gedenktafel für Günther Smed	54
16: Justizvollzugsanstalt, Ort des Gedenkens „Gerichtsgefängnis“	59
17: Denkmal für Johanna Stegen	63
18: Mahnmal für die Kriegsgefangenen	67
19: Ort des Gedenkens „Gestapo-Zentrale“	69
20: Ort des Gedenkens „Sprigintgut-Turm“; Denkmal für die Toten der 110. Infanterie-Division	70
21: Gedenkstein „Eiserner Vorhang“; Obelisk für die Flüchtlinge aus Eichenbrück/Wagrowiec, Polen	77
22: St. Michaeliskirche, Grablege der Herzöge von Lüneburg; Garnisonskirche	79
23: Gedenkstein an die St. Ursula-Nacht 1371	81
24: Ostpreußisches Landesmuseum, Mahnmale der Flucht und Vertreibung	82



## Vorwort

Von der „Friedensstiftung Günter Manzke“ wurde in Lüneburg im Jahre 2014 ein „Friedenspfad“ installiert und am 23. August d. J. öffentlich eingeweiht. Es handelt sich hierbei um einen „Stadtrundgang zu Denkmälern und Orten des Gedenkens in Lüneburg“ im Bereich des engeren Stadtgebiets. Mit einem Informations-Faltblatt (erhältlich am Touristen Info-Point im Rathaus) wird zum Besuch dieser 24 Orte eingeladen. An den in diesem Faltblatt beschriebenen und zum Aufsuchen empfohlenen Orten wurden „Erklärungstafeln“ angebracht, um den Betrachtern/-innen nähere Informationen über diese Gebäude und Denkmale zu liefern. Alle Tafeln sind mit dem Manzke-Logo und einem Hinweis auf die Manzke-Stiftung versehen. Auf einigen dieser Erklärungstafeln sind zudem QR-Codes angebracht, um den Besuchern/-innen an Ort und Stelle über das Internet weitere Informationen zu liefern. Zur Realisierung dieses Vorhabens stellte die Stiftung 30.000 Euro bereit.<sup>1</sup>

Um diesen Friedenspfad gab es bereits während der Konzeptions- und Entstehungsphase eine sehr kontroverse Debatte, die nach der Herausgabe des Prospekts, der Installation der Erklärungstafeln und mit der Einweihung des Pfades noch an Heftigkeit zunahm und die bis heute anhält.

Mit dieser Schrift stellen wir unsere Kritik am Friedenspfad umfassend dar. Wir hoffen damit unserer Kritik an diesem Friedenspfad mehr Gehör zu verschaffen, die bislang von der Kommunalpolitik und von der Manzke-Stiftung ignoriert, als auch von der örtlichen Presse überwiegend negiert wurde.

In einem ersten ausführlichen Teil formulieren wir unsere grundsätzliche Kritik an diesem Friedenspfad; an den politischen Implikationen der „Friedensstiftung G. Manzke“ im kommunalpolitischem Gefüge Lüneburgs, an der Entstehungsgeschichte, an der politischen Grundkonzeption und der Systematik des Friedenspfades. Ein zweiter Teil fragt nach dem Finanzier des Friedenspfades, dem Wirken des Sponsors auf wirtschaftlichem Gebiet und seinem politischem Umfeld, um Einfluss- und mögliche Erwartungshaltungen deutlich zu machen. In einem dritten Teil werden in dieser Schrift Informationen zu den einzelnen Stationen des Friedenspfades geliefert. Die Darstellungen der Friedenspfad –Akteure werden dabei kritisch beleuchtet. Vielfach musste dafür eine ausführliche Schilderung der historischen Ereignisse erfolgen; an anderen Stationen genügte ein kürzerer Hinweis und ein Verweis auf Veröffentlichungen.

Wir beziehen uns hier ausschließlich auf die im öffentlichen Raum durch Prospekt und Tafeln vorgetragene Geschichtsdeutung des Friedenspfades, nicht auf die zusätzlichen Informationen der Manzke-Stiftung im Internet. Diese sind

<sup>1</sup> LZ v. 1.10.2012

zwar über einen QR-Code abrufbar, spielen aber in der Praxis am Ort des Gedenkens kaum eine Rolle.<sup>2</sup>

Die Besonderheit und hohe Bedeutung dieses Friedenspfades liegt für uns weniger darin, dass den vorliegenden Schriften über die Geschichte einzelner Denkmäler und spezifischer Orte in Lüneburg eine weitere hinzugefügt wurde, sondern in der öffentlichen, permanenten und unübersehbaren Präsenz einer bestimmten Geschichtsdeutung in Gestalt dieses Friedenspfades. Durch die Installation „erklärender Tafeln“ und den zusätzlich an einigen Stationen selbstherrlich angebrachten Gedenktafeln mit ihrer spezifischen Darstellung der Historie des Ortes dominiert von nun an erstmalig und einzigartig eine (rechts-)konservative Geschichtsinterpretation den öffentlichen Raum.<sup>3</sup>

Dies gilt umso mehr, als der Friedenspfad sich vorübergehenden Touristen und Einheimischen als schnelle und vielleicht willkommene Basis-Information andient und dabei historische Wahrheit suggeriert. Zwar erklären die Verfasser des Friedenspfad-Prospektes, dass sie nicht die Deutungshoheit über die Geschichte Lüneburgs beanspruchen, aber faktisch setzen sie diese Hoheit durch. Sie lassen auf den Info-Tafeln keinen Platz für alternative historische Sichtweisen und Erfahrungen etwa durch die Bereitstellung von zusätzlichen Beschriftungsmöglichkeiten und abweichende Sichtweisen oder die Möglichkeit, durch künstlerische Ausdrucksweisen die Gedenkort zu verändern.<sup>4</sup> Auf den Tafeln aufgetragene Kurzmeinungen werden illegalisiert und strafrechtlich verfolgt.<sup>5</sup> Da der Friedenspfad sich zudem nicht auf einige wenige markante Orte und Stationen begrenzt, sondern für sich in Anspruch nimmt, „einen Überblick über friedenspolitisch bedeutsame Gegebenheiten der gesamten Stadtgeschichte“ vorzustellen, berührt er mit seiner dominant dargestellten Geschichtsinterpretation unser Selbstverständnis als Bewohner/-innen dieser Stadt und als antifaschistische Organisation. Grund genug, sich über die Herausgabe dieser Informationsschrift ausführlich mit dieser Art der „Lüneburger Erinnerungskultur“ auseinander zu setzen.

Finanziert wurde der Friedenspfad von der „Friedensstiftung Günter Manzke“<sup>6</sup>, eine Stiftung, die 1995 von der Unternehmensfamilie Manzke eingerichtet wurde. Seither wurden von dieser Stiftung zumeist jährlich an verschiedene örtliche Initiativen „Friedenspreise“ vergeben. Dadurch wurde deren Tätigkeit auch finanziell honoriert. Als Stiftungsmotivation nennt die Stiftung eine „Dankbarkeit für die vergangenen 50 Jahre in Frieden, in denen sich

das Unternehmen positiv entwickelte und seine Familie es zu Wohlstand bringen konnte.“

Während in der Vergangenheit die Manzke-Friedensstiftung als reaktiver Sponsor auftrat und sich damit begnügte, Aktivitäten anderer Gruppen und Organisationen als Preisträger zu honorieren und zu finanzieren, die sich „in besonderer Weise um den inneren Frieden, eine internationale Gesinnung und den Völkerverständigungsgedanken bemühen“, verlässt die Stiftung mit der Erstellung des Friedenspfades ihren eigenen Satzungsauftrag und greift selber als Akteur in die „Erinnerungspolitik“ ein.

Bei der genannten Stiftung handelt es sich um eine private Stiftung, die eigenständig und ohne öffentlichen Legitimationszwang entscheiden kann, an wen und für was das Stiftungsvermögen sowie die auf dem Stiftungskonto einbehaltenen Steuergelder und der Zinsertrag verwendet werden. 2010 betrug das Stiftungskapital 500.000 Euro, derzeit 750.000 Euro. Eine besondere Brisanz gerade dieser Stiftung ergibt sich aus der Person des Stiftungsgebers (bzw. seiner Nachkommen) als lokalpolitisch und –ökonomisch dominante Persönlichkeit als „Wirtschaftsführer“ mit seinen ihm in dieser Funktion eigenen Interessen. Eine Verquickung bzw. problematische Interessensüberschneidung bei einem derartigen Projekt liegt dabei auf der Hand.

Durch diese Art der Sponsoren-Finanzierung öffentlicher Angelegenheiten wie dem Friedenspfad durch die Manzke-Stiftung zeigt sich gleich ein doppeltes Demokratie-Problem, weil in dem Maße, in dem die steuerbefreiten (bzw. –verminderten) Einzahlungen auf Stiftungskonten zunehmen, die Steuergelder ausbleiben und damit (auch) den Kulturetats der Gemeinden immer weniger Gelder zur selbständigen Umsetzung derartiger Projekte zur Verfügung

## Friedensstiftung Günter Manzke

Die nach dem Firmengründer benannte Friedensstiftung Günter Manzke wurde 1995 gegründet. Der Zeitpunkt ergibt sich aus der deutschen Geschichte: 1995 – 50 Jahre nach Kriegsende wollte Eberhard Manzke ein Zeichen der Dankbarkeit setzen. Dankbarkeit für die vergangenen 50 Jahre in Frieden, in denen sich das Unternehmen positiv entwickelte und seine Familie es zu Wohlstand bringen konnte. Die Stiftung hat das Ziel, Friedensinitiativen zu fördern.

<sup>2</sup> Eine stichprobenartige Erhebung hat ergeben, dass im Untersuchungszeitraum von keinem Betrachter/Leser einer „erklärenden Tafel“ durch die Benutzung des QR-Codes am Ort weiterführende Informationen eingeholt wurden.

<sup>3</sup> Der Friedenspfad der Manzke-Stiftung scheint auch europaweit einzigartig zu sein. In Italien existiert ein Projekt gleichen Namens mit sehr abweichender Konzeption, eine 500

KM weitere Wegstrecke in den Alpen, die an Orte und Geschehnisse des 1. Weltkrieges erinnert. Vergl.:

[http://www.visittrentino.it/de/cosa\\_fare/da\\_vedere/dettagli/dett/sentiero-della-pace-1](http://www.visittrentino.it/de/cosa_fare/da_vedere/dettagli/dett/sentiero-della-pace-1)

<sup>4</sup> Siehe Station 2 „Reiterdenkmal für die Toten des 2. Hanoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16“

<sup>5</sup> Lünepost v. 27.8.2014

<sup>6</sup> <http://www.manzke.com/index.php?id=66>

stehen. Eine klassische Umverteilung von Finanzen (und damit Macht und Einflussmöglichkeit) vom öffentlichen, parlamentarisch-kontrollierten, auf den privaten Sektor. Zum anderen zeigt sich, dass bei den parlamentarischen Entscheidungsinstanzen (Kulturausschuss, Rat der Stadt) diese u. ä. Stiftungsprojekte in der Regel auf eine sehr positive Resonanz stoßen, was darin begründet liegt, dass dadurch bestimmte Projekte umgesetzt werden können, ohne den städtischen Haushalt zu belasten. Wie schnell dabei grundsätzliche und vehement vorgetragene Positionen des Kulturamtes im Bereich der Erinnerungskultur aufgegeben werden zugunsten des Anliegens der Friedenspfad-Akteure, wird am Beispiel der Stationen 10 und 16 („Ort des Gedenkens ‚Gaubefehlsstand der NSDAP‘“ und „Justizvollzugsanstalt, Ort des Gedenkens ‚Gerichtsgefängnis‘“) geschildert. Hier wird der inhärente Druck der Sponsoreninteressen auf die Politik besonders deutlich. Abweichende Stellungnahmen und weitere Vorschläge werden angesichts der Finanzkraft der Stiftungen im parlamentarischen Raum leicht negiert. Die Politik verweist in solchen Fällen, wie auch der Kulturausschuss Lüneburgs nach einer dort vorgebrachten Kritik an der Konzeption des Friedenspfades,<sup>7</sup> auf ein Vertrauen in die lauterer Absichten der Akteure. Die Manzke-Stiftung erklärt, dass dieses Projekt lediglich „im Benehmen“ mit der Politik entwickelt werden müsse.<sup>8</sup>

Auf der Strecke bleiben demokratisch-parlamentarische Verfahren: Die Bürger/-innen werden nicht zum Diskurs und zur Diskussion eingeladen, sondern es verbleibt ihnen lediglich per Flugzettel oder per Leser/-innen/brief in der örtlichen Presse eine (zumal zensierte) begrenzte Möglichkeit zur Stellungnahme, ohne bedeutungsvollen Einfluss auf die Diskussion oder gar Entscheidung nehmen zu können.

Vorgestellt wurde das Projekt des Friedenspfades im Oktober 2012 in der Lüneburger Presse zunächst als Rundgang zu den zahlreichen Kriegerdenkmälern der Stadt: „Ziel ist es, einen Friedenspfad anzulegen, der die einzelnen Lüneburger Kriegerdenkmäler verbindet. Jedes Denkmal soll laut Thamm eine gut recherchierte und gut lesbare Erklärungstafel erhalten.“<sup>9</sup>

Gegen die Einrichtung eines solchen Rundgangs gab es zunächst keine Einwände, weil von Dr. Werner Preuß im selben Jahr eine überaus lesenswerte Schrift vorgelegt wurde,

die diese Kriegerdenkmäler kritisch untersucht und beschreibt<sup>10</sup> und mit ihm als Mitarbeiter des geplanten Friedenspfades eine hinreichend kritische Deutung der Geschichte dieser Denkmale gewährleistet schien. Auch die Erfahrung mit dem Projektleiter Herrn Pastor Folker Thamm (zugleich Vorsitzender des Stiftungsrates der G.-Manzke-Friedensstiftung), wies darauf hin, dass dieses Kriegerdenkmal-Projekt keinen apologetischen Impetus erfahren werde. Folker Thamm war Jahre zuvor der Verantwortliche für ein ähnliches und überaus kritisches kirchliches Kriegerdenkmal-Projekt (seinerzeit als Ausstellung konzipiert) mit antifaschistisch-antimilitaristischer Ausrichtung unter dem Titel: „Es sind eure Kriege, aber unsere Toten“.

## Geschichte will gestaltet werden

Stiftung Günter Manzke stößt neues Projekt an: Friedenspfad soll Kriegsdenkmäler verbinden – Firma feiert Jubiläum



Professor Dr. Werner Preuß (z.v.r.) und Dr. Michael Ebert (z.v.r.) erhielten die Friedenspreise 2012 der Friedensstiftung Günter Manzke. Die Laudatio hielt Stiftungsratsvorsitzender Folker Thamm (r.), erste Gratulanten waren Felix (l.) und Eberhard Manzke. Foto: be

Friedenspreis 2012 der Manzke-Stiftung für die Planer eines Friedenspfades, der „Kriegerdenkmäler verbinden soll“. LZ v. 1.10.2012, Ausriss

Diese Sichtweise des Dualismus' zwischen den Kriegsführern und Kriegsoffern wird mit dem Friedenspfad vollständig verlassen und jetzt eine Perspektive des „gegenseitigen Verständnisses“ eingenommen. Seinerzeit wurden die Interessen Deutschlands allerdings noch nicht in Jugoslawien oder am Hindukusch „verteidigt“, d. h. der nächste Krieg mit deutscher Beteiligung lag noch in einiger Ferne.

Aus welchem Grunde auch immer die gravierende Umorientierung während der Phase der Projektentwicklung vorgenommen wurde (möglicher Weise wurde es auch aus lediglich taktischen Gründen als ein solches vorgestellt): Aus dem zunächst vorgestellten Antikriegs- (Kriegerdenkmals)rundgang wurde ein „Lüneburger Friedenspfad“ entwickelt und umgesetzt, der eine völlig andere Konzeption zeigt.

<sup>7</sup> vorgetragen am 17.9.2013 von einem Mitglied der VVN-BdA

<sup>8</sup> <http://www.friedenspfad-lueneburg.de/>

<sup>9</sup> LZ v. 1.10.2012

<sup>10</sup> Werner H. Preuß, Lüneburger Denkmale, Brunnen und Skulpturen, Kunst im öffentlichen Raum, Lüneburg 2010

## Grundsätzliche Kritik an der Konzeption und Systematik des Friedenspfades

1. Normalerweise sollte die Installation eines solchen Friedenspfades den Ansprüchen der Öffentlichkeit nach einem offenen und transparenten Verfahren gerecht werden. Stattdessen haben die Projektmacher die interessierte Öffentlichkeit vollständig ignoriert bzw. übergangen. Es wurde kein Projektpapier entwickelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es gab keine Info- und Diskussionsveranstaltungen, wie sie heutzutage bei fast jeder Umgestaltung von örtlichen Gegebenheiten durchgeführt werden. Demokratische Mitsprache und Teilhabe Interessierter war bei den Verantwortlichen nicht vorgesehen.

2. Ausweislich ihrer Selbstdarstellung<sup>11</sup> wurde dieses Projekt der „Friedensstiftung Günter Manzke“ von einem Projektleiter, Herrn Pastor Folker Thamm und zwei Lehrkräften (Herr Prof. Dr. Werner H. Preuß, Honorarprofessor an der Universität Lüneburg und Herr Dr. Michael Ebert, Lehrer am Gymnasium der Wilhelm Raabe Schule) entwickelt. Ohne die Kompetenz der genannten Persönlichkeiten in ihren Fachgebieten in Zweifel zu ziehen, offenbart sich hier doch ein Mangel an Qualifikation hinsichtlich der NS-Lokalgeschichte und der Grundlagen einer demokratischen Erinnerungskultur. Bei der Station 20 des Friedenspfades („Denkmal für die Toten der 110. Infanterie-Division“) musste auf Intervention hin im September 2015 der unhaltbare ursprüngliche Text der Info-Tafel bereits gegen eine zweite, überarbeitete und deutlich ergänzte Fassung ausgetauscht werden.<sup>12</sup>

3. Die Verantwortlichen des Friedenspfades vermieden von Anfang ihrer Planung an bis zur Realisierung des Projektes eine Zusammenarbeit mit jenen Organisationen, die sich in Lüneburg bereits jahrzehntelang über eigene Forschung und Bildungsarbeit ausgewiesen haben; sei es als „Freizeit-Experten“ oder als professionelle Mitarbeiter/-innen in Sachen „NS-Lokalgeschichte“. Eine Einbeziehung der „Geschichtswerkstatt Lüneburg“, der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg“ und der „Vereinigung der Verfolgten des

Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ stand für die Protagonisten des Friedenspfades ganz offensichtlich nicht an.

Zwar wurde von den Friedenspfad-Akteuren bisweilen bei den genannten Organisationen nachgefragt, um sich eine Sachauskunft einzuholen, aber zu einer Diskussion war man nicht bereit und an einer Mitentscheidung über die Konzeption des Friedenspfades nicht interessiert.

4. Links liegen gelassen bei der Konzeption und Realisierung des Friedenspfades wurde eine weitere Einrichtung - die „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“. Diese Stiftung will „dazu beitragen, dass das Wissen über das historische Geschehen in den Jahren 1933 bis 1945, insbesondere über die Geschichte von Verfolgung und Widerstand auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen, im Bewusstsein der Menschen wach gehalten und weiter getragen wird.“<sup>13</sup> Sie verbindet nach eigenen Worten „staatliche Verantwortung und bürgerschaftliches Engagement für die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus und die Erinnerung an seine Opfer in Niedersachsen.“ Die 'Euthanasie'-Gedenkstätte Lüneburg, die örtliche Geschichtswerkstatt und VVN-BdA stehen in regelmäßigem Kontakt zur Stiftung, nehmen an deren Fortbildungsangeboten teil und werden auch zuweilen durch die Stiftung finanziell bei einzelnen Projekten gefördert. Auch hier kann begründet vermutet werden, weshalb die Friedenspfad-Akteure einen Kontakt mit dieser Einrichtung vermieden: Schon der o. g. Gesetzauftrag (im Übrigen verabschiedet unter der konservativen Regierung Christian Wulf) widerspricht einer Gedenk-Konzeption, wie sie im Friedenspfad realisiert wurde. Bei einer Kurz-Vorstellung des Pfades am 23.1.2014 auf einer Stiftungstagung zum Thema „Differenziertes Gedenken an Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft: Kontroversen um Mahnmale und Gedenkfeiern“ durch Mitglieder der Lüneburger „Initiative Dragoner-denk-mal-nach!“ stieß die Konzeption des Friedenspfades auf allgemeine Verwunderung und Ablehnung, auch durch die Gedenkstätten- und Stiftungsleitung.

LZ v. 4.9.2014

## Mahner sehen sich beim Friedenspfad ausgegrenzt

„Sehnsucht nach Leben in Freiheit“, LZ vom 25. August

Die Friedensstiftung Günter Manzke weihte den Lüneburger Friedenspfad ein. Mit einem Festakt im TNT-Studio wurde der Friedenspfad mit geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft,

Kultur und Medien, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit am 23. August offiziell eingeweiht.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass zu diesem Anlass die Geschichtswerkstatt Lüneburg e.V., die seit nunmehr 27 Jahren

die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und deren Folgen in zahlreichen Publikationen, Rundgängen und Zusammenarbeit mit den Schulen zu ihrem Thema gemacht hat, nicht zu dieser Veranstaltung eingeladen wurde.

Bedauerlich auch, dass bereits im Vorfeld die Einwände zur Gestaltung des Flyers kein Gehör fanden. Es stellt sich die Frage, ob Erinnerungskultur der Stadt Lüneburg in kommerzielle Hände gelegt werden soll und die Recherchen und

Meinungen der Geschichtswerkstatt und andere ehrenamtliche Vereine nicht mehr gefragt sind. Kann Lüneburg auf diese Mahner verzichten?

Geschichtswerkstatt Lüneburg e.V.  
1. Vorsitzende Maren Hansen

<sup>11</sup> <http://www.friedenspfad-lueneburg.de/>

<sup>12</sup> In der Selbstdarstellung der Akteure werden keine Angaben über die interne Arbeitsteilung bei der Entwicklung der Konzeption sowie der Formulierung einzelner Prospekt- und Tafeltexte des Friedenspfades gemacht. Deswegen kann in dieser Schrift bei unserer Kritik auch keine personelle Zuordnung vorgenommen

werden. Unsere Kritik richtet sich deshalb notgedrungen an alle drei genannten Herren, unabhängig von ihrer individuellen Verantwortlichkeit.

<sup>13</sup> Gesetz über die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten § 2, Abs. 1 vom 18.11.2004

5. Es muss angenommen werden, dass der Friedenspfad nicht in erster Linie konzipiert wurde, um bei Besuchern und Einheimischen über die Form eines Stadtrundgangs ein vorhandenes Bedürfnis nach Information über Orte der Lüneburger NS-Geschichte zu stillen, sondern um die bislang auf diesem Sektor formulierte örtliche NS-Geschichte umzudeuten. Stadtrundgänge zur NS-Geschichte werden von der Geschichtswerkstatt Lüneburg seit vielen Jahren in geführter Form durchgeführt und auch schriftlich. Für die eigenständige Spurensuche liegt ein solcher Rundgang seit 1992 als Broschüre vor, die im Laufe der Zeit immer wieder überarbeitet wurde. Zuletzt erschien sie 2012 in einer 3. überarbeiteten und erweiterten Auflage, die sehr stark nachgefragt wird und auf großes Interesse stößt.<sup>14</sup>

Von der Form her orientiert sich das Faltblatt des Friedenspfades an der genannten Schrift der Geschichtswerkstatt. Mit Hilfe eines Stadtplanes werden die Teilnehmer/-innen des Stadtrundgangs auf einem vorgegebenen Weg durch die Stadt geführt und an bestimmten Stellen auf die lokalhistorische Bedeutung des Ortes verwiesen. Diese wird in einer Foto/Text-Kombination vorgestellt und erläutert.

Die sehr unterschiedlichen Ansätze beider Stadtrundgänge sind bereits im Vorwort deutlich zu erkennen: Während das Friedenspfad-Faltblatt in seinem Vorwort mit Blick auf die örtlichen Täter und Opfer sowie deren Nachkommen heute zur Überwindung „einer gespaltenen Erinnerung in einst gegnerische politische und gesellschaftliche Gruppen“ auffordert und „zur gesellschaftlichen Integration beitragen“ will, begründet der antifaschistische Stadtrundgang die Notwendigkeit einer kritischen Beschäftigung mit der Lüneburger NS-Geschichte antirassistisch und mit Verweis auf die Gegenwart, „... in der auf deutschen Straßen Ausländer angegriffen und Brandflaschen gegen Unterkünfte von Asylbewerbern und KZ-Gedenkstätten geschleudert werden...“

Entsprechend oberflächlich und im konservativen Duktus, oftmals auch NS-apologetisch, sind die einzelnen Textbeiträge des Friedenspfades gehalten, wogegen der antifaschistische Stadtrundgang eine kritische Sichtweise der NS-Geschichte präsentiert. Überdeutlich wird, dass die Konzeption des Friedenspfades die Idee und Praxis des Stadtrundganges der Geschichtswerkstatt ersetzen und diese durch eine unkritische Interpretation der NS-Stadtgeschichte ablösen will. In diesem Kontext erklärt sich auch, warum die Macher des Friedenspfades jede substantielle Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt ablehnten.

6. Dabei scheint es den Friedenspfad-Akteuren nicht ausschließlich darum zu gehen, eine konservative Konkurrenz zum Stadtrundgang der Geschichtswerkstatt zu bieten, son-

dern in erster Linie im öffentlichen Raum eine Dominanz ihrer einseitigen Deutung der lokalen Zeitgeschichte zu etablieren, was sich auch an ihrer methodischen Konzeption zeigt.

Zwar folgt es einer nachvollziehbaren Logik, wenn die Teilnehmer des Friedenspfades nach dem Erwerb des Prospekts mit der Kurzbeschreibung der verschiedenen Stationen zum Aufsuchen dieser Orte angehalten werden um an Ort und Stelle über die Info-Tafeln „vertiefende Informationen“ zu erhalten. Am Ort angekommen werden diese vertiefenden Informationen jedoch nicht gegeben. Bis auf ganz wenige Ausnahmen sind die Texte des Prospekts völlig identisch mit jenen der dort angebrachten Info-Tafeln. Der Anspruch des Friedenspfades auf erhellende Information wird nicht eingelöst und interessierte Betrachter/-innen am Ort fragen sich, warum überhaupt an den Stationen Info-Tafeln angebracht wurden, wenn sie doch identisch sind mit jenen des Prospekts. Die Anbringung einer Stationsnummer würde völlig ausreichen. Hier zeigt sich einmal mehr, dass der Friedenspfad nicht in erster Linie als „angeleitet zu begehender“ Friedenspfad konzipiert und umgesetzt wurde. Im Vordergrund steht ganz augenfällig, mit Hilfe der Tafeltexte eine verharmlosende einseitige Deutung der Lokalgeschichte im öffentlichen Raum zu realisieren.

7. Die Friedenspfad-Akteure erklären zur Bedeutung ihres Pfades, dass „interessierte Lüneburger und Touristen den Informationstafeln auf dem Friedenspfad folgen und dabei die Geschichte sowohl der Stadt Lüneburg und ihrer Bürger/-innen, als auch ihre Rolle als Schauplatz der deutschen und europäischen Geschichte erschließen“<sup>15</sup> können. Man fragt sich, bei welcher der anempfohlenen Stationen sich eine europäische Geschichte dem Betrachter erschließen soll: Als Schauplatz mit solcher Bedeutung kann der Timeberg zwischen Deutsch Evern und Wendisch Evern gewertet werden, wo die Teilkapitulation der NS-Wehrmacht zwischen Dönitz' Verhandlungsführer Hans-Georg Friedeburg und Feldmarschall Bernard L. Montgomery am 4. Mai 1945 vereinbart wurde oder auch die sog. Möllering-Villa nahe Häcklingen. Ein Hinweis auf dieses Ereignis von europäischer Bedeutung vor den Toren der Stadt Lüneburg hingegen fehlt in dem Prospekt. Ein weiterer Schauplatz – der Ort der alten MTV-Turnhalle – in der der Bergen-Belsen-Prozess von 1945<sup>16</sup> stattgefunden hatte, ist den Friedenspfad-Akteuren keine eigene Station wert. Dieser wird lediglich nebenbei an anderer Stelle mit einem einzigen Satz erwähnt.

8. Bei den vom Friedenspfad ausgesuchten Stationen und Orten der Lokalgeschichte handelt es sich um ein Sammelsurium ganz verschiedener historischer Ereignisse. Eine ein-

<sup>14</sup> Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg unter dem Hakenkreuz. Ein antifaschistischer Stadtrundgang, Lüneburg 2012

<sup>15</sup> <http://www.friedenspfad-lueneburg.de/>

<sup>16</sup> Vergl.: VVN-BdA Lüneburg, „Aber sonst tut jeder, als sei nichts geschehen ...“, Der Lüneburger Bergen-Belsen-Prozess, Lüneburg 200

leuchtende Begründung für diese Auswahl geben die Friedenspfad-Akteure nicht. Der Friedenspfad empfiehlt ein Aufsuchen von verschiedenen Orten in der Stadt, die nichts miteinander zu tun haben: Die Gebeine der Billunger- und Welfen-Herzöge (zwischen 973 bis 1471) werden ebenso zur in Augenscheinnahme angeraten, wie der Ort des Gedenkens an die jüdische Synagoge (1894 bis 1938), der Kerker von Bürgermeister Springintgut (1455), der „Gaufehlsstand der NSDAP“ (1941 bis 1945) und ein Gedenkstein an die St.-Ursula-Nacht von 1371.

Bunt durcheinandergemischt werden Abwehrkämpfe örtlicher Patrizier gegen die Ansprüche bestimmter Fürstenhäuser im Mittelalter, die Bemühungen des aufstrebenden Bürgertums um die Durchsetzung von Machtpositionen, also bestimmte soziale Kämpfe in alter Zeit, mit den tödlichen Auswirkungen des deutschen Rassismus und Faschismus, mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ein halbes Jahrtausend später und unter dem Label „Friedenspfad“ zur Erkundung und Erschließung dargeboten. Ein Zusammenhang dieser verschiedenen Ereignisse und Geschehnisse und eine historische Bezugslinie ist nicht vorhanden, keine innere Logik. Außer, dass alle Geschehnisse und Orte irgendwas mit gesellschaftlicher Gewalt und Krieg/Frieden zu tun haben. Aber selbst diese diffuse Übereinstimmung wird nicht durchgehalten, wie der Hinweis auf die Grablage der Gebeine der Herzöge von Lüneburg deutlich macht. Der Friedenspfad zeigt insofern einen eklektizistischen Ansatz, weil er nicht ein in sich stimmiges Konzept zeigt, sondern eine Addierung von beliebigen historischen Ereignissen.

9. Darüber hinaus ist der Versuch, die völlig anders konnotierten Machtkonflikte des Mittelalters in eine Reihe mit jenen des deutschen Faschismus (und seiner Vorgeschichte) zu stellen unzulässig und höchst gefährlich, denn er verlässt den derzeitigen gesellschaftlichen Konsens, die Massenvernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime als „singuläres Ereignis“ zu begreifen. Die verbrecherische Einzigartigkeit des Massenmordes der Nazis in der gesamten Menschheitsgeschichte wird nivelliert und relativiert. Befördert wird damit schlichtes Denken wie: „Na ja, gekämpft und getötet wurde zu allen Zeiten.“<sup>17</sup> Der deutsche Faschismus verliert seine besondere Bedeutung und geht auf in Gesamtgeschichte der (Lüneburger) Vorfahren, einer Geschichte eben von Krieg und Gewalt.<sup>18</sup>

10. Dass diese „Neubewertung“ der deutschen Geschichte nicht lediglich die Nivellierung der Verbrechen des deutschen Faschismus intendiert, sondern zudem die Verbre-

cher- und Mörder(-gruppen) aktuell gesellschaftlich zu integrieren beabsichtigt, wird deutlich im Vorwort des Friedenspfad-Prospekts. Zur beabsichtigten Wirkung des Friedenspfades wird dort formuliert: „Verschiedene Institutionen, Vereine und Einzelpersonen gedenken oft exklusiv jeweils bestimmter historischer Ereignisse und Opfer. Diese gespaltene Erinnerung ist einst in gegnerischen und gesellschaftlichen Gruppen entstanden. Wir möchten diesen Zustand überwinden und zu Toleranz, gegenseitigem Verständnis und gesellschaftlicher Integration beitragen. (Die Geschichte Lüneburgs) hat viele Aspekte, die ... miteinander bestehen können.“

Abstoßender kann aus unserer Sicht, aus der Perspektive der Nazi-Verfolgten und Antifaschisten/-innen, keine zeitgeschichtliche Bildungsaktivität begründet werden, die sich überdies auch noch „Friedenspfad“ nennt: Es kann weder pädagogische/politische Absicht, noch das Ziel eines öffentlichen Denkmalsrundganges sein, nationalsozialistische Verbrechen, Militarismus und Inhumanität mit „Toleranz, gegenseitigem Verständnis und gesellschaftlicher Integration“ zu begegnen.

Eine „Exklusivität“ des Gedenkens an die Nazi-Wehrmacht (einschließlich der kaiserlich-militärischen Mordgesellen), wo die Neonazis ihre faschistischen Kriegshelden feiern oder ehemalige Nazi-Offiziere oder deren heutigen Gesinnungsfreunde ruhmreich der Nachwelt erklären, dass „ihre Gefallenen nicht tot sind“, wird hier ebenso ‚wertfrei und unvoreingenommen‘ beschrieben und gleichgestellt mit einer als „Exklusivität“ betitelten Art und Weise, mit der die (Nachkommen der) Nazi-Verfolgten der ermordeten Juden, Sinti und Roma, Euthanasie-Opfer, der KZ-Häftlinge und Anderer der „historischen Ereignisse und Opfer“ gedenken. Anstatt zu bedauern, dass vielfach die Erinnerung an Verbrechen, Strukturen und Ideologie des deutschen Faschismus abnimmt und damit auch zunehmend die Schranken zum völkischen und rassistischen Denken wieder fallen können (wie z. B. bei den Pegida-Aufmärschen und den Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte), stellt der Friedenspfad im Gegenteil ausdrücklich nationalsozialistische Verbrechen, Militarismus und Inhumanität als gedenk- und integrationswürdig dar. Der Friedenspfad will erklärtermaßen keinen Rundgang zum Gedenken an die Nazi-Opfer<sup>19</sup> und eine Aufklärung über die Nazi-Verbrechen und deren Täter, sondern er versucht eine Integration dieser Tätergruppen in ein Täter-Opfer-übergreifendes Gedenken. Damit verabschiedet sich das Friedenspfad-Projekt nicht nur von den antifaschistischen Grundpositionen am Ort, sondern von jeglicher demokratischer Gedenkkultur.

<sup>17</sup> Eine eindeutige Antikriegsposition wird dadurch vermieden, die Bedeutung des deutschen Faschismus als – in der Rückschau – deutlicher Bezugspunkt für den Kampf gegen derzeitige und künftige deutsche Kriege aufgegeben.

<sup>18</sup> Dieser Ansatz ist darüber hinaus anschlussfähig für eine neofaschistische Argumentation, die eine Nivellierung der

NS-Verbrechen mit dem Hinweis auf einen „Stolz auf das jahrhundertjährige Deutschtum“ zu begründen versucht und die NS-Geschichte als eine in der Gesamtschau „12-jährige Episode“ abtut.

<sup>19</sup> Dieses qualifiziert der Friedenspfad zudem als „exklusives Gedenken“ ab.

11. Besonders deutlich wird die Integrationsabsicht der Friedenspfad-Konzeption mit der Hereinnahme und der Beschreibung von „Kriegerdenkmälern“ verschiedener Militäreinheiten im Prospekt und den entsprechenden „erklärenden Tafeln“. Hier kommen apologetische Tendenzen besonders zum Ausdruck, weil die Texte darauf verzichten, die Ziele dieser Einheiten vorzustellen mit ihren Taten und Auswirkungen. Die Friedensstiftung sieht alle diese Soldatentoten als „Opfer“ von „Krieg“ und „Gewalt“ und findet kein Wort über deren Täterschaft. Dass z. B. die deutschen Faschisten ihre unvorstellbaren Verbrechen tatsächlich nur so lange begehen konnten, dass Auschwitz nur solange bestehen konnte, wie die Wehrmacht ihren Krieg führte, wird dabei unterschlagen. Auch eine kritische Reflexion und Beschreibung der Gründe für die Errichtung bzw. Versetzung der militaristischen Monumente fehlt völlig.

12. Der Friedenspfad wiederbelebt eine „Erinnerungskultur“, wie sie seit den 1960-er Jahren überwunden schien auch durch eine stark-positive Annotation der „gefallenen“ deutschen Soldaten und ihrer Militäreinheiten, der nationalistischen Darstellung „deutschen Leids“ in der Nachkriegszeit und der ausschließlichen Darstellung des NS-militärischen Widerstands 1944. Ein Hinweis auf den antifaschistisch-demokratischen Widerstand ab 1933 war den Friedenspfad-Akteuren keine Station oder Zeile wert. Weder ein Hinweis auf den Stolperstein für Hermann Reinmuth<sup>20</sup>, keine 50 Meter von ihrer Station 16 entfernt, noch eine erläuternde Zeile bei den Stationen 4, 8 oder 16. Keine Würdigung z.B. des früheren Volkshauses, wo an die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung am 2. 5. 1933 erinnert werden könnte oder auch vor den früheren Parteibüros von KPD und der SPD, an denen die Zerschlagung dieser Parteien und die Inhaftierung ihrer Führung dokumentiert werden könnte.

13. Der Friedenspfad folgt auch insofern dem (rechts-)konservativen Muster der 1960-er Jahre, als er zwar (auf seine Weise) einige wenige Hinweise gibt auf nationalsozialistische Machtausübung, die Frage der Entstehung dieser

Macht aber völlig außer Acht lässt. Weder der Anteil des Lüneburger Militärs (einschließlich der Garnisonsgeistlichen), der diversen Kriegervereinigungen, der durch die Presse transportierte völkische Nationalismus finden im Friedenspfad Erwähnung, noch die ideologische Verfasstheit der Lüneburger Intellektuellen und Beamtenschaft und die ökonomisch-politische Interessenslage des Bürgertums mit ihren Wirtschaftsverbänden.<sup>21</sup> Wo ist die Tafel des Friedenspfades vor der IHK, der Handwerkskammer, dem Verein Lüneburger Kaufleute und dem Arbeitgeberverband? Im Unterschied zum antifaschistischen Stadtrundgang der Geschichtswerkstatt spart der Friedenspfad alle Stationen und Orte aus, die auf ein Mitwirken des Lüneburger Bürgertums bei der Erringung und Festigung der Macht der Nazis hindeuten könnten.

14. Ist dieses (rechts-)konservativen Bild der 1960er-Jahre einmal gezeichnet, so ist der Weg zur Abwehr bzw. Teilung der Schuldfrage für Krieg und faschistische Verbrechen nicht mehr weit, was an der Auswahl des symbolischen Einweihungsdatums des Friedenspfades deutlich wird: Bezug nimmt hier die Friedensstiftung nicht auf ihre selbstproklamierten breitgefächerten sogenannten „Friedens-/Kriegsstationen“ des Mittelalters, des „Befreiungskrieges“ oder des I. Weltkrieges, sondern auf ein Ereignis und Datum während der faschistischen Zeit – in deutlicher Absicht.

Als Einweihungsdatum suchte sich die Manzke-Stiftung hier nicht den 30. Januar aus, um an die Übertragung staatlicher Macht an die Nazis zu erinnern, daran, wie alles anfang, oder an dessen Ende, den 8. Mai als Befreiungstag Deutschlands von der faschistischen Diktatur. Auch der 27. Januar etwa, der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz, der auch international als solcher begangen wird, war der Stiftung kein symbolisches Erinnerung wert, ebenso wenig wie die vielen anderen möglichen Kalendertage des Erinnerns wie etwa den 1. September (Überfall auf Polen) oder den 21. Juni (Beginn des Vernichtungsfeldzuges gegen die Sowjetunion). Alle diese Tage symbolisieren die deutschen Verbrechen (bzw. die Befreiung davon) und erinnern an deutsche Schuld.



<sup>20</sup> Siehe: VVN-BdA Lüneburg, Hermann Reinmuth, Christ. Humanist. Gewerkschafter, Sozialist, Eine Erinnerung an den Beamten der Lüneburger Bezirksregierung, Nazi-Widerständler und KZ-Häftling, Lüneburg 2012

<sup>21</sup> Siehe: VVN-BdA Lüneburg, Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung 1933 – einige Anmerkungen, Lüneburg 2013

Eine solche eindeutige Bezugnahme aber wollte die Friedensstiftung nicht zulassen: Sie stellte in den Mittelpunkt der Erinnerung den 23. August, den Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags („Hitler-Stalin-Pakt“) im Jahre 1939.

Wie immer dieser Nichtangriffsvertrag in seiner Bedeutung politisch und historisch bewertet wird<sup>22</sup>: Im Unterschied zu allen anderen (auch hier genannten) Erinnerungs- und Gedenktagen lässt er aus deutscher Perspektive eines zu, nämlich die Teilung der Schuldfrage, die Übertragung der Verantwortlichkeit auch auf eine zweite, nicht-deutsche Macht und mit Hinweis darauf eine Entlastung von deutscher Schuld. Ralf Giordano bezeichnet diese Sicht in seiner Schrift über „Die zweite Schuld der Deutschen“<sup>23</sup> bereits in den 1980-er Jahren als eine „Verleugnungsarbeit“, als kollektive Affekte der Schuldabwehr der Deutschen mit seinem Prinzip der Aufrechnung, der Kompensation: Taten und Opfer werden zu bloßen Verrechnungsobjekten des eigenen Bedürfnisses.<sup>24</sup> Diesem Prinzip der Schuldabwehr, von Giordano als individuelles Entlastungsverhalten beschrieben, verleiht die Manzkesche Friedensstiftung mit dieser Symbolik um die Friedenspfad-Einweihung, ganz im Duktus des Kalten Krieges, eine lokalpolitische öffentliche Bühne – und nimmt dabei sogar eine Anschlussfähigkeit nach ganz Rechtsaußen in Kauf.<sup>25</sup> Dass mit der Wahl dieses Datums von 1939 eine Erinnerung an die Verbrechen der Nazis in der Zeit zuvor, z. B. die Verfolgung Lüneburger Widerstandskämpfer/-innen ab 1933 und die „Überstellung“ der männlichen jüdischen Erwachsenen Lüneburgs in das Konzentrationslager Sachsenhausen 1938, ausgeklammert bleibt, wirft ein deutliches Zeichen auf Motivation und Absicht der Manzke-Stiftung.

Darüber hinaus zeigt die Manzke-Stiftung mit dieser Symbolik nicht lediglich ein allgemeines deutsches Entlastungsverhalten von faschistischer Schuld, sondern zielt auf die

Sowjetunion als „gleichberechtigten“ Mit-Verursacher des II. Weltkrieges. Damit setzt die Stiftung ihre Geschichtsdeutung auch unter diesem Aspekt auf dem Niveau der 1950er/60er-Jahre fort. Giordano nennt diese in die Vergangenheit verlagerte Schuldzuweisung auf das „Feindbild Sowjetunion“ einen „perversen Antikommunismus, heillos verstrickt in der NS-Vergangenheit“.<sup>26</sup>

Dass eine solche Symbolik, die Einweihung des Friedenspfades am Jahrestag des „deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag“ vorzunehmen, in den Reihen der jüdischen Gemeinden und der internationalen Organisationen der Widerstandskämpfer/-innen (FIR)<sup>27</sup> und zahlreicher Verbände ehemaliger KZ-Häftlinge auf große Ablehnung stößt, ficht die Manzke-Stiftung nicht an. Die Präsidenten der internationalen Häftlingsverbände der ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, Bergen-Belsen, Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen sowie der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Leiter des Berliner Büros des European Jewish Congress und Vertreter des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma warnten am 11. November 2011 in Brüssel mit Blick auf die Instrumentalisierung dieses Tages davor, „die Erinnerung an die unvergleichlichen Verbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Helfer auch in der Zukunft zu bewahren und nicht zu verfälschen.“ Die Jüdische Allgemeine Zeitung (v. 20. August 2009) weist darauf hin, dass „der Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts für einen erinnerungspolitischen Deutungskampf missbraucht wird“ und kommt zum Ergebnis: „So nimmt der Versuch, eine antitotalitäre Erinnerungskultur zu schaffen, eine bedenkliche Entkontextualisierung und Entdifferenzierung in Kauf, deren Folgen nicht absehbar sind.“

In Lüneburg aber regiert nach wie vor ein politisch-provinzieller Stammtisch.<sup>28</sup>

<sup>22</sup> Vergl.: Kurt Pätzold, Der Pakt der Diktatoren, in: ND v. 18.8.2012

<sup>23</sup> Ralph Giordano, Die zweite Schuld – oder von der Last, ein Deutscher zu sein, Hamburg 1897

<sup>24</sup> Ebenda, S. 34

<sup>25</sup> Die diversen Erklärungen zur Reduzierung der Schuld der Deutschen und zur Nivellierung der Nazi-Verbrechen, wie sie von der Rechtsaußen-Ecke vorgetragen werden, sind bekannt: „Konzentrationslager haben nicht die Nazis, sondern die Engländer erfunden.“ Oder: „Antisemitismus und Judenmord wurde nicht lediglich von den deutschen Nazis betrieben, sondern von der polnischen und baltischen Bevölkerung ebenso.“

<sup>26</sup> Ralph Giordano, Die zweite Schuld ..., S. 205 ff; Dass dieses „Feindbild Sowjetunion“, welches sich jahrzehntelang als quasi-Staatsdoktrin der Bundesrepublik bewahrte, selbst nach Auflösung und Verabschiedung des „Feindes“ übertragen werden konnte auf das kapitalistische Russland, ist derzeit zu beobachten im Zuge der sogenannten „Ukraine- und Krim-Krise“.

<sup>27</sup> Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehöriger der Anti-Hitler-Koalition und Verfolgter des Naziregimes aus über zwanzig Ländern Europas und Israels

<sup>28</sup> Der über die örtliche Presse dafür sorgt, dass antifaschistische Positionen diesen Mainstream nicht stören: Vier Presseerklärungen bzw. Leserbriefe an die LZ wurden nicht abgedruckt, ein gemeinsam von Geschichtswerkstatt, „Euthanasie“-Gedenkstätte“ und VVN-BdA verfasster Offener Brief an die Manzke-Stiftung ebenso wenig. Bei der Einweihung am 23. August 2014 an der Lindenstraße waren zwar Transparente und Protestplakate nicht zu übersehen (ein Gast fiel gar wegen dieser politischen Statements in Ohnmacht und musste mit einem Rettungsfahrzeug ins Krankenhaus verbracht werden). Die Redaktionen der LZ und der Lünepost brachten das Kunststück fertig, zwar halbseitig über die prominent besetzte Einweihung des Friedenspfades mit großformatigem Foto zu berichten, der Protestaktion allerdings lediglich abwertend einen Halbsatz zu widmen.

## Zur Firmengeschichte des Sponsors des Friedenspfades

„Eine halbe Million Kubikmeter Beton in zehn Jahren“

Als die örtliche Presse am 6.5.1972 in einem ganzseitigen Artikel über die wirtschaftlichen Erfolge von „Manzke-Beton“ und des Firmengründers Günter Manzke berichtete, befand sich Lüneburg im ungebremsen Bau-Boom. Anlass zu diesem Jubelbericht gab das zehnjährige Jubiläum dieses Transportbeton-Zweiges der Firmengruppe, das mit der Lieferung einer Betonladung auf die Baustelle von „Magnet-Keramik“ in der Vresdorfer Heide gefeiert wurde.<sup>29</sup> LZ-Chefredakteur Pless war ob der zu diesem Zeitpunkt bereits von „Manzke-Beton“ ausgelieferten und verbauten halben Million Kubikmeter Beton ganz aus dem Häuschen: „Ließe sich Lüneburgs Aufstieg vom provinziellen Beamtenstädtchen zu einem Regionalzentrum mit breitgefächelter Industrie in Tonnen ausdrücken, die halbe Million Kubikmeter Manzke-Beton wäre der wohl gewaltigste Brocken dieser Chronik aus Zement, Stahl und Kies.“ Und um den Leser/-innen eine Anschauung des Lüneburger Aufstiegs in Betonmasse dank der Firma Manzke zu ermöglichen, schob er gleich zwei Vergleiche hinterher: „Man muss sich Lüneburgs größten Platz Am Sande bis zur Höhe der St. Johannis-Uhr als einen Quader vorstellen. Das ungefähr sind 10 Jahre Manzke-Beton ... Mit einer halben Million Kubikmeter könnte man das Kirchenschiff von St. Michaelis ... mit 22 Meter Höhe nicht weniger als 20 mal mit Beton ausfüllen.“ Auch die Belastung der kommunalen Straßen mit Betonmischern des Manzke-Unternehmens galt als Erfolg: „Das Halbfabrikat Transportbeton aus dem Werk Volkstorf der Firmengruppe Manzke musste auf dem Weg vom Mischturm zum Kunden über eine Entfernung befördert werden, die 73 mal den Äquator umrundet hätte.“

Mit Lüneburg ging es also vorwärts und aufwärts: Manzke lieferte seinen Baustoff von den Werken an verschiedenen Standorten für viele Großprojekte wie z. B. den Elbe-Seitenkanal (Baubeginn: 1968), was zwar recht lukrativ war, weil schließlich insgesamt 1,3 Milliarden DM verbaut wurden, aber auch nicht so ganz einfach, denn schließlich mussten bestimmte militärische Vorgaben berücksichtigt werden wie die Tragfähigkeit des Beckens zur Aufstellung von Raketen-Systemen, die Einlagerung von Sprengsätzen an be-

stimmten Brückenköpfen und die Installierung von Sollbruchstellen, die, „wenn der Russe kommt“, gezündet und zur Überschwemmung und Verschlammung des Hinterlandes führen sollten. Der Russe kam zwar nicht, aber eine geplante Bruchstelle bei Erbstorf brach ungeplant kaum sechs Wochen nach Einweihung des Kanals, am 18.7.1976, und überschwemmte das Land mit über 50 Millionen Kubikmetern Wasser, riss Häuser und Bahndämme ein und entwurzelte Bäume, bis am Ende 15 Quadratkilometer „Land unter“ hatten und fast alle Verkehrswege überflutet waren.<sup>30</sup> Aber für die Bauwirtschaft hat jede Katastrophe auch sein Gutes: Mehr als 50 Millionen DM wurden ausgegeben, um den Kanal zu reparieren.<sup>31</sup> Für die Baumängel wurde im Übrigen nie jemand zur Rechenschaft gezogen.

Auch andere Großprojekte wurden während dieser Zeit mit Hilfe der Manzke-Baufirma umgesetzt wie das Kosmotel (heute „Seminaris“) und andere, ein neuer Stadtteil (Kaltenmoor) mit seinen Hochhäusern wurde aus dem Boden gestampft und in den Schubladen des ökonomisch-politischen Fachpersonals befanden sich Pläne zum Abriss und Neubau der westlichen Altstadt Lüneburgs in rationell-industrieller Bauweise, denn „das Zeitalter des manuellen Stein-auf-Stein-Bauens (sollte) allmählich abgelöst werden ...“<sup>32</sup>

Firmengründer Günter Manzke, 1923 im pommerschen Köslin geboren, galt den „Bau-Modernisierern“ als Vorbild: Als arbeitslos gewordener Fluglehrer von NS-Piloten suchte er sich nach 1945 ein neues Betätigungsfeld und machte sich 1958 „mit fliegerischem Draufgängertum“ in Volkstorf selbständig und eilte fortan von Erfolg zu Erfolg:<sup>33</sup> Der Idealtyp des neuen deutschen Mittelstands-Unternehmers schlechthin mit Ausblick auf weitere Expansion des Betriebes, den er in den Folgejahren zu einem Firmenverbund mit 15 Einzelbetrieben und zeitweise 300 Belegschaftsangehörigen ausbauen konnte. 1974 dann mit der Baukrise der Einbruch: Bei drei Betrieben seines Geflechts<sup>34</sup> sammelten sich Verbindlichkeiten in Höhe von 4,1 Millionen Mark an, die Manzke nicht mehr bedienen konnte. Er zahlte die Löhne an seine Arbeiter nicht mehr aus und musste Konkurs anmelden.<sup>35</sup> Da die Gläubiger keinen Kaufinteressenten fanden, sprang nun Günter Manzkes Sohn Eberhard ein, seinerzeit Volkswirtschaftspromovend in Österreich, und übernahm die lukrativen Teile des Unternehmens mit zunächst

<sup>29</sup> Dem Richtfest mit hochgradiger Feier-Prominenz und weiterem Jubelbericht in der LZ folgte bereits einige Jahre später der Konkurs dieser Firma, den LZ-Lesern im Kleingedruckten mitgeteilt unter „Bekanntmachungen“.

<sup>30</sup> Menschen kamen dabei zum Glück nicht ums Leben.

<sup>31</sup> Der Wiederaufbau nach den Verwüstungen kostete ebenso viel.

<sup>32</sup> LZ v. 6.5.1972

<sup>33</sup> Dass G. Manzke mit seinen 22 Jahren bis 1945 mehrere Tausend Stunden Fluglehrer-Unterricht gegeben haben soll,

wie die LZ berichtete, scheint mehr dem zeitgenössischen Bild von den „tollen Kerls der Lüfte“ als der Realität entsprochen zu haben.

<sup>34</sup> Es handelt sich um das Fertigteilwerk Manzke KG in Volkstorf, die Verwaltungsgesellschaft der Manzke-Betriebe GmbH und um Manzke-Beton-GmbH in Hitzacker

<sup>35</sup> LZ v. 3.8.1974; Die ausstehenden und weitere Löhne wurden nicht der Konkursmasse entnommen, sondern von der Berufsgenossenschaft gezahlt, wie es das wenige Tage zuvor verabschiedete Konkursgeld-Ausfallgesetz ermöglichte.

nur 40 Beschäftigten. Den Fehler seines Vaters, sich allzu sehr auf einen Zweig zu konzentrieren (der Produktion von Bau-Fertigteilen) wiederholte Eberhard Manzke nicht, sondern er verstärkte den Baustoffhandel, den Abbau und Verkauf von Sand und Kies und baute den Transport- und Logistikbereich aus auch außerhalb Lüneburgs mit Standorten in Winsen und Bleckede. Später kamen weitere Betriebszweige hinzu.<sup>36</sup> Wie viele seiner Kollegen aus den Wirtschafts-Chefetagern profitierte er von der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik, indem er dort z. B. Betonwerke aufbaute und diese schließlich z. T. selber übernahm<sup>37</sup> und durch weiteres einschlägiges Engagement wie seine 50%-Beteiligung an „Happy Beton“, um aus den ostdeutschen Gebieten zwischen Grevesmühlen, Anklam und Magdeburg mittels lustigem Beton blühende Landschaften zu machen.

Heute produziert das Manzke-Firmengeflecht Baustoffe für den Hoch- und Tiefbau, entsorgt und recycelt den Bauschutt, bietet Planungs- und Beratungsdienstleistungen u. a. im Baurecht, führt Transporte und Erdbewegungen durch, bietet alle Produkte rund um den Bau an, neuerdings auch Reitplatzprodukte, und vermarktet und bewirtschaftet Immobilien im Hochpreissegment.<sup>38</sup> Ob ein Häuslebauer in den heftig wachsenden Vororten Lüneburgs Pflastersteine für seine Zufahrt benötigt, kontaminierte Erdböden entsorgt werden müssen wie am Neubaugebiet „Ilmenaugarten“, die Stadt Lüneburg Großaufträge vergibt wie für das neue Museum oder die Musikschule, ein neuer Stadtteil entsteht wie das Hanseviertel, eine Autobahn oder Ostumgehung gebaut werden soll, ein Prestigeprojekt entkernt und neu errichtet wird wie im Wasserviertel oder ein Gutsituierter eine Luxuswohnung sucht: Immer steht die Manzke-Firmengruppe als Anbieter bereit – überwiegend erfolgreich. Zuweilen profitiert die Firma auch gleich mehrfach an einem Baugrundstück wie am Areal neben dem Wasserturm.

Dass bei diesem Geschäftsmodell auch vorausschauende Weitsicht gefragt ist, wird an der aktuellen Diskussion um die Verlängerung der Autobahn 39 bis nach Wolfsburg sichtbar. Hier legt sich die Firma besonders ins Zeug und zieht alle Propaganda-Register: Einen großen Teil der 200.000 Euro teuren Werbekampagne der IHK für dieses Beton-Anliegen stiftete die Firma Manzke – natürlich steuerbefreit. Eine Investition in die Zukunft, wie der Firmenchef der LZ erläutert: „Seine Firma würde nicht nur vom Au-

tobahnbau selbst profitieren, sondern auch die Logistik zwischen den verschiedenen Firmenstandorten würde erleichtert werden.“<sup>39</sup>

Möglich geworden wurde die erfolgreiche Firmenentwicklung vor allem dadurch, dass sich E. Manzke in seinem Wirken nicht mehr lediglich auf die Führung seines Betriebes beschränkte, sondern dass er „in die Politik“ ging.

Ähnlich wie die seines Vorgänger Hans-Hermann Garbers („Garbers-Bau“), als dessen ökonomischer Juniorpartner Manzke zunächst fungierte als eine Art Zubringer und Reserverwerter auf dem Bau, verlief die Karriere des Eberhard Manzke: Garbers baute sich seinen Einfluss auf als Präsident der Handwerkskammer Lüneburg-Stade und Präsident des Arbeitgeberverbandes für den Regierungsbezirk Lüneburg, ließ im lokalpolitischen Bereich den CDU-Fraktionsvorsitzenden des Rates der Stadt, Jens Schreiber, bei sich arbeiten als Geschäftsführer und nach dessen Wahl zum Oberbürgermeister die Interessen von Garbers-Bau auf dem kürzesten Dienstwege in die Stadtpolitik einbringen. Zudem stellte er den Chefredakteur der örtlichen Presse als Verantwortlichen seines Firmenblattes ein, was sicher auch einige Vorteile auf Gegenseitigkeit brachte.

Eberhard Manzke ging zunächst einen ähnlichen Weg: Er ließ sich wählen zum Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Lüneburg-Nordostniedersachsen e.V., die „Interessensvertretung der regionalen Wirtschaft“, wurde deren Sprachrohr, forderte „Weniger Staat!“ und profitierte natürlich von den Aktivitäten dieses Vereins: „Wir vertreten ... (unsere) Belange mit einer engagierten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie mit lebendigen Kontakten zu Politik und Verwaltungen.“<sup>40</sup> Die örtliche Presse veröffentlicht regelmäßig Manzkens Forderungen nach einem „freien Markt“ und seine Kritik an geplanten Steuererhebungen für Unternehmen wie die Ökosteuer, eine Mindeststeuer für bestimmte Firmen, eine Erhöhung der Körperschaftssteuer. „Statt ständig an der Steuerschraube zu drehen, sollte der Staat endlich lernen zu sparen und mit seinen Einnahmen wie jeder Wirtschaftsbetrieb auch auszukommen“, fordert Manzke. Dass dies durchaus machbar sei, zeige die Bundesanstalt für Arbeit...“<sup>41</sup> Der Staat als Wirtschaftsbetrieb, so sein Credo, Sozialausgaben „müssen sich rechnen“.

Als Präsident der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg (mit über 6.000 Mitgliedsunternehmen)<sup>42</sup> wird E. Manzke auch deren repräsentative Stimme, fordert auch

<sup>36</sup> Unbestätigten Berichten zufolge soll die Firma zudem ab 1977 am Bau der Wiederaufbereitung-Anlage in Gorleben beteiligt gewesen sein und in diesem Zusammenhang eine Bundesbürgerschaft erhalten haben.

<sup>37</sup> LZ v. 29.9.2012

<sup>38</sup> Vergl.: <http://www.manzke.com/index.php?id=211>

<sup>39</sup> LZ v. 4.3.2015

<sup>40</sup> <http://www.arbeitgeberverbandlueneburg.de/fakten-gremien>

<sup>41</sup> LZ v. 29.8.2006

<sup>42</sup> außerdem 2010/2011 Präsident der IHK Niedersachsen

hier „Weniger Staat!“ und „vertritt das wirtschaftliche Gesamtinteresse der Region“<sup>43</sup>, d. h. Politik, Gewerkschaften und freie Wahlen kann man sich eigentlich ersparen. Hier spielte der Inhaber des Firmengeflechts in einer anderen Liga, lud den niedersächsischen Ministerpräsidenten zum IHK-Empfang 2011 (anschließend ging es gemeinsam nach Luhmühlen) und setzt mit seinen 136 IHK-Mitarbeitern (davon können die Gewerkschaften nur träumen) „Maßstäbe für die Zukunft unserer Region“. Dass dieses Setzen von Zukunftsmaßstäben nicht nur für die Mitgliedsfirmen von Vorteil, sondern auch für das Chefposten-Personal recht lukrativ ist, erlebte E. Manzke gleich zu Beginn seiner IHK-Präsidentschaft, als dem IHK-Geschäftsführer Wolfram Klein gekündigt wurde und durch einen Vergleich zwischen Manzke und Klein vor dem Oberlandesgericht in Celle erstmals an die Öffentlichkeit kam, was man in diesen Kreisen verdient, nämlich ein Monatslöhne von 12.300 Euro, ein zusätzliches 13. Monatsgehalt, eine steuerfreie Aufwandsentschädigung, einen Dienstwagen und weitere Kleinigkeiten. Nach dem vom OLG Celle angesetzten und von der IHK abgesetzten Vergleich erhielt der seinerzeit 45-jährige W. Klein eine Kündigungs-Entschädigung von 300.000 Euro zugesprochen.<sup>44</sup>

Als IHK-Präsident hatte E. Manzke, sicher auch im Eigeninteresse, mit Bauangelegenheiten zu tun, denn schließlich ist<sup>45</sup> die IHK nach dem Baugesetzbuch als Träger öffentlicher Belange anzuhören um festzulegen, welche Firmen welche Baumaßnahmen durchführen sollen. „Wir vertreten in diesen Verfahren das Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft, um Fehlplanungen und Standortnachteile für Unternehmen zu vermeiden.“<sup>46</sup> Jedenfalls hatte die Firma Manzke unter Standortnachteilen in der Lüneburger Region, soweit bekannt, nicht zu leiden.

Ansonsten kümmerte sich E. Manzke als Präsident nicht nur um Standortvorteile einzelner Betriebe und seines eigenen und für das Große und Ganze, sondern auch um die ganz Kleinen, um Schülern/-innen im Nach-Pubertätsalter, um sie z. B. über den IHK-Wettbewerb „Deine Idee – Dein Geschäft“ für eine Unternehmensgründungs-Idee zu begeistern – mit Erfolg. Von ihm selber und seinem Parteifreund und Kultusminister Althusmann höchstpersönlich wurden 2010 die Sieger ausgezeichnet, darunter die innovativen Geschäftsideen-Entwickler zur Produktion und zum Vertrieb

von „frauenfreundlichen Schuhen mit Lippenstiftfach“.<sup>47</sup> Als Siegesprämie durften die jugendlichen Wettbewerber ein Praktikum in einem Betrieb nach Wahl absolvieren.

Auf lokalpolitischen Bühne verzichtete E. Manzke auf einen „Stadthalter“ im Rat der Stadt, wie ihn sich „Garbers-Bau“ noch gehalten hatte, sondern er ließ sich selber in dieses politische Gremium wählen 2006, als es um die Realisierung bestimmter Bauprojekte ging. Das brachte ihm allerlei Vorteile, denn als Mitglied der CDU-Ratsfraktion (von 2006 bis 2014 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender) saß er fortan an einem Tisch mit all seinen Partei- und Interessensfreunden, unter ihnen die Gattin des Geschäftsführers der örtlichen Monopolpresse, Frau von Stern, was über die Macht eines großen Anzeigenschalters hinaus nur vorteilhaft sein kann bei der Berichterstattung über die eigene Firma.<sup>48</sup> Bemerkbar machen sich solche politisch-intimen Kontakte immer wieder, z. B. wenn nach dem Abbau seiner Kiesgruben die gesetzliche Verpflichtung, nach dem Ende der Arbeiten die Landschaft zu rekultivieren, die LZ darüber in einer Form berichtet, als habe die Firma Manzke in freiwilliger Leistung die Landschaft der ehemaligen Kiesgrube in Breetze zum Blühen gebracht.<sup>49</sup>

Dass sich bei dem großvoluminösen Kiesabbau durch die Firma immer wieder Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung ergeben, liegt in der Natur der Sache, aber die politischen Freunde sorgten schon für eine Konfliktlösung wie etwa 1985, als Manzkes „Kies und Beton Vastorf“ an ihrem Standort auf einer Fläche von 22 Hektar die Einlagerung des Grundstoffs vornehmen und zugleich den dortigen Naherholungs-Kiefernwald beseitigen wollte. Zwar äußerte Oberkreisdirektor Klaus Harries zunächst noch große Bedenken,<sup>50</sup> aber da sowohl die Gemeinde als auch die Samtgemeinde die Abbaupläne der Firma befürworteten, E. Manzke selber die Kiefern nicht als wertvollen Baumbestand einstufte und natürlich nach wie vor das Arbeitsplatz-Argument ins Feld geführt wurde, gab es schließlich doch noch grünes Licht für dieses Vorhaben. Die guten Freunde aus Politik und Verwaltung halfen der Firma auch manchmal aus schwierigen Situationen heraus wie einige Jahre später, als ein Antrag auf Erhöhung der Lagerungskapazität von Kupferhüttenschlacke für den Firmensitz in Vastorf gestellt wurde um mehr als das Doppelte -

<sup>43</sup> [https://www.ihk-lueneburg.de/service/Ueber\\_uns/Interessenvertretung2/Wie\\_werden\\_die\\_Interessen\\_der\\_Unternehmen\\_beruecksichtigt/854392](https://www.ihk-lueneburg.de/service/Ueber_uns/Interessenvertretung2/Wie_werden_die_Interessen_der_Unternehmen_beruecksichtigt/854392)

<sup>44</sup> LZ v. 27.5.2010

<sup>45</sup> Das Verfahren schreibt die Anhörung der IHK vor, nachdem Politik und Verwaltung Flächennutzungs- und Bebauungspläne festgelegt haben, um zu bestimmen, welche Firmen diese Flächen nutzen dürfen.

<sup>46</sup> [https://www.ihk-lueneburg.de/standortpolitik/Planung/Aktuelle\\_Bauleitplanungen/859754](https://www.ihk-lueneburg.de/standortpolitik/Planung/Aktuelle_Bauleitplanungen/859754)

<sup>47</sup> LZ v. 11.2.2012

<sup>48</sup> LZ-Leserbriefschreiber Johannes munkelt in der Ausgabe v. 13.11.2014 gar, ein Artikel über die Firma sei „von Herrn Manzke selbst geschrieben worden.“

<sup>49</sup> LZ v. 6.8.2005: „Erlesene Naturlandschaft aus zweiter Hand“

<sup>50</sup> LZ v. 31.8.1985

ein höchst gefährliches, grundwassergefährdendes Abfallprodukt der Industrie. Die Anrainerbevölkerung war nachhaltig und monatelang aufgeschreckt. Jürgen Hempel, der schließlich im August 2001 eine Strafanzeige gegen die Firma stellte wegen möglicher Grundwasserverseuchung, kannte wahrscheinlich nicht das funktionierende Früh- und Vorwarnsystem, denn zu diesem Zeitpunkt hatte die Firma ihre entsprechenden Pläne bereits wieder aufgegeben und ihren Antrag zurückgezogen. Anschließend kannte die Empörung keine Grenzen – nicht wegen des Versuchs der Firma, die kontaminierten Stoffe in großen Mengen einzulagern, sondern wegen der Hempelschen Anzeige: Christine Freifrau von Mirbach (stellvertretende Leiterin des Gewerbeaufsichtsamtes,<sup>51</sup> zudem Ehegattin eines bekannten CDU-Kommunalpolitikers in Adendorf), Norbert Meyer (Samtgemeindedirektor Ostheide) und Dennis Neumann (Gemeindedirektor Vastorf) sahen die Firma durch die Anzeige in Verruf gebracht<sup>52</sup> und LZ-Kommunalreporter K. Reschke erinnerte in einem separaten Kommentar an die Arbeitsplätze in Vastorf und ahnte Böses: „Es wird versucht, den Standort Vastorf sturmreif zu schießen.“<sup>53</sup> Dabei verwechselte hier wohl aus Versehen eine zivilisierte Strafanzeige mit einem militärischen Gewaltgerät.

Ähnlich wurde ein Problem am Firmenstandort viele Jahre später geregelt, als durch EU-Richtlinie der Firma vorgegeben wurde, nicht mehr wie bisher den gebrochenen Bau-schutt (ca. 200.000 Tonnen jährlich) weiterzugeben und z. B. für den Straßenunterbau wiederzuverwenden, weil die darin enthaltenen Sulfate das Grundwasser belasten können. Jetzt sollten diese Schadstoffe ausgesiebt und gesondert gelagert werden in einer bereits drei Jahre zuvor genehmigten Mineralstoffdeponie (Kiesgrube), für deren Anlegung etwa zehn Hektar Wald (das sind mehr als 10 Fußballfelder) gerodet werden sollten. Die Dorfbevölkerung Barendorfs protestierte wegen der geplanten Rodung des Waldes, besonders aber, weil sie nicht sicher sein konnte, ob die ausgesiebten Schadstoffe (zu erwarten waren für die nächsten 20 Jahre jährlich etwa 100.000 Tonnen leicht und mittelschwer kontaminierte Siebsande und Böden) sicher gelagert werden, ohne in das Grundwasser einzudringen. Darüber hinaus befürchteten die Ortsansässigen, dass die entstehenden Siebsande die bereits bestehende Staubbelastung noch wesentlich erhöhen werde, zumal eben das vorgelagerte und sie bislang schützende Wäldchen gerodet werden solle. Alle Einwände nützten nichts, Parteifreund und Vastorfs Bürgermeister Christopher Scharnhop „waren

die Hände gebunden“,<sup>54</sup> von wem auch immer. Im Ergebnis sorgte ein von der Firma Manzke in Auftrag gegebenes und bezahltes Gutachten und die Aufschüttung eines 15 Meter hohen Schutzwalls Richtung Barendorf für Ruhe im Dorf und für die Durchsetzung der Interessen der Firma.

Ähnlich verlief ein Konflikt im selben Jahr außerhalb des Firmengeländes, als die Firma ein Genehmigungsverfahren anstrengte, um in Vierhöfen auf einem Areal von 29 Hektar für die nächsten 30 Jahre den Boden auszubeuten und als eine Bürgerinitiative gegen dieses Vorhaben Sturm lief – ergebnislos.

Manchmal kommen bestimmte Schandtaten auch erst im Nachhinein an die Öffentlichkeit wie die Vorgänge um eine benachbarten Kiesgrube, die eigentlich lediglich bis zu einer Tiefe von fünf Metern abgetragen werden durfte, woraus dann aber etwa elf Meter wurden. Hintergrund: Nachdem das Kies- und Mörtelwerk Kirchgellersen (KMK) diesen Kiesboden ausbeutete und 1999 Pleite ging, übernahm die Firma Manzke das Werk, gründete eine neue Gesellschaft und stellte 2000 einen Antrag, bis zu einer Tiefe von 20 Metern vordringen zu dürfen. Das Genehmigungsverfahren zog sich hin, der Kies wurde ungeachtet der fehlenden Genehmigung dennoch weiter abgebaut, bis schließlich dieser Antrag abgelehnt wurde und der weitere Bodenabbau in Vierhöfen eingestellt werden musste.

Dieser eigentlich illegale Vorgang kam mehr zufällig und erst 10 Jahre später ans Licht, weil Buchholzer Feuerwehrtäucher in der inzwischen wassergefüllten Kiesgrube auf der Suche nach vermuteten Ölfässern sich wunderten, dass sie nach fünf Metern Tiefe nicht auf den vermuteten Grund des Kiesteichs stießen, sondern dieser erst nach etwa elf Metern zu erreichen war. E. Manzkes Parteifreund Joachim Bordt, während des Genehmigungsverfahrens im Jahre 2000 noch Leiter des Umweltdezernats des Landkreises, nun aufgestiegen zum Landrat des Landkreises Harburg, erklärte rückblickend und natürlich im Plural, dass er den weiteren Abbau „toleriert (habe), weil wir davon ausgegangen sind, dass die beantragte Abbau-Vertiefung genehmigt wird.“<sup>55</sup>

Nach seinem Einstieg auch in die Lokalpolitik boten sich für E. Manzke weitere Vorteile im Firmeninteresse durch seine Mitarbeit in den Ausschüssen des Rates der Stadt: Hier wurde er tätig natürlich in dem für ihn wichtigen „Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung“ und im „Ausschuss für Wirtschaft und städtische Beteiligungen“ (hier von 2006 bis 2011 als Vorsitzender), als Mitglied im Ortsrat der Ort-

<sup>51</sup> Das Gewerbeaufsichtsamt hat als Landesbehörde für Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz mit ihren 55 Mitarbeitern/-innen etwa 20.000 Betriebe zu überwachen.

<sup>52</sup> Eine derartige Aufregung gibt es in anderen Fällen in der Regel nicht: Der Verfasser erstattete in vier Fällen Anzeigen gegen örtliche Neonazis wegen Sachbeschädigung und

Brandstiftung im Bereich seiner Wohnung. Diese wurden niedergeschlagen und fanden keine Notiz in der örtlichen Presse.

<sup>53</sup> LZ v. 31.8.2001

<sup>54</sup> LZ v. 14.8.2010

<sup>55</sup> LZ v. 16.7.2010

schaft Oedeme, die immer wieder neue Baugebiete ausweist, als Aufsichtsrat der „Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH“ sowie im Verwaltungsrat der örtlichen Sparkasse. Dass sich daraus eine mögliche Interessenskollision entwickeln könne, dementierte bereits kurz nach der Kommunalwahl und der Besetzung dieser Posten mit E. Manzke 2006 der zuständige Lokalredakteur H.-H. Janenckel in der LZ<sup>56</sup> zur Beruhigung der argwöhnischen Bevölkerung und zum Nutzen des Firmenchefs.

Besondere Differenzen zum politischen Gegner, der SPD und deren Oberbürgermeister, wurden nicht bekannt, im Gegenteil. E. Manzke: „Auch wenn der Oberbürgermeister nicht in der CDU ist, (lacht), hat er Verständnis für die Wirtschaft. Es war gut, dass die Stadt ... etwa auf den Bau des Museums und von Ursula- und Musikschule gesetzt hat.“<sup>57</sup> Wie günstig sich derartige Posten in den politischen Gremien für das Familienportemonnaie auswirken, lässt sich erkennen, wenn als „Spitze des Eisberges“ bestimmte zwielichtige Tätigkeiten bekannt werden wie etwa die Verquickung öffentlicher Aufgaben mit privaten Gewinninteressen im Immobiliensektor. Diese werden zudem meistens in der Öffentlichkeit durch die LZ als Erfolgsstory verkauft wie etwa am 2.11.2000, als die Titelzeile „Die Post bezieht Am Sande Posten“ darauf hinwies, dass nach dem Erwerb des Hauses Am Sande 11 (ehemals Lokal „Die Sudpfanne“) durch E. Manzke jetzt endlich auch im engeren Innenstadtbereich fußläufig eine Postfiliale erreichbar sein wird. Dort im Erdgeschoss sollte eine solche ab 1.7.2001 eröffnet werden. Eine Wohltat für Lüneburgs Postkunden dank Manzke-Immobilien also: E. Manzke: „Ich möchte damit dazu beitragen, dass der Sand attraktiv bleibt.“<sup>58</sup> Und auch der Oberbürgermeister U. Maedge jubelte: „Die Stadt ist froh, dass Herr Manzke dieses Problem in die Hand genommen hat und ein Traum vieler Lüneburger in Erfüllung geht, nämlich eine Post-Filiale in der Innenstadt. Das wird auch zur weiteren Belebung des neu gestalteten Platzes führen.“ Zwar sollte im Gegenzug „aus wirtschaftlichen Gründen“ die Bahnpost geschlossen werden, „weil wir die Zahl (der Postfilialen) insgesamt nicht erhöhen können ...“ (Stephan Sieckmann, Sprecher der Post), aber diesen Nachteil nahm man eben in Kauf, um „den Traum“ nicht zu gefährden. Allerdings platzte dieser Traum bereits kurze Zeit später, weil E. Manzke seine Gewinnspanne bei diesem Deal mit der Post nicht ausreichend realisiert sah und den Mietvertrag kündigte. Der Oberbürgermeister empörte sich natürlich nicht über E. Manzke, sondern über die Post, weil diese die wirtschaftlichen Interessen des „uneigennütigen“ Investors zu wenig berücksichtigte und forderte die Aufhebung

des Postmonopols. „Private Anbieter sind flexibler und kundenorientierter“, erbot sich der OB.<sup>59</sup> Heute beherbergt das Erdgeschoss dieses Hauses Am Sande 11 statt des Post-Kundenservices einen Billigpreis-Anbieter, der anscheinend mit seinen 1-Euro-Angeboten aus Fernost, hergestellt überwiegend in „Sklavenarbeit“, den wirtschaftlichen Forderungen des Investors nachkommen kann. Dass dadurch der Platz Am Sande attraktiver geworden ist, wie von E. Manzke behauptet, kann man wohl nicht sagen. Und eine Bahnpost gibt es auch nicht mehr.

An Attraktivität zugenommen hat dieser „schönste Platz Norddeutschlands“ auch nicht durch eine weitere Investorentätigkeit des E. Manzke an diesem Ort, als er nach der Aufgabe des „Hotels Wellenkampf“ dieses Gebäude in seine Obhut nahm, welches ab 1995 eine als „Pizza-Hut“ firmierende Franchise-Schnellrestaurantkette beherbergt. Zwar hat in Lüneburg niemand auf diese Filiale des Unternehmens „Yum! Brands“ gewartet, welches bereits mit rund 13.000 Restaurants in 130 Ländern vertreten ist,<sup>60</sup> aber die Franchise-Subunternehmer garantieren ebenso wie der Billigpreisanbieter nebenan die Gewinnerwartung des Vermieters. Dennoch kommt es schon mal zu Streitereien über Mietmodalitäten wie 2012 mit Timmermann, dem vormaligen Mieter dieses Pizza-McDonalds,<sup>61</sup> welches mit Mehmet Sevim, einer stadtbekanntem Lüneburger Persönlichkeit der Gastronomiebranche, den Inhaber wechselte und heute Piccanti heißt, eine Filiale von TEOLE. Seither schmücken neben Piccanti (Am Sande 9) mit den Hausnummern 10 bis 13 weitere Filialbetriebe wie „Kind-Hörgeräte“, „Schuhgeil“, „TAKKO“ und „T€DI“ die Südflanke des „schönsten Platzes Norddeutschlands“, ein Ausweis herkömmlicher Investorentätigkeit.

Dass diese Immobilien-I a-Lage Am Sande gleich nebenan mit der Hausnummer 14/15 weitere Investoren-Begehrlichkeiten schafft, wenn nach dem Motto „Weniger Staat!“ öffentliches Eigentum in private Hände überführt werden soll, wurde 2014 deutlich – und wieder war die Firma Manzke mit von der Partie: Die Sparkasse Lüneburg nämlich wollte sich von ihrer Immobilie, „einem Filetstück in bester Lage“ Am Sande lösen, um sie anschließend wieder zu mieten, „...weil das Kosten senkt.“<sup>62</sup> Bei dieser Logik fragt man sich natürlich, wieso für den künftigen Immobilien-Besitzer dieser Erwerb lukrativ sein soll, was LZ-Leserbriefschreiber Klaus Bruns zur ironischen Anmerkung veranlasst: „Man glaubt also, der Käufer kommt als Samariter daher, um der

<sup>56</sup> LZ v. 28.10.2006

<sup>57</sup> LU v. 29.9.1012

<sup>58</sup> LZ v. 29.11.2000

<sup>59</sup> LZ v. 21.4.2001; Bereits seit 1994 wirkt die ehemalige Behörde „Deutsche Bundespost“ als Aktiengesellschaft.

<sup>60</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Pizza\\_Hut](https://de.wikipedia.org/wiki/Pizza_Hut); Oktober 2015

<sup>61</sup> LZ v. 13.6.2012

<sup>62</sup> LZ v. 8.11.2014

armen Sparkasse unter die Arme zu greifen.“<sup>63</sup> - aber hier soll nicht nach Logik gefragt werden.

Mitte des Jahres 2014 jedenfalls sprach der Sparkassenvorstand unter Führung von Karl Reinhold Mai mit seinem Kontrollgremium, dem Verwaltungsrat, ab, dass dieses „Filetstück in bester Lage“ verkauft werden soll und zwar nicht im üblichen Bieterverfahren (nach Art einer Ersteigerung), sondern das höchste Gebot soll den Zuschlag erhalten. Das Ergebnis verwunderte kaum angesichts der lokalen ökonomischen und politischen Dominanz der Firma und der Tatsache, dass Eberhard Manzke als Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse fungierte: E. Manzkes Sohn Felix, der zwischenzeitlich seinen Vater als Geschäftsführer der Manzke-Immobilien abgelöst hatte, erhielt den Zuschlag seitens der Sparkasse und kam in den Kaufgenuss. „Oberbürgermeister Ulrich Mädge und Landrat Manfred Nahrstedt, Führungs-Duo im Verwaltungsrat (der Sparkasse), waren ... für eine Stellungnahme nicht zu erreichen“<sup>64</sup> hieß es kurze Zeit später in der LZ.

Ein gutes Jahr später platzte der Deal zwischen Manzke und der Sparkasse. Felix Manzke forderte in Nachverhandlungen deutlich höhere Mietzahlungen von der Sparkasse als zunächst vereinbart. Als diese dazu nicht bereit war, titelte die Landeszeitung „Manzke springt ab“.<sup>65</sup> Damit war auch „das Schmäckle“ vom Tisch.

Ansonsten gestaltete die Immobilien-Sparte des Manzke-Firmengefechts seine Geschäfte in üblicher Art und Weise: Über die attraktiven Angebote im Hochpreissegment wird eine bestimmte Klientel nach Lüneburg gezogen, was nicht nur den eigenen Gewinn erhöht, sondern auch in der Folge erhöhte Kaufkraft schafft, was wiederum „die Lüneburger Wirtschaft“ erfreut und die Lokalpolitik sowieso. Sehr lukrativ ist dabei für Manzke-Immobilien der Erwerb/die Vermarktung von (Wohn-)Häusern in Innenstadtlage, wie am Beispiel des dreigeschossigen Gebäudes in der Barckhausenstraße 26 deutlich wird: War dieses recht großzügig geschnittene Bürgerhaus zunächst von „einfachen Leuten“ bewohnt (Studenten-WGen, kinderreiche Haushalte), die sich die Mieten noch leisten konnten, weil der Besitzer lediglich an den Mieteinnahmen interessiert war, jegliche Sanierung des Hauses unterließ und der einfache Zustand des Hauses keine höheren Mieten zuließ, so veränderten sich die Verhältnisse nach der Übernahme des Miethauses durch die Firma Manzke-Immobilien. Diese begann sofort damit, eine Sanierungs- und Bautätigkeit zu betreiben: Den Mietern wurde gekündigt, auch mal eine geringe Abfindung gezahlt.

Wo dies nichts half, so erwirkte der Baulärm im Haus eine Auszugs-Motivation oder es wurde gegen die Mieter geklagt. Nach Entmietung und Luxussanierung wurden die einzelnen Etagen bei maximalen Gewinnspannen separat an eine kaufkräftige Kundschaft als Eigentumswohnungen veräußert. Heute wohnen in diesem Haus halb so viele Menschen mit mindestens dem dreifachen Einkommen als in den 1990-er Jahren. Der „Stadtmarktbericht Lüneburg 2015/2016“<sup>66</sup> weist aus, dass von 2001 bis 2015 auch durch diesen Verdrängungswettbewerb die Wohnungsmieten im Bereich der Bestandswohnungen um 49 % gestiegen sind.

Zuweilen profitiert das Manzke-Firmengeflecht auch gleich mehrfach an einem Baugrundstück wie bei der Nordlandhalle auf dem Stadtwall neben dem Wasserturm. Hier war die Firma zunächst beim Bau der Halle als Zulieferer beteiligt und lieferte den Beton.<sup>67</sup> Diese Halle leistete fortan für den (Schul-)Sport notwendige Dienste und stand ebenso als Veranstaltungshalle zur Verfügung für große Events. Als sie eines Tages nicht mehr benutzbar war, gab es ein jahrelanges Tauziehen über die Frage, wie die Sanierungskosten aufzubringen sind. An einer künftigen mehrfachen Nutzungsmöglichkeit der Halle auch für den (Schul-)Sport war bald nicht mehr die Rede – es sollte ein Veranstaltungszentrum her mit einer Strahlkraft auf den gesamten norddeutschen Raum, welches Besucher (und deren Geld) nach Lüneburg lockt. Außerdem sei Lüneburg nicht mehr Kleinstadt, sondern nannte sich „Hansestadt“. Ratsmitglied Sigris (SPD) brachte diese Ansicht auf den Punkt: Ein Zentrum müsse her, bringe 9 Millionen zusätzlichen Umsatz in die Stadtkasse und fördere Lüneburgs Image.<sup>68</sup> Auf der Februarsitzung 2006 des Rates der Stadt gab Oberbürgermeister Maedge bekannt, dass mit Kosten in Höhe von 11 Millionen Euro gerechnet werden müsse für den Umbau der Nordlandhalle zu einem Veranstaltungszentrum. Da damit zu rechnen sei, dass die Lüneburger Region 2006/2007 Ziel-1-Gebiet in der EU werde und dadurch hohe EU-Mittel für besonders förderungswürdige Regionen erhalte, könne saniert und umgebaut werden. Damit waren Bestand und Wiederaufbau der Nordlandhalle gesichert.

Ein halbes Jahr später war die Lüneburger Region zwar Ziel-1-Gebiet der EU, aber saniert wurde die Halle dennoch nicht. E. Manzke war zwischenzeitlich in die Politik eingestiegen, kandidierte auf dem aussichtsreichsten Platz 1 im Bezirk der „Gutbetuchten“ (Rotes Feld) für die anstehende Kommunalwahl für die CDU und schon änderte der CDU-Stadtverband seine Planungen: „Überraschend plädiert der CDU-Stadtverband in seinem neuen Wahlprogramm für die

<sup>63</sup> LZ v. 12.11.2014

<sup>64</sup> LZ v. 8.11.2014

<sup>65</sup> LZ v. 3.6.2015

<sup>66</sup> Studie des Immobilienbetriebs „PlanetHome“ aus München, vergl. LZ v. 19.10.2015

<sup>67</sup> LZ v. 29.9.2012

<sup>68</sup> LZ v. 3.2.2006

Kommunalwahlen im September für den kompletten Neubau eines Kongresszentrums an anderer Stelle. ... Vorsitzender des Stadtverbandes, Wolfgang Kuhn: Das Areal der Nordlandhalle könne man besser in Wohnungen umbauen.“<sup>69</sup> Dass hier hinter den Kulissen in den CDU-Reihen diese Neuorientierung geschah, wird daran deutlich, dass Prof. Dr. Jürgen Lürssen, parteiloser Kandidat für den OB-Posten auf der Liste der CDU, in die neuen Pläne nicht eingeweiht war und von all dem nichts wusste. Er plädierte zu dieser Zeit nach wie vor für einen Abriss und Neubau des Veranstaltungszentrums an selber Stelle.

Der Hintergrund dieser Umorientierung, der sich bald darauf die SPD anschloss und in großer Koalition mit der CDU umsetzte, ist bekannt: In der größten Lehranstalt am Ort, der es gelang, eine einst als „rote Kaderschmiede“ gehandelte Pädagogische Hochschule und eine an „emanzipatorischer Sozialpädagogik“ orientierte Fachhochschule in eine verschulte Bildungseinrichtung umzuformen, diese in „Universität“ und „Leuphana“ zu benennen, reiften Pläne heran, das eigene Image noch weiter aufzuwerten durch den Bau eines überdimensionalen Audimax und suchte Mittäter und Sponsoren. Ein idealer Plan für Lüneburgs Bauwirtschaft, insbesondere für die Firma Manzke, und für alle Großen und Kleinen bis hin zur evangelischen Kirche,<sup>70</sup> zumal nun die Ziel-1-Gebiet- Fördermittel der EU für strukturschwache Landstriche<sup>71</sup> statt in den Nordlandhallen-Neubau in dieses Gebäude der Lüneburger Universität fließen konnten. Als Architekten dieses Audimax fand sich Daniel Liebeskind, der als „Stararchitekt“ gehandelt wurde und zwischen New York, Tokio und Lüneburg tingelte, um hier für viel Geld einen Bauplan zu entwickeln, der die „Leuphana“ in die wissenschaftliche Oberliga führen soll mit „Strahlkraft für die ganze Region“, womit regelmäßig zusätzliche Einkünfte für bestimmte Bevölkerungsschichten gemeint sind. Seither beschäftigt dieser Bau wegen stetig steigender Kosten<sup>72</sup> abwechselnd die Landesregierung und den Landesrechnungshof, wegen des futuristischen Äußeren die Leserbriefschreiber in der Lokalpresse.

Eberhard Manzke jedenfalls hatte ein weiteres Ziel erreicht: Er vergrößerte seinen Besitz durch den Bau des Audimax, erhielt zudem den Auftrag zum Abriss der Nordlandhalle – und kaufte schließlich von der Stadt Lüneburg dieses

Grundstück, um in Eigenregie dort Eigentums-Luxuswohnungen zu errichten. Zuvor hatte er im Rahmen eines Investorenwettbewerbs seinen Entwurf eingereicht und damit „die Politik überzeugt. Der Rat gab ... grünes Licht.“<sup>73</sup> Es war sicherlich nicht zum Schaden dieses „Inverstors“, dass er selber als Ratsherr Teil dieser „Politik“ war und seine politischen Freunde bei dieser Entscheidung auch nicht abseits standen. Und nicht zum Schaden der Stadt, denn der Investor versprach als Gegenleistung für einen Neubau der angrenzenden Fußgängerbrücke zu sorgen, die seither wegen der hohen Brüstung Kindern den Ausblick auf die Ilmenau versperrt.

Seither steht an Stelle der Nordlandhalle, die wegen des engen Baumbestands und hohen Bewuchses den Blick lediglich in Maßen störte, ein mächtiger Kasten, geradezu eine Burg auf freier Fläche, die zudem noch, um diese gewaltiges Volumen zu erreichen, um 17 Meter weiter an die Friedensstraße herangesetzt wurde. Seither fehlen dem Park und damit der öffentlichen Verfügbarkeit nicht nur diese 17 Meter in der Breite, sondern der restliche Bewuchs bis zur Friedensstraße wurde gleichfalls „saniert“.

Den Protest der Anwohner/-innen gegen diesen Luxus-Klotz mitsamt seiner zusätzlichen Zufahrt zu einer von der Friedensstraße zu erreichenden eigenen Tiefgarage konterte der Oberbürgermeister mit dem Hinweis auf die Rechte des Investors E. Manzke.<sup>74</sup> Wo würde es auch hinführen, wenn die Besitzer der Luxus-Eigentumswohnungen gezwungen wären, eine bereits vorhandene Tiefgarage mitzubeneutzen, die sich halb unterhalb des Gebäudeklotzes befand und aus Richtung „Hintereingang“ zu erreichen war. Die Wohnungseigentümer „wünschen einen eigenen, abgetrennten Parkraum und möchten sich nicht in die Parkschlange auf der Seite der Tankstelle einreihen“, erläuterte E. Manzke sein Recht auf Umsetzung seines Investoren-Wunsches.<sup>75</sup> Dass dieser Wunsch damit zu tun haben könnte, dass eine Mitbenutzung der vorhandenen Tiefgarage die Gewinne der Tiefgaragen-Betreiber reduzieren würde durch die Verringerung der Anzahl zugänglicher Stellplätze, erläuterte E. Manzke natürlich nicht. Auch nicht, dass im Zuge der Erdarbeiten für „die Burg“ die Anzahl der Parkplätze in diesem Tiefgaragen- Parkhaus um einhundert erhöht wurde.<sup>76</sup> Auch nicht, dass er selber als Aufsichtsrat der „Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH“ fungierte und sein

<sup>69</sup> LZ  
v.15.7.2000

<sup>70</sup> die mit steuerlich absetzbaren Zuschüssen bereitstand, dieses Unternehmen mitzufinanzieren und im Gegenzug einen „Raum der Stille“ in diesem Gebäude geliefert zu bekommen, welcher wohl nirgendwo anders eingerichtet werden kann.

<sup>71</sup> Statt in die wirklich strukturschwachen Gebiete Portugals, Spaniens oder Griechenlands wanderten diese Millionen Euro nach Lüneburg.

<sup>72</sup> Von zunächst veranschlagten 58 Mio. Euro auf derzeit 83 Mio. Euro (Stand: Februar 2016)

<sup>73</sup> LZ v. 15.12.2010

<sup>74</sup> ebenda

<sup>75</sup> LZ v. 15.12.2010

<sup>76</sup> LZ v. 27.3.2014

Sohn Felix als Geschäftsführer dieser der GmbH angegliederten Tiefgarage mit Namen „Parkhaus Stadtmitte“.

Heute nennt sich dieser Klotz mit 22 Eigentumswohnungen mit hochluxuriöser Ausstattung mit je durchschnittlich 150 Quadratmetern Wohnfläche „Wohnpark am Wasserturm“ und beherbergt eine Klientel, die sich dafür den Preis von durchschnittlich 3.800 Euro pro Quadratmeter leisten kann. „Die teuerste Wohnung wurde für 800.000 Euro verkauft.“<sup>77</sup> Ein Schnäppchen für den neuen Besitzer – E. Manzke.

Dank guter politischer Freunde und des persönlichen Engagements für die Firma gelang es somit dem Firmengeflecht der Familie Manzke, hier eine mehrfache win-Situation herbeizuführen:

Die Firma Manzke liefert den Beton für den Bau der Nordlandhalle, beteiligt sich Jahre später am Abriss dieser Mehrzweckhalle und entsorgt den Abrissmüll (auch den Sondermüll). Darüber hinaus beteiligt sich die Firma am Bau des Uni-Audimax, tritt als Investor auf für den „Wohnpark am Wasserturm“, plant diesen und beteiligt sich am Neubau dieses Gebäudes. Die Firma vergrößert die Parkfläche des Parkhauses Stadtmitte und vermarktet selber den „Wohnpark am Wasserturm“. Mehr Gewinnmaximierung geht kaum.<sup>78</sup>

Inzwischen ist die Firma in die dritte Generation der Familie Manzke übergegangen. Nach Günter und Eberhard halten nun die Geschicke des Unternehmens dessen Söhne Max-Emanuel und Felix-Benjamin in den Händen, wobei bestimmte Firmenanteile von Max auf Felix überschrieben wurden. Max wurde von Manzke Beton GmbH Vastorf als Geschäftsführer abgezogen und wirkt mehr in der zweiten Reihe, etwa im Mittelstandsausschuss der CDU, im Beirat des Vereins Lüneburger Kaufleute und als Sponsor für den Ruderclub Wiking. Warum auch immer: In der Außendarstellung jedenfalls übernahm im Wesentlichen Felix die Fortführung des lokalen Manzke-Imperiums, über den die örtliche Presse ohne sein weiteres Zutun gefällig berichtet. Einmal nur nahm er selber den Stift in die Hand, um sich mittels Leserbrief über eine Quasi-Wahlfälschung von SPD und Grünen zu beschweren.<sup>79</sup> Vorausgegangen war eine Abstimmung im Landkreis über den Bau einer (Beton-?)Elbbrücke nach Neuhaus, die aber keinen Mehrheits-Zuspruch fand, wenn sie einen bestimmten Kostenrahmen über-

schreite. Da die Kosten nicht zu reduzieren waren und deshalb mit dem Brückenbau nicht begonnen wurde, sah Felix M. den Wählerwillen verfälscht. Darauf muss man erst mal kommen.

Felix Manzke, Jahrgang 1977, der als Kind bei den Jüngsten im MTV kickte, bevor er als Jugendlicher das mehr standesgemäße Golfspiel in St. Dionys entdeckte, besuchte das Privatgymnasium Lüneburger Heide in Melbeck, machte dort 1998 das Abitur<sup>80</sup> und studierte an der Universität Lüneburg Betriebswirtschaft, um sich als „Führungskraft“ ausbilden zu lassen<sup>81</sup>. Anschließend übernahm er die Geschäftsführung zahlreicher Manzke-Unternehmungen wie „Ilmenau-Beton GmbH“ (2015), der „Manzke KSR GmbH“ (2005), „Manzke Besitz GmbH“ (2015), „Manzke-Beton Betriebsführungs GmbH“ (2008), „Manzke Produktions- und Handelsgesellschaft für Produkte und Dienstleistungen rund um den Bau“ (2012), „K + B Manzke GmbH“ (2005), „Manzke KSR GmbH“ (2007), „Manzke Betonstein GmbH“ (2006) „M + M Immobilien GmbH“ (2015), „Wohnpark Am Wasserturm GmbH“ (2010), „AKB Klieswerk Breetze Verwaltungs GmbH“ (2005), „M + F Beteiligungsgesellschaft mbH“ (2003), „Manzke Beton GmbH“ (2015), „Manzke Verwaltungs GmbH“ (2015) und weiteren Teilunternehmen wie „Happy Beton“. Auch eine gemeinnützige Gesellschaft wird gegründet (2008) und u. a. Felix M. als Geschäftsführer eingesetzt mit der „Manzke Ausbildungsfonds gemeinnützige GmbH“, um der „Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und berufliche Weiterbildung u.a. für Mitarbeiter der Firmengruppe Manzke“ zu dienen,<sup>82</sup> was einige Vorteile im steuerabsetzungsfähigen Bereich bietet. Als kaufmännischer Geschäftsführer der „Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH“ (2011), auch bekannt unter „Lüneparken“, gebietet Felix M. als Zweit-Herr über sämtliche Parkhäuser der Stadt (das Karstadt-Parkhaus nicht mit einbezogen) sowie des Wohnmobil-Stellplatzes auf den Sülzwiesen, was insofern von Vorteil ist, weil er einen Stellplatz in Adendorf, der für 150.000 Euro von der Gemeinde angelegt wurde und dessen Wohnmobil-Stellplatz Felix M. zum Symbolpreis von einem Euro bis 2030 hat pachten können, über „Lüneparken“ als Synergieeffekt mit vermarkten kann.

<sup>77</sup> LZ v. 15.8.2015

<sup>78</sup> Inzwischen wird dieser „Keil in der Grünanlage“ selbst von konservativer Seite kritisiert; vergl. LZ v. 13.11.2014

<sup>79</sup> LZ v. 7.2.2013

<sup>80</sup> Die Vorteile eines solchen Privatgymnasiums lassen sich schon an den Klassenstärke seines Abiturjahrgangs mit 9 Schüler/-innen ablesen.

<sup>81</sup> Im März 2003 wurde Felix Manzke als Teilnehmer eines Universitäts-Projekts bei der HSH-Bank als „Führungskraft“ ausgezeichnet. Vergl. LZ v. 3.3.2006

<sup>82</sup> Gesellschaftervertrag v. 9.12.2008; vergl. LZ v. 28.1.2009

In der Öffentlichkeit tritt Felix M. gern und fotogen auf nach dem Motto „Tue Gutes und sprich darüber“ und die örtliche Presse berichtet regelmäßig und gefällig, sei es als illustrierter Teilnehmer beim „Herrenessen“ des Vereins Lüneburger Kaufleute, wo er mit den weiteren eingeladenen, hochrangigen Gästen vom sozialdemokratischen Landrat bis zum konservativen Bundestagsabgeordneten speisen und einem erbauenden Referat lauschen darf<sup>83</sup> oder als Präsident des Lüneburger „Round Table 70“, eines 18 Personen starken männerbündischen Serviceclubs (Frauen sind nicht dabei). Dieser Club betreut viele sinnvolle Projekte, die regelmäßig in der Lokalpresse vorgestellt werden wie jenes über „Die unsichtbare Gefahr“.<sup>84</sup> Bei diesem Sponsoren-Projekt sollen die Grundschüler lernen, beim Herannahen eines LKW besondere Obacht zu geben. Wenn dabei ein Beton-LKW der Firma mit übersehbar Manzke-Logo an der Grundschule in Brietlingen vorfährt und wenig später auch die Lokalpresse per Foto über dieses Ereignis berichtet, so nennt sich sowas wohl eine win-win-win-Situation für RT 70, die Firma Manzke und die Gesundheit der Grundschüler.



RT 70-Aktion der Firma Manzke vor der Grundschule in Brietlingen

Bisweilen sind beim RT 70 auch die Damen zugelassen – einmal im Jahr beim vergnüglichen Festball, wie 2012, als Präsident Felix M. im hergerichteten Autosalon Havemann 200 Gäste begrüßen konnte, die Herren der Creme de la Creme der Lüneburger Politik und Wirtschaft samt Gattinnen, um sich im feinen Zwirn und Ballkleid nach Art des US-

amerikanischen Vorbildes zu betätigen: Die Reichen vergnügen sich und spenden für die Armen. Das Buffet lieferte natürlich nicht die Pommes-Bude von nebenan, sondern ein exklusives Landgasthaus aus dem Landkreis.<sup>85</sup>

Ebenso exklusiv und elitär geht es zu bei Felix Manzkes sonstigen „Netzwerk-Aktivitäten“. Zum Beispiel wenn die Sparkasse Lüneburg, in dessen Verwaltungsrat Vater Eberhard tätig ist, zum „Mittelstandscup“ einlädt auf den Golfplatz nach St. Dionys, über den die LZ anschließend nicht im Werbeblock, sondern im redaktionellen Teil berichtet: „Neben dem sportlichen Wettspiel stand die Vernetzung der aktiven Unternehmer in der wachsenden Metropolregion Hamburg im Mittelpunkt der Veranstaltung. (Die) Firma Manzke aus Volkstorf (stellte) ihre Kompetenz nicht nur mit schweren Geräten, sondern auch am kleinen Ball eindrucksvoll unter Beweis ... 18-Loch-Runde ... vorgabewirksames Einzel nach Stableford in traumhaft schöner Umgebung ... gute Netzwerkgespräche und fröhliche Stimmung ...“<sup>86</sup> Heutzutage werden eben die Agreements der wirtschaftlich Mächtigen über die Generallinie ihrer Interessen ebenso wie über ihren nächsten Coup nicht mehr in dunklen Hinterzimmern im Geheimen getroffen, sondern halböffentlich beim Einzel nach Stableford in traumhaft schöner Umgebung und bei fröhlicher Stimmung.

Im ähnlich exklusiven Ambiente engagiert sich die Firma Manzke seit einiger Zeit auch im nahen Luhmühlen, welches in den letzten Jahrzehnten vom armen Heidedorf aufgestiegen ist zum angesehenen Austragungsort internationaler Vielseitigkeits-Turniere (früher auch „Military“ genannt), nachdem infolge der Pleite der Investmentbank Lehmann-Brothers mit Hilfe des Konjunkturpakets II der Bundesregierung unerwarteter Geldsegen über das Dorf ausgeschüttet wurde.<sup>87</sup> Hier müssen wegen unüber-

windbarer Hürden regelmäßig einige Pferde dran glauben, manchmal, wie 2013, auch ein Reiter. In diesen Herrenreitersport mit einem Parcours, der CCI (Concours Complet International) genannt und je nach Schwierigkeitsgrad mit einigen Sternchen gekennzeichnet wird und der mit seinen Zulieferbetrieben von gleich mehreren Gesellschaften betrieben und vermarktet<sup>88</sup> wird, hat sich auch die Firma

<sup>83</sup> Beim 37. Herrenessen des Vereins 2011 durfte gar Heiner Geißler referieren und vortragen: „Der Kapitalismus zerstört sich selbst – Attac-Mitglied Dr. Geißler: Occupy-Bewegung hat recht mit ihrer Kritik an der Macht der Banken“ (LZ v. 29.11.2011). Der „diskrete Charme der Bourgeoise“; man amüsiert sich über diesen Linken in den eigenen Reihen.

<sup>84</sup> LZ v. 25.9.2012

<sup>85</sup> LZ v. 12.11.2012

<sup>86</sup> LZ v. 5.7.2014

<sup>87</sup> LZ v. 31.10.2015

<sup>88</sup> „Turniergesellschaft Luhmühlen mbH“, „Ausbildungszentrum Luhmühlen-Lüneburger Heide GmbH“, „Pferdezucht- und Reitverein Luhmühlen e. V.“

Manzke eingekauft. Immerhin ist hier zum einen eine Käuferschicht des Hocheinkommens-Segments zu erreichen und zum anderen stehen die Zeichen auf Expansion auf Kosten der niedrigen Einkommensklassen, die diesen exklusiven Sport durch ihre Steuergelder mitfinanzieren. Darüber hinaus setzte man im Heidedorf auf Super-Events wie die Olympiade 2024 in Hamburg, die den Steuerzahlern etwa 2,17 Milliarden Euro<sup>89</sup> kosten sollte. Die Luhmühlener Gesellschaften erhofften sich durch die Austragung der olympischen Reitwettspiele in ihrem Dorf nicht nur eine fast kostenlose neue Infrastruktur und Aufhübschung ihrer Anlagen, sondern natürlich auch weitere Einnahmen durch ausgabewillige Gäste. Kein Wunder also, dass die IHK, der Arbeitgeberverband, die regionalen politischen Spitzen sowie die Firma Manzke und alle sonstigen Unternehmen, die hier ein weiteres Gewinnpotential sahen, für Hamburg als Austragungsort der Olympischen Spiele 2024 extensive Werbung machten. Aus bekannten Gründen wurde daraus nichts. Vielleicht kann aber dieser Einnahme-Ausfall durch die Fortführung und den Ausbau von Musik-Events auf dem Turniergelände kompensiert werden, von den genervten Anwohnern auch „Klein-Wacken“ genannt.

Manzkes Einstieg in die Luhmühlener Reiterszene begann 2004, indem die Firma eine Ladung Mineralgemisch spendierte für den dortigen Gelände-Übungsplatz, „auf dem die deutsche Equipe mit Bundestrainer Hans Melzer häufig trainiert.“<sup>90</sup> Selbstverständlich holte sich Bundestrainer Melzer die LKW-Ladung bei der Firma Manzke in Vastorf persönlich ab und wurde diese wohlthätige Aktion ausführlich in der Lokalpresse geschildert. Fortan ging es mit Manzkes Geschäftsbeziehungen zum Reiterstandort bergauf und zwar so weit, dass vier Jahre später, absolut unüblich, gar ein Teil des Parcours nach der Firma genannt wurde. Reiterfreund Dr. Hans Günter Stürmann, pensionierter Richter am Landgericht Lüneburg und nunmehr LZ-Berichterstatter über die Luhmühlener Reiterspiele, beschreibt die Schwierigkeit des Parcours für Ross und Reiter: „Nach einem Erholungssprung über das kleinste Haus ist dann die wohl schwierigste Kombination im ganzen Kurs zu bewältigen: das „Manzke-M“ (24 – 25)“.<sup>91</sup> Hinzu zu einem „Manzke-M“ kam beim CIC \*\*\*-Parcours ein weiteres Hindernis, welches nach der Firma genannt wird, nämlich die „Manzke-Box“.<sup>92</sup>

„Manzke Horse & Ground“ nennt sich seither der Luhmühlener Ableger des Firmengeflechts, bei dem das Horse als Werbeträger benutzt und der Ground als Verkaufsartikel angeboten wird: „Eine große Produktauswahl für Reitplatz-



Platzierung von „Duftmarken“ der Firma in Luhmühlen

und Reithallenböden sowie Beratung für Neuanlage und Renovierung von Reitplätzen erweitern die Angebotspalette der MANZKE-Firmengruppe.“<sup>93</sup>

Ein Angebot also, welches nicht gerade von der Zielgruppe von Hinz und Kunzt nachgefragt wird.

Bei all dieser unternehmerischen Betriebsamkeit kamen im Laufe der Jahrzehnte schon ein paar Milliönchen zusammen, die es gestatteten, davon steuerbefreite 30.000 Euro abzuzweigen, um sich Lüneburgs NS- und Militärgeschichte im konservativen Sinne interpretieren zu lassen und diese unter dem namensgebenden Label der Firmen-Stiftung im öffentlichen Raum zu platzieren.

<sup>89</sup> FAZ v. 17.3.2015

<sup>90</sup> LZ 17.9.2004

<sup>91</sup> LZ v. 17.9.2008

<sup>92</sup> LZ 13.6.2008

<sup>93</sup> <http://www.manzke.com/index.php?id=175>



Da der Text auf dem Prospekt und der „erklärenden Tafel“ identisch ist, werden am Ort des Denkmals keine weiteren erklärenden Informationen geliefert.

Das Mahnmal besteht aus einem schräg aufgestellten großen dreieckigen Granitstein, der von 13 Quadern umrahmt wird. Auf diesen sind die Jahreszahlen 1933 bis 1945 eingemeißelt. Auf die vom Künstler geplante optische Einbeziehung des Fußweges in die Gedenkanlage wurde verzichtet.

Der Granitstein enthält folgenden Text:

„Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft  
1933 – 1945.

Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selbst richten mag.

Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Konservative oder Alternative, gegen Schwarz oder Weiß! Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander. Ehren wir die Freiheit! Arbeiten wir für den Frieden! Halten wir uns an das Recht! Richard von Weizsäcker.“

Das grundsätzliche Problem dieses Mahnmals wird durch die Formulierungen der Friedenspfad-Akteure völlig ausgeklammert, nämlich dass diese Installation als „Mahnmal für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ fungiert, wo doch diese NS-Opfer lediglich ansatzweise durch die Form, auf keinen Fall aber durch das angebrachte Weizsäcker-Zitat im Mittelpunkt stehen. Da sich für die Betrachter der Bezug des Denkmals auf eine Würdigung der NS-Opfer nicht erschließt, wird dieser Kontext hineininterpretiert: Nachvollziehbar ist zunächst noch die Interpretation der Friedenspfad-Texter, dass die dargestellten Quader Lagerblocks oder Sarkophage symbolisieren können. Dass aber die Form des dreieckigen Granitblocks „den Abzeichen, die KZ-Gefangene an der Kleidung trugen“, ähneln soll, ist völlig abwegig. Bei den KZ-Abzeichen handelt es sich in erster Linie um gleichschenklige Dreiecke (Winkel), die zudem auf der Spitze stehen, in weiteren Fällen um die Form der sog. „Judensterne“ (Davidssterne). Keine Häftlingsgruppe wurde mit einem ungleichschenkligen Dreieck gekennzeichnet, wie sie der Granitblock abbildet.

Auch das eingemeißelte Zitat aus der berühmten Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985 wird nicht problematisiert. Es wird den Lesern des Faltblattes vorenthalten, dass Weizsäcker in seiner Rede ausdrücklich die NS-Opfer und Widerstandsgruppen würdigte (s. Text auf der nächsten Seite). Auf diesen Teil seiner Rede wurde aber verzichtet und stattdessen hier ein unverfänglicher Redeauszug gezeigt, der keine Opfer-Würdigung enthält, sondern gegenwärtige Konsequenzen der früheren „Verfolgung des freien Geistes“ benennt.

Auch ein Bezug zum Ort des Bergen-Belsen-Prozesses auf der gegenüberliegenden Straßenseite wird in dieses Mahnmal hineininterpretiert.

Aufgrund der geografischen Nähe könnte auf diese Weise ebenso ein Bezug zum 1938 errichteten Gebäude der Handwerkskammer mit Blick auf deren NS-Geschichte, könnte ein Bezug auf die NS-Stadtplanung mit ihrer Bedeutung für diesen Teil der damaligen Adolf-Hitler-Straße, könnte ein Bezug auf weitere Denkmäler dieser „Gedenkmeile“ interpretiert werden. Anstatt sich im Friedenspfad durch eine eigene Station dem Bergen-Belsen Prozess gegen die Haupttäter des KZ Bergen-Belsen anzunähern, benennen die Friedenspfad-Verfasser einen imaginären Bezug zu diesem Ereignis und handeln diesen „Schauplatz der deutschen und europäischen Geschichte“ mit einem Satz ab.

Auszug aus der Rede von R.v.Weizsäcker vom 8.5.1984, vom Rat der Stadt als Text für das Mahnmal abgelehnt:

"Der 8.Mai 1945 war ein Tag der Befreiung.

Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben ...

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mussten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten.

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei den Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.“

#### Zur Geschichte dieses Mahnmals<sup>94</sup>

Im April 1986 griff die SPD-Fraktion im Rat der Stadt eine vielfach vorgetragene Forderung auf und stellte den Antrag, „... in Lüneburg eine Gedenkstätte für die Opfer der Nazidiktatur anzulegen ... Damit sollte deutlich sichtbar den Bürgern dieser Stadt Ehre erwiesen werden, die sich gegen Unterdrückung und Barbarei aufgelehnt haben.“<sup>95</sup> SPD-Ratsherr Momberg erläuterte während der Ratssitzung, dass es in der Stadt zwar viele „Gedenksteine und –male für Kriegstote gäbe, jedoch keinen Ort, an dem der Nazi-Opfer gedacht werden könnte. Sein Vorschlag: eine Tafel vor dem Rathaus, ins Pflaster eingelassen.“<sup>96</sup> Dabei erinnerte er auch an die Lüneburger kommunistischen Widerstandskämpfer „wie den Malergesellen Hans Pfeifer (und auch) der Name Adolf Waltje werde nicht genannt und es wird nirgends an

sie erinnert.“<sup>97</sup>

Der Rat der Stadt stimmte am 24.4.1986 für diese Beschlussvorlage, nannte dabei Form und Ort: „Gedacht ist dabei an ein Denkmal oder eine Gedenktafel an einer markanten Stelle der Stadt.“<sup>98</sup>

## Gedenkstätte für Nazi-Opfer

**rau Lüneburg.** Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt möchte in Lüneburg eine Gedenkstätte für die Opfer der Nazidiktatur angelegt sehen. Einen entsprechenden Antrag wollen die Sozialdemokraten in die nächste Ratssitzung einbringen.

Fraktionschef Helmut Muhsmann begründete: „Damit sollte deutlich sichtbar den Bürgern dieser Stadt Ehre erwiesen werden, die sich gegen Unterdrückung und Barbarei aufgelehnt haben.“ Gleichzeitig will

LZ v. 18.4.1986

Nach der Überweisung dieses Antrags zur weiteren Behandlung an den Kulturausschuss des Rates geschah zunächst – nichts. Weder die Verwaltung noch die konservative Ausschussmehrheit unternahm Anstrengungen zur Realisierung des Vorhabens; der dafür eingeplante Betrag von 3.500 DM wurde bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 1987 wieder gestrichen. Nachdem schließlich Lüneburger Bürger/-innen Anfang 1988 eigene Vorschläge für die Gestaltung dieses Mahnmals veröffentlichten (vom Architekten Hans-Ulrich Neuhaus, dem Künstler Karl Höffler und der Lüneburger VVN-BdA<sup>99</sup>), die in Fachkreisen und der interessierten Öffentlichkeit eine durchaus positive Resonanz fanden,<sup>100</sup> kam der Kulturausschuss der Stadt nicht umhin, tätig zu werden, um in seinem Sinne eine Alternative anbieten zu können. Zunächst wurde auf der Sitzung im Juni 1988 beschlossen, den von der VVN-BdA favorisierten Textvorschlag abzulehnen (ein Auszug aus der Rede R. v. Weizsäckers: „Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung...“, siehe den Text auf dieser Seite links oben <sup>101</sup>) ebenso wie den vorgeschlagenen Standort „Rathausfassade Am Markt“. Stattdessen wurde beschlossen, „einen Gedenkstein ... am Ausgang des ehem. „Telschowbunkers“ in der Schießgrabenstraße ... aufzustellen.“<sup>102</sup> Dieser Vorschlag wurde sofort stark kritisiert, auch von der örtlichen Presse abgelehnt und daraufhin ein interfraktioneller Ratsausschuss unter Leitung des Ratsherrn Hansen gebildet, der eine Translozierung (Versetzung) des Bunkerportals (siehe Station 10) von der Schießgrabenstraße/Lösegraben an die

<sup>94</sup> vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Die zweite Schuld. Der Streit um das antifaschistische Mahnmal in Lüneburg, Lüneburg 1989

<sup>95</sup> LZ v. 18.4.1986

<sup>96</sup> LZ v. 29.4.1986

<sup>97</sup> Moin 5/1986

<sup>98</sup> Protokoll der Sitzung des Rates der Stadt Lüneburg v. 24.4.1986

<sup>99</sup> Siehe VVN-BdA Lüneburg, Die zweite Schuld ..., S. 12 – 15 und 33 - 36

<sup>100</sup> Vorgestellt wurden diese Vorschläge auf einer Veranstaltung der VVN-BdA am 2.9.1988 im Lüneburger Kulturforum. Esther Bejarano (die zudem mit ihrer Gruppe „Siebensöhn“ Lieder aus dem Widerstand vortrug) und weitere Nazi-Verfolgte nahmen an einer anregenden Diskussion teil. Die eingeladenen Politiker aus Rat und Kulturausschuss blieben der Veranstaltung fern.

<sup>101</sup> s. VVN-BdA Lüneburg, Die zweite Schuld ..., S. 15

<sup>102</sup> Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses des Rates der Stadt Lüneburg v. 1.6.1988

Lindenstraße vorschlug. Nachdem auch diese Idee von der LZ als „makabrer Aprilscherz“<sup>103</sup> bezeichnet wurde, beschloss der Kulturausschuss auf seiner Februarsitzung 1989, „dass für die Errichtung des Mahnmals für die Opfer des Nazi-Regimes ein landesweiter Künstlerwettbewerb ausgeschrieben werden soll“.<sup>104</sup> Der Ausschuss gab den Ort („Rasenfläche vor dem Zollamt/Lindenstraße“) und den Text („Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 – 1945“) vor. Neben den vorgenannten Entwürfen der Lüneburger Bürger/-innen beteiligte sich der Künstler Norbert Schitteck am Wettbewerb und gewann. Im Wesentlichen seinem Entwurf folgend wurde schließlich im Folgejahr die Gedenkanlage angefertigt.

Zusammenfassend sei festgestellt:

1. Den Lüneburger Nazi-Opfern und Widerständlern eine Gedenkstätte zu erschaffen, wie es der Rat der Stadt zunächst beschloss, ist mit dem schließlich erstellten Mahnmal verhindert worden. Es fehlt völlig jeder Bezug auf diese Personengruppe, kein Name wird genannt. Auch eine allgemeine Benennung der Opfer des deutschen Faschismus, wie sie im vorgeschlagenen Weizsäcker-Zitat zum Ausdruck kommt (s. S. 23) wurde von den dominierenden Ortspolitikern/-innen nicht akzeptiert. Es sei daran erinnert, dass dieser Teil der Weizsäcker-Rede auf einen heftigen Widerstand bei vielen Führungskräften der CDU und FDP stieß und von diesen mit einer völkisch-nationalistischen Argumentation mehrheitlich abgelehnt wurde.

2. Auch die Installierung der Gedenkstätte in Rathausnähe, bzw. „an einen markanten Ort der Stadt“, wie im Beschluss des Rates der Stadt formuliert, wurde verhindert. Statt im unmittelbar fußläufigen Innenstadtbereich eine Ehrung der Lüneburger NS-Opfer und Widerständler zu erschaffen, die sowohl die Einwohner/-innen der Stadt als auch die vielen Lüneburg-Touristen zum Nachdenken (und antifaschistischen Handeln) bewegen mag, wurde das Denkmal in einen Außenbereich verbannt, an den Lüneburger Ring, der von nur sehr wenigen Fußgängern frequentiert wird.<sup>105</sup>

### Gedenkmeile Adolf-Hitler-Straße/Lindenstraße

Die Installierung des Mahnmals ausgerechnet in der „Gedenkmeile“ an der Lindenstraße traf 1990 auf zusätzlichen Protest: Hier befinden sich die „Hitler-Eichen“, am 1. 5.



Pflanzung der „Hitler-Eichen“ und Treuegelöbnis auf Adolf Hitler am 1. Mai 1933 in der Adolf-Hitler-Straße (Lindenstraße)<sup>106</sup>

1933 vom HJ-Führer Wichmann (Sohn des Leiters der Lüneburger Kriminalpolizei) und der Sturmabteilung der NSDAP mit einem Treuegelöbnis auf Adolf-Hitler gepflanzt und übergeben mit den Worten: „Und das Schönste ist der Sieg. Das Mark unserer Ehre ist die Treue. Treu wie die Eichen will auch die Jugend sein, treu dem Vaterlande und dem Führer Adolf Hitler.“<sup>107</sup> In dieser Gedenkmeile in der ehemaligen „Adolf-Hitler-Straße“ befand sich seinerzeit noch das Ehrenmal des Lüneburger Löwengeschwaders, einer Nazi-Wehrmachtstruppe, die mit ihren Kampfflugzeugen Tod und Verderben in Europa brachte, von Nordafrika bis Norwegen, und deren Führer wie Richthofen bereits für die spanischen Faschisten z. B. Gernika in Schutt und Asche legten.<sup>108</sup> Wegen des anhaltenden Protestes gegen dieses Schandmals musste es schließlich dort entfernt werden und befindet sich heute in der Theodor-Körner-Kaserne. Ebenfalls in unmittelbarer Nähe in dieser Gedenkmeile befindet sich die „Bürger-Linde“, am 28.6.1984 anlässlich des 20-jährigen Bestehens des „Lüneburger Bürgervereins“ gepflanzt, mit einem Gedenkstein versehen und in einer Feierstunde mit örtlicher Polit-Prominenz der Öffentlichkeit übergeben. Vorsitzender dieses Bürgervereins: Walter Ladders, Mitglied der Rechtsaußenformation „Lützower Jäger“, stadtbekannt als Kommunalwahl-Kandidat der NDP. Später wurde Ladders von der Stadt Lüneburg und seinem Verein mit dem „Sülfmeisterring“ beehrt.<sup>109</sup> Die LZ vom 11.12.1989 titelte aus diesem Anlass: „Er hat sich um seine Heimatstadt verdient gemacht.“

<sup>103</sup> LZ v. 21.1.1989

<sup>104</sup> Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses des Rates der Stadt Lüneburg v. 8.2.1989

<sup>105</sup> Ob der Verbannung in diese abseitige Lage eine Intervention der Lüneburger Tourismus-Verbände vorausging, ist nicht bekannt, aber anzunehmen.

<sup>106</sup> Lüneburgsche Anzeigen v. 2.5.1933

<sup>107</sup> LA v. 2.5.1933, siehe: VVN-BdA Lüneburg, Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung 1933, Lüneburg 2013, S. 39 f

<sup>108</sup> Vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Von Gernika über Lüneburg nach Wielun, Zur Geschichte des Lüneburger Luftwaffen-Kampffgeschwaders 26, Lüneburg 2012; 2002 wurde dieses „Ehrenmal“ in die Theodor-Körner-Kaserne umgesetzt.

<sup>109</sup> LZ v. 30.6.1984; vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Neofaschismus in Lüneburg, Teil 2, Lüneburg 1996, S. 84

2

## Reiterdenkmal für die Toten des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16

Die Dragoner waren von 1871-1919 in der Lüner Kaserne stationiert. Ihre Tradition führten sie auf das Husarenregiment zurück, das Albrecht von Estorff 1813 aus Freiwilligen anwarb. Das von Emil Cauer entworfene Denkmal zeigt Ross und Reiter in natürlicher Haltung traben. Der Dragoner trägt die Friedensuniform, wie man sie bis 1914 im Stadtbild gewohnt war. Das 1939 vor Kriegsbeginn eingeweihte Denkmal wirkt nicht überzogen pathetisch oder heroisch, doch fehlt ihm auch jeder Ausdruck von Trauer.

Clunartpark



Da der Text auf dem Prospekt und der „erklärenden Tafel“ identisch ist, werden am Ort des Denkmals keine weiteren erklärenden Informationen geliefert. Hinzugefügt wurden lediglich zwei fast identische Fotos des Dragoner-Denkmal, das 1922 im Park am Schifferwall eingeweiht wurde. Die notwendige Erklärung, warum man dieses Denkmal durch jenes von 1939 ersetzte, fehlt.

Auf der Rückseite der Tafel werden die Sponsoren der Restauration dieses Standbildes im Jahre 2013 benannt: „Restauiert im Jahr 2013 durch Spenden des Vereins der Freunde und Förderer des Denkmals der Dragoner 16, der Landschaft des vormaligen Fürstentums Lüneburg, der Stiftung Hof Schlüter, des Arbeitskreises Lüneburger Altstadt und mit Mitteln der Hansestadt Lüneburg.“

Der Text legitimiert durch seine Interpretation die verbrecherische Rolle des Militarismus bei Aufstieg und Machterhalt des deutschen Faschismus. Die Autoren weisen nicht auf die überaus deutlichen kriegerischen Absichten der Denkmals-Dragoner hin. Stattdessen dichten sie im Gegenteil dem Denkmal positive oder verharmlosende Eigen-

schaften an wie etwa jene, dass „Ross und Reiter in natürlicher Haltung traben“ würden und dass der abgebildete Dragoner eine „Friedensuniform (trage), wie man sie bis 1914 im Stadtbild gewohnt war“. Der militaristische Normalzustand des vordemokratischen wilhelminischen Kaiserreichs wird hier verständnisvoll verklärt. Der weitere Hinweis, dass das Denkmal vor Kriegsbeginn 1939 eingeweiht wurde und „nicht überzogen pathetisch oder heroisch“ wirke, soll wohl suggerieren, dass es nicht dem NS-Propagandabild entsprach und auch nicht mit dem bevorstehenden Kriegsbeginn in Zusammenhang gebracht werden kann. Ein Foto von der Einweihungszeremonie im Mai 1939 zeigt das Gegenteil (s. Foto S. 27).

Der „Völkische Beobachter“ schrieb am 8.8.1937 über den Künstler und seinen Dragoner-Entwurf: „Im Ethos und im Motiv äußert sich ein der Nation und ihren Werten ergebener Künstler“ und die interne Zeitschrift der Dragoner-Vereinigung, die „Bundesnachrichten“, schwärmt in der Nr. 36: „So ist denn jetzt ein Entwurf entstanden... Energiegeladen, mit dem festen Willen, seine wichtige Meldung zum Ziel zu bringen, sehen wir den Meldereiter, wie wir ihn im Felde kannten, in einem räumigen Trabe auf edlem hannoverschen Pferde...“ Die örtliche Presse, die Lüneburgischen Anzeigen, stellte den Entwurf am 8.3.1939 der geneigten Leserschaft vor mit den Worten: „Auf einem fast drei Meter hohen Granit-Sockel wird sich der Reiter, wie er einst in den Weltkrieg zog, ... erheben“<sup>110</sup> - Ross und Reiter also weder in natürlicher Haltung, noch in gewohnter Friedensuniform oder im Friedensauftrag unterwegs. Und auch die Frage, ob das Denkmal pathetisch oder heroisch wirken soll, lässt sich leicht mit einem Blick auf die Vorgeschichte dieses Monuments der Lüneburger Dragoner und auf das Einweihungsszenarium zu Pfingsten 1939 mit Hilfe der historischen Dokumente nachvollziehen:

Nachdem das kaiserliche Militär 1918 besiegt und 1919 die Dragoner-Militäreinheit aufgelöst werden musste, bildete sich unter der Führung des ehemaligen Dragoner-Oberstleutnants Selp ein Dragoner-Traditionsverein mit Namen „Bund zur Pflege der Kameradschaft unter den Angehörigen des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16“. Dieser weihte bei seinem Bundestreffen am 16. September 1922 im hinteren Teil des Parks am Schifferwall (Bastion) ein Denkmal für die im Ersten Weltkrieg „gefallenen Kameraden des Dragoner-Regiments Nr. 16 und der Reserve-Kavallerie-Abteilung Nr. 78“ ein. Die Lüneburgischen Anzeigen beschrieb am 17.9.1922 das viereinhalb Meter hohe Monument: „An einer hohen Sandsteinsäule steht ein trauernder Dragoner, den Blick nach unten gesenkt. Er hat die Hand am

<sup>110</sup> Abdruck einer Erklärung der Dragoner-Vereinigung, die ebenfalls in den „Bundesnachrichten“ Nr. 37 zu finden ist.

*Zügel seines Pferdes, das gleichfalls in Trauer den Kopf zur Erde geneigt hat.“*



Diese Zurückhaltung, wie sie zunächst auch in der Formensprache des Dragoner-Denkmal zum Ausdruck kam, gab der Kameradschafts-Bund in der folgenden Jahren in dem Maße auf. Nach der Machtübertragung an die Nazis am 30. Januar 1933, inserierten die Lüneburger Dragoner-Traditionalisten

in den Lüneburgschen Anzeigen (siehe Seite 10) einen Aufruf zum „Tag der erwachenden Nation“, damit *„auch in Lüneburg ... das nationale Deutschland die Macht endgültig in Besitz (nehme)!“*

Bald darauf wurde innerhalb des Traditionsverbandes diskutiert, den „trauernden Dragoner“ durch eine Symbolik zu ersetzen, die durch Monumentalität und Ausdruck der neuen NS-Zeit entsprach. Zunächst war für dieses Krieger-Denkmal, welches nicht mehr lediglich an die „gefallenen Kameraden des I. Weltkrieges“ erinnern sollte, sondern zugleich auch an weitere Traditionsregimenter wie z. B. die Dragoner Abteilung Ludwig von Estorf, die am Völkermord in Deutsch-Südwest-Afrika beteiligt war, ein Standplatz an der Bastion vorgesehen. Zu den vorläufigen Planungen äußerte sich Dragoner-Führer Seip noch im Mai 1939: *„Es wird in den Anlagen seinen Platz finden, in denen das alte Denkmal stand, jedoch weiter nach Schifferwall-Reichenbachstraße vorgerückt. ... Schon 1922 hätten wir diesen Platz gewählt, der von jedem Vorübergehenden gut übersehen werden kann, - wenn nicht der aufdringliche Synagogen-Bau gegenüber uns dies unmöglich hätte erscheinen lassen. Die s H i n d e r n i s w i r d j e t z t b e s e i t i g t !* (Schreibweise im Original, d. V.) *Wir hoffen, dass es schon im Juli 1939 nicht mehr da ist. - Dann gewinnt der Platz ganz außerordentlich.“*

Wohl gemerkt: Diese Zeilen schrieb der Traditionsvereinsführer<sup>111</sup> in voller Kenntnis der Pogrome vom 9. November 1938, die in Lüneburg u. a. zur Verhaftung und Inhaftierung der männlichen Bevölkerung jüdischer Abstammung durch

die Gestapo und ihre Verschleppung in das Konzentrationslager Buchenwald führten. Zwar wurde der „Judentempel“ (Seip) dem Erdboden gleich gemacht,<sup>112</sup> aber dennoch zerklüfteten sich diese Standortpläne. NSDAP-Gauleiter Telschow plante mit seinen Dragonern noch Größeres: Deutlich aufgewertet werden sollte nämlich im Sinne der Nazi-Architektur der Bereich um das (damalige) Johanneum, die Rotestraße und die obere Ilmenau. Nachdem die Handwerkskammer ihren Sitz nach Lüneburg verlegt hatte wurde ein neues Gebäude ganz im Stile zeitgenössischer NS-Formensprache an die Rotestraße gebaut. Die ehemaligen Wallanlagen erhielten in diesem Bereich den Namen „Gauleiter-Telschow-Wall“ und die Parkanlage des heutigen Clamart-Parks wurde völlig zu einem Helden- und Kriegerpark umgestaltet. Die 1875 eingeweihte Pieta (siehe Station 3 „Denkmal für die Toten des Deutsch-Französischen Krieges 1870/1871“) verschob man von der zentralen Ansichtsstelle des Parks in den hinteren Teil der Anlage, um Platz für die neue Monumentalität zu schaffen. Eine kniende Frauengestalt (Mutter) die einen sterbenden Krieger (Sohn) in ihrem Schoße hält und ihn mit einem Palmenzweig bedeckt - solch ein Denkmal entsprach nun ganz und gar nicht der NS-Ideologie.

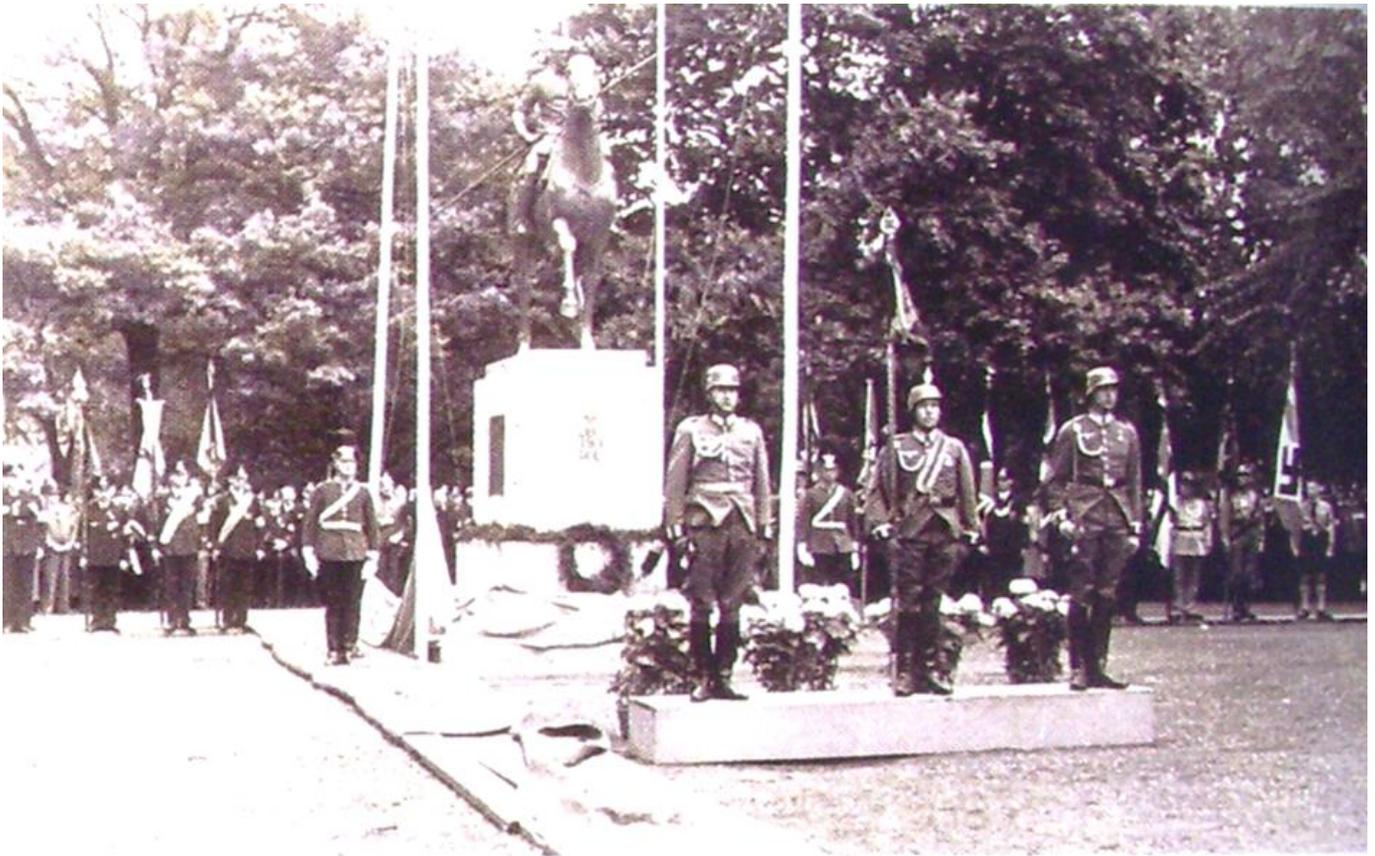
Die Übergabe des Denkmals an Oberbürgermeister Wetzel und damit in die Obhut der (Gauhaupt-) Stadt Lüneburg wurde als ein Event mit unverkennbar positiver Wirkung für das NS-System inszeniert. Damit war die völlige Eingliederung der Dragoner-Traditionalisten in die NS-Wehrmachtsstrukturen und eine Unterordnung unter die Ziele der Nationalsozialisten - drei Monate vor dem Überfall auf Polen und damit dem Beginn des zweiten Weltkrieges - vollendet. Dragoner-Traditionsführer Seip meldete Vollzug: *„Mit tiefster Dankbarkeit und höchster Bewunderung geloben wir dem Führer unsere Hingebende Soldatentreue.“*

Die Lüneburgschen Anzeigen berichteten am 30. Mai 1939 über die Einweihung des Denkmals :

*„Nach einem Gottesdienst ... in der alten Garnisonskirche St. Michaelis ... fand die Denkmalsweihe in den erneuerten Anlagen am Roten Tore statt ... Hohe Fahnenmasten mit den leuchtenden Bannern des Dritten Reichesgaben dem Platz nach der Straße zu die festliche Front. Zur Seite des noch verhüllten Denkmals erwarteten zu Pferde die Traditionschwadron der alten Lüneburger Heidedragoner, die 3. Schwadron des Kav. Reg. 13, die die Standarte des alten Regiments mit sich führte, und das Trompeterkorps des Kav.“*

<sup>111</sup> aus dem „Vorsitzenden“ des Traditionsvereins wurde 1933 der „Führer“

<sup>112</sup> vergl. VVN-BdA Lüneburg, Lüneburger „Gedenkkultur“. Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkstätte an der früheren Synagoge, Lüneburg 2013



Einweihung des zweiten Dragonerdenkmals 1939

*Regts. den Anmarsch der Mitglieder des Traditionsverbandes, denen Abordnungen sämtlicher Lüneburger Truppenteile, ein Ehrensturm der SA., eine Abordnung der Hitlerjugend und sämtliche Lüneburger Kameradschaften des NS-Reichskriegerbundes die Ehre der Teilnahme an dem Weiheakt gaben. In einem großen offenen Viereck vollzog sich der Aufmarsch um das Denkmal ... Unter den schmetternden Klängen der Kavallerie-Retraite, die schon so oft die Reiter zum Sammeln gerufen, fiel die Hülle um das kraftgespannte Bronzestandbild des lanzenbewehrten Meldereiters, der sein Pferd aus dem Frieden der Grünanlagen am Roten Tore hinauslenkt, gleichsam hinaus in die kampffrohen Weiten, die von jeher echter niedersächsischer Reitergeist suchte ... Was alles hat sich seit den Tagen geändert, seit die Frontkameraden unbesiegt auseinander gingen! Unter der einmaligen Führung des Frontkämpfers Adolf Hitler ist ein einiges, wehrgeschütztes Reich entstanden ... Die zahllosen ruhmreichen Taten unserer Dragoner ... haben durch ihr Opfer mit den Grundstein gelegt für ein schnelles Wiederaufblühen und Erstarken des Vaterlandes ... So ist auch der kraftvolle Reiter, den das Mahnmal zeigen wird, ein Sinnbild ungebrochenen Frontkämpfergeistes.“<sup>113</sup>*

Der Aufstieg des Traditionsvereins und seine Integration in den NS-Staat, monumental dokumentiert durch das neue

Dragoner-Standbild, war Verbandsführer Seip derart wichtig, dass er in seinem Nachrichtenblatt die „Weiherede“ des Generalleutnants von Bodelschwingh (Regimentskommandeur von 1910 bis 1914) nochmals veröffentlichen ließ. In einer Art Zwiesprache mit den toten Dragonern beschwor Bodelschwingh nun den Ruhm des alten Regiments:

*„Sieben Jahre nach dem Weltkrieg war es, da sprach ich mit Euch Toten des Weltkrieges, drüben am alten Denkmal, - und da ihr fragtet: ist das Vaterland nun wieder frei, groß und mächtig, denn dafür starben wir, - wir mussten unser Angesicht schier verhüllen vor solcher Frage. Aber heute, wenn ihr wieder fragt - und ich höre euch fragen -, erhobenen Hauptes sagen wir: Seht umher, seht die Größe des Reiches, größer als da ihr abberufen wurdet, und bald umschließend alles, was deutschen Blutes ist (Schreibweise im Original, d. V.). Seht weiter umher, seht: ... überall weites Gelände ... wimmelnd von Soldaten, die bereit zum Einsatz des Lebens, ... sei's wo es sei - und mit Waffen, die ihr noch nicht kanntet, eine schöner als die andere, vielleicht ebenso schön wie das Pferd, aber auch dies seht ihr noch reichlich und in hohen Ehren, bereit, uns nach Ostland zu tragen ... Euer Ziel ist erreicht. Fragt ihr aber, wer schuf uns solchen Lohn unseres Opfertodes? Hört:*

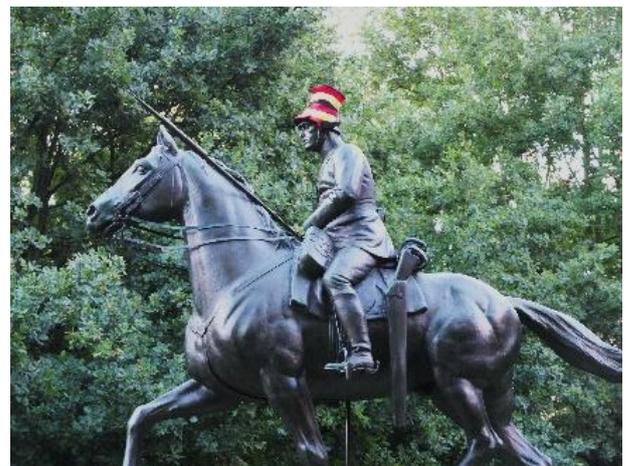
<sup>113</sup> LA v. 30.5.1939

*Einer der Guten war's, ein Soldat des Weltkrieges, einer, der, gleich eurem alten Feldmarschall, der ihn berief, die Tugenden der alten Armee ... in sich vereinigt in höchster Vollendung – unser Führer. Der uns, alt und jung, heißt, als furchtlose Soldaten hindurch zuschreiten durch die erregte Umwelt, zu spotten ihres blöden Getönes, von Ost und West und Übersee,-- zu gleichen diesem unserm Meldereiter, der, nicht achtend feindlicher Geschosse, mutig und ruhig reitet seines Weges, seinem Ziel zu, getreu seinem Auftrag.“<sup>114</sup>*

Die Friedenspfad-Autoren beschränken sich bei der Formulierung ihres Faltblatt-Textes und der „erklärenden Tafel“ auf lediglich einige Hinweise und Jahreszahlen zum Erbauer des Denkmals, zum Standort und zur Existenz des Dragoner-Regiments. Sie unterschlagen aber den gesamten politischen Zusammenhang von Militarismus und Faschismus, der mit diesem Denkmal verbunden ist. Darüber hinaus versuchen sie, diese NS-Lokalgeschichte verharmlosend und sogar positiv zu konnotieren. Abweichend von ihren Denkmalschilderungen am anderen Ort interpretieren sie hier selber die Formensprache des Denkmals und bewerten dieses als quasi-Friedensmonument. Auch findet sich in ihrem Text kein Hinweis auf die Tatbeteiligung der Lüneburger Dragoner an kriegerisch-imperialistische Handlungen wie etwa am Völkermord an den Herero und dem Volk der Nama in Deutsch-Südwestafrika (Namibia) 1904 – 1908 als Abteilung Ludwig v. Estorff. Ebenso wird die Geschichte des Denkmals nach 1945 ausgeblendet.

Es könnte den Verfassern der Friedenspfad-Texte auch hier der Vorwurf gemacht werden, sich nicht hinreichend mit der Lüneburger NS-Lokalgeschichte beschäftigt und deshalb dieses NS-apologetische Bild gezeichnet zu haben wie etwa bei der Station 20 („Denkmal für die Toten der 110. Infanterie-Division“). Spätestens aber seit der Veröffentlichung der Schrift „Eilt herbei, ihr alten Krieger!“ im Jahre 2013<sup>115</sup> liegen alle wichtigen Informationen in leicht zugänglicher Form vor, die eine sachliche Bewertung des Dragoner-Denkmals ermöglichen. Darin enthalten sind zahlreiche Originaldokumente und auch das hier abgedruckte Foto von der Einweihung des Denkmals 1939, welches die Friedenspfad-Akteure bei ihrer Präsentation unterschlagen. Den Autoren ist deshalb vorzuwerfen, wider besseren Wissens einen NS-apologetischen Text für Faltblatt und Tafel verfasst zu haben und der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Zivilgesellschaftliche Aktionen zur Umgestaltung des NS-Dragoners. Eine Auswahl:



unter den Angehörigen des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16“, Lüneburg 2013

<sup>114</sup> Zit. nach VVN-BdA Lüneburg, „Eilt herbei ...“, S. 56

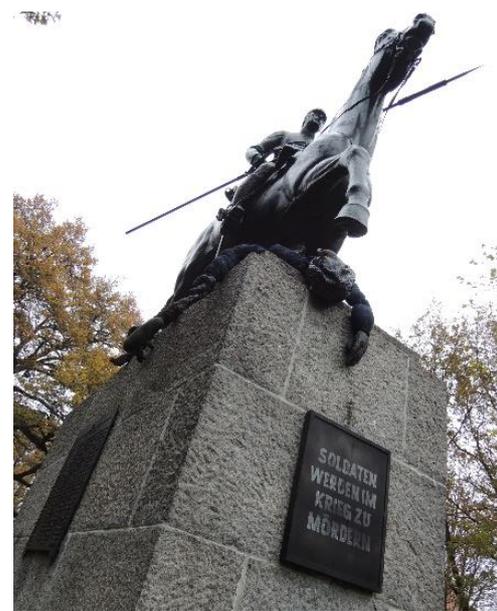
<sup>115</sup> VVN-BdA Lüneburg, Eilt herbei, ihr alten Krieger! Zur Geschichte des Lüneburger „Bundes zur Pflege der Kameradschaft

Die unrühmliche Geschichte dieses Denkmals ist aber nicht mit dem Ende der NS-Herrschaft im Mai 1945 erledigt. Auf der Liste der von der Britischen Militärregierung 1946 herausgegebenen Anweisung an die Regierungsbeauftragten über die Beseitigung deutscher militaristischer und nationalsozialistischer Denkmäler und Gedenkstätten die nach dem 1. August 1914 errichtet worden sind, stand das Reiterdenkmal mit an oberster Stelle. Ausnahmen sollten gelten bei Anlagen zum Gedächtnis an gefallenen Soldaten und u. a. auch für Objekte von besonderer künstlerischer Gestaltung. Die Stadtverwaltung wandte sich an den damaligen Landeskonservator in Hannover, um einen Antrag auf Erhalt des Dragonerdenkmals als Kunstobjekt bei der Britischen Militärverwaltung zu stellen. Einen künstlerischen Wert konnte dieser für das NS-Reiterdenkmal aber nicht erkennen. Er empfahl stattdessen der Stadt, einen Ausnahmeantrag zu stellen mit der Begründung, dass dieses Standbild „nicht in Verbindung mit dem letzten Krieg“ gebracht werden könne. So ist es dann auch geschehen. Ob dieser Antrag von der britischen Militärregierung positiv beschieden wurde oder ob die deutschen Regierungsbeauftragten in Lüneburg diese Anweisung schlicht ignorierten, ist nicht bekannt.<sup>116</sup>

Nachdem dieses Standbild die Anweisungen der Alliierten auf diese Weise überleben konnte, wurde eine „Verbindung mit dem letzten Krieg“ nachträglich vorgenommen: An der Ostseite des Dragonerdenkmals brachte man (wahrscheinlich 1956) eine Namensliste der im 2. Weltkrieg umgekommenen Soldaten, die im „Dragoner- Regiment Nr. 16“ und in der Res. Kavallerie-Abt. 78“ gedient hatten, an. Das Kriegerdenkmal diente in den folgenden Jahrzehnten u.a. „Alten Kameraden“ und Neonazis als Aufmarschplatz, war aber auch immer wieder Ort für Protest gegen Krieg und Militarismus linker und antifaschistischer Kräfte.

Nach fast 73 Jahren drohte 2012 das Krieger-Denkmal umzufallen. Die Stadt stellte klar, dass sie aus dem laufenden Haushalt nicht genügend Geld für eine notwendige Restaurierung bereitstellen könne und drohte, das marode Denkmal abzureißen und im städtischen Bauhof einzulagern. Daraufhin gründet sich im Februar ein „Verein der Freunde und Förderer des Denkmals Dragoner e. V.“ der verspricht, einen Teil der nötigen Geldmittel bei privaten Sponsoren einwerben zu wollen. Den dreiköpfigen Vorstand des Vereins bildeten Oliver Duddeck als Vorsitzender und die Brüder Christian und Gerhard v. Estorf, direkte Nachfahren Albrecht v. Estorfs, des Gründers der Lüneburger Dragoner von

<sup>116</sup> Diese Anweisung betraf übrigens auch Straßennamen, „... die bezwecken, die deutsche militärische Tradition zu erhalten und fortzupflanzen, den Militarismus wiederzuerwecken oder das Andenken an die Nazi-Partei zu verewigen ...“ Aus diesem Grunde



wurde u.a. auch die Hindenburgstraße 1946 wieder in Gartenstraße umbenannt.

1813. Eine von Mitgliedern des Kulturausschusses und engagierten antimilitaristischen Organisationen und Initiativen geforderte öffentliche Diskussion über einen möglichen alternativen Standort des Dragoners oder einer Umgestaltung bzw. künstlerische Kommentierung der NS-Hinterlassenschaft fand nur in Ansätzen statt. Im Mai 2013 wurde der Reiter abgebaut und in eine Spezialwerkstatt nach Berlin transportiert. Auch eine Aktion, in der innerhalb von nur vier Wochen 384 Lüneburgerinnen und Lüneburger sich durch ihre Unterschrift für ein Moratorium vor einer Wiederaufstellung des restaurierten Reiters über die Frage des weiteren Umgangs mit dem Denkmal einsetzten, wurde vom Kulturausschuss der Stadt abgelehnt. Als die „Dragoner-Freunde“ ihren Zuschuss zur 40.000 Euro teuren Restaurierung des Denkmals in Höhe von 15.000 Euro (angekündigt waren 20.000 Euro) an die Bedingung knüpften, das Denkmal in seiner ursprünglichen Form an seinem historischen Platz zu belassen, sah sich der Kulturausschuss genötigt, dieser Forderung zuzustimmen. Ab diesem Zeitpunkt wurde jede weitere Diskussion von offizieller Seite für beendet erklärt. Das restaurierte Reiterstandbild wird am 29. Oktober 2013 an seinem alten Platz in neuem Glanz wieder aufgestellt. Zur Beruhigung der kritischen Öffentlichkeit wird die Installation einer „erklärenden Tafel“ am Denkmal versprochen. Im Zusammenhang damit präsentiert die „Manzke-Friedensstiftung“ die Idee eines „Friedenspfades“, in den das Reiterstandbild - diese unsäglich NS-Hinterlassenschaft - mit einbezogen werden soll. Das Ergebnis dieses politischen Ränkespiels ist heute zu besichtigen.



Lüneburger Realschule: O. Dudeck, Vorsitzender des Dragoner-Vereins, 2012 vor dem Nazi-Denkmal



### 3 Denkmal für die Toten des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71; Friedenseichen

Das Sandsteinmonument von Engelbert Pfeiffer – enthüllt 1875 – rückt den Soldatentod in die Nähe des Kreuzestodes Christi, indem es das Motiv der Marienklage (Pietà) aufnimmt.

Drei „Friedenseichen“ – gepflanzt 1871 – sollten als Symbol der Vereinigung der deutschen „Stämme“ im deutschen Reich ein gemeinsames Laubdach bilden. Als Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft heißt der Park an der Friedenstraße seit 1985 nach Lüneburgs französischer Partnerstadt „Clamart-Park“.

Clamartpark



Da der Text auf dem Prospekt und der „erklärenden Tafel“ identisch ist, werden am Ort des Denkmals keine weiteren erklärenden Informationen geliefert.

Als lokaler Ausdruck eines „Hurratriotismus“ im deutschen Kaiserreich nach dem Sieg der preußischen Armee über Frankreich, der Annektierung Elsass-Lothringens und der Proklamierung des deutschen Nationalstaates in Versailles (geformt aus Blut und Eisen) muss die Errichtung der „Pietà“ angesehen werden. Diese Form der Sieges- und Kriegsbegeisterung, die mit Nationalismus und Chauvinismus einherging, wurde im Reich mit der Aufstellung von zahlreichen Gefallenen- und Siegesdenkmälern zelebriert und am Tag von Sedan (Kapitulation der französischen Armee am 2. September 1870 nach der Schlacht bei Sedan) als ein Feiertag vor allem des kaisertreuen Bürgertums, des Adels sowie des Militärs und der preußischen Beamten-

schaft begangen. *Heinrich Mann hat diesen Hurratriotismus, der bis zum 1. Weltkrieg wirkte, in seinem Roman „Der Untertan“ treffend beschrieben.*

Die Arbeiterbewegung stand diesen militaristischen Feierlichkeiten ablehnend gegenüber wegen der Verherrlichung von Krieg und Militarismus und des gegen Frankreich, weiterhin als „Erzfeind“ definiert, gerichteten Charakters. Demonstrativ und alternativ beging sie daher den 18. März als Tag des Aufstandes der Pariser Kommune als Gedenk- und Feiertag.

Am Sedanstag (2. September) 1875<sup>117</sup> wurde auf einer dafür hergerichteten freien Fläche auf den ehemaligen Wallanlagen, zentral im Stadtkern gelegen und in ihrer Massivität unübersehbar, diese Skulptur vom Lüneburger Bürgertum eingeweiht.<sup>118</sup> Syndikus Lauenstein hielt die Einweihungsrede, erklärte für die Stadt die Inobhutnahme der Skulptur und erklärte siegestrunken in Richtung Frankreich, „wie durch die wuchtigen Schläge des deutschen Schwertes das stolzeste Reich der Erde zu Boden sank, wie dessen übermüthiger Herrscher an dem denkwürdigen Tage, den wir heute feiern, sich als Gefangener unserem König überliefern musste, wie alle deutschen Krieger wetteiferten in Heldentaten ...“

Lauenstein erläuterte den Sinn des Denkmals mit seinen in die Zukunft projizierten kriegerischen Absichten und dem freudigen Opfertod, welches „für die Lebenden eine stete Mahnung sei, dass sie, wenn es Noth tut, gleich jenen Tapfern ihr Höchstes für das Vaterland freudig zum Opfer bringen.“<sup>119</sup>

Das Denkmal trägt an einem etwa drei Meter hohen, viereckigen Sockel an der Vorderseite die Inschrift „Die Stadt Lüneburg ihren für das Vaterland gefallenen Söhnen“. Auf dem Sockel befindet sich eine Figurengruppe, weitere etwa zwei Meter hoch. Es handelt sich um eine Frauengestalt in kniender Stellung, die die biblische Jungfrau Maria darstellen soll, eine Mauerkrone auf dem Haupte, die symbolisch die Stadt Lüneburg darstellt. Mit ihrem Arm hält sie einen Soldaten, der in ihrem Schoße ruhend stirbt und sie reicht ihm mit der rechten eine Palme, das römische Zeichen des

<sup>117</sup> Die Feierlichkeiten begannen morgens mit einem Gottesdienst in der Johanniskirche, mittags führte ein Festumzug durch die Stadt, abends wurde in den örtlichen Kneipen vaterländisch gebechert „zum Teil bis in die frühen Morgenstunden.“

<sup>118</sup> 1939 wurde dieses Denkmal in den hinteren Bereich des heutigen Clamart-Parks versetzt, um Platz zu schaffen für eine NS-orientierte Symbolik, den Dragoner (s. Station 2). Im August 1968 wurde das Denkmal abermals versetzt, zum heutigen Standort, denn es stand dem Bau der Nordlandhalle im Wege.

<sup>119</sup> LA v. 4.9.1985

Sieges, welches im Christentum als Symbol des ewigen Lebens und der Auferstehung gilt.<sup>120</sup>

Werner Preuß merkt über dieses Denkmal kritisch an: Hier wurde „das christliche Motiv der Beweinung des gekreuzigten Christus durch die Mutter Maria (Marienklage, Pieta) säkularisiert. Der Palmzweig spielt auf den Einzug Jesu in Jerusalem an: Die Menschen

nahmen ‚Palmzweige und gingen hinaus und schrien ‚Hosianna!‘ Gelobt sei, der da kommt in dem Namen des Herrn, der König von Israel!‘ Diese ungeheuerliche, damals aber übliche Gleichsetzung von irdischen und himmlischem Vaterland und die damit verbundene Vermischung von religiöser und weltlicher Symbolik macht aus den Soldaten heilige Opfer.“<sup>121</sup>

In diesem Ausdruck des Soldaten-Todeskultes wird das Massensterben auf den Schlachtfeldern legitimiert, in dem es in einen sakralen Kontext gestellt wird und eine christliche Weihe erhält. Sowohl der Krieg selber als auch das Soldatenopfer wird hier „heiligesprochen“. Der mit der Pieta dargestellte Soldatentod nimmt die Trauer auf und wendet sie positiv, indem er diesem Tod einen Sinn und heilsgeschichtlichen Glanz verleiht „für Gott, König und Vaterland“ und zudem die Staatsführung in die Lage versetzt, einen göttlichen Segen für künftige Kriege zu beanspruchen. Es handelt sich um eine Art überirdische Legitimation für personelle Kollateralschäden, die in ähnlicher Weise auch heutzutage anzutreffen sind bei „robusten Schlägen“ der Bundeswehr im Ausland.

Diesen historisch-aktuellen Zusammenhang macht der Friedenspfad-Text nicht deutlich, irritiert zudem durch den Hinweis auf bereits vier Jahre zuvor gepflanzte „Friedenseichen“, von denen nur noch zwei vorhanden sind und scheint mit der Benennung des Clamart-Parks als Ausdruck der deutsch-französischen Freundschaft suggerieren zu wollen, dass die Lehren aus der Geschichte gezogen sind und der Soldaten-Todeskult vergangener Zeiten überwunden wurde.



Fotos oben aus: Werner Preuß, Lüneburger ..., S.15



Bundeswehr-Gefallenenstätte in Berlin

<sup>120</sup> Wikipedia, September 2015: Daher findet er sich häufig – einzeln oder aber mit zwei gekreuzten Wedeln – auf Todesanzeigen, Trauerschleifen und Grabsteinen. Der Palmwedel ist wie die Märtyrerpalme ein Attribut mehrerer Heiliger, als Zeichen ihres Sieges in Tod und Auferstehung.

<sup>121</sup> Werner H. Preuß, Lüneburger Denkmale, Brunnen und Skulpturen, Kunst im öffentlichen Raum, Hrsg.: Trägerverein Wasserturm Lüneburg e.V., Husum 2010, S. 16

#### 4 Kalandhaus, Ort des Gedenkens an das Außenlager des KZ Neuengamme

Seit 2009 kennzeichnet eine Tafel das 1491 erbaute, 1896 renovierte Haus der Kalandbruderschaft als Objekt der „Europäischen Route der Backsteingotik“. Sie weist auch darauf hin, dass sich in dem Gebäude vom 12.8.-13.11.1943 ein Außenlager des KZ Neuengamme befand. Die zeitweilig mehr als 150 Häftlinge, die in einer Halle im Erdgeschoss untergebracht waren, hatten Deckungsgräben auszuheben und andere Tiefbauarbeiten in Lüneburg zu verrichten.

Kalandstraße 11



An dieser Station des Friedenspfades wurde keine „erklärende Tafel“ installiert. Die Betrachter sind ausschließlich auf den Faltblatt-Text und eine im anderen Zusammenhang am Kalandhaus angebrachte Tafel als Informationsquelle angewiesen. Da der Faltblatt-Text lediglich die Informationen der Kalandhaus-Tafel wiederholen, ist dieser völlig überflüssig.

Völlig unpassend zeigt das Foto im Faltblatt eine Abbildung von zwei goldenen Figuren der Außenmauer des Gebäudes. Ebenso nicht ganz passend die Überschrift zu dieser Station: Es handelt sich nicht um einen „Ort des Gedenkens an das Außenlager des KZ Neuengamme“, sondern es wäre ein Gedenken an die KZ-Häftlinge des Außenlagers angebracht.

Der Friedenspfad verzichtet auch bei dieser vierten Station auf kritische Anmerkungen, die notwendig sind, um die Exegese dieser Tafel nachvollziehen zu können und somit das Verhältnis

der Stadt Lüneburg zu ihrer faschistischen Vergangenheit zu verstehen:

1. Die Tatsache, dass sich 1943 für drei Monate inmitten der Stadt Lüneburg ein Konzentrationslager befand, dass hier vom KZ-Neuengamme „ausgeliehene“ Häftlinge für die Lüneburger Bevölkerung Arbeiten zum Luftschutz verrichten mussten, wurde nach 1945 von den vielen „Mitwissern“ beharrlich totgeschwiegen. Weder das Personal der beteiligten Verwaltungsstellen wie die Bezirksregierung, die Stadtverwaltung, das Rote Kreuz, die Handwerkskammer äußerten sich zu dieser Tatsache, noch die örtlichen Firmeninhaber, die von den Umbaumaßnahmen des Kalandhauses zu einem Konzentrationslager profitierten. Auch jene Firmen, die an „logistischen Maßnahmen“ beteiligt waren wie die Firma des Spediteurs Otto Meyer, schwiegen beharrlich. Sie ließ „eine Partie KZ-Leute“ an das KZ-Neuengamme transportieren (s. Abb. unten) – augenscheinlich ausgemergelte und kranke Häftlinge, die durch „frische und arbeitsfähige“ ersetzt wurden. Weder die örtliche Presse, die „Museumsblätter“ des Museums der Stadt, noch das Standartwerk zur Geschichte Lüneburgs, E. Peters „Lüneburg – Geschichte einer 100jährigen Stadt 956 – 1956“<sup>122</sup>, berichteten über dieses Außen-Konzentrationslager in der Mitte der Stadt und über dessen Häftlinge.

V. 23/2957

**OTTO MEYER**  
AUTOVERKEHRE - SPEDITION - LAGERUNG

LÜNEBURG  
Vor dem Neuentore 25  
Lager: Am Wisenort 1  
Fernsprechnr. Auskld. Nr. 1099  
Bankkt.: Wechseltelegraf. Bank, Lüneburg  
Postcheckkonto: 1078 00 Hamburg

An das  
Stadtbaupamt  
Lüneburg,  
Neue Sülze.

HAMBURG 28  
Friedenstraße 37  
Fernsprecher: 58 01 50 1 00 04 00  
Lüneburg,  
Hamburg 28, den 23.8.1943.

RECHNUNG

M 5/836

Ich empfang von der Fahrbereitschaft den Auftrag und versandte per Auto an das Konzentrationslager in Hamburg-Neuengamme

1 Part. K.Z. Leute für L. Grabenbauer

Rollgeld in Frachtübernahme. Ich stellte Ihnen 1 LKW.4 to für K.Z. Leute von Lüneburg nach Neuengamme. Abrechnung erfolgt

Transport-Versicherung, R.V.S. RM. 19,40 ✓

1 Beifahrer a Std. RM.1,40 - 2 Std. = 2,80 ✓

Porti, Papier, Frachtbrief etc.

RM. 22,20 ✓

Arbeitsweise ausschließlich auf Grund der Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp.) - Fassung v. Nov. 1939 - die durch den Herrn Reichsverkehrsminister mit Anordnung vom 29. 12. 39 für rechtsverbindlich erklärt worden sind (vgl. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 4 vom 5. 1. 40 und Nr. 9 vom 11. 1. 40).

Spediteur Otto Meyer „versandte im Auftrag der Stadt Lüneburg eine Partie KZ-Leute an das Konzentrationslager Neuengamme“

<sup>122</sup> Hrsg. Museumsverein für das Fürstentum Lüneburg, 1999; Für diese unkritische Schrift erhielt der Autor das Bundesverdienstkreuz.

2. Erst der zufällige Fund<sup>123</sup> einschlägiger Akten in Lüneburgs Stadtarchiv durch den seinerzeit für die Geschichtswerkstatt Lüneburg forschenden Historiker W. Preuß im Jahre 1998 brachte diese jahrzehntelang unterschlagene Wahrheit zutage. Nach einer öffentlichen Veranstaltung der VVN-BdA berichtete die Lüneburger Landeszeitung erstmals über dieses Konzentrationslager im Herzen der Stadt.<sup>124</sup>

3. Unterstützt durch eine Veröffentlichung über dieses KZ durch die Geschichtswerkstatt Lüneburg<sup>125</sup> forderten die örtliche Geschichtswerkstatt und die VVN-BdA von der Lokalpolitik die Anbringung einer Gedenk- und Informationstafel am Kalandhaus. SPD und Grüne (seinerzeit noch in der Opposition) sagten zu, dieses Anliegen zu unterstützen. Lediglich die Kostenfrage müsse noch geklärt werden.

4. Am 9. Oktober 2006 titelt die Lüneburger Landeszeitung: „Stadt investiert 45.000,00 €. Neues Gewand für Kalandhaus“. Umfassende Renovierungs- und Sanierungsarbeiten sorgten für eine Verschönerung der Fassade des Hauses. Eine Gedenktafel wurde nicht angebracht.

5. Anfang 2009 wird einem internen Kreis bekannt, dass der Kulturausschuss des Rates der Stadt Lüneburg am 23. Januar d. J. die Anbringung einer Tafel zum Gedenken an die Häftlinge des KZ am Kalandhaus beabsichtige. VVN-BdA, Geschichtswerkstatt und andere antifaschistische Gruppen am Ort wurden nicht zur Teilnahme eingeladen, ebenso wenig ein/e Vertreter/-in der KZ-Gedenkstätte Neuenengamme. Auch auf eine Information der interessierten Öffentlichkeit über die Lokalpresse wurde seitens des Kulturausschusses verzichtet.

6. Die vom Kulturausschuss des Rates der Stadt angebrachte Gedenktafel, vorgeblich in Erinnerung an die KZ-Häftlinge, entpuppt sich als eine der vielen Informationstafeln der „Europäischen Route der Backsteingotik“, mit der an verschiedenen Gebäuden im norddeutschen Raum auf die Bauweise des Hauses und die Nutzer hingewiesen wird. Die am Kalandhaus angebrachte Informationstafel berichtet in einem längeren Text, dass dieses Gebäude Teil der Backsteingotik-Route sei und sie beschreibt die Geschichte dieses Backsteinhauses, wozu auch (in einer Art Anhang in zwei sachlichen Sätzen erwähnt) die Tatsache gehört, dass es als KZ-Außenlager benutzt wurde. Die angebrachte Tafel ist somit Teil kulturell-ökonomischer Marketingstrategien zur Nutzung und Darstellung mittelalterlicher Gemäuer mit touristischer Zielsetzung. Die LZ berichtet über die Intentionen der Akteure der „Europäischen Route der Backsteingotik“: Der „Verein wirbt für die Schönheit des jahrhundertealten Baustils. Im Vorstand sitzt Dr. Edgar Ring. Der Lüneburger Stadtarchäologe sagt: ‚Wir wollen Gästen Themen

der Denkmalpflege nahebringen, aber auch die Natur und Kultur in einer Region.‘ Dabei setzen die Mitglieder auf den Reiz der Städte, der Touristen ziehen soll, die bei ihren Besuchen Geld ausgeben.“<sup>126</sup>



Hinweisschild auf die „Europäische Route der Backsteingotik“ an der St. Johanniskirche

7. Der damals amtierende Bundespräsident Köhler führte zeitgleich, am 27. Januar 2009, in seiner Rede aus Anlass des internationalen Gedenktages an die Auschwitz-Opfer aus: „Wir wollen erreichen, dass die Seele jedes Menschen berührt wird vom Leid der Opfer, vom Mut der Helfer und von der Niedertracht der Täter. Das ist unser gemeinsamer Auftrag.“

8. In einem Protestschreiben an den Oberbürgermeister Mädge formuliert die Lüneburger VVN-BdA nach diesem skandalösen Vorgang: „Wir erwarten deshalb die Anbringung einer weiteren Tafel am Kalandhaus, die eine Empathie aufbringt und die Seele jedes Menschen berühren kann, die den Nutzen schildert, den die Lüneburger aus dem Leid der KZ-Häftlinge gezogen haben und die Scham darüber ausdrückt, dass es nach 1945 über 50 Jahre dauern musste, bis das Schweigen gebrochen wurde und in Lüneburg die Existenz des KZ-Lagers öffentlich bekannt wurde.“ Dieses Schreiben wurde bis heute (2016) nicht beantwortet.

<sup>123</sup> Herr W. Preuß forschte zu einem anderen Thema, nämlich über die NS-Zwangsarbeit in Lüneburg

<sup>124</sup> LZ v. 24.3.1999

<sup>125</sup> Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lager Kaland, 12. August bis 13. November 1943, Dokumentation, Verfasser: Dr. Werner Preuß, 2. Auflage Lüneburg 2008

<sup>126</sup> LZ v. 10.3.2012

## 5 Stolpersteine, Ort des Gedenkens an die Ermordung der Sinti und Roma

Vor dem Schultor der Johannes-Rabeler-Schule links von der St. Johanniskirche liegen seit 2010 drei Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig. Sie erinnern an die drei Sinti-Kinder Reinhold Rose, Franziska Reiminus und Alois Reiminus, die hier die Schule besucht hatten, bevor sie mit ihren Familien 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert und wenig später ermordet worden sind. An die Opfer des NS-Rassenwahns mahnt auch der Gedenkstein zur Erinnerung an die Deportierten (Nr. 9).

Bei der St. Johanniskirche 21



Auch an dieser Station des Friedenspfades wurde keine „erklärende Tafel“ installiert. Die Betrachter sind ausschließlich auf den Faltblatt-Text als Informationsquelle angewiesen. Wer den Ort dieser Station aufsucht, wird die 3 Stolpersteine ansehen und deren Kurztexte lesen. Über diese Informationen geht auch das Faltblatt kaum hinaus; weitere Recherchen haben die Historiker des Friedenspfades nicht angestellt. Insbesondere haben sie die veröffentlichten Forschungsergebnisse über die Verfolgung und Ermordung der Lüneburger Sinti konsequent ignoriert.

Damit halten sie sich weitgehend an das Tabu, mit dem das offizielle Lüneburg jahrzehntlang das Thematisieren der Verbindung dieser Stadt mit diesem Nazi-Völkermord belegt hat und heute noch belegt. Zwar konnte dieses Schweigen mit den Recherchen und der Broschüre der Lüneburger



VVN-BdA<sup>127</sup> durchbrochen werden – zu einer offiziellen Reaktion von Stadt und Kreis Lüneburg führte das jedoch nicht. Immerhin kann seitdem nicht geleugnet werden, dass in Stadt und Kreis Lüneburg viele Sinti lebten und dass deren Lebensweg in Konzentrationslagern, überwiegend in Auschwitz, endete. Mit etwa 80 Personen handelt es sich um die größte NS-Opfergruppe in Lüneburg, die aus ethnischen Motiven verfolgt und ermordet wurde.

Durch die Beschränkung auf die Wiedergabe der Stolperstein-Texte umgeht es der Friedenspfad auch, die Beteiligung Lüneburger Behörden und Einrichtungen an der Ausgrenzung und Deportation seiner Bürger zu benennen und die ausbleibende Auseinandersetzung mit dieser Schuld nach dem Krieg anzuprangern.

So bescheiden, wie sich der Friedenspfad gegenüber der Verfolgungsgeschichte der Lüneburger Sinti verhält, so großspurig erklärt er die Einfahrt zur Rabeler-Schule mit den drei Stolpersteinen zum „Ort des Gedenkens an die Ermordung der Sinti und Roma“. Dabei hat der Künstler Gunter Demnig mit seinen drei Stolpersteinen nicht mehr und nicht weniger als einen Erinnerungsort für die genannten drei Sinti-Kinder geschaffen. Indem der Friedenspfad die Stolpersteine zum „Gedenkort an die Ermordung der Sinti und Roma“ aufwertet, „löst“ er das „Problem“, dass es – anders, als in anderen Städten – in Lüneburg einen solchen Ort für die ermordeten Sinti und Roma bis heute nicht gibt – schon gar keinen *würdigen* Gedenkort. Daran ändert auch der Gedenkstein für die Deportierten hinter dem Bahnhof nichts, auf den der Faltblatt-Text noch eben verweist. Dieser Stein erinnert zwar ausdrücklich an die deportierten Lüneburger Juden; die Lüneburger Sinti werden dort jedoch nicht genannt. An diese „Opfer des NS-Rassenwahns“ mahnt der dortige Gedenkstein nicht.

Von den Lüneburger Sinti-Familien Weiss, Franz, Knöpfel, Schulze, Krause, Rosche, Reiminus und Rose überlebten nur wenige Angehörige das Konzentrationslager Auschwitz. Auch die Schulkinder Reinhold Rose, Alois und Franziska Reiminus (Fotos v.l.n.r.) und viele weitere, auch Säuglinge und Kleinkinder, wurden in Auschwitz ermordet und kehrten nie wieder nach Lüneburg zurück.

<sup>127</sup> VVN-BdA Lüneburg (Hrsg.): Die Verfolgung der Lüneburger Sinti. Das Leiden der Lüneburger Sinti in der Nazi-Zeit, Lüneburg 2008 (55 S.)

## 6 St. Johanniskirche, Epitaphien und Fensterstiftungen

Seit das Unternehmerpaar Fressel 1921 zwei Fenster für ihren 1914 gefallenen Sohn Hans Friedrich stiftete, hat sich die 3. Kapelle zu einer Gedenkstätte für die Opfer der beiden Weltkriege entwickelt. Eine weitere Glasscheibe gemahnt an anderer Stelle an die Selbstversenkung eines U-Boots, bei der Oberleutnant Friedrich Wilhelm Heine 1943 starb. In der von Stern'schen Familienkapelle schildert ein Gedenkstein Hauptmann Erich von Stern – gefallen 1914 – als „Vorbild treuester Pflichterfüllung“.

Bei der St. Johanniskirche 2



An dieser Station des Friedenspfades wurde keine „erklärende Tafel“ installiert. Die Betrachter sind ausschließlich auf den Faltblatt-Text als Informationsquelle angewiesen. Auch ist diese Station nicht jederzeit aufsuchbar, weil die Kirche im Winterhalbjahr zeitweise geschlossen ist.

Die spezifische Sichtweise der Friedensstiftung auf Täter und Opfer der deutschen Weltkriege zeigt auch hier der Text ihres Faltblattes: „... hat sich die 3. Kapelle zu einer Gedenkstätte für die Opfer der beiden Weltkriege entwickelt.“

Die militärischen Angreifer (Fressel, Heine und von Stern starben bei ihren Eroberungstaten im Ausland) werden hier als „Opfer des Krieges“ dargestellt. An die Millionen Toten in den (auch von den genannten „Opfern“) überfallenen Staaten erinnert in der Johanniskirche kein Symbol und kein Name. Von einer proklamierten „Gedenkstätte für die Opfer der beiden Weltkriege“ kann also nicht die Rede sein.

Nicht problematisiert werden im Faltblatt-Text die Täter-Opfer-Beziehungen sowie die Umstände, die es den genannten Familien möglich machten, an ihre „gefallenen“ Familienangehörigen in dieser Form zu erinnern als gutsituierte Bürger, die sich solcherart Trauerarbeit finanziell leisten konnte: als öffentliches Zeichen individueller Trauer, als Funktionalisierung eines kriegerischen Todes und seiner Erklärung als Schicksalhaft und Gottgewollt.

Auch die Rolle der Lüneburger Pastoren bleibt ausgeklammert, die die Soldaten in den Krieg schickten „mit kirchlichem Segen, der Ermutigung zum Gottvertrauen und mit der Zuversicht, einen gerechten Kampf zu führen ... Die Andachten, die die Zeitung ... veröffentlichte, hatten vor allem ein Ziel: die fortdauernde Unterstützung des Krieges.“<sup>128</sup>

Erklärung der Landeskirche nach dem Attentat auf Hitler

# Kirchliches Amtsblatt

für die  
Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers

944

Herausgegeben zu Hannover, den 21. Juli 1944

Stüd 11

## Dank für die gnädige Errettung des Führers.

Hannover, den 21. Juli 1944.

Tief erschüttert von den heutigen Nachrichten über das auf den Führer verübte Attentat ordnen wir hierdurch an, daß, soweit es nicht bereits am Sonntag, dem 23. Juli, geschehen ist, am Sonntag, dem 30. Juli, im Kirchengebet der Gemeinde etwa in folgender Form gedacht wird:

„Heiliger barmherziger Gott! Von Grund unseres Herzens danken wir Dir, daß Du unserm Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hände befehlen wir ihn. Nimm ihn in Deinen gnädigen Schutz. Sei und bleibe Du sein starker Helfer und Retter. Walte in Gnaden über den Männern, die in dieser für unser Volk so entscheidungsschweren Zeit an seiner Seite arbeiteten. Sei mit unserem tapferen Heere. Laß unsere Soldaten im Ausblick zu Dir kämpfen; im Ansturm der Feinde sei ihr Schild, im tapferen Vordringen ihr Geleiter. Erhalte unserem Volke in unbeirrter Treue Mut und Opfer Sinn. Hilf uns durch deine gnädige Führung auf den Weg des Friedens und laß unserm Volke aus der blutigen Saat des Krieges eine Segensernte erwachsen. Bede die Herzen auf durch den Ernst der Zeit. Bede zu in Jesus Christus unserm Herrn alles, was wider Dich streift. Gib, daß Dein Evangelium treuer gepredigt und williger gehört werde, und daß wir unser Leben in Liebe und Gehorsam tapfer und unverdrossen unter die Zucht Deines Heiligen Geistes stellen.“

Der Landesbischof.  
D. Marahrens.

Das Landeskirchenamt.  
J. V.: Stalman.

<sup>128</sup> Superintendent Dr. Christoph Wiesenfeld, „Der Krieger als Held. Die Gefallenenfenster in St. Johannis“, LZ v. 2.8.2014

## 7 Museum Lüneburg, Ort des Gedenkens an die Opfer von Luftangriffen

Die Tafel im Außenbereich des Museums erinnert an die Toten des amerikanischen Luftangriffs auf den Osten Lüneburgs am 22.2.1945, bei dem der Bahnhofsbunker explodiert ist und das Museum zerstört wurde. Ein zweites Bombardement auf die Umgebung des Güterbahnhofs folgte am 7.4.1945. Getroffen wurden auch Waggons mit KZ-Häftlingen. Die Zahl der Opfer beider Tage wird auf etwa 600 geschätzt, von denen 230 auf dem Michaelisfriedhof bestattet sind.

Willi-Brandt-Straße



Der Text der „erklärenden Tafel“ ist identisch mit jenem des Prospekts. Es wurde lediglich ein weiteres Foto hinzugefügt, welches das teilzerstörte Museum aus einer anderen Perspektive zeigt. Somit werden an diesem „Ort des Gedenkens“ keine weiteren Informationen geliefert.

Es hat den Anschein, dass hier das überlieferte Fotomaterial die Auswahl dieses Gedenkortes bestimmte, nicht aber der Ort des Sterbens. Dieser hätte gefunden werden können am Ort des Bahnhofsbunkers, der von Bomben getroffen wurde, in dem sich viele Reisende aufhielten und starben. Oder an der Wachsbleiche, wo Zwangsarbeiterinnen starben, weil man sie nicht zu ihrem Schutz in die Luftschutzbunker ließ.

Es ist äußerst fragwürdig, einen „Ort des Gedenkens an die Opfer von Luftangriffen“ zu benennen, dabei aber Motivation

und Zielsetzung der Luftangriffe zu unterschlagen. Vielfach dient diese Konstruktion von den „Opfern von Luftangriffen“ der Popularisierung einer Sichtweise, die die einheimische Bevölkerung in eine Opferrolle eingruppiert, die ebenso, auf die gleiche Art und Weise, ums Leben kam wie die Bevölkerung von Wielun, Warschau, London oder Coventry. Dieses geschieht durch die Ausgliederung aus ihrem historischen Kontext. Die Frage nach der Ursache, warum die amerikanische Luftwaffe den Lüneburger Bahnhof bombardierte, wird nicht gestellt und nicht beantwortet. Noch nicht einmal ein Hinweis auf die Tatsache, dass mit diesen Bomben der Tod, den die Deutschen hunderttausendfach ins Ausland getragen hatten, nach Deutschland zurückkehrte, wird hier gegeben.

Weiterhin ist nicht nachzuvollziehen, warum an dieser Station auch an den Bombenangriff vom 7.4.1945 erinnert wird, wo doch die nächste Station („Güterbahnhof, Ort des Gedenkens an die Ermordung von KZ-Häftlingen“) mit diesem Datum im Faltpfalt ausgewiesen ist.

Helmut C. Pless schreibt zu den Ereignissen des 22.2. 1945 (s. Foto unten):<sup>129</sup>

„Die Säрге rings um den Luna-Brunnen sind mit Hakenkreuzflaggen bedeckt. Zur Trauerkundgebung für die Toten vom 22. Februar 1945 sind, so der gängige Ausdruck, die ‚Formationen von Partei und Wehrmacht‘ angetreten ... Vor dem weiten Viereck in Feldgrau, NS-Braun und Fliegerblau bringt Kreisleiter Heincke seine Rede nicht zu Ende, Sirenengeheul scheucht alles in die Keller ... Der leergefegte Marktplatz mit den Särgen ist Illustration eines gespenstischen Todestanzes.“



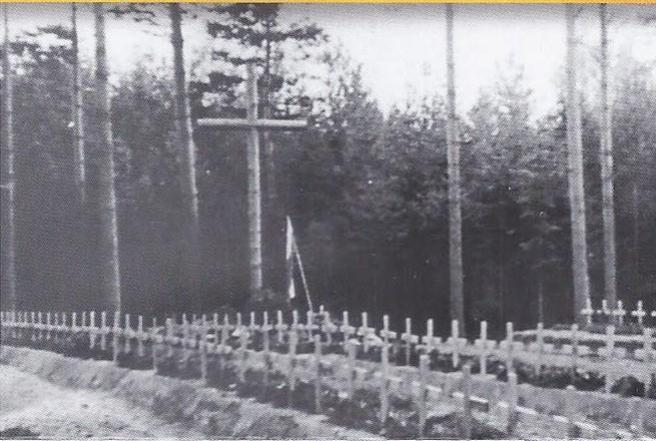
Marktplatz Lüneburg, 22. Februar 1945

<sup>129</sup> Helmut C. Pless, Lüneburg 45. Nordost-Niedersachsen zwischen Krieg und Frieden, Lüneburg 1982, S. 48

## 8 Güterbahnhof, Ort des Gedenkens an die Ermordung von KZ-Häftlingen

Die Tafel an der Auffahrt zum Güterbahnhof gemahnt an das Massaker an 244 KZ-Häftlingen, die den Bombenangriff vom 7.4.1945 überlebt hatten. Sie wurden von der Wachmannschaft aus 17 Marineinfanteristen unter Führung eines SS-Sturmmannes erschossen und erschlagen. Die städtischen Behörden duldeten es. Der Tatort liegt nahe der Friedrich-Ebert-Brücke. Am 3.10.1945 wurden die Toten und 12 weitere Opfer auf einem Ehrenfriedhof im Tiergarten beigesetzt. Heute liegen dort noch 167 Menschen begraben.

Bahnhofstraße



An dieser Stelle befindet sich keine „erklärende Tafel“ sondern eine von den Friedenspfad-Akteuren angebrachte „Gedenktafel“. Der Text ist identisch mit dem Prospekt. Somit werden an diesem Ort keine weiteren Informationen geliefert.

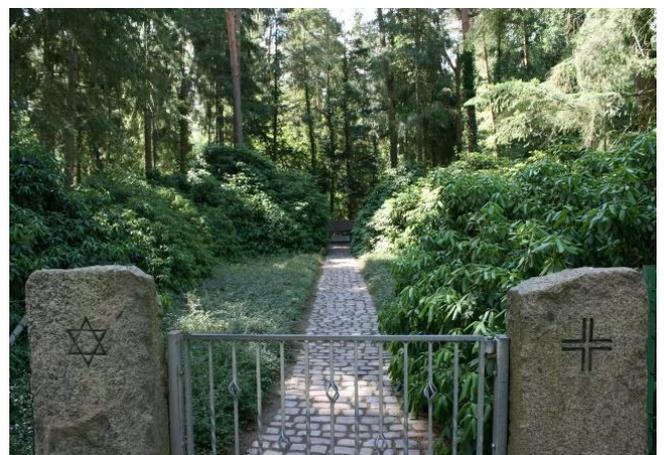
Es ist völlig unerklärlich, warum hier an dieser Stelle eine Gedenktafel angebracht und hier ein „Ort des Gedenkens an die Ermordung von KZ-Häftlingen“ lokalisiert wurde. An dieser Stelle befand sich weder der genannte Güterbahnhof noch der Wagon mit den KZ-Häftlingen.<sup>130</sup> Auch das genannte Massaker an den KZ-Häftlingen fand hier nicht statt, worauf die Autoren selber hinweisen. Der Ort des Gedenkens an die Ermordung der KZ-Häftlinge befindet sich im Tiergarten am Friedhof der Häftlinge. Seit Kriegsende führt dort jährlich die örtliche VVN-BdA eine Gedenkveranstaltung durch – als Alternative zu jenen Veranstaltungen auf dem Zentralfriedhof am selben Tag, an denen „aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedacht wird, einschließlich der SS und des KZ-Wachpersonals.

Da der Prospekt zu dieser „Gedenktafel“ der Friedensstiftung führt, die an einer eigenmächtig ausgesuchten Mauer in Bahnhofsnähe angebracht wurde (zudem äußerst ungünstig an einer Straßenkreuzung), kann sich der Betrachter kein Bild vom authentischen Ort des Gedenkens im Tiergarten machen und muss deshalb annehmen, das Prospektfoto zeige diesen Ort in heutiger Gestalt. Diese Annahme ist falsch: Gegen den Protest Lüneburger Nazi-Verfolgter<sup>131</sup> entfernte die Stadtverwaltung auf diesem Friedhof während des „Kalten Krieges“ alle personalisierenden Hinweise auf die Opfer, selbst die Kreuze, und ebnete das gesamte Gelände ein.

Es entsteht der Eindruck, dass dieser von den Friedenspfad-Akteuren willkürlich ausgesuchte und proklamierte „Ort des Gedenkens“ ausgewählt wurde, um einen Gedenkort mit in den Stadtrundgang zu integrieren, der außerhalb liegt und deshalb nicht Bestandteil des innerstädtischen Rundgangs sein kann.



Tatsächliche Ansicht des KZ-Friedhofs im Tiergarten



<sup>130</sup> Vergl.: Immo de Vries, *Kriegsverbrechen in Lüneburg. Das Massengrab im Tiergarten*, Hrsg.: Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg 2000

<sup>131</sup> Vergl.: LZ-Leserbrief des SPD-Parteisekretärs und Ratsherrn Karl Markwardt vom 26.5.1955

## 9 Gedenkstein zur Erinnerung an die Deportierten der NS-Zeit

Der Gedenkstein in Bahnhofsnähe an der Ecke Altenbrückertorstraße und Am Altenbrücker Ziegelhof wurde 1989 von Bürgern und der Stadt Lüneburg gestiftet. Die Bronzetafel erinnert „an die Menschen, die in den Jahren der nationalsozialistischen Willkürherrschaft, aufgrund der ‚Nürnberger Gesetze‘ – als Opfer von Rassenwahn – nahe von hier aus deportiert, ins Ausland, in Zwangstod oder Vernichtung getrieben worden sind.“

Am Altenbrücker Ziegelhof



Auch hier befindet sich keine erklärende Tafel. Die Besucher sind auf den Prospekttext als Informationsquelle angewiesen, der lediglich den Ort benennt und einen Auszug der Gedenkstein-Tafel zitiert. Schon beim sorgfältigen Lesen dieser Tafel hätten die Verfasser des Prospektes erkennen müssen, dass dieser Gedenkstein den deportierten Lüneburger Juden gewidmet ist und nicht allen Deportierten, wie ihr Text es ausdrückt.

Der vollständige Text der Gedenkstein-Tafel lautet:

„Zur Erinnerung an die Menschen, die in den Jahren der nationalsozialistischen Willkürherrschaft, aufgrund der ‚Nürnberger Gesetze‘ – als Opfer von Rassenwahn -, nahe von hier aus deportiert, ins Ausland, in Zwangstod oder Vernichtung getrieben worden sind. Die Ghettos, Konzentrations- oder Vernichtungslager, in denen mehr als vierzig Lüneburger Juden umgekommen oder verschollen sind, klagen an und mahnen dich: Lodz/Minsk/ Riga/Theresienstadt/ Riga/ Neuengamme/ Stutthof/ Bergen-Belsen/ Auschwitz. Bürger und Stadt Lüneburg 1989“

34 Jahre musste es dauern, bis die Stadt Lüneburg sich bereitfand, erstmals ein öffentliches Erinnern an die verfolgten und an die ermordeten Juden der Stadt in Form eines Gedenksteins anzulegen.<sup>132</sup> Und auch dieses Vorhaben wurde vom Bürgertum nicht mit Empathie und Anteilnahme, sondern mit oberflächlicher Zweckmäßigkeit erledigt.

1. Nicht auf dem Bahnhofsvorplatz fand dieser Gedenkstein seinen wahrnehmbaren Ort,<sup>133</sup> wie es seinerzeit von antifaschistischer Seite gefordert wurde, sondern er wurde in einer sehr abseitigen Lage aufgestellt, in einem von dichten Büschen und Sträuchern umgebenen kleinen ungepflegten Park hinter der Bahnbrücke, der lediglich von einer Anzahl Schüler als Abkürzung auf ihrem Weg vom Bahnhof zur Berufsschule frequentiert wurde und einen sehr unfreundlichen Eindruck machte. Weder von der Dahlenburger Landstraße noch vom Altenbrücker Ziegelhof aus war der Gedenkstein wahrnehmbar. Der Grad der Erinnerung an Lüneburgs Juden fand in dieser abseitigen Lage seine Entsprechung.

Im Zuge von Umbaumaßnahmen an der Bahnüberführung wurde die bisherige Zufahrt zum Altenbrücker Ziegelhof verändert und der kleine Park aufgelöst. Der Gedenkstein wurde kurzerhand direkt an den Fußweg versetzt, wo er sich heute befindet. Keine Sitzbank lädt dort zum Verweilen und Nachdenken ein. Nicht einmal eine Einfassung, eine kleine umrahmende Fläche um den Gedenkstein herum wurde angelegt, wie sie am Gedenkstein „an den ersten Sieg im ‚Befreiungskrieg‘“ (Station 13) zu finden ist. Lieb- und würdelos steht der Gedenkstein dort. Im merkwürdigen Gegensatz dazu wurde die neue Straßen-Fahrbahn Ecke Altenbrücker Ziegelhof als auch die dortige Fußweg-Bepflasterung mit Sorgfalt und erheblicher Mühe angelegt, finanziert allerdings über Mittel von außerhalb.

2. Zwar wird die Stadt Lüneburg (neben unbenannten Bürgern/-innen der Stadt) auf dem Gedenkstein benannt als Errichter des Gedenksteins (die Friedenspfad-Akteure deuten diese Information um und benennen die Stadt Lüneburg gar als Stifter), jedoch entspricht dieses nur der halben Wahrheit: Die Gedenktafel wurde finanziert von der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft mit Sitz in Hamburg überwiegend aus Spenden, die anlässlich der Beerdigung des Manfred Göske<sup>134</sup> gesammelt wurden. Oberstudienrat Göske war (neben Pastor Zabel) einer der ganz wenigen Lüneburger, die aus den Reihen des Bürgertums sich mit der Geschichte

<sup>132</sup> Der Gedenkstein neben dem Grundstück der früheren Synagoge wurde von der jüdischen Gemeinde errichtet.

<sup>133</sup> Auch ein Vorschlag der Manzke-Stiftung knapp ein Jahrzehnt später, auf dem Bahnhofsvorplatz ein künstlerisch zu gestaltendes Denkmal an die Morde an den KZ-Häftlingen vom Tiergarten in

Auftrag zu geben, wurde im Rat der Stadt abgelehnt; vergl.: LZ v. 27.1.1998

<sup>134</sup> M. Göske starb am 20.12.1986. In der Traueranzeige vom 22.12. bat die Familie um Spenden für die Deutsch-Jüdische-Gesellschaft, die schließlich für den Gedenkstein verwendet wurden.

der Lüneburger Juden beschäftigten<sup>135</sup> (Lehrer am Johanneum, CDU-Ratsherr von 1968 bis 1976). Er hielt Kontakte zu Überlebenden in Israel und den USA und informierte über die LZ die Lüneburger Öffentlichkeit über seine Korrespondenz.



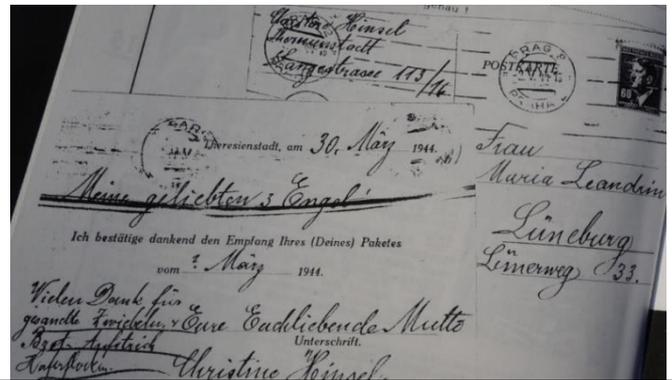
Foto: Einweihung des Gedenksteins. Im Bild links Bürgermeister Inselmann, in der Bildmitte im Gespräch Frau Barthel und Frau Leandrin

Die Einweihung des Gedenksteins Anfang September 1989 fand in der örtlichen Presse zunächst keine Notiz und Ankündigung. Sie motivierte auch sehr wenige Lüneburger/-innen zur Teilnahme, lediglich etwa 25 Personen waren zugegen, unter ihnen Nazi-Verfolgte und deren Angehörige wie Sonja Barthel<sup>136</sup> und Maria Leandrin. Ein Vertreter der Hamburger Deutsch-Jüdischen Gesellschaft erinnerte an die rassistischen Verfolgungsmaßnahmen, beginnend mit dem 1. April 1933 bis zu den Deportationen ab 1941 von Hamburg und anderen Großstädten aus. Ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung Lüneburgs nämlich versuchte, spätestens als alle Hoffnungen auf eine Auswanderung vergeblich wurden, ihre Wohnorte zu verlassen und bei Verwandten/Bekanntem in den Großstädten unter zu kommen. Die jeweils aktualisierte Judenkartei der Lüneburger Gestapo ermöglichte es nun den Nazis, diese Personen nach ihrem Wohnortswechsel aufzuspüren und sie zur Deportation in ein Konzentrationslager zu zwingen.

Aber selbst auf jene Personen, die bislang von einer Deportation ausgenommen waren wie etwa die jüdischen Frauen, die in einer Ehe mit einem „Deutschblütigen“ lebten, machte ab 1943/44 die Lüneburger Gestapo Jagd. Nach Be-

<sup>135</sup> Die erste ausführliche Schrift zu diesem Thema wurde vorgelegt von: Geschichtswerkstatt Lüneburg, Die faschistische Verfolgung der Juden in Lüneburg, Lüneburg 1989; in neuer Auflage unser demselben Titel herausgegeben von: VVN-BdA Lüneburg, Lüneburg 2003; Eine ausführliche Schrift erschien sechs Jahre später in der Herausgeberschaft der Geschichtswerkstatt Lüneburg: Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien in Lüneburg. Erinnerungen, Lüneburg 1995

endigung der Gedenkstein-Einweihung schilderte Frau Leandrin, geb. Hinsel, die Festnahme ihrer Mutter Maria Hinsel (ihr Vater war 1941 gestorben) in ihrem Haus am Lüner Weg, wie sie es bereits am 21.1.1950 in einem Bericht vor der Staatsanwaltschaft festgehalten hatte: „Meine Mutter ... wurde am 7. 1. 1944 als Jüdin festgenommen und ... verschleppt ... Meine Mutter ist seiner Zeit von Kühn und seinem Kollegen Kleinow (Gestapo-Beamte, d. V.) festgenommen worden ... Ich weiß ..., dass sich Kühn ihr gegenüber sehr rücksichtslos und gemein benommen hat. Als Kühn bei ihr in der Wohnung erschien, um sie festzunehmen, hat er sie etwa mit folgenden Worten begrüßt: ‚Sara, wo hast du das Gold vergraben, dass du zusammen mit deinem Mann versteckt hast.‘ Dann hat er eine Haussuchung vorgenommen und dabei alles durcheinander gebracht. Mit einer Selbstverteidigungswaffe ..., die er bei der Haussuchung fand, hat er meine damals 65 Jahre alte Mutter auf den Kopf geschlagen und hat sie treppauf, treppab durch das Haus gejagt. Als meine Mutter dabei hingefallen ist, hat er sie mit unflätigen Worten verhöhnt, indem er andeutete, dass (er) sie ... geschlechtlich gebrauchen ... wolle.“<sup>137</sup> Die Gestapo nahm Frau Hinsel fest, trieb sie in das Lüneburger Gerichtsgefängnis, wo sie die Nacht festgehalten und am nächsten Morgen nach Hamburg verbracht wurde. „Mit einem Transport wurde sie am 19. Januar 1944 nach Theresienstadt verladen, wo sie Entsetzliches durchmachte. Meine Mutter überlebte aber und wurde Ende Mai 1945 von den Russen befreit.“<sup>138</sup>



Frau Hinsels Postkarte aus dem KZ-Theresienstadt an ihre Tochter

Über die Einweihung dieses Gedenksteins (und einer Gedenktafel am früheren jüdischen Friedhof) am Samstag, d. 2.9.1989, berichtete die Lüneburger Presse mit mehrwöchiger Verspätung und aufgrund einer Intervention der Hamburger Deutsch-Jüdischen Gesellschaft.<sup>139</sup>

<sup>136</sup> Siehe: Sonja Barthel, „Wie war das damals, erzähl doch mal – Lebenserinnerungen 1917 bis 2006“, Lüneburg 2008

<sup>137</sup> VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg, Strukturen und Täter, Lüneburg 2001, S. 48

<sup>138</sup> Geschichtswerkstatt Lüneburg (Hrsg.), Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien ..., S.128

<sup>139</sup> LZ v. 20.9.1989

## 10 Ort des Gedenkens „Gaubefehlsstand der NSDAP“

Seit 1937 war Lüneburg Hauptstadt des NSDAP-Gaues Osthannover. Die Residenz des Gauleiters Otto Telschow befand sich in der Schießgrabenstraße 8/9. Im Sommer 1944 entstand unter der Fahrbahn der „Befehlsstollen der NSDAP“ mit einer 1,70 m starken Stahlbetondecke. Im „Gaubefehlsstand“ arbeitete die Luftwarnzentrale, die den Anflug der Bomberströme über Norddeutschland registrierte und Luftlagemeldungen bekanntgab. Anfang April 1945 vereitelte Architekt Heinrich Meyer die angeordnete Sprengung.

Schießgrabenstraße 8/9



Die am Ort angebrachte „erklärende Tafel“ enthält keine zusätzliche Erklärung, sondern ist identisch mit dem Faltblatt-Text.

Schon einmal gab es in Lüneburg eine Diskussion um den ehemaligen „Gaubefehlsstand“ des Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars Otto Telschow. Eine Studentengruppe der Lüneburger Uni mit ihrem Dozenten Hartmut Dähnhardt hatte 1995 einen Zugang zu dem Bunker unter der Schießgrabenstraße freigegraben und bei der Stadt beantragt, „die unterirdische Anlage als Mahnmal zu erhalten.“<sup>140</sup> Welche Vorstellungen die Seminarteilnehmer auch immer damit verbunden haben mögen: Bei den damaligen Entscheidungsträgern der Stadt Lüneburg stießen sie mit diesem Projekt auf einhellige Ablehnung. Am prägnantesten formulierte Kulturdezernent Peter Koch: „Warum soll ein Ort der Täter ins Bewusstsein gerückt werden, wenn wir Orte der Opfer haben?“<sup>141</sup>

Damit definierte Koch den Gaubefehlsstand in seiner Gesamtheit zutreffend als „Täterort“. Ein Aufteilen der Gebäude in der Schießgrabenstraße in „böse“ Telschow-Villa (weil dort der Gauleiter residierte) und „guten“ Gaubunker (weil die Bevölkerung von dort aus vor Bombenangriffen gewarnt wurde) ist nicht haltbar.

Die Kennzeichnung der Gau-Zentrale durch den früheren Lüneburger Kulturdezernenten trifft auch heute auf diese 10. Station des „Friedenspfades“ zu. Denn dadurch wird zweifelsfrei ein „Ort der Täter ins Bewusstsein gerückt“; seine Auswahl und Textbeschreibung verdeutlichen lediglich, dass die Manzke-Friedensstiftung sich hier um die Unterscheidung in „Ort der Täter“ und „Ort der Opfer“ wenig kümmert.

So kann man nur vermuten, was die Manzke Friedensstiftung bei dieser Station dazu gebracht hat, den ehemaligen NSDAP-Gaubefehlsstand nicht nur in ihren Friedenspfad aufzunehmen, sondern ihn sogleich auch noch zum „Ort des Gedenkens“ zu erheben. Denn sein Faltblatt- und Tafeltext zu dieser Station lässt die Lesenden darüber im Unklaren, welchen Vorgängen oder Menschen dieses Gedenken hier eigentlich gelten soll.

Die Konzentration auf den Bunker (trotz Abbildung der Telschow Villa im Faltblatt!) und die Information über die dort untergebrachte „Luftwarnzentrale“ sowie die Formulierung, dass diese „den Anflug der Bomberströme über Norddeutschland registrierte und Luftlagemeldungen bekanntgab“ legen jedoch nahe, dass der Friedenspfad hier den Geschädigten, Verletzten und Toten eben dieser alliierten „Bomberströme“ in Lüneburg gedenken will.

Nun sollte es nicht nur selbstverständliche Voraussetzung für einen „Gedenkort“ sein, dass die Menschen bei ihm eine klare Vorstellung davon bekommen, *wessen* dort gedacht wird; ebenso selbstverständlich sollte sein, dass Gedenkorte im Zusammenhang mit der Herrschaft des Faschismus in Deutschland dem Gedenken an die Opfer der Nazi-Verbrechen dienen.

Das trifft für den Friedenspfad-Gedenkort „Gaubefehlsstand der NSDAP“ eindeutig nicht zu. Bei seinen acht anderen zu „Orten des Gedenkens“ erklärten Stationen zur Nazi-Herrschaft benennt der Friedenspfad immerhin noch jeweils entsprechende Opfer des Faschismus wie KZ-Häftlinge, Sinti und Roma, Juden, Psychiatrie- und Gestapoopfer, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Bei seinem „Ort des Gedenkens `Gaubefehlsstand der NSDAP`“ allerdings hat der Friedenspfad jeglichen Bezug zu den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen aufgegeben.

<sup>140</sup> Mischa Kuball „urban context“- Projekt.Bunker Lüneburg, hrsg. Hartmut Dähnhardt, Ruth Schulenburg, Lüneburg 2000, S. 16

<sup>141</sup> Hamburger Abendblatt vom 7. 2. 2000, S. 6 , Geschichte ans Licht gebracht, <http://www.abendblatt.de/archive/2000/pdf/20000207.pdf/HAHA20000207f000016.pdf> [14. 1. 16]

Sogar eine naheliegende Opfergruppe im Zusammenhang mit solchen Bauvorhaben kommt den Friedenspfad-Historikern hier nicht in den Sinn: Der wahrscheinliche Einsatz von Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern beim Bau des Bunkers selbst.<sup>142</sup> Dabei findet sich schon in dem Buch von Kuball der konkrete Hinweis, dass die Gauleitung „Fünfzehn Strafgefangene aus dem Landgerichtsgefängnis“ für den Bau ihres Befehlsbunkers angefordert hatten.<sup>143</sup> Das entsprechende Schreiben befindet sich im Stadtarchiv: Der Luftschutzbeauftragte Max Schmitz bat 1944 den für das Lüneburger Gefängnis zuständigen Oberstaatsanwalt Kliesch, „uns diese 15 Männer, die sehr zur Zufriedenheit der beteiligten Stellen gearbeitet haben, noch für ein weiteres Vierteljahr zum Ausbau des Befehlsstandes für den örtlichen Luftschutzleiter und für den Kreisleiter zur Verfügung zu stellen.“<sup>144</sup> Aus welchen Gründen diese Gefangenen inhaftiert worden waren, ob es sich um Deutsche oder Ausländer handelte, usw. bleibt zwar unklar; bei den verbrecherischen Gesetzes-Verordnungen des Nazi-Staates und der Verhaftungs- und Verurteilungspraxis von Gestapo und Nazi-Justiz waren es aber mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Menschen, die als Nazi-Opfer anzusehen sind. Der kriegsbedingte außerordentlich hohe Arbeitskräftemangel führte damals dazu, dass alle Ressourcen, auf die die Arbeitsverwaltung zugreifen konnte, restlos eingesetzt wurden – vor allem die Kriegsgefangenen. Nils Köhler schreibt dazu:

„Im Frühjahr 1943 weitete sich der ‚Ausländereinsatz‘ bei der Stadt Lüneburg erheblich aus. Wieder müssen kurzfristig beschäftigte, von örtlichen Bauunternehmern ‚ausgeliehene‘ Kriegsgefangene gesondert betrachtet werden. Für Luftschutzmaßnahmen beschäftigte die Stadt auf diese Weise schon seit August 1942 erneut sowjetische Kriegsgefangene und zusätzlich ‚Ostarbeiter‘. Sie hoben Luftschutzdeckungsgräben für die deutsche Bevölkerung in Straßenzügen aus, in denen keine Keller oder andere Schutzräume zur Verfügung standen ... Im Laufe des Jahres 1943 entstanden im gesamten Stadtgebiet durch die Arbeit von sowjetischen Kriegsgefangenen zahlreiche weitere Deckungsgräben. Der zusätzliche Einsatz von KZ-Häftlingen bei diesen Arbeiten wurde schon an anderer Stelle beschrieben. Es waren übrigens auch Ausländer, die die Arbeiten an dem Bunker für Gauleiter Telschow in der Schießgrabenstraße, gegenüber der Gauleitung, ausführten.“<sup>145</sup>

<sup>142</sup> Dabei erwähnt der Friedenspfad bei Station 4 („Kalandhaus“) immerhin die KZ-Häftlinge, die in Lüneburg u. a. Tiefbauarbeiten verrichteten, siehe ebenda.

<sup>143</sup> Mischa Kuball, a.a.O., S. 108

<sup>144</sup> Schreiben vom Gaustabsamt, Beauftr. f. Luftschutzfragen, Schmitz, vom 10. Juni 1944, Stadtarchiv Lüneburg, HA 413

<sup>145</sup> Nils Köhler, Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide, Bielefeld 2003, S. 139f

<sup>146</sup> Dass in Friedenspfad-Texten solch eine Vermengung beider Gruppen nach der Devise: „Opfer sind irgendwie alle!“ angelegt ist, haben wir bereits im 1. Kapitel und konkret bei den Stationen 7, 19 und 24 kritisiert – siehe unsere Ausführungen dort.

Von diesen Opfern des Faschismus begrifflich klar zu unterscheiden sind Angehörige der von den Nazis proklamierten sog. „Volksgemeinschaft“, die infolge des von Deutschland entfesselten Krieges getötet wurden. Wer gefallene Wehrmachtssoldaten oder bei Luftangriffen umgekommene Zivilisten gleichermaßen zu „Opfern“ erklärt wie die tatsächlichen Opfer des Nationalsozialismus, löst den Zusammenhang von Ursache und Wirkung auf und relativiert die alleinige deutsche Schuld und das Ausmaß der Verbrechen des deutschen Faschismus, zu denen der 2. Weltkrieg schon für sich genommen an herausragender Stelle gehört.<sup>146</sup>

Damit ist aber keineswegs gesagt, dass ausgewiesene „Täter-Orte“ für die Erinnerungsarbeit generell ungeeignet seien. Einen expliziten „Täter-Ort“ wie die Zentrale des NSDAP-Gaues Ost-Hannover in Lüneburg mit deren „Gaubefehlsstand“ zu einem Ort des Erinnerens zu machen, hat jedoch nur dann eine aufklärerische Wirkung, wenn dort seine Rolle im NS-Terrorssystem klar wird. Welche Machtbefugnisse hatte ein Gauleiter und wie übte Telschow mit seinem Gauapparat die NSDAP-Herrschaft im Gau Ost-Hannover aus? Auf welche Weise hielt die Gauleitung dieses Nazi-Terrorregime auch bei sich abzeichnender militärischer Niederlage in der Region am Laufen und verlängerte damit auch diesen Krieg? Wenn ein Erinnerungsort „Gauleitung der NSDAP“ das nicht einmal im Ansatz leisten kann, dann soll man die Finger davon lassen! Im Übrigen: Natürlich beschränken öffentlich angebrachte Erinnerungstafeln schon von ihrer Form her den Umfang ihrer Texte; deshalb aber diese Aspekte völlig auszublenden, wie es der Friedenspfad tut, sehen wir als ein „Verbreiten falscher Inhalte und Geschichtsklitterung“<sup>147</sup> an.

Statt den Terror-Ort der NSDAP beleuchtet der Friedenspfad lieber die Geschichte des Bunkers „an sich“ mit seiner „1,70 m starken Stahlbetondecke“. Sehr wichtig ist dem Friedenspfad auch, dass dessen (von Telschow?) angeordnete Sprengung durch Heinrich Meyer verhindert wurde. Als Architekt hatte Meyer zuvor mit dem Bau des Bunkers Geld verdient, dabei auch den Arbeitskräfteeinsatz und die Arbeitsbedingungen mit zu verantworten - und im letzten Moment der Naziherrschaft „vereitelte“ er die Sprengung seines Bauwerkes. Man fragt sich: Ja und?! Was wäre denn daran „schlimm“, wenn dieser Bunker tatsächlich gesprengt worden wäre? Sehen die Friedenspfad-Texter in der „Vereitelung“ eine „Heldentat“? Wollen sie mit dieser Handlung

<sup>147</sup> Diese Formulierung ist dem Protokoll der Lüneburger Kulturausschusssitzung vom 15. 7. 2014 entnommen. Der Erste Stadtrat Koch äußerte dort, man müsse unterschiedliche Meinungen zu historischen Denkmälern aushalten, „Solange keine falschen Inhalte oder Geschichtsklitterung verbreitet würden“. <http://www.stadt.lueneburg.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=27827> [14. 1. 16]

gar einen „guten Lüneburger Bürger“ vorstellen, der hier mutig Widerstand gegen Nazi-Befehle leistete?

Sinnvoller, weil den Charakter der faschistischen Terrorherrschaft verdeutlichend, wäre hier von den Untaten der Gauleitung zu berichten. Von Max Schmitz zum Beispiel: Als „Gaubeauftragter für den Luftschutz“ verbreitete er die im Gaubefehlsstand erstellten Lagemeldungen bei Luftangriffen über Rundfunk und war der Bevölkerung damals bestens bekannt. Anfang April 1945 befahl dieser Nazi drei Volkssturm-Männern auf Telschows Anordnung hin, einen deutschen Arbeiter in Bodenteich zu erhängen (Schmitz war vor seiner Gautätigkeit Bürgermeister in Bodenteich gewesen) und 2 Tage später einen 20-jährigen slowakischen Zwangsarbeiter auf die gleiche Weise umzubringen. Beide waren nach einem Angriff auf die dortige Munitionsfabrik der Plünderer bezichtigt worden. „Telschow war nicht bereit, das Urteil des Sondergerichts abzuwarten, wie es die Kripoleitstelle Hamburg und die Gestapo Lüneburg vorgesehen hatten, und ordnete das öffentliche Erhängen der Männer in Tatortnähe an.“<sup>148</sup> Sein Luftschutzbeauftragter Schmitz sorgte für Vollzug. „Bis zur Bestattung blieben die Toten zur Abschreckung hängen, Ausländer aus der ganzen Umgebung wurden vorbeigeführt“.<sup>149</sup>

Allein mit solch einer Information hätten die Friedenspfad-Historiker die wirklichen Opfer der Nazi-Barbarei ins Blickfeld rücken können. Die Art, wie sie den `Gaubefehlsstand der NSDAP` zum „Ort des Gedenkens“ machen und in ihrem Text vermitteln, zeigt, dass ihr Interesse an dieser Station anders ausgerichtet ist.

Daran nahm Peter Koch allerdings keinen Anstoß. Anders als 1995 hatte der inzwischen 1. Stadtrat in 2014 keine Einwände dagegen, dass hier ein „Ort der Täter“ ins Bewusstsein gerückt wird – durch den Friedenspfad. Im Gegenteil: Das Protokoll der Lüneburger Kulturausschusssitzung vom 15. 7. 2014 gibt Koch so wieder: „Die Stadt habe den Texten (des Friedenspfades, d. Verf.) damit letztlich zugestimmt und *er habe mit keinem der Texte ein Problem.*“ (hervorgeh. v. Verf.)<sup>150</sup>

**Wegen Plünderens erhängt.**  
Der 60jährige Volksgenosse Paul Kerutta, geb. 4. Februar 1885 in Lübben (Spreewald), wohnhaft in B., Kreis Uelzen, wurde auf seiner Arbeitsstelle beim Plündern angetroffen und am Sonntagabend erhängt.

**Wegen Plünderens erhängt**  
Uelzen. Der 60jährige Volksgenosse Paul Kerutta, geb. 4. Februar 1885 in Lübben (Spreewald), wohnhaft in B., Kreis Uelzen, wurde auf seiner Arbeitsstelle beim Plündern angetroffen und am Sonntagabend erhängt.

Die Lüneburger und die Uelzener Zeitungen berichten über die Ermordung in Bodenteich

**Ich ordne an, daß jedes Haus, welches die weiße Fahne zeigt, zerstört wird. Jeder, der die weiße Fahne hisst, wird mit dem Tode bestraft.**  
Plünderer und Feiglinge sind auf freier Tat, ohne daß das Standgericht zusammengetreten ist, zu erhängen oder zu erschießen.  
Wir glauben an die Zukunft eines freien Deutschlands. Der Feind, der unsere Freiheit bedroht, wird nicht durch weiße Flaggen, sondern durch kaiserlichen Einsatz vertrieben.  
Lüneburg, 10. April 1945.  
Otto Telschow  
Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar

Telschow ordnet die Ermordung von „Plünderern und Feiglingen“ an. „Jeder, der die weiße Fahne hisst, wird mit dem Tode bestraft.“

**Standgerichte für den Gau Osthannover**  
Auf Grund eines Führerbefehls und in Verfolg der Verordnung des Reichsjustizministers vom 15. Februar 1945 habe ich für das Gebiet des Gau Osthannover Standgerichte gebildet. Sie haben ihren Sitz in Celle (für die Kreise Celle, Burgdorf, Gifhorn und Fallingb.), Lüneburg (für die Kreise Lüneburg, Uelzen, Dannenberg, Goltau und Harburg), Stade (für die Kreise Stade, Bremervörde, Rotenburg und Verden) sowie Wesermünde (für die Kreise Wesermünde, Cuxhaven, Land Hadeln und Osterholz).  
Die Standgerichte sind für alle Straftaten zuständig, durch die die deutsche Kampfkraft und Kampfschloffenheit gefährdet wird.  
Lüneburg, 10. April 1945.  
Der Reichsverteidigungskommissar  
Otto Telschow  
Gauleiter.

Telschow ordnet die Einrichtung von Standgerichten an

<sup>148</sup> Nils Köhler: *Otto Telschow – Hitlers Gauleiter in Osthannover*, veröffentlicht unter <http://www.bunte-fraktion-wustrow.de/dokumente/Telschow%20-%20Hitlers%20Gauleiter%20in%20Ost-hannover.pdf>, S. 19

<sup>149</sup> Nils Köhler, Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide, a.a.O., S. 417

<sup>150</sup> <http://www.stadt.lueneburg.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=27827> [14. 1. 16]

## 11 Ort des Gedenkens an die Synagoge und die jüdische Gemeinde

Die Weihe der Synagoge 1894 repräsentiert den Höhepunkt der Juden-Emanzipation in Lüneburg. Doch durch Verfolgung und Flucht sank die Zahl der Juden von 175 im Jahre 1905 auf 39 am 1.8.1938. Die Gemeindevorsteher sahen sich gezwungen, das Grundstück an die Industrie- und Handelskammer zu verkaufen und für den Abriss des Gotteshauses aufzukommen. Mit einem feierlichen Gottesdienst löste sich die Gemeinde am 23.10.1938 auf. Seit 1950 steht dort ein Gedenkstein.

Am Schifferwall 5



Da der Text auf dem Prospekt und der „erklärenden Tafel“ identisch ist, werden am Ort des Denkmals keine weiteren erklärenden Informationen geliefert.

Der Tafel- und Prospekttext ist teilweise falsch und überwiegend irreführend.

### 1. Die Weihe der Synagoge 1894 repräsentiert den Höhepunkt der Juden-Emanzipation in Lüneburg.

Sehr irritierend wird hier ein zentraler Begriff verwendet, die „Juden-Emanzipation“: Die Emanzipation einer Bevölkerungsgruppe („der Juden“) misst sich nicht an der Größe ihrer Kirche, sondern am Grad ihrer verbrieften Rechte auf Gleichheit und Mitgestaltung sowie an deren Wahrnehmungsmöglichkeiten. Insofern kann frühestens mit Wirkung der Weimarer Verfassung eine „Emanzipation“ dieser Gruppe konstatiert werden. Zudem wird hier einer Bevölkerungsgruppe eine Identität verliehen ausschließlich durch

<sup>151</sup> Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Lüneburg, Gesamtübersicht über die im Staatspolizeibezirk Lüneburg ansässigen Juden, einschließlich Kinder unter 15 Jahren, Stichtag 1. August 1937; siehe: VVN-BdA Lüneburg, Die faschistische Verfolgung der Juden in Lüneburg. Eine Skizze, 2. Auflage Lüneburg 2003, S. 25 - 28

<sup>152</sup> Ebenda S. 29: Geheime Staatspolizei ..., Veränderungsnachweisung ..., Stichtag 1.11.1937

eine unterstellte gemeinsame Glaubensorientierung. Weitere konstituierende Merkmale wie Abstammung und Lebensart bleiben ausgeschlossen ebenso wie jene Personen dieser Gruppe, die nicht religiös orientiert waren.

### 2. Doch durch Verfolgung und Flucht sank die Zahl der Juden von 175 im Jahre 1909 auf 39 am 1.8.1938.

Die Angabe der Vergleichszahlen ist zumindest unseriös und außerdem irreführend. Unseriös, weil die Anzahl dieser Einwohner nicht von 1905, sondern von 1933 mit jener von 1938 in Beziehung hätte gesetzt werden müssen. Irreführend, weil angenommen werden kann, dass bereits ab 1905 eine Verfolgung und Flucht stattfand. Und außerdem: Wer verursachte die Verfolgung und Flucht? Kein Wort ist darüber zu finden ebenso wenig wie über die rassistische Politik der Nazis. Diese Menschen wurden nicht verfolgt und mussten nicht deshalb fliehen, weil sie einer nicht genehmigten Religion angehörten, sondern einer falschen „Rasse“, einer nichtarischen „Rasse“.

Die Zahl von 39 Juden in Lüneburg am 1.8.1938 ist nicht korrekt: Nach einer Auflistung der Gestapo Lüneburg vom 1. August 1937 wohnten bis Ende Juli d. J. 39 als Juden klassifizierte Menschen in der Stadt (einschl. Kinder),<sup>151</sup> am 1.8.1937 zog Lucie Horwitz nach Berlin<sup>152</sup>, am 5.2.1938 waren es 36 Personen.<sup>153</sup> Die folgende Gestapo-Überlieferung weist für den 31.1.1939 eine Einwohnerzahl von „25 Juden“ aus<sup>154</sup>. Am 31.10.1939 lebten noch 16 dieser Personen in Lüneburg.<sup>155</sup>



### 3. Die Gemeindevorsteher sahen sich gezwungen, das Grundstück an die Industrie- und Handelskammer zu verkaufen und für den Abriss des Gotteshauses aufzukommen.

Die Gemeindevorsteher sahen sich nicht wegen der geringen Anzahl der Gemeindemitglieder gezwungen, die Synagoge zu verkaufen, denn unter „normalen“ Bedingungen

<sup>153</sup> Ebenda S. 30: Geheime Staatspolizei ..., Schreiben an den Regierungspräsidenten v. 5.2.1938, Betrifft: Judenkartei (Ansässige Juden)

<sup>154</sup> Ebenda S. 31: Geheime Staatspolizei ..., Schreiben an den Regierungspräsidenten v. 31.1.1939, Veränderungsnachweisung bis zum 30.1.1939

<sup>155</sup> Ebenda: Geheime Staatspolizei ..., Schreiben an den Regierungspräsidenten v. 14.11.1939, Veränderungsnachweisung bis zum 1.10.1939

hätten sie selbst bei abnehmender Mitgliederzahl das Gebäude in Besitz halten können. Die Schwierigkeit, die Synagoge weiterhin zu unterhalten, lag vielmehr darin begründet, weil bereits ab 1933 bestimmte Nazi-Maßnahmen den Unterhalt erschwerten etwa durch die Stornierung der Mittelzuweisung für ihre schulischen und kirchlichen Einrichtungen am 28.4.1933 durch die Lüneburger Ratsgremien und durch die Aberkennung des Status einer religiösen Vereinigung, was die Aufhebung bestimmter Steuerreduzie



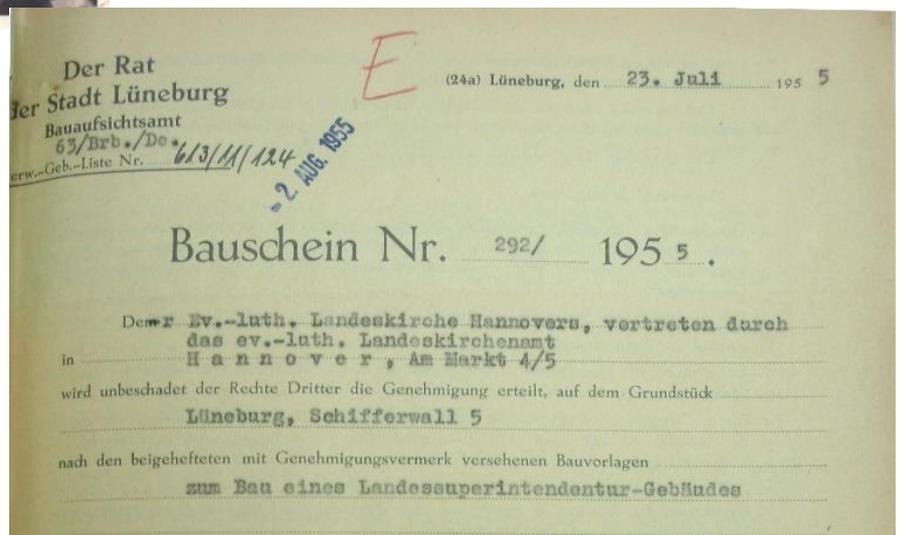
Sicherung der Abrissarbeiten der Synagoge durch Lüneburger Baupolizei und TNH (Technische Nothilfe)

rungen zur Folge hatte. Als schließlich mit dem Gesetz vom 28. März 1938 auch die jüdischen Kultusvereinigungen ihren Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts verloren, wodurch die Befreiung von der Grund- und Vermögenssteuer aufgehoben wurde, gab es für die kleine Lüneburger Gemeinde keine Alternative mehr zum Verkauf der Synagoge und des Grundstückes Am Schifferwall 5. Und es ist auch begründet anzunehmen, dass die verbliebene jüdische Gemeinde sich erhoffte, mit dem Geld vom Verkauf von Synagoge und des Grundstückes die Möglichkeiten für ihre eigene geplante Auswanderung zu verbessern.<sup>156</sup>

Es fehlt auf bei den Verfassern jeder Hinweis auf das erpresserische Verhalten des Oberbürgermeisters, bzw. der Lüneburger Politik und der IHK hinsichtlich der Verkaufsverhandlungen und des Verkaufspreises, insbesondere auch darauf, warum darauf bestanden wurde, dass die jüdische Gemeinde den Abriss selber vollziehen bzw. in Auftrag geben musste. Ebenfalls die Tatsache, dass die Kaufsumme auf ein Sperrkonto gezahlt werden musste und dass die Stadtverwaltung auf dem Gelände (weil die IHK ihr Interesse an einer Verwertung des Geländes verlor) einen Spielplatz für arische Kinder errichtete (und die LA darüber berichtete mit der Überschrift: „Früher Judentempel – heute fröhlicher Tummelplatz für Kinder“ von einem Redakteur, der später Feuilletonchef der Landeszeitung wurde).<sup>157</sup>

4. Mit einem feierlichen Gottesdienst löste sich die Gemeinde am 23.10.1938 auf. Seit 1950 steht dort ein Gedenkstein.

Der unkommentierte Hinweis auf den feierlichen Gottesdienst könnte fast als Verhöhnung der jüdischen Gemeinde aufgefasst werden. Die Angabe zum Gedenkstein ist irreführend, denn der von der jüdischen Gemeinde am Ort der abgerissenen Synagoge gesetzte Gedenkstein wurde nach Erwerb dieses Grundstücks durch das evangelische Landeskirchenamt Hannover beiseitegeschoben, um 1955 an dieser Stelle ein Gebäude der Landessuperintendentur zu errichten.<sup>158</sup> Insofern entspricht das auf dem Faltblatt abgebildete Foto der Synagoge nicht exakt dem jetzigen Ort des Gedenkens.



Die ev.-luth. Landeskirche baut auf dem Synagogen-Grundstück ihr neues Landessuperintendentur-Gebäude

<sup>156</sup> VVN-BdA Lüneburg, Lüneburger „Gedenkkultur“, Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkanlage an der früheren Synagoge, Lüneburg 2013, S. 14

<sup>157</sup> Ebenda, S. 24 f

<sup>158</sup> Vergl. Ebenda S. 31

## 12 Reiterdenkmal für die Toten des Kavallerie-Regiments 13

1921 bezogen die 3. und 4. Eskadron des 13. Preußischen Reiter-Regiments die Lüne Kaserne. Umbenannt in Kavallerie-Regiment 13 rückte es 1936 in die neugebaute Schlieffenkaserne ein. Ende August 1939 wurde es aufgelöst. Der bronzene Reiter von August Waterbeck stand seit Herbst 1939 vor dem Stabsgebäude der Schlieffenkaserne, bevor er 1956 an den Schifferwall versetzt und zum Ehrenmal des Kavallerie-Regiments 13 erhoben wurde. Seit 2012 befindet es sich im Lüne-Park.

Johannes-Gutenberg-Straße / Konrad-Zuse-Allee



Da der Text auf dem Prospekt und der „erklärenden Tafel“ identisch ist, werden am Ort des Denkmals keine zusätzlichen Informationen geliefert.

Der Informationsgehalt von Prospekt und Tafeltext über das Reiterdenkmal begnügt sich mit einigen sachlichen Hinweisen auf die Standorte von Pferd und Reiter, nennt dessen Erbauer sowie Militäreinheiten und Kasernennamen und lässt ansonsten, wie anderenorts auch, die wesentlichen Fragen unbeantwortet.

Der Text verliert kein Wort über die Kriegsvorbereitungen am Ort bis 1939, über die mörderischen Taten der zuvor in dieser Militäreinheit organisierten Offiziere und Mannschaften im II. Weltkrieg.

Noch nicht einmal die naheliegende Frage, wieso hier der Toten eines Regiments gedacht werden soll, welches 1936 begründet und vor Kriegsbeginn wieder aufgelöst wurde, also an keinen Kriegshandlungen teilgenommen haben kann, wird hier von den Friedenspfad-Akteuren gestellt. Fiel ein Angehöriger des Kavallerie-Regiments 13 etwa bei einem Spazier-Ausritt in Lüneburgs Altstadt auf dem dortigen Kopfsteinpflaster unglücklich vom Pferd und starb dabei?

Offiziell firmierte dieses Regiment erst ab 6. Oktober 1936 unter diesem Namen, war dem X. Armeekorps unterstellt, bezog jetzt die neu errichtete Schlieffen-Kaserne in Lüneburg, bevor es nach einer Umgliederung im Herbst 1937 Ende August 1939 aufgelöst wurde und in diverse Aufklärungs-Abteilungen übergang, die ihre Angriffskriege führten, zunächst gegen Polen.

Das Lüneburger Tageblatt berichtete über den Empfang des Kavallerie-Regiments 13 in Lüneburg im Oktober 1936:

„Nach Beendigung des Aufmarsches trat Bürgermeister Dr. Mohrmann an das Mikrophon und hieß im Namen der Stadt Lüneburg das Kav.-Regiment 13 herzlich willkommen ... Der Jubel und die Freude seien Ausdruck des Dankes an den Führer, dem wir es verdanken, dass wir alle uns beteiligen können am Aufbau des Dritten Reiches – Dem Treuegelöbnis an den Führer bat der Bürgermeister durch Erheben des rechten Armes sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Und schon reckten sich ringsum die Arme, Soldaten und Bevölkerung, ein einziger Gruß an den Führer!“

Es sprachen ebenfalls der NSDAP-Kreisleiter Heincke, ... und Oberstleutnant a. D. Selp (Führer des Dragoner-Traditionsvereins): „Möge es ... insbesondere dem Kavallerie-Regiment 13 ... beschieden sein, in rastloser, hingebender Arbeit und soldatischem Schaffen Erfolge und Leistungen zu erzielen, die sie befähigen, auch in der ernster Zeit, wenn das Vaterland ruft, Ruhm und Ehre an ihre Feldzeichen zu heften, wie es einst ihren Vorfahren in der Tradition vergönnt war.“



Lüneburger Kreiskalender, 1938

Aber auch den Vorgänger-Regimentern (Reiter-Regiment 13, am 10. März 1920 im Wehrkreis VI gebildet; 13. (Preuß.) Reiter-Regiment ab März 1921; Reiter-Regiment Hannover, Tarnbezeichnung ab Oktober 1934) war es zum Glück nicht vergönnt, in kriegerische Aktivitäten einzutreten.

Es ist nicht bekannt, ob ein Angehöriger des Regiments während des Einmarsches in die Tschechoslowakei (ČSR) gestorben ist, als das Deutsche Reich im Oktober 1938 mit Zustimmung Englands und Frankreichs (und der USA) sich etwa ein Fünftel der Gesamtfläche des Nachbarlandes einverleibte („Sudetenland“). Die 2. Schwadron des Regiments war für diesen Zweck der 30. Infanterie-Division unterstellt und als Aufklärungsabteilung bis zum 17. Oktober an der Besetzung beteiligt.

Bei der Niederschlagung von Arbeiteraufständen in Thüringen allerdings, an dem das Vorgängerregiment, das Reiterregiment 13, mit seiner 3. Eskadron beteiligt war, gab es Tote. Rittmeister Hannemann, in der Nachfolge des von Werthern Eskadronschef des Lüneburger Reiterregiments der Reichswehr, schildert die von seiner Eskadron exekutierten „Säuberungen“: *„Von Bad Blankenburg, dem Quartier der Eskadron, wurden Säuberungsunternehmungen in die Umgegend gemacht, in der Regel nachts, so dass die Truppe am frühen morgen überraschend auftauchte.“*



Bundesarchiv, Bild 102-00191  
Foto: o. Ang. 1. Oktober 1923  
Verhaftung eines „Rädelsführers“ durch Reichswehrtruppen in Thüringen

*Die Haupttätigkeit bestand jetzt darin festzustellen, wo ... noch kommunistische Hundertschaften bestanden oder bestanden hatten, ihre Führer und Hauptbeteiligten... festzunehmen.... Der größte Teil der Eskadron konnte (Mitte Dezember, d. V.) nach Lüneburg zurückkehren, wo sie wieder de-mobil wurde“<sup>159</sup>*

Diese „Säuberungen“ der Reichswehr in Thüringen kosteten 34 Arbeitern das Leben, 130 wurden verletzt, etwa 300 verhaftet.

Tatsächlich starben bei diesen „Heldentaten“ des Lüneburger Reiterregiments drei Soldaten, einer verletzte sich schwer, allerdings nicht „vor dem kommunistischen Feinde“, sondern bei mehr logistischer Tätigkeit: „Bereits auf dem Hintransport verunglückte der Unteroffizier Trommer durch Sturz aus dem fahrenden Zuge ... Im letzten Standort der Schwadron starb plötzlich durch einen Unglücksfall der Unterwachtmeister Hagen.“<sup>160</sup> Ebenfalls Leutnant Hörstebroek: Er stürzte in Saalfeld mit seinem Pferd und war tot.

So kann es nur als ein provinzieller Scherz angesehen werden, wenn im Jahre 2012, nachdem Pferd und Reiter als Altersgründen das Zeitliche zu segnen und schlichtweg umzukippen drohten, die Lüneburger Kommunalpolitik ihre ganze Kraft einsetzte (und viel Geld: 55.000 Euro), um dieses „Reiterdenkmal für die Toten des Kavallerie-Regiments 13“ wieder zu restaurieren - ein Denkmal für drei einer Vorgänger-Militäreinheit angehörenden und im „zivilen Einsatz“ gestorbene Soldaten. (Zum Vergleich: Beim Bau des Elbe-Seiten-Kanals in den 1960-er Jahren starben mehrere Bauarbeiter. Ein Denkmal wurde ihnen nicht gesetzt.)

Vielleicht ist es aber auch der historische Nimbus mit seinen Personalverflechtungen, die dieses Denkmal für die (Rechts-)Konservativen am Ort so wertvoll macht, denn Pferd und Reiter könnten eine historische Strahlkraft weitergeben, die hineinzuinterpretieren wäre mit Berufung auf historische Gestalten von ganz oben: Kein Geringerer als Hindenburgs Bruder, Major Otto von Beneckendorf und Hindenburg nämlich war es, der einst von 1881 bis 1889 als Chef der 1. Eskadron eines Reiterregiments tätig war (nämlich der Dragoner), das zwar nichts mit dem Kavallerie-Regiment 13 zu tun hat, aber von diesen als „Traditionsregiment“ bezeichnet wurde. Dieser historische Unfug, bestimmte, später aufgestellte Militäreinheiten als Traditionseinheit zu generieren, war seinerzeit üblich und garantierte die Weitergabe, bzw. den Rekurs von früheren militärischen „Heldentaten“ auf spätere Generationen. Auf einer Bronzeplatte am Sockel des heutigen Reiterstandbildes ist nachzulesen, dass diese Traditions Vorbilds-Ideologie vom Kavallerie-Regiment 13 (und ihren Vor- und Nachfahren) extensiv gepflegt wird: Dort reicht die Traditionshudelei gar bis in den Deutsch-Französischen Krieg zurück und bis zur Reiter Schlacht bei Mars-la Tour, als am 16. August 1870 zwei preußische Korps die Französische Rheinarmee besiegten. Die etwa 30.000 toten Menschen, die nach dieser Schlacht, die nur wenige Tage dauerte, zu beklagen waren, führt die genannte Bronzetafel („Die letzte Reiterschlacht der Ge-

<sup>159</sup> Bundesnachrichten zur Pflege der Kameradschaft unter den ehemaligen Angehörigen des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16, Ausgabe Nr. 6

<sup>160</sup> Ebenda

schichte“) als Zeichen eines tapferen Soldatenmutes an. Davon partizipierte das Kavallerie-Regiment 13 selbst über 50 Jahre später als „Traditionsregiment“ noch immer.

Historisch-chronologisch schon weiter zum Kavallerie-Regiment 13 heranreichend steht der Name Christian von Penz, Sohn einer Militaristen-Adelsfamilie, Angehöriger des Dragoner-Regiments von 1901 bis 1919 und ab 1920 Chef der 4. Eskadron des Reiter-Regiments 13 in Lüneburg. Dieser „Rittmeister“ ist an sich nicht sonderlich bedeutungsvoll, aber wohl der Umstand, dass er im I. Weltkrieg als Adjutant des späteren Reichspräsidenten Hindenburg tätig war und überdies die Tochter seines Chefs heiratete, Annemarie, die zu ihm in den Lüneburger Weg 2 zog und hier (später in Medingen) mit ihm eine Familie begründete.<sup>161</sup> Da es nicht ausbleiben konnte, dass Hindenburg in Lüneburg Tochter, Schwiegersohn und seine Enkel besuchte, strahlte der Glanz des „verdienstvollen Heeresführers“ und (späteren) Reichspräsidenten auf sämtliche Militäreinheiten der Stadt ab und natürlich auf das mit diesen verbandelte Bürgertum. Bis heute ist Hindenburg Ehrenbürger Lüneburgs und die Stadt schmückt sich mit seinem Namen durch die Benennung einer Straße nach diesem „Totengräber der Weimarer Republik“.<sup>162</sup>



Hindenburg in Lüneburg

Falls es weniger die mit Pferd und Reiter zu verbindende Militärtradition war oder die Strahlkraft Hindenburgs, die diesem „Reiterdenkmal für die Toten des Kavallerie-Regiments 13“ seitens der Lüneburger Kommunalpolitik (von der CDU bis zu den Grünen) sowie einigen Sponsoren ungeahnte Mühe und Finanzmittel aufbringen ließ, um das Denkmal in altem Glanz neu erstrahlen zu lassen und die

Friedenpfad-Akteure bewogen haben, es in ihrem Rundgang aufzunehmen und seine historische Bedeutung völlig falsch zu interpretieren, so kann es nur der Ausdruck des monumentalen Standbilds selber sein, was seine besondere Bedeutung ausmacht – als „Kunstwerk“.

Dass es sich bei Pferd und Reiter um Nazi-Kunst handelt, wird allen Zeitgenossen auf den ersten Blick beim Betrachten des Monuments deutlich – den Friedenpfad-Akteuren aber wohl nicht, denn ihr informierender Text spart derartigen Kunst-Sachverstand aus, benennt zwar allerhand Daten zum Werk, unterlässt es aber, eine historische Einordnung des Formenwerks zu benennen. Dem gegenüber interpretiert W. Preuss, Bezug nehmend auf eine Ausarbeitung des vormaligen Universitätsmitarbeiters Hartmut Dähnhardt,<sup>163</sup> Standbild und Künstler:<sup>164</sup>

„Der Hannoveraner Künstler August Waterbeck orientiert sich an Vorbildern aus der klassischen Antike und der Renaissance. Er vermeidet „Zufälliges und Zeitgebundenes zugunsten einer vereinfachten plastischen Formensprache. Deshalb ist der Reiter nackt, fehlen dem Pferd Sattel und Zaumzeug. Weder zügelt, noch dirigiert der Reiter das schreitende Ross. Aufrecht lässt er sich tragen. Waterbeck entwirft das Bild einer Freundschaft zwischen Mensch und

Tier im Einklang mit der Natur.“ In der von den Nationalsozialisten „propagierten ‚neuen deutschen Kunst‘ stand der makellose Körper im Zentrum. Er sollte das Ideal der Rasse zu der Körperdisziplin veranschaulichen im bewussten Gegenbild zur ‚Zerstückelung‘ des Menschen in der modernen (‚entarteten‘) Kunst. Waterbecks gestählter Reiterkörper und sein maskenhaft typisiertes Gesicht wiesen auf Tendenzen hin, wie sie – oft noch ausgeprägter – für die im 3. Reich geforderte Plastik charakteristisch sind.“

Herr Diethelm Stoller, Dozent i. R. der Lüneburger Universität und Mitglied der künstlerisch-wissenschaftlichen Projektleitung des Kunstraums dieser Universität, der von den Verfassern dieser Schrift um eine Stellungnahme aus kunsthistorischer Sicht gebeten wurde, schreibt über dieses Standbild, welches im Volksmund „nackter Reiter“ genannt wird, in einem Expose:

„Will man bei August Waterbecks nacktem Reiter eine Orientierung an Vorbildern aus der klassischen Antike und der Renaissance erkennen, dann kann das Gemeinsame nur sein, dass auch hier ein Reiter auf einem Pferd sitzt.

<sup>161</sup> Rittmeister von Penz stieg bei den Nazis Anfang 1939 als Oberst in den Stab des X. Armeekorps der Wehrersatzinspektion Bremen auf und brachte es bis zum Generalleutnant.

<sup>162</sup> Vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Hindenburgstraße – Ein Beitrag zur Umbenennung der Lüneburger Hindenburgstraße, Lüneburg 2014

<sup>163</sup> Dähnhardt 1992, Objekt Nr. 14; Es handelt sich bei dieser Veröffentlichung um eine kleine Broschüre, die unter diesem Titel in der Universitätsbibliothek einzusehen ist.

<sup>164</sup> Werner Preuß, Lüneburger Denkmale..., S. 56

‚Erhabene Gelassenheit‘ – mit solchen Prädikaten wurde das Reiterstandbild Marc Aurels (2. Jh.) auf dem Kapitol in Rom Vorbild für die Reiterstandbilder der folgenden Jahrhunderte, ob Donatellos Gattamelata (1453) in Padua, Andrea del Verrocchios Colleoni (1488) in Venedig, Andreas Schlüters Großer Kurfürst (1696) oder Christian Daniel Rauchs Friedrich der Große (1851), beide in Berlin.

Anders als Dähnhardt und Preuß schreiben, zeigt Waterbecks Reiterstandbild keine ‚vereinfachte plastische Formensprache‘, im Gegenteil, es strotzt von Nebensächlichem. Alles ist Detail, naturalistische Wiedergabe der Modelle, ohne Intuition und ohne Erfindungsgabe zur Darstellung von dynamischen Bezügen. Damit soll der künstlerische Realismus nicht diskreditiert werden. Aber das ist energielose Einfalt und hat wenig mit Bildhauerei zu tun. Die Würde von naturalistischen Nebensächlichkeiten abstrahieren, den plastischen Körper von Details wie Blutadern oder Sehnen befreien, zu Volumen verdichten, darüber die Oberflächen wie eine gespannte Haut ziehen und damit erst Skulptur schaffen, eben gestalten und nicht gewaltsam behaupten.

Diese Nacktheit verzichtet auf die Chance einer zusätzlichen Aussage, hier wird auf notdürftige Idealisierung gesetzt, so wie in Gesundheitszeitschriften, Modegazetten oder Fitnessstudios. Bei Donatello oder Verocchio werden die Reiterstandbilder sogar mit Sattel und Zaumzeug zu Skulpturen, Nebensächliches wird integriert, versetzt die Betrachter in Spannung und verkommt nicht zur beliebigen Detailschilderung. Dähnhardt sieht Waterbeck ‚das Bild einer Freundschaft zwischen Mensch und Tier im Einklang mit der Natur‘ entwerfen — eine pathetische Schwärmerei für den simplen Eindruck, dass der Reiter reiten kann.

Kunst wird zum Hygieneartikel, das angepriesene Produkt ist der arische Mann. Die naturalistische, scheinbar leicht lesbare Ästhetik wird zum Diktat: So sollst Du werden! Das Modell Hans Telzerow war Offizier, später Spähruppenführer bei der Blockade von Leningrad. Er wird zum Bild des arischen Helden, der Zuchtvorstellung des deutschen Nationalfaschismus. Ein arischer etwas in die Jahre gekommener Jüngling auf dem Rennpferd Wotan!

Es sieht so aus, als könnte man August Waterbecks Reiterstandbild zugutehalten, dass es nicht wie die Vorzeigekünstler des Faschismus Arno Breker und Josef Thorak einen kraftstrotzenden heldenhaften Mann zeigt, dessen Muskelstränge den Körper überziehen, und dass er damit einen anderen Weg zur nordischen, germanischen Kunst geht. Aber nein: er erfüllt in besonderem Maße die Anforderungen der nationalsozialistischen Propaganda von Ebenmaß, Gesundheit und Kraft. Das ist entsprechend Hitlers Wunsch keine Problemfigur, die Trauer, Angst oder Schwä-

che zeigt, das ist die heile Welt, das sogenannte Schöne, gepaart mit handwerklicher Qualität, das Idealbild des sportlich gestählten, kraftvollen, energiegeladenen Körpers, eine Idealfigur der Herrenrasse.

Vorbild ‚Renaissance‘, etwa Donatello? Dessen Versuch, Individualität und Allgemeines zusammen zu greifen? Pure Funktionalisierung des Modells, des Pferds, des Betrachters in seiner Sehnsucht nach Schönheit. Hier wird mitgeteilt, wie der Betrachter zu sein hat: Ausdrucksleer beherrscht, für alles verwendbar. Dieser scheinbar makellose Körper, dieser arische Kopf auf dem „gestählten Leib“ evoziert die faschistische Ideologie von der Herrenrasse und blendet offenbar noch heute die, die das Standbild unkommentiert mit horrenden Kosten wieder aufstellen ließen. Es gibt viele Gesichter des Rassismus, das Reiterstandbild ist eines. Bürger finanzieren es mit Steuern, die Stadt garantiert seine Unversehrtheit und Öffentlichkeit. Ein anderes sind die Brandanschläge auf Migranten, heute, an vielen Orten, Rassismus täglich. Gibt es dort aufwändige Denkmäler?

Folgt man allerdings Samuel Becketts Skizze von 1939 des idealtypischen Ariers, so stellen sich viele Fragen ganz anders: ‚Er muss blond sein wie Hitler, schlank wie Göring, schön wie Goebbels, mannhaft wie Röhm und muss Rosenberg heißen.‘

Entstehungsjahr 1939, Umwidmung zum „Ehrenmal“ des Kavallerie-Regiments 1956, teure Restaurierung mit Hilfe privater Spender und mit hoher finanzieller Beteiligung der Stadt (25.000 Euro), neue wirkungsvolle Platzierung im Lünepark gleich vor dem Zentralgebäude der VGH, perspektivisch hervorgehoben auf dem grasbewachsenen Mittelstreifen der Johannes-Gutenberg-Straße, missverständliche bis beschönigende Bewertungen bei Hartmut Dähnhardt, Werner Preuss und die Beschreibung im Friedenspfad haben den nackten Reiter in den Blick geschoben und zu einer ersten Stellungnahme provoziert. Bei der Kürze des Beitrags kommt man ohne Verallgemeinerungen nicht aus, es sind zum Teil Stichwörter, die in einem weiterführenden Beitrag erläutert werden müssten. Wichtig ist es, dass eine Diskussion in Gang kommt.“

Abschließend sei hier kurz auf die kommunalpolitischen Ränkespiele verwiesen, die schließlich zur Restaurierung und „Auferstehung“ dieses „Kunstwerks“ führten: Zunächst schien es so, als sei das Lebensende des nackten Reiters gekommen um das Jahr 2010. Die altvorderen Militaristen von 1936 bis 1939 lebten nicht mehr und die Gründung eines „Nackter-Reiter-Nachfolge-Vereins“, der sich um die nicht vorhandenen Toten des Regiments und die Interessen der Bronze-Statue kümmern sollte, war, anders als beim Dräger-Monument, nicht in Sicht. Die Rathaus-Grünen schlugen vor, den nackten Reiter genauso wie zwei weitere Rei-

terstatuen nach ihrer Restaurierung im Park vor dem Museum zur Ausstellung zu bringen als museales Zeichen der militaristischen Vergangenheit der Stadt. Selbst der Oberbürgermeister schien zunächst, vielleicht angesichts der zu erwarteten Höhe der Restaurationskosten, möglicherweise auch wegen der umstrittenen NS-Geschichte, von der Pferde-Denkmaldebatte genervt und erklärte in der örtlichen Presse: „Auf die Pferde kann ich gerne verzichten.“ Der Sinngehalt einer Ausgabe von über 50.000 Euro aus der Stadtkasse<sup>165</sup> für ein Nazi-Denkmal war wohl der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln.

Als sich nun aber immer stärker die konservativen Stimmen äußerten und in der Lokalpresse Schlagzeilen machten, um den nackten Reiter „als Kunstwerk und Dokument der Zeit“<sup>166</sup> zu erhalten, wurde die Situation schwierig, zumal nun auch mit dem Landeskonservator gedroht wurde, der wegen des Denkmalschutzes für den Erhalt des NS-Denkmal, und zwar an gleicher Stelle an der Bastion, seine Stimme erheben sollte.

Nach einigen intensiven Gesprächen mit stadtbekanntem Persönlichkeiten fand die Politik einen Ausweg zur Kostenreduzierung und präsentierte einige Sponsoren:

1. die Sparkassenstiftung Lüneburg, immer mit den Geldern der Sparer dabei wenn es gilt, den städtischen Haushalt zu entlasten. Der Stiftungsvorstand besteht aus den Herren: Oberbürgermeister Mädege, Landrat Nahrstedt, Sparkassendirektor Mai;
2. die VGH-Stiftung, eine Versicherungsgruppe, die vor allem davon profitiert, dass sich die „kleinen Leute“ zusätzlich privat versichern lassen müssen. Regionaldirektor der VGH ist Martin Aude, zugleich Präsident des Vereins Lüneburger Kaufleute;
3. die GVK, eine „Strategische Vertriebs- und Marketingberatung“, welche über „Selling-in & selling-out“ den Händlern ein profitables Wachstum verspricht.<sup>167</sup> Geschäftsführer ist Claus-Peter Langlotz;
4. die Hebrok-Stiftung, die sich laut Stiftungssatzung den Auftrag gesetzt hat, benachteiligte Kinder und Jugendliche in Stadt und Landkreis Lüneburg zu fördern (z. B. das SOS-Kinderdorf Bockum, die Oberschule Stadtmitte). Stifter ist Karl-Heinz Hebrok, Geschäftsführer der Firma Cartoflex.

Die Genannten brachten nun als Sponsoren der Nazi-Kunstmal eben den Betrag von 30.500 Euro auf (natürlich steuerbefreit), sodass kritische Stimmen damit besänftigt werden konnten, dass die Stadt Lüneburg lediglich die Kleinigkeit

von etwa 25.000 Euro dazugeben müsse und damit jede Menge Geld sparen könne.

Die Bedenken des Landeskonservators hinsichtlich des Reiter-Standortes lösten sich nunmehr auf. Am 5. September 2014 wurde das restaurierte Monument jetzt nicht mehr am alten Standort, sondern an anderer Stelle wieder errichtet, direkt vor dem Firmensitz der Sponsoren VGH und GVK in der Johannes-Gutenberg-Straße. Ein Kurzfilm über die Einweihungsfeierlichkeit mit Beiträgen von Bürgermeister Kolle und Kulturreferent Landmann, von „LZ-Play“ zunächst auf der Homepage der örtlichen Presse veröffentlicht, war der Redaktion (oder anderenorts) anscheinend derart peinlich, dass er wieder aus dem Netz genommen wurde. Schade!



Die restaurierte NS-Vergangenheit stolz präsentiert

Foto v. l. n. r. die Herren Sander (Sparkasse Lüneburg), Junge (Sparkassenstiftung Lüneburg), Kolle (Bürgermeister), Aude (Firma VGH), Hebrok (Firma Cartoflex), Frau Held (Bauamt)

<sup>165</sup> LZ v. 22.2.2012 „Suche nach dem Ort des Gedenkens“

<sup>166</sup> LZ v. 22.2.2012 „Plädoyer für Zeugnisse der Baukunst“

<sup>167</sup> <http://www.gvk.de>



Der Text der „erklärenden Tafel“ ist identisch mit dem Prospekttext. Somit werden an diesem Ort keine weiteren Informationen geliefert.

Der Text des Gedenksteins lautet:

„Hier kämpften am 2. April 1813 die ersten Lüneburger freiwilligen Jäger und halfen an der Seite pommerscher Füsilier den ersten Sieg der Befreiungskriege erringen. Seiner ersten Sturmtruppe zum ehrenden Gedenken errichtet am 2. April 1913 vom 5. Hannoverschen Infanterie Regiment Nr. 165 und seinen ehemaligen Angehörigen“

<sup>168</sup> der später mit dem Sieg über Frankreich 1870/71 und der Proklamation des Deutschen Reiches in Versailles zum Gründungsmythos des Deutschen Reiches verklärt wurde.

<sup>169</sup> Ebenfalls vom Friedenspfad als Station ausgeklammert wurde das „Ehrenmal“ zur Erinnerung an die im I. Weltkrieg gestorbenen Schüler der ehemaligen Landwirtschaftsschule am Altenbrücker Damm, 1936 eingeweiht und mit Odals-Rune versehen.

<sup>170</sup> Werner Preuß belegt diese Vorgänge unter Heranziehung der Aufzeichnungen eines Lüneburger Chronisten jener Zeit, Wilhelm Görge in: W. Preuß, Lüneburger Denkmale ..., S. 7

<sup>171</sup> Wikipedia, September 2015: Gemäß den wesentlichen Forderungen der Französischen Revolution (Liberté, Egalité, Fraternité) garantierte der Code civil allen männlichen Bürgern: Freiheit für jeden; Gewerbefreiheit und freie Berufswahl; Abschaffung des

Drei zeitgenössische Gedenksteine zeugen in Lüneburgs Innenstadt von der Rezeption, Mythologisierung und Funktionalisierung des „Befreiungskrieges“, der Lösung von „französischer Fremdherrschaft“.<sup>168</sup> Ein Stein mit eingemeißeltem Text von 1818, welcher in der Dahlenburger Landstraße/Ecke Ziegelkamp zu finden ist und keinen Eingang in den Friedenspfad fand<sup>169</sup> (dieser wird hier zunächst mit seinem geschichtlichen Hintergrund vorgestellt), dann der hier als Station Nr. 13 beschriebene „Gedenkstein an den ersten Sieg der Verbündeten ...“ und das Johanna-Stegen-Denkmal, Station Nr. 17, beide 1913 eingeweiht. Alle drei Denkmale beziehen sich auf Vorgänge in dem kurzen Zeitraum weniger Tage vom 1. bis 4. April 1813, der Besetzung Lüneburgs durch französische Truppen, dem Abzug dieser Truppen und der Wiederbesetzung.

Zunächst ist festzustellen, dass die französischen Besatzungstruppen 1803 beim Lüneburger Bürgertum recht willkommen waren, die preußischen 1805 nicht, und man war erleichtert, dass sie 1806 beim Wiedereinzug der Franzosen die Stadt verließen.<sup>170</sup> Diese positive Grundstimmung gegenüber den Franzosen, die nicht zuletzt in der (unvollendet gebliebene) Einführung des „Code civil“<sup>171</sup> begründet lag, die dem Bürgertum einige Vorteile bescherte, änderte sich 1812 nach der Niederlage Frankreichs in Russland und dem proklamierten Ziel der Fortführung des Krieges durch das Militärbündnis Russland-Preußen (später auch Österreich und anderer Staaten) bis zur endgültigen Niederlage Napoleons und der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse in Europa. In Lüneburg trug „zum Stimmungswechsel ... während (dieser) Jahre ... die immer drückend werdende Kriegswirtschaft bei, die der Lüneburger Wirtschaft insbesondere mit dem Handelsverbot für englische Waren den Boden entzog.“<sup>172</sup> Denn Haupteinnahmequelle war der Speditionshandel, von dem Fuhrleute, Schiffer, Herbergier, ... Kaufleute<sup>173</sup> und andere Bürger und Handwerker lebten. Auf den Plan trat jetzt der (vormals ritterschaftliche) Adel mit Güterbesitz, dem unter dem Einfluss der Franzosen einen Teil ihrer Privilegien verlustig ging und nun 1813 die Chance sah, sich von diesen Beschränkungen zu befreien. „Nachdem am 18. März alle französischen Truppen die Stadt vorübergehend verlassen hatten, ... erließ ... Albrecht von Estorff<sup>174</sup> am 24. März in Lüneburg ei-

Zunftzwangs; Gleichheit vor dem Gesetz; vollkommene Trennung von Staat und Kirche (Laizismus); Schutz des Privateigentums; Schaffung der juristischen Basis für die Marktwirtschaft; Aufzeichnung von Geburten und Todesfällen (Personenstandswesen)  
<sup>172</sup> Die „Kontinentalsperre“ gegenüber England einzuhalten, ein Handelsembargo, wurden auch die Lüneburger Händler gezwungen.

<sup>173</sup> W. Preuß, Lüneburger Denkmale ..., S. 7

<sup>174</sup> Zuvor Oberstleutnant im Königreich Hannover. Seine Familie gehörte „wegen des Besitzes bzw. Teilbesitzes der Güter Barnstedt, Veerßen, Teyendorf sowie zweier weiterer Güter in Neetze und Bleckede zum ritterschaftlichen Adel der lüneburgi-

nen Aufruf zur Errichtung eines Regiments Husaren und eines Regiments Jäger zu Fuß für englische Rechnung und im englischen Sold.“<sup>175</sup> Sehr erfolgreich war diese Aufruf nicht, denn das Husarenregiment bestand gerade einmal „aus einem Offizier und sieben Mann, denen sich berittene Einwohner anschlossen.“<sup>176</sup>

Als der französische General Morand am 1. April 1813 mit drei Bataillonen, also einer ungeheuren militärischen Übermacht, wieder nach Lüneburg zurückkehrte, kam es zu einem Fiasko, weil dieser Einmarsch zunächst abgewehrt werden sollte. Zwar forderte Oberstleutnant von Estorff sehr schnell seine Einheit auf, sich aufzulösen, aber die beiden bewaffneten Freischärler Franz Spangenberg und Ludwig Gellers wurden von den Franzosen aufgegriffen und als Partisanen erschossen. An diesen Vorgang erinnert ein Gedenkstein mit Text, der 1818 auf ihr Grab gelegt wurde, welcher im Laufe der Zeit mehrfach versetzt wurde und heute in der Dahlenburger Landstraße/Ecke Ziegelkamp zu finden ist. Preuß macht darauf aufmerksam, dass der zunächst geplante Text dieser Tafel der Zensur des nunmehr herrschenden Königreichs Hannover zum Opfer fiel – von einem „Freiheitskampf“ wollte man nichts mehr wissen.<sup>177</sup> Fünfzig Jahre nach dem Ereignis, am 18. März 1863, wurde auf den Sockel eine Eisentafel eingelassen, die darauf hinweist, dass dort die Gebeine der beiden Männer ruhen: „Im Dienste des Vaterlandes unter den Waffen gefangen genommen, wurden beide auf diesem Felde am 1. April 1813 erschossen.“ Dass es sich dabei um bewaffnete Zivilisten handelte, die keinen Kombattantenstatus besaßen, deshalb von den Franzosen als Partisanen behandelt wurden und nach einer Militärverhandlung zum Tode verteilt wurden, erwähnt der Text ebenso wenig wie die Tatsache, dass die

Preußen sich ebenfalls nicht scheuten, ihrerseits gefangen genommene Partisanen zu töten. Auf diesen Stein mit eingemeißeltem Text von 1818, welcher in der Dahlenburger Landstraße/Ecke Ziegelkamp zu finden ist, weist der Friedenspfad nicht hin.



Gedenkstein für die Freischärler Spangenberg und Gellers

Die hundertste Wiederkehr des „Befreiungskrieges“ wurde im Jahre 1913 im ganzen Deutschen Reich ausführlich befeiert. Zahlreiche Bauten wurde errichtet wie das Völkerschlacht-Denkmal bei Leipzig, seinerzeit Europas größtes Monument, welches „als Ruhmesmal für das deutsche Volk“ eingeweiht wurde. In Breslau wurde die Jahrhunderthalle eröffnet, deren Kuppel zu jener Zeit die weltweit größte ihrer Art war. Deutlich wurde der Sinn dieser Feierlichkeiten am 31. Mai 1913 bei der Eröffnung dieser Halle:

In Gerhart Hauptmanns „Festspiel in deutschen Reimen“, das der schlesische Nobelpreisträger für diesen Zweck verfasst hatte, lässt Hauptmann Athene Deutschland sagen: „Und alldurchdringend, mich durchdringend allzu gleich, erkenn ich meines Daseins, meiner Waffen Sinn: ... Was andres aber ist des Krieges nackter Mord?“ Diese Worte wider den Krieg führten zum Abbruch der Veranstaltung durch den Breslauer Magistrat nach Protesten von Kriegervereinen und dem preußischen Kronprinzen.<sup>178</sup>

Deutschland war nun Kaiserreich, eine expansionistische Großmacht und die Führung sowie die Stahlbarone waren auf dem Weg zum „Platz an der Sonne“. Jetzt wurde nicht mehr nur verklärt und in defensiver Art und Weise an „frühere Schlachten“ erinnert, sondern mit der Perspektive nach vorwärts und außerhalb: auf Sieg. Der Blick zurück auf einen verlorenen Kampf und die Gebeine von zwei erschossenen Vaterlandsverteidigern am 1. April 1813 reichte in Lüneburg nicht mehr aus und er wurde durch Siegesdeutungen ersetzt wie dem vom Friedenspfad vorgestellten Gedenkstein Am Werder/Reichenbachstraße, der am 2. April 1913 errichtet wurde. Es handelt sich deshalb auch nicht lediglich um einen Ort des Gedenkens (etwa an „gefallene“ Soldaten), sondern um ein Sieges-Denkmal an eine gewonnene Schlacht.

An diesem Tag nämlich, am 2. April 1813, marschierte eine gewaltige militärische Übermacht in russischen und britischen Diensten auf Lüneburg zu, gefolgt u. a. von pommerschen Füsiliern, die die Stadt einnehmen und die Franzosen unter General Morand in die Flucht treiben konnte. Bei diesem als „Sieg über die Franzosen“ deklarierten Ereignis war zwar der Anteil der Lüneburger freiwilligen Jäger (und auch der pommerschen Füsiliere) sehr gering und überschaubar (die größten Verluste hatten die Russen zu beklagen) und er besaß auch nur eine Haltbarkeitsdauer von lediglich wenigen Stunden, aber wo ein Sieg zu bejubeln ist, wird der eigene Anteil daran gerne vervielfältigt und ebenfalls deren Relevanz: General Morand wurde nicht gerade weit in die Flucht geschlagen, sondern er sammelte seine Truppen bei Reppenstedt und rückte mit ihnen am Nachmittag desselben Tages (2. April 1813) bereits wieder auf Lüneburg vor, am 3. April zogen „die Befreier“, die Russen und Preußen, wieder ab und am 4. April war Lüneburg wieder in französischer Hand – kein eben nachhaltiger Sieg. Einhundert Jahre und einige Kriege später wurde dieses klägliche Ereignis nun in nachträglicher Verklärung gebühlich nationalistisch-antifranzösisch gewürdigt durch die Einweihung dieses Gedenksteines durch diverse militärische Formationen der Stadt. Ebenso ein weiteres Ereignis vom selben Tag, dem 2. April 1813, mit der Enthüllung des Johanna-Stegen-Denkmal (siehe Station 17).

schen Landschaft. Ab Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts waren Angehörige des Geschlechts auch in Westpreußen, Posen und Franken begütert.“ Wikipedia, Sept. 2015  
175 W. Preuß, Lüneburger Denkmale ..., S. 9

176 Volger, zit. nach W. Preuß, Lüneburger Denkmale ..., S. 9

177 W. Preuß, Lüneburger Denkmale... S. 9 f

178 zit. nach: <http://www.preussische-allgemeine.de/nachrichten/artikel/steinerne-erinnerung-an-die-befreiungskriege.html>

## 14 Stolperstein, Ort des Gedenkens an die Opfer der NS-Psychiatrie

Vor dem Haus Rotehahnstraße 20 erinnert ein Stolperstein an Anna Friebe, geb. 1886. Wie mehr als 480 weitere Patienten der „Landes- Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg“ wurde sie 1941 in eine von sechs Tötungsstätten deportiert. Auf dem Gelände der heutigen Psychiatrischen Klinik Lüneburg, Wienebütteler Weg 1, informiert seit 2004 die Bildungs- und Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“ über die Verbrechen. 2013 wird auf dem früheren Anstaltsfriedhof auch ein würdiges Mahnmal geschaffen.

Rotehahnstraße 20



Auch an dieser Station sind die Betrachter ausschließlich auf den Faltblatt-Text als Informationsquelle angewiesen, weil keine Tafel mit weiterführenden Informationen installiert wurde. Dabei hätte sich die Anbringung einer solchen „erklärenden Tafel“ angeboten, am Ort auf den Stolperstein aufmerksam zu machen. Dieser befindet sich nämlich – äußerst unglücklich – auf einem nicht benutzten Fußweg direkt neben einem Hauseingang, der zudem an dieser Stelle sehr unsauber wirkt und auch deshalb kaum wahrnehmbar ist.

Der Sinngehalt des Stolpersteins, nämlich ein Gedenken an diese Person anzuregen, verkümmert bei dieser Station des Friedenspfades im Faltblatt gänzlich. So wird, in einem Satz zusammengefasst, lediglich die Stolperstein-Inschrift wiedergegeben: Name, Geburtsjahr, vormaligen Wohnort der Ermordeten und ihre Verbringung in eine ungenannte Tötungsstätte. Weitere personenbezogene Informationen fehlen, sodass die Frage „Wer war Anna Friebe?“ unbeantwortet bleibt.

Der übrige Text dieser Station weist auf die in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt verübten Verbrechen und auf die heute dort vorhandene Gedenkstätte hin. So drängt sich der Eindruck auf, dass dieser „Ort des Gedenkens“ nicht wegen eines Gedenkens an Anna Friebe ausgewählt wurde, sondern um einen anderen Gedenkort mit in den Stadtrundgang zu integrieren, der außerhalb liegt und deshalb nicht Bestandteil des innerstädtischen Rundgangs sein kann. Es entsteht bei dieser Station ein Beigeschmack der Funktionalisierung des Nazi-Opfers Anna Friebe durch die Friedenspfad-Entwickler aus Gründen ihrer Systematik, der fußläufigen Erreichbarkeit der einzelnen Stationen.

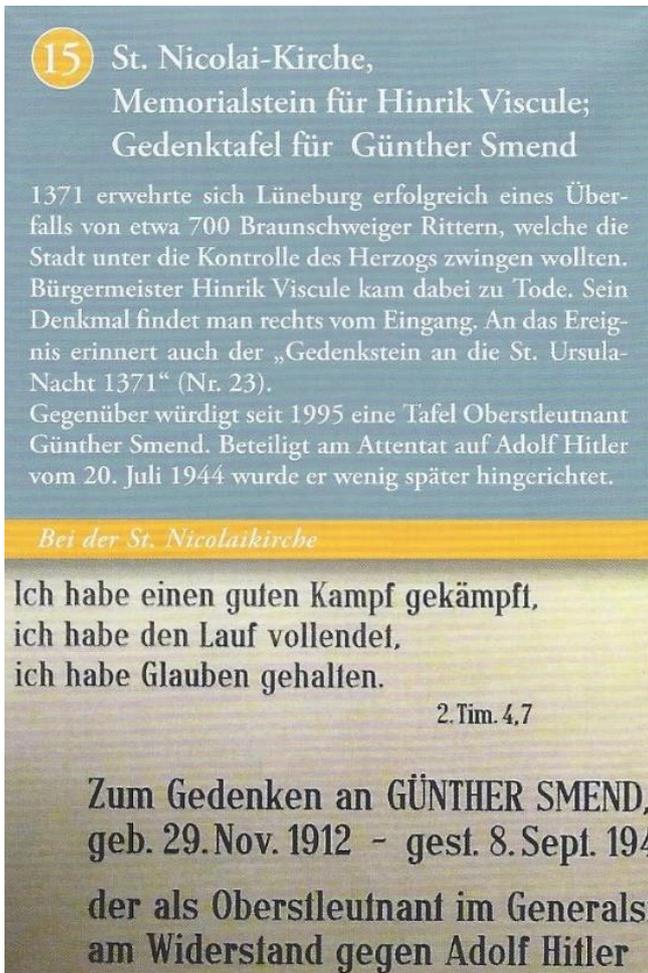


Ungepflegte Umgebung und Stolperstein für Anna Friebe in der Rotehahnstraße

Die im Prospekttext genannte „Bildungs- und Gedenkstätte ‚Opfer der NS-Psychiatrie‘“ trägt seit September 2015 den Namen „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg“. Das im Text angekündigte „würdige Mahnmal auf den früheren Anstaltsfriedhof“ wurde bereits im Sommer 2013 eingeweiht. Im August 2014 wurde es durch die Anbringung von Gedenktafeln ergänzt.

„Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg: Eingang Wasserturm, Ausstellungsräumlichkeit, Logo





An dieser Station des Friedenspfades ist keine „erklärende Tafel“ installiert. Die Betrachter sind ausschließlich auf den Faltblatt-Text als Informationsquelle angewiesen.

Der Text des Faltblattes ist nicht korrekt, denn Oberstleutnant i. G. (im Generalstab) Smend war nicht am Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt. Verurteilt wurde Smend vom Volksgerichtshof als „Mitwisser“, nicht als Beteiligter. Hierauf weist der Gedenktafel-Text im Innern der Kirche auch richtig hin.

Hingegen lässt der Gedenktafel-Hinweis auf seinen Wohnort („Er wohnte mit seiner Familie im Hause Bürgergarten 3 in Lüneburg.“) einen falschen Eindruck über mögliche Lüneburger Wurzeln entstehen. Die Gedenktafel wurde kirchenintern im Rahmen eines Gottesdienstes am 19.11.1995 angebracht und eingeweiht.

<sup>179</sup> Da in Lüneburg lediglich in der Werbeschrift „Quadrat“ (Juli/August 2013) über den Lebensweg von G. Smend berichtet wurde, soll er hier in einer Kurzbiographie vorgestellt werden. Wir bedanken uns bei der Verfasserin Frau Mira Rommel für Hinweise und Anregungen. Foto rechts: <http://www.sgipt.org/politpsy/3reich/O440720.htm>; Foto links: Stadtarchiv Mülheim: [https://www.muelheim-ruhr.de/cms/guenther\\_smend\\_-\\_ein\\_offizier\\_aus\\_muelheim\\_im\\_widerstand\\_gegen\\_hitler.html](https://www.muelheim-ruhr.de/cms/guenther_smend_-_ein_offizier_aus_muelheim_im_widerstand_gegen_hitler.html) und Gedenkstätte Deutscher Widerstand: <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/smend/>

Text der Gedenktafel (auf dem Faltblatt nicht vollständig lesbar):

Zum Gedenken an Günther Smend,

geb. 29. Nov. 1912 – gest. 8. September 1944

der als Oberstleutnant im Generalstab am Widerstand gegen Adolf Hitler im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 beteiligt war und hingerichtet wurde.

Er wohnte mit seiner Familie im Hause Bürgergarten 3 in Lüneburg.

### Kurzbiographie Günther Smend<sup>179</sup>:

Günther Smend wurde am 29.11.1912 in Trier geboren. Sein Vater Julius Smend war beim kaiserlicher Militär und dort Hauptmann im Infanterie-Regiment 69. Während des I. Weltkrieges zog die Familie Smend nach Berlin, weil der Vater innerhalb des Militärs aufstieg und an das Kriegsministerium nach Berlin versetzt wurde. 1924 zog die Familie nach Mülheim an der Ruhr. Dort hatte Julius Smend nach Beendigung seiner aktiven Militärzeit als Mitarbeiter des Konzerns Thyssen & Co. an dessen Stammsitz eine neue berufliche Perspektive gefunden.<sup>180</sup>

Günther Smend trat während seiner Schulzeit in Mülheim am Staatlichen Realgymnasium (der heutigen Otto-Pankok-Schule) hervor als Sportler der Leichtathletik (Stadtmeister in mehreren Disziplinen) und zeigte ein Engagement im Ruderverein der Schule.

G. Smend wurde als Sprecher seines Jahrgangs seiner Schule benannt und hielt am 27.2.1932 bei der Abiturientenabschiedsfeier eine Dankesrede an die Lehrkräfte, in der er eine nationale Not konstatiert, in der Schüler und Lehrer „in gleicher Weise das Schicksal des gleichen Volkes tragen“. Smend schien seinerzeit sehr stark von den antidemokratischen und kulturpessimistischen Ideen des rechtskonservativen Zeitgeistes der Elite getragen zu sein,<sup>181</sup> denn seine Rede endet mit einem Bezug auf den bekannten rassistischen Geschichtsphilosophen und Schriftsteller Oswald Spengler: „Noch eine Möglichkeit gibt es noch, sich dank-

<sup>180</sup> Telefonische Auskunft von A. Smend am 23.9.2015; 1925 schloss sich Thyssen & Co zusammen mit anderen Firmen zu einem neuen Konzern, dem nun alle Montankonzerne des Ruhrgebiets angehörten. Es bildete sich die Vereinigte Stahlwerke AG unter dem Vorstandsvorsitz von Fritz Thyssen, die vor allem in der Kriegsproduktion tätig war.

<sup>181</sup> Vater Julius Smend schrieb in sein Tagebuch am 26.2.1932: „Wohl unter dem Einfluss von Spengler ... hat er sich seinen Wahl-spruch gebildet: ‚Tapfer sein‘; StA Mülheim

Abitursgutachten über den Oberprimaner Günther Smend (v. 18.12.1931):

„Günther Smend macht den Eindruck eines straffen, gesunden Menschen mit guten Formen. Als Vertrauensmann hat er die Belange der Klasse kameradschaftlich und vertrauensvoll vertreten. Er versteht es ohne Scheu, seine Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Wenn früher auch öfters der Fleiß nicht angestrengt war, so hat er doch namentlich im letzten Jahr den nötigen Ernst bewiesen ... er war auch sonst sportlich sehr interessiert und tätig, da er auch auf sportlichem Gebiet um seines zukünftigen Offiziersberufs willen es zu guten Leistungen zu bringen suchte ...“ (StA Mülheim,

Best. 1204/288)

bar zu erweisen, diese Möglichkeit ist die Tat! Keiner von uns Abiturienten kann es verantworten eine Tat zu versprechen, eins aber mag jedes Pflicht und jedes Dank sein: Tapfer sein! – In diesem Sinne schließe ich mit dem Satze Oswald Spenglers, den er am Schluss seines Buches „Der Mensch und die Technik“ schreibt: „Wir sind in diese Zeit geboren und müssen tapfer den Weg zu Ende gehen, der uns bestimmt ist. Es gibt keinen andern. Auf dem verlorenen Posten ausharren ohne Hoffnung, ohne Rettung, ist Pflicht. Ausharren wie jener römische Soldat, dessen Gebeine man vor einem Tor in Pompeji gefunden hat, der starb, weil man beim Ausbruch des Vesuv vergessen hatte, ihn abzulösen. Das ist Größe, das heißt Rasse haben. Dieses ehrliche Ende ist das einzige, das man dem Menschen nicht nehmen kann.“<sup>182</sup>

An anderer Stelle schreibt Spengler in dem von Smend zitierten Buch:

„Es gibt zuletzt einen natürlichen Rangunterschied zwischen Menschen, die zum Herrschen und die zum Dienen geboren sind, zwischen Führern und Geführten des Lebens. Er ist schlechthin vorhanden und wird in gesunden Zeiten und Bevölkerungen von jedermann unwillkürlich anerkannt, als Tatsache, obgleich sich in Jahrhunderten des Verfalls die meisten zwingen, das zu leugnen oder nicht zu sehen. Aber gerade das Gerede von der "natürlichen Gleichheit aller" beweist, daß es hier etwas fortzubeweisen gibt ...“

<sup>182</sup> Archiv der Otto-Pankok-Schule Mülheim; vergl.: Oswald Spengler, Der Mensch und die Technik, siehe: [http://www.vordenker.de/ggphilosophy/spengler\\_mensch-technik.pdf](http://www.vordenker.de/ggphilosophy/spengler_mensch-technik.pdf)

<sup>183</sup> Historische Persönlichkeiten: Günther Smend (1912-1944): [https://www.muelheim-ruhr.de/cms/guenther\\_smend\\_-\\_ein\\_offizier\\_aus\\_muelheim\\_im\\_widerstand\\_gegen\\_hitler.html](https://www.muelheim-ruhr.de/cms/guenther_smend_-_ein_offizier_aus_muelheim_im_widerstand_gegen_hitler.html)

<sup>184</sup> LZ v. 8.9.1994



G. Smend im Kreise seiner Mitabiturienten

Bereits während seiner Schulzeit fasste Smend den Entschluss, eine Karriere beim Militär anzustreben. Die Zulassungsprüfung zur Reichswehr „bestand er glänzend“<sup>183</sup> und er trat am 31. März 1932 als Offiziersanwärter in das Infanterie-Regiment 18 in Detmold ein. Auf einem Hofball des lippischen Fürsten lernte Smend Renate von Cossel kennen, die mit der Tochter des Fürsten befreundet war; sie heirateten im März 1939<sup>184</sup>. Seine Ehefrau berichtete später: „Günther liebte seinen Beruf und seine Kompanie ... und er war sehr traurig, als er bei der Mobilmachung im August 1939 sofort zum Armee-Korps nach Münster kam und nicht seine Kompanie in den Kampf führen konnte.“<sup>185</sup>

Günther Smend stieg schnell die Militär-Karriereleiter in der Nazi-Wehrmacht auf: Zunächst nahm er mit seiner Einheit als Oberleutnant und Chef der 8. (MG) Kompanie am Krieg gegen Frankreich teil, dann am Überfall auf die Sowjetunion. Für die von ihm gezeigte „Tapferkeit vor dem Feind“ erhielt er das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse. Kurz nach Einführung eines weiteren „Ehrenzeichens“ auch dieses: Am 22. November 1941 wurde ihm als „Hauptmann II/IR 77“ das Deutsche Kreuz in Gold verliehen<sup>186</sup> für „vielfach bewiesene außergewöhnliche Tapferkeitsleistungen oder vielfache hervorragende Verdienste in der Truppenführung“.<sup>187</sup>



<sup>185</sup> Redemanuskript Renate Zitzewitz, vorgetragen beim Smend-schen Familientag 1978, dem V. zur Verfügung gestellt von der Leitung der Otto-Pankok-Schule in Mülheim/R.

<sup>186</sup> Abb. nächste Seite rechts: Wikipedia, Sept. 2015: „Deutsches Kreuz in Gold“; Abb. links: Wikipedia, Sept. 2015: „Eisernes Kreuz 2. Klasse“, 1939

<sup>187</sup> gem. Verleihungsbestimmungen v. 29. Oktober 1941, veröffentlicht in AHM v. 8. November 1941 (28. Ausg.), S. 583, Ziff. 1102; wikipedia „Deutsches Kreuz“, Sept. 2015



Eisernes Kreuz 1. Klasse



Deutsches Kreuz in Gold

Daraufhin wurde Smend zur Kriegsakademie nach Berlin versetzt und in einem mehrmonatigen Lehrgang zum Generalstabsoffizier ausgebildet. Nach dieser Höherqualifizierung für den NS-Kriegsdienst wurde er im Dezember 1942 zum Generalstab beordert. Während dieser Zeit war die Familie (1940 wurde Henriette, 1941 Hans-Rudolf geboren) in Carlstein bei Penzlin/Neu-Brandenburg gemeldet, wohnte aber in Berlin. Ab 1943 verlegte die Familie ihren Wohnsitz nach Lüneburg, da Günther Smend der 58. Division unterstand, zu der die Lüneburger Regimenter gehörten.<sup>188</sup> Sie bezog eine Offiziersvilla direkt vor der Lüner Kaserne im Bürgergarten 3. Zwar galt G. Smend fortan als Einwohner Lüneburgs, jedoch hielt er sich hier insgesamt nur wenige Wochen auf, denn seine Aktivitäten an führender Stelle in Hitlers Wehrmacht ließen ihn lediglich für wenige Urlaubstage Zeit, hier Frau und Kinder zu besuchen.

Am 1. April 1943 wurde Smend beim Generalstab des Heeres eingesetzt, wo er wenige Monate später, im Juni 1943, einen weiteren Karrieresprung machte: Er wurde zum Adjutanten von Generaloberst Zeitzler, dem Generalstabschef des Heeres, ernannt.<sup>189</sup>



Durch sein neues Amt kam er in Kontakt mit Widerstandskreisen innerhalb des Generalstabs. Smend „teilte vor allem die Sorge der Verschwörer, der Krieg müsse wegen der Unfähigkeit Hitlers in der Niederlage

münden.“<sup>190</sup> Ähnlich zitiert ihn seine Ehefrau: „Er musste erleben, wie der Führer gegen jede Fronterfahrung handelte.“<sup>191</sup> In einem Bericht vom 1.8.1944 formulierte Smend, dass sich „im gesamten Generalstab allmählich eine Stimmung dumpfer Verzweiflung breit (gemacht habe), die, durch schlechte Nachrichten von anderen Kriegsschauplätzen noch genährt, allmählich die ... Meinung aufkommen ließ: der Krieg ist verloren.“<sup>192</sup>

G. Smend erfuhr von Plänen, Hitler abzusetzen und auszuschalten. Seine Schwester, Hella Reiner-Smend erinnert sich: „Er war kein Mittäter. Aber ein Mitwisser. Günther hat an den Sitzungen teilgenommen, plante mit, was passieren würde, wenn Hitler ausgeschaltet wäre.“<sup>193</sup> Von seinen militärisch-Gleichgesinnten wurde er gedrängt, seine Vorgesetzten zur Teilnahme an einer Verschwörung zu bewegen. Diese Versuche scheiterten; sie sollten ihm nach dem 20. Juli 1944 zum Verhängnis werden.

Jetzt rollte die Gestapo mit dem eigens gebildeten „Sonderkommando 20. 7. 44“ die gesamte militärische Widerstandsgruppe auf.

Zunächst wurde Smend in einer ersten Verhaftungswelle am 21. Juli festgenommen. Nachdem bekannt wurde, dass er nicht am Attentat beteiligt war und am 20. Juli auch keinen Kontakt zu den Attentätern hatte, kam er wieder auf freien Fuß. An diesem Tag nämlich suchte Smend auf dem Lande ein Erholungsquartier für seinen Vorgesetzten Zeitzler, der gesundheitlich sehr angeschlagen war. Im Verlaufe der weiteren Nachforschungen durch die Gestapo wurden aber seine indirekten Anwerbeaktionen bekannt und Günther Smend abermals verhaftet, am 1. August auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin, wo er einen Zug nach Lüneburg besteigen wollte. Nach den weiteren Angaben seiner Ehefrau durchsuchte die Lüneburger Gestapo in den Tagen darauf ihr Haus im Bürgergarten, konfiszierte „verdächtige“ Gegenstände, darunter seine letzten Briefe an seine Ehefrau, plünderte sein Konto und beschlagnahmte auch das Geld von Renate Smend.<sup>194</sup> Noch im selben Monat, am 29./30. August 1944, wurde G. Smend vor dem Volksgerichtshof angeklagt und unter dessen Präsidenten R. Freisler verurteilt.

<sup>188</sup> Aussage von Renate Smend/Zitzewitz, LZ v. 8.9.1994

<sup>189</sup> [wikipedia.org/wiki/Kurt\\_Zeitzler#/media/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_101I-185-0118-14,\\_Oberst\\_Kurt\\_Zeitzler.jpg](http://wikipedia.org/wiki/Kurt_Zeitzler#/media/File:Bundesarchiv_Bild_101I-185-0118-14,_Oberst_Kurt_Zeitzler.jpg)

<sup>190</sup> Gedenkstätte Deutscher Widerstand:

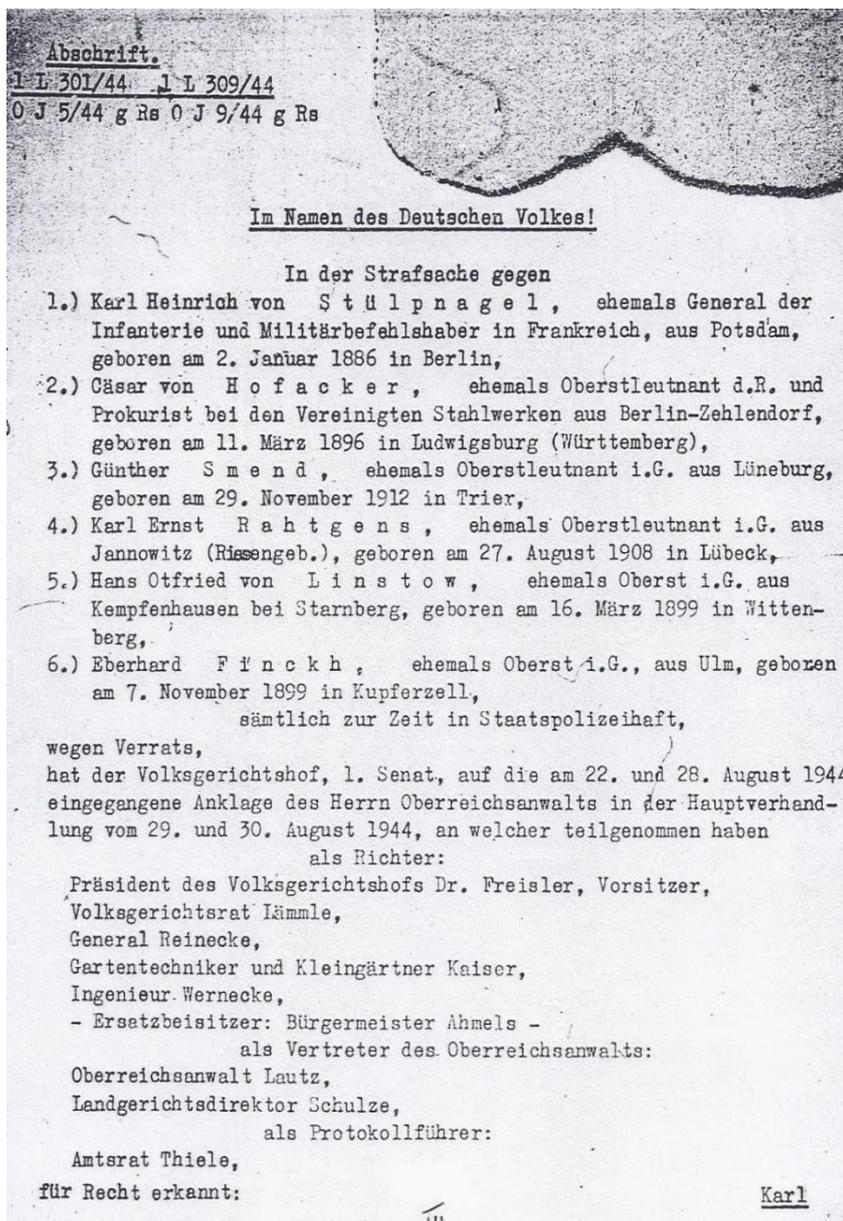
<http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/smend/>

<sup>191</sup> LZ v. 8.9.1994

<sup>192</sup> Gerd R. Ueberschar (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, 2. Aufl. Darmstadt 2011, S. 560

<sup>193</sup> WAZ v. 22.7.2004

<sup>194</sup> LZ v. 8.9.1994



Günther S m e n d wußte, daß eine Reihe von Offizieren sich mit Verrat trug, wie er am 20. Juli zur Ausführung kam; obwohl er an verantwortlicher Stelle über die Treue dieser Männer mitzuwachen hatte, ließ er treulos den Verrat zur Tat reifen.

Feige trugen sie alle dazu bei, dem Feinde unser Volk auf Gnade und Ungnade auszuliefern; es selbst in dunkler Reaktion zu knechten.

Verräter an allem, wofür wir leben und kämpfen, werden sie alle mit dem T o d e bestraft.

Ihr Vermögen verfällt dem Reich.

Urteil des Volksgerichtshofs gegen G. Smend u. a.

In einer lediglich zwölf Seiten umfassenden Urteilschrift gegen sechs Offizieren des militärischen Widerstands wurde allen Angeklagten ein „kurzer Prozess“ gemacht und sie wurden zum Tode verurteilt. Smend wurde vorgeworfen, in einem Gespräch mit Oberstleutnant (im Generalstab) Rahtgens und Oberst Graf von Kielmannsegg von der

Überlegung Rathgens erfahren zu haben, „um eine Änderung der Kriegführung herbeizuführen (Hitler) bei einer Frontbesichtigung ‚festzuhalten‘ und dann in seinem Namen zu regieren ... Smend und Graf von Kielmannsegg redeten ihm aber eine solche Idee aus.“ Nachdem an Smend, so das Urteil weiter, auch von weiteren Offizieren ähnliche Vorstellungen herangetragen wurden nach einer „gewaltsamen Beseitigung des Führers ... oder sein sonstiges gewaltsames Außerkurssetzen“, („Wir verlieren den Krieg, wenn der Führer weiter führt.“) machte er bei Vorträgen bei Generaloberst Zeitler und General Heusinger Andeutungen in diese Richtung, die aber von jenen nicht weiter beachtet wurden. Der Volksgerichtshof warf ihm im Urteil vor: „Smend (hätte) Himmel und Hölle in Bewegung setzen müssen, um solche Verratsgedanken so entgegenzutreten, dass sie mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurden. So aber ließ er den Verrat sehenden Auges reifen. Und das ist genau dasselbe wie ein aktives Mitarbeiten; genau so gemein wie der Verrat durch positive Tat.“<sup>195</sup>

Alle Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, G. Smend als Mitwisser von Verschwörungsplänen gegen Hitler.<sup>196</sup> Wenige Tage später bereits, am 8. September 1944, wurde er im Gefängnis Plötzensee ermordet.<sup>197</sup> Seine Ehefrau wurde vom gewaltsamen Tode Günther Smends in einem formellen Schreiben des Oberreichsanwalts erst am 30. September 1944 in Kenntnis gesetzt.

Frau Smend schilderte später:

„Aus den Abschiedsbriefen an seine Mutter, meine Eltern und mich habe ich den Eindruck, dass er eine soldatische Konsequenz aus seiner Lage zog, in die er zwar ohne Bewusstsein des Unrechten hineingekommen war, die er aber trotzdem als etwas Zwangsläufiges auch innerlich anerkannt zu haben scheint. Eine tiefe Frömmigkeit und ein fester Christenglaube hat ihm in den Gefängnistagen sehr geholfen.“<sup>198</sup>

<sup>195</sup> Institut für Zeitgeschichte München, Widerstand als ‚Hochverrat‘, Mikrofiche 0708, OJ 5/44 g Rs, I L 301/44 – OJ 9/44 g RS, I L 309/44

<sup>196</sup> Abb. links: Stadtarchiv Mülheim: [https://www.muelheim-ruhr.de/cms/guenther\\_smend\\_-\\_ein\\_offizier\\_aus\\_muelheim\\_im\\_widerstand\\_gegen\\_hitler.ht](https://www.muelheim-ruhr.de/cms/guenther_smend_-_ein_offizier_aus_muelheim_im_widerstand_gegen_hitler.ht)

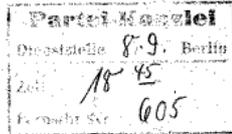
<sup>197</sup> <https://translate.google.de/translate?hl=de&sl=en&u=http://forum.axishistory.com/viewtopic.php%3Ft%3D50350&prev=search>

<sup>198</sup> Vortrag Frau Renate Smend beim Smendschen Familientag 1978, StA Mülheim

Fernschreiben:

Der Reichsminister der Justiz

Berlin, den 8. September 1944



An  
den Sekretär des Führers  
Herrn Reichsleiter Martin B o r m a n n  
Führerhauptquartier

Ich melde, daß die vom Volksgerichtshof am 8. September 1944 wegen Landesverrats zum Tode Verurteilten

Josef W i r m e r ,  
Ulrich von H a s s e l l ,  
Dr. Paul L e j j e u n e - J u n g

heute um 16.45 Uhr im Strafgefängnis Plötzensee in Sträflingskleidung gehängt worden sind. Die in der gleichen Sitzung zum Tode Verurteilten

Dr. Karl G o e r d e l e r ,  
Wilhelm L e u s c h n e r

werden noch zu weiteren Gegenüberstellungen benötigt.

Gleichzeitig sind die bereits in früheren Verhandlungen erkannten Todesstrafen gegen

Georg H a n s e n ,  
Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanefeld,  
Günther S m e n d

in der gleichen Form vollstreckt worden.

Dr. Thierack

P.4.R.:

*Beitz*  
Justizangestellte



Fernschreiben von Justizminister Thierack an Reichsleiter Bohrmann

Günther Smend als Angeklagter vor dem Volksgerichtshof im August 1944



Frau Renate Smend konnte die Lüneburger Offiziersvilla weiterhin mit ihren drei kleinen Kindern bewohnen (nach ihren Angaben „Dank der Fürsprache des Generals Wenck“<sup>199</sup>), zog nach Übertragung der militärischen Anlagen an die englische Besatzungsmacht 1945 in die Bögelsstraße 54, heiratete den ehemaligen Oberleutnant Claus Heinrich Limbrecht von Zitzewitz, der nun als Rechtsanwalt tätig war und zog 1951 mit ihren Kindern zu ihm nach Bielefeld.

Bei einer Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler im Juli 2004 wurde vor dem früheren Wohnhaus des Günther Smend im Luisental 11 in Mülheim an der Ruhr für ihn ein „Stolperstein“ verlegt.<sup>200</sup>

Seine drei Kinder Henny, Rolf und Axel pflegten bis heute das Andenken an den militärischen NS-Widerstand und an ihren Vater. Der 1944 in Bevensen/Lüneburg geborene jüngste Sohn, Axel, ist tätig als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944. Im Rahmen und finanziert durch die der



Stolperstein in Mülheim

CDU-nahestehenden Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt er Ausstellungen und hält Vorträge, zuletzt im Raum Lüneburg im Februar 2009 im Privatgymnasium Lüneburger Heide in Melbeck.<sup>201</sup>

<sup>199</sup> LZ v.8.9.1994; Nach Angaben von Axel Smend geschah dies auf informellen Wege. General Wenck war ein Freund seines Vaters.

<sup>200</sup> Stolperstein für Günther Smend im Luisental 11 Quelle/Autor: AK Stolpersteine / Stadtarchiv Mülheim: <https://www.muelheim->

[ruhr.de/cms/guenther\\_smend\\_-\\_ein\\_offizier\\_aus\\_muelheim\\_im\\_widerstand\\_gegen\\_hitler.html](http://ruhr.de/cms/guenther_smend_-_ein_offizier_aus_muelheim_im_widerstand_gegen_hitler.html)

<sup>201</sup> Wir bedanken uns bei Herrn Dr. Axel Smend für seine Hinweise und Informationen über seinen Vater.

## 16 Justizvollzugsanstalt, Ort des Gedenkens „Gerichtsfängnis“

1935 wurde das neu errichtete Gebäude erstmals belegt. Zwischen 1941 und 1945 saßen im Gerichtsfängnis rund 4.900 Häftlinge ein, davon 3.168 sogenannte „Schutzhäftlinge“ der Gestapo. Die erhaltenen Gefangenenbücher und Akten belegen, dass täglich mehrere Menschen eingeliefert wurden, vor allem sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Sie wurden nach einiger Zeit entweder an Betriebe überstellt oder nach Ravensbrück, Neuengamme und andere Konzentrationslager verbracht.

Am Markt 7



Da der Text auf dem Prospekt und der „erklärenden Tafel“ identisch ist, werden an diesem Ort des Gedenkens keine zusätzlichen Informationen geliefert.

Text und Tafel enthalten 1. falsche Opferzahlen, benennen 2. die Häftlingsgruppen nicht korrekt, unterschlagen 3. die „Überstellung“ von Häftlingen in Arbeitserziehungslager, nennen 4. noch nicht einmal alle Konzentrationslager, in die die Lüneburger Häftlinge verbracht wurden sowie 5. die Exekutionen von Häftlingen durch die Gestapo und klammern 6. die Frage nach den Todesopfern völlig aus.

Text und Tafel lassen 7. eine Empathie mit den Opfern der Lüneburger Geheimpolizei völlig vermissen:

1. Nicht wie angegeben 3.168 Gestapo-Schutzhäftlinge wurden in der Zeit von 1941 bis 1945 an diesem Ort gefangen gehalten, sondern über 3.200.
2. Ebenso falsch ist die Feststellung, neben den sowjetischen Zwangsarbeitern seien hier vor allem sowjetische Kriegsgefangene inhaftiert gewesen. Die Anzahl dieser Inhaftiertengruppe beläuft sich auf 49 Personen, was darin begründet liegt, dass die Kriegsgefangenen nicht wie die Zwangsarbeiter der Polizeiverwaltung (einschließlich Gestapo) unterstanden, sondern der Wehrmacht mit ihrem – für den Lüneburger Raum – Stammlager (Stalag) in Sandbostel. Im Lüneburger Gerichtsfängnis wurden diese Personen vorübergehend inhaftiert und nach zumeist wenigen Tagen vom Wachpersonal des Lüneburger Landeschützenbataillons zum Stalag verbracht oder vom Stammlager abgeholt wie etwa Wasyli Manuschkow, der nach einem Fluchtversuch am 24. Mai 1943 aufgegriffen und in das Landgerichtsgefängnis gesteckt wurde. Am nächsten Tag verbrachte man ihn nach Sandbostel, wo er starb und auf dem dortigen Lagerfriedhof in einem Massengrab verscharrt wurde. Eine Ausnahme bildete eine Gruppe von acht sowjetischen Kriegsgefangenen, die das Stalag der Lüneburger Gestapo „zur weiteren Verfügung“ übereignete. Nach ihrer etwa 14-tägigen Inhaftierung im Gerichtsfängnis wurden sie am 15.9.1944 in das Konzentrationslager Neuengamme verbracht und es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass sie dort ihr Leben ließen. Lediglich von einem dieser Kriegsgefangenen existiert ein Dokument, welches auf ein Detail seines Lebens und Sterbens hinweist: Eine „Effektenliste“<sup>202</sup> des KZ weist über den damals 21-jährigen Iwan Zwetkow aus: „1 Ring, gelb“.

LZ v.18.2.2015

## Lückenhafte Tafel an JVA

### Berichterstattung über Befreiung KZ Auschwitz

Die Veranstaltungen, die in Lüneburg aus Anlass des Befreiungstages des KZ Auschwitz durchgeführt wurden, zeigen, dass es in Lüneburg engagierte Einrichtungen und Vereinigungen gibt, die auf dem Gebiete der Erinnerung an die lokale NS-Geschichte sehr rege tätig sind. Auch die LZ berichtete ausführlich u. a. über die Eröffnung der Sonderausstellung der Bildungs- und Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“ und über eine Veranstaltung der örtlichen

VVN-BdA über die Opfer der Lüneburger Geheimen Staatspolizei. Nach dem Besuch der VVN-BdA-Veranstaltung aber war ich sehr enttäuscht, als ich mir anschließend die Gedenk-/Informationstafel über die Gestapo-Opfer durchlas, die am Eingang der JVA am Marktplatz angebracht ist. Der Text dieser Tafel verschweigt, dass dieses Landgerichtsgefängnis für mehr als 900 Männer, Frauen und Jugendliche eine Zwischenstation auf dem Weg zu Folter und Tod war und ich frage mich:

Wie kann man angesichts der vielen gewaltsam zu Tode

Gebrauchten einen derart „kalten“ Tafeltext formulieren, der jede Anteilnahme und jedes Mitgefühl vermissen lässt? Warum werden nicht einmal alle Konzentrationslager des Schreckens und Todes genannt? Warum fehlt auf dieser Tafel jeder Hinweis auf die vielen hundert Häftlinge, die von Lüneburg aus in ein sogenanntes Arbeitserziehungslager verbracht wurden? Warum wird nicht auf die vielen Häftlinge hingewiesen, die vom Gefängnis aus von der Gestapo in die Dörfer der Umgegend gezerrt und dort exekutiert wurden? Der Tafeltext

verschweigt jeden Hinweis auf die Inhaftierten, die nach ihrer Verbringung aus dem Lüneburger Gefängnis starben. Dabei waren es nach Auskunft der VVN-BdA etwa 400 Häftlinge, die ermordet wurden in den Konzentrations- und Arbeitserziehungslagern, durch „Erschießung auf der Flucht“ oder durch die dort vorherrschenden Lebens- (bzw. Sterbens-)verhältnisse bzw. durch Exekution. Wieso werden diese ungeheuerlichen und abscheulichen Sachverhalte unterschlagen?

Ich verstehe nicht, wie ein solcher Tafeltext eine Geneh-

migung durch den Kultur-ausschuss des Rates erfahren konnte und dass die Gefängnisleitung und der Landgerichtspräsident ihre Zustimmung für die Anbringung der Tafel geben konnten, die z. B. die Frage nach den Todesopfern völlig ausklammert. Ich bitte darum, dass eine neue Tafel erstellt und angebracht wird, die diese Nazi-Verbrechen benennt und in würdiger Weise an die Gestapo-Häftlinge des Gerichtsfängnisses erinnert. Im 70. Jahr nach Ende dieser Nazi-Verbrechen sollte dies doch möglich sein.

Diethelm Stoller, Lüneburg

<sup>202</sup> In die Effektenlisten wurden die persönlichen Gegenstände eingetragen, die die Häftlinge bei ihrer Einlieferung abzugeben hatten.

3. Die osteuropäischen Zwangsarbeiter waren einem umfassenden Disziplinierungssystem ausgesetzt. „Unberechtigtes Meckern“, „Disziplinlosigkeit am Arbeitsplatz“, „unberechtigtes Entfernen vom Arbeitsplatz“ u. a. Vergehen wurden ab 1940 „ausschließlich durch staatspolizeiliche Maßnahmen – Einweisung in ein Arbeitserziehungslager bezw. Konzentrationslager – abgestraft“, wie die Gestapo auch dem Lüneburger Landrat und dem Oberbürgermeister mitteilte.<sup>203</sup> Die Arbeitserziehungslager (AEL), die nicht wie die Konzentrationslager der SS unterstanden, wurden von der Gestapo errichtet und verwaltet und dienten dem Zweck, ein zusätzliches, verschärftes Unterdrückungsinstrument zur Anwendung zu bringen und sie eröffneten zusätzlichen Haftraum. In der Regel kehrten die Häftlinge nach drei bis acht Wochen zu ihren alten Arbeitgebern sichtlich erschöpft, ausgemergelt, oft auch misshandelt zurück und boten durch ihren schlechten Gesundheitszustand ein abschreckendes Beispiel für ihre Kollegen. Für Unternehmen der Region, die sich diese Häftlinge „ausleihen“ konnten, stellten sie eine zusätzliche Einnahmequelle dar. Ab 1942 entwickelten sich viele AELs zu Todeslagern. Hunger und Fleckfieber ließen die Sterblichkeit stark ansteigen.

Da die Gestapostelle Lüneburg zunächst über kein „eigenes“ AEL verfügte, wurden „ihre“ Häftlinge zunächst in die AEL der benachbarten Gestapostellen „überstellt“ (u. a. auch nach Moringen, Salzgitter-Watenstedt, Bomlitz). In das AEL der Hamburger Gestapo, nach Harburg-Wilhelmsburg, wurden in den 10 Monaten vom Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers 181 Lüneburger Gerichtshäftlinge verbracht, die dort unter grausamsten Bedingungen leben und arbeiten mussten. Das Lager war völlig überfüllt. Es war für 1050 Häftlinge ausgelegt und tatsächlich mit 5000 Inhaftierten belegt. Die Verpflegung im Lager war schlecht und unzulänglich, ebenso die hygienischen Bedingungen und es kam aufgrund der schweren körperlichen Arbeit bei allen Häftlingen zu einem sichtbaren körperlichen Verfall. Es herrschten endemische Bedingungen für Typhus und Ruhr.

Sicherlich auf Grund der erheblich gestiegenen AEL-Einweisungszahlen aus dem Raum Lüneburg schaffte sich im Herbst/Winter 1944 auch die Gestapo-Lüneburg ein „eigenes“ AEL, nördlich von Unterlüß, wovon in erster Linie die Rüstungsfirma „Rheinmetall“ profitierte, bei der die Internierten überwiegend arbeiten mussten.

Vom Lüneburger Gerichtsgefängnis aus wurden mindestens 146 Häftlinge in dieses AEL Unterlüß verbracht. Die Zustände dort glichen jenen des AEL-Wilhelmsburg. Es ist bekannt, dass der dortige Vertragsarzt gezwungen wurde, bei den von der Gestapo schwer misshandelten und getöteten Personen als Todesursache „Herztod“ oder „Lungenentzündung“ zu bescheinigen. Während der letzten Wochen vor der Befreiung verübte die Gestapo dort eine Massenerschießung an den Häftlingen.

4. Wegen der geographischen Nähe wurden die meisten KZ-Häftlinge des Landgerichtsgefängnisses in das Konzentrationslager Neuengamme verbracht, es fungierte praktisch als das „Haus-KZ“ der Lüneburger Gestapo. Es waren insgesamt 403 Personen, die zur „Vernichtung durch Arbeit“ von Lüneburg dort eingeliefert wurden.

Lediglich über 39 dieser Personen liegen in der Gedenkstätte Aufzeichnungen vor: Danach kamen 34 dieser 39 Lüneburger Häftlinge im dortigen KZ zu Tode, wurden dort „exekutiert“ wie der 21-jährige Iwan Kurotschkin aus Moskau oder „auf der Flucht erschossen“ wie Henryk Lodysko aus Warschau. Es muss als sicher angenommen werden, dass über 200 Lüneburger Gestapohäftlinge im KZ Neuengamme ihr Leben lassen mussten.

Unter ihnen auch der junge Pole Stanislaw Kublik: Er musste zuvor in Nateln (Landkreis Uelzen) Zwangsarbeit leisten und habe dort angeblich, wie ihm die Gestapo vorwarf, „drei auf dem Felde stehende Mähbinder gewaltsam beschädigt“. Er verblieb im Lüneburger Gefängnis etwa 3 Monate und wurde am 10. November 1942 von der Gestapo abgeholt und nach Neuengamme verbracht. Bereits 5 Tage später wurde er dort hingerichtet. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung war er fast noch ein Kind. Er wurde lediglich 16 Jahre alt.

Gehelme Staatspolizei  
Gestapo/Lüneburg  
Fußpolizei/Lüneburg  
B. Nr. II B 4392/43.

Lüneburg, den 3.2.1944

An den  
Herrn Vorsteher des  
Gerichtsgefängnisses  
in Lüneburg.

Betrifft: Schutzhäftling Emerik Hertzka, geb. am 14.7.06  
in Debreczin (Ungarn).

Vorgang: Ohne.

Der Obengenannte wird mit dem nächsten Sammeltransport dem Konzentrationslager Auschwitz zugeführt.  
Die Ortspolizeibehörde Lüneburg ist mit der Durchführung beauftragt.

In Auftrage:  
Frank

Emeric Hertzka „wird ... dem Konzentrationslager Auschwitz zugeführt.“

<sup>203</sup> Schreiben v. 24.2.1942, zit. nach S. Hoffmann/M. Kreidner, Zwangsarbeitende im Landkreis Harburg, 1939 – 1945, Ehestorf 2008, S. 144

Häftlinge des Lüneburger Landgerichtsgefängnisses wurden weiterhin in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Ravensbrück, Mauthausen, Dachau, Buchenwald, Auschwitz und die Emslandlager verbracht. In das SS-Sonderlager Hinzert wurden 11 polnische Männer von der Lüneburger Gestapo eingeliefert als WED-Häftlinge, damit während ihrer dortigen Haft eine mögliche „Wiedereindeutschungsfähigkeit“ überprüft werden sollte. Der Grund ihrer Festnahme lag darin, dass sie in der Lüneburger Region eine deutsche Frau geliebt hatten. In der Regel wurden diese Männer mit einem solchen Tatvorwurf in das KZ Neuengamme verbracht und dort getötet, oder die Lüneburger Gestapo nahm diese Exekution selber vor. In Fällen aber, in denen nicht zweifelsfrei im völkisch-rassistischen Sinne die polnische Abstammung des Delinquenten feststand, wurde diese Herkunft eingehend und zeitintensiv geprüft. Der Hintergrund dieses langwierigeren Prozederes lag für die Nazis darin, auf keinen Fall „aus Versehen“ einen Arier zu ermorden und dadurch den „wertvollen arischen Menschenbestand“ zu reduzieren. Keiner der 11 Lüneburger Häftlinge wurde nach den Überlieferungen als WED eingestuft, keiner durfte überleben.

5. Über 900 Häftlinge des Landgerichtsgefängnisses wurden von hier aus in ein Arbeitserziehungslager oder Konzentrationslager verbracht, etwa 400 Häftlinge fanden dort den Tod.

Noch nicht vollständig erforscht ist der Lebens-, bzw. Sterbeweg von 244 Lüneburger Häftlingen, die nach ihren Namen zu 90 % auf eine osteuropäische Herkunft schließen lassen. Sie fanden alle gleichermaßen in den überlieferten Gefangenenbüchern des Gefängnisses unter der Rubrik „Austritt/Grund“ den handschriftlichen Eintrag: „entl., abgeholt von der Gestapo“. Bei rund zwei Dutzend dieser Personen konnte eine Spur nach ihrer Haftentlassung gefunden werden – sie führte bei allen zu ihrem Tod, überwiegend zu ihrer Exekution im KZ Neuengamme.

6. Ebenfalls keine Erwähnung finden im Faltblatttext und auf der „Gedenktafel“ die Exekutionen von mindestens 14 Gefängnishäftlingen in der Lüneburger Region durch die hiesige Gestapo, unter ihnen der 18-jährige Marjan Kazcmarek, der im Juli 1942 bereits zwei Jahre als Zwangsarbeiter auf dem Hof Dittmer in Lüdershausen tätig war und von zwei Landwachtmännern

wegen einer Kleinigkeit an die Gestapo gemeldet wurde. Am 15. Oktober d. J. wurde er im Lüdershausener Eichenhain erhängt. Logistische Tätigkeiten bei dieser Ermordung übernahm die Kreis-Gendarmerie, als „Gäste“ anwesend die Lüneburger NSDAP-Prominenz. Nach 1945 wurde diese Tat „totgeschwiegen“, die Nazi-Prominenz dafür nicht belangt, später einer der beiden Landwachtmänner als langjähriges Mitglied des Kreistages feierlich in das Ehrenbuch des Landkreises Lüneburg eingetragen.

7. Ein Mitgefühl für die Nazi-Opfer lassen auch an dieser Stelle die Friedenspfad-Akteure gänzlich vermissen. Nicht ein Wort der Anteilnahme wird formuliert, nicht ein Wort des Bedauerns.

Wie sich die Manzke-Friedensstiftung mit der Anbringung ihrer Gedenktafel bedenkenlos im politischen und behördeninternen Raum gegen gleichgerichtete Basisaktivitäten durchsetzte, soll im Folgenden geschildert werden:

Nach der Veröffentlichung der ersten Forschungsergebnisse über die Lüneburger Gestapo<sup>204</sup> im Oktober 2009 war für die Verfasser selbstverständlich, dass dieses bislang verschwiegene Kapitel der Lüneburger NS-Stadtgeschichte auch im öffentlichen Raum an Ort und Stelle dokumentiert werden und dort eine Würdigung der Nazi-Opfer erfolgen müsse. Mehrfach berichtete die örtliche Presse über dieses Vorhaben.

LZ v. 30.10.2009, Ausriss

## Auf den Spuren der Gestapo

Gruppe erforscht Nationalsozialismus und möchte Gedenktafel am Gefängnis anbringen



Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) hat während der Zeit des Nationalsozialismus Menschen auch ins Gefängnis am Markt verschleppt. Dort möchten Peter Asmussen (kl. Bild) und seine Mitstreiter von der VVN eine Gedenktafel für die Opfer anbringen. Fotos: T & W/A

<sup>204</sup> VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg, Strukturen und Täter, Lüneburg 2011

# Gedenken an Opfer der Nazis

VVN fordert Gedenktafel am Gerichtsgefängnis



Peter Asmussen von der VVN sagt, dass alleine zwischen 1941 und LZ v. 31.1.2013, Ausriss

ca Lüneburg. Rund 30 Lüneburger haben gestern Abend vor dem Gefängnis am Markt der Opfer des Nationalsozialismus in Lüneburg gedacht. Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) hatte zwischen 1933 und 1945 Hunderte Menschen dorthin verschleppt, viele von ihnen landeten später in Konzentrationslagern und kamen dort um. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) hat die Geschichte der Opfer und die Rolle der Gestapo recherchiert und dazu eine Broschüre vorgelegt. VVN-Sprecher Peter Asmussen und seine Mitstreiter möchten an dem Gefängnis eine Gedenktafel anbringen, um die Geschichte der Verfolgung an dieser Stelle zu erzählen.

Tatsächlich stand sofort das niedersächsische Justizministerium dieser Absicht grundsätzlich positiv gegenüber. Auch der damalige Leiter der Lüneburger Abteilung der jetzigen Justizvollzugsanstalt, Herr Stolze, unterstützte das Projekt und lud die VVN-BdA-Akteure zu mehreren Vorgesprächen ein. Sowohl innerhalb der Behörde mit den übergeordneten Instanzen sollte das Gespräch gesucht als auch durch die Einbeziehung der „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ eine weitere Fachkompetenz hinzugezogen werden. Die Gesprächspartner verabredeten, dass nicht an unscheinbarer Stelle, sondern an der Außenmauer der JVA eine Gedenktafel anzubringen sei – deutlich hervorgehoben und gut wahrnehmbar auch für die Touristen, die sich Am Markt aufhalten. Sehr wichtig war es ebenfalls den Akteuren, dass als „Absender“ der Gedenktafel die JVA (Leitung und Mitarbeiter/-innen) selber genannt wird (auch als Zeichen dafür, dass sich diese Behörde mit der eigenen NS-Geschichte beschäftigt und diese gewürdigt hat<sup>205</sup>), eventuell zusätzlich die Stadt Lüneburg und die örtliche VVN-BdA.

Die Gespräche und Kontakte entwickelten sich zwar langwierig, aber höchst erfolgversprechend. In mehreren Sitzungsrounden arbeiteten nun auch Vertreter der genannten Stiftung und weitere Experten, Angehörige anderer JVAen und in der Nachfolge des zwischenzeitlich pensionierten JVA-Leiters sehr engagiert sein Nachfolger,

<sup>205</sup> Bislang haben (neben der Psychiatrie, die eine Gedenkstätte einrichtete) lediglich das örtliche Finanzamt (auf Initiative des Personalrats) und die Polizeibehörde bei der früheren Bezirksregierung Anstrengungen unternommen, ihre eigene NS-Geschichte zu thematisieren durch die Präsentation von Ausstellungen überregionalen Charakters. Sämtliche Behörden in Stadt und Kreis Lüneburg und auch sämtliche weitere Vereinigungen und Einrichtun-

Herr Hundsrieser, am Gelingen des Vorhabens. Es wurde sodann ein Textentwurf entwickelt, dem der wissenschaftliche Beirat der „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ Ende November 2013 seine grundsätzliche Zustimmung gab. Die letzten Schritte standen unmittelbar bevor, nämlich eine Abstimmung mit dem örtlichen Konservator (wegen der Form der geplanten Tafel am geschichtsträchtigen Ort) und mit dem Kulturamt der Stadt.

Auf der Verwaltungsebene der Stadt allerdings waren kommende Probleme nicht zu übersehen: Der Leiter des Kulturamtes hatte sich bereits zuvor, Anfang des Jahres, deutlich gegen die Installierung einer solchen Gedenktafel positioniert und dafür auch Ende

2012 einen kleinen Skandal in Kauf genommen, über den die Lokalpresse in mehreren Artikeln berichtete. Er entfernte die Ankündigung einer Gedenkveranstaltung der VVN-BdA vor dem Gerichtsgefängnis von einem Übersichtsflyer des Kulturamtes über die verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen zum 27.1.2013, dem internationalen „Auschwitz-Gedenktag.“<sup>206</sup> Da offiziell wohl dieser Ausschluss nicht mit dem Widerstand gegen die beabsichtigte Instalierung einer Gedenktafel begründet werden sollte, wurde vom Kulturamt ein verspätetes Einreichen des Ankündigungstextes seitens der VVN-BdA als Begründung dafür angeführt.

## Nächste Runde im Streit um Aktion vor Gefängnis

VVN-Sprecher: Veranstaltung rechtzeitig vor Broschüren-Druck angemeldet – Stadtsprecherin will schlichten

ca Lüneburg. Der Zwist um ein Ankündigungsfahrlässigkeit für Gedenkveranstaltungen für die dem Gerichtsgefängnis zu spät gemeldet, daher habe sie nicht in die Broschüre aufnehmen zu können: „Herr Landmann, Stadtsprecherin Suzanne Mordeck versucht, die Wagen dargelegt, nicht nur auf den zeitlichen Faktor. Dazu ist alles gesagt. Nichtsdestotrotz: Die sollen sich 2014 um eine frühzeitige Einigung bemühen.“

LZ v. 22.1.2013, Ausriss

Völlig überrascht waren nun Mitte 2014 alle „Gedenktafel-Akteure“, von den Mitarbeitern/-innen der „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ bis zum JVA-Chef, als plötzlich während der Urlaubszeit des JVA-Leiters an der Außenmauer des Gefängnisses eine Gedenktafel der Manzke-Friedensstiftung angebracht wurde – mit Zustimmung des Kulturamtes der Stadt. Ihre langjährigen Bemühungen waren mit einem Schlag zunichte gemacht.

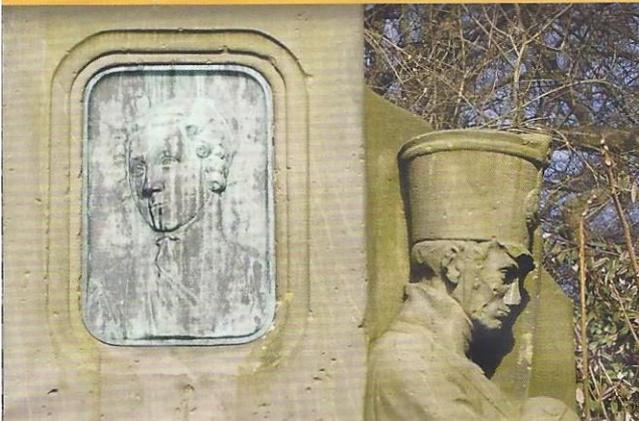
gen (vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge über die Marinekameradschaft bis zum örtlichen Museum) sahen dafür bislang keinen Anlass.

<sup>206</sup> Seither verzichtete das Kulturamt auf diese Form der Einladungen zu den Lüneburger Gedenkveranstaltungen, informiert nicht mehr über Prospekte, sondern über das Internet.

## 17 Denkmal für Johanna Stegen

Während des Gefechts am 2.4.1813 hat das Dienstmädchen Johanna Stegen unter Einsatz ihres Lebens preußischen Soldaten am Neuen Tor Munition zugebracht. Dafür wurde sie zur Lüneburger „Heldenjungfrau“ erhoben. Aus Anlass der 100-Jahrfeier 1913 am Vorabend des 1. Weltkriegs, in dem Millionen Frauen Munition für die Front produzierten, ehrte die Stadt Johanna Stegen mit dem von Karl Gundelach entworfenen Denkmal. An den 2.4.1813 erinnert auch der Gedenkstein an der Kaufhausstraße (Nr. 13).

Bastionstraße



Der Text der „erklärenden Tafel“ ist identisch mit dem Text im Faltblatt. Somit werden an diesem Ort keine weiteren Informationen geliefert.

Ein weiteres Beispiel für die Verklärung der Vergangenheit für jeweils aktuelle politische Ziele findet sich im Johanna-Stegen-Denkmal. Es wurde 1913 (wie der Gedenkstein an den Sieg im „Befreiungskrieg“ gegen die Franzosen, Station 13), am 2. April im Vorjahr des ersten Weltkrieges mit eindeutig antinapoleonischer, jetzt antifranzösischer Intention eingeweiht. Der nunmehr in Stein gemeißelte Mythos „Johanna Stegen“ fand am Aufgang zur Bastion/Am Graalwall seinen Platz. Auf der erklärenden Tafel am Denkmal wird dieser Mythos auch heute wieder zur historische Wahrheit verklärt.

Zum historischen Hintergrund:

Nachdem am 2. April 1813 die Stadt von zaristischen Kosacken und preußischen Militäreinheiten eingenommen wurde, wichen Morands französische Truppen im Verbund mit sächsischen Einheiten in Richtung Reppenstedt zurück und versuchten von dort aus, wieder in die Stadt vorzustoßen. In dieses Gefecht am Neuen Tor habe, so die Deutung in den nachfolgenden Jahren, das 20jährige Dienstmädchen Johanna Stegen eingegriffen, indem sie den preußischen und russischen Soldaten in ihrer Schürze

Munition gebracht habe. Diese Munition habe sie in einem von den Franzosen bei ihrer Flucht zurückgelassenen und umgestürzten Planwagen gefunden.

Um diese Erzählung herum bildete sich der Mythos Johanna Stegens: Zunächst wurde die Gefährlichkeit ihres „Einsatzes für das Vaterland“ erhöht und ihr Tun als lebensgefährlich beschrieben. Sie habe „unter Einsatz ihres Lebens“ die Tat vollbracht, bei der sie habe sterben können. Auch habe sie durch ihren gefährvollen Einsatz für Leib und Leben die Motivation der Soldaten wesentlich gesteigert, sie dadurch angespornt durchzuhalten und den Franzosen kein Pardon zu geben. Schließlich wurde die Legende sogar so weit gesponnen, dass es Johanna Stegen zu verdanken sei, dass die russisch-preußischen Truppen, die bereits „ihr Pulver und Blei verschossen hatten“, bei diesen Kämpfen dem französischen Angriff standhalten konnten. Was der Mythos nicht erzählt: Für den weiteren Kampfverlauf hatte diese „Heldentat“ keinerlei Bedeutung.

Diese Geschichte über die „Lüneburger Heldenjungfrau“ wurde vielfach ausgeschmückt, ergänzt und gedeutet. Auch im fernen Berlin, wo Johanna Stegen ab 1817 lebte und 1842 als Johanna Hindersin im Alter von 49 starb, wurde der „Mythos Johanna Stegen“ gepflegt. Auf dem Sophien-Friedhof steht seit 1908 ein Grabmal, das an das „Heldenmädchen von Lüneburg“ erinnern soll. (Im Zuge einer Neugestaltung von „Berlin Mitte“, erstrahlt der Gedenkstein auf dem Friedhof, der ganz in der Nähe der Bernauer Straße und dem dort errichteten „Mauerpark“ liegt, seit Anfang der 1990er Jahre in neuem Glanz.)

Am Jahrestag der hundertsten Wiederkehr des Ereignisses, am 2. April 1913, feierte das Lüneburger Bürgertum und kaiserlicher Militär mit der Einweihung des Johanna-Stegen-Denkmal sowie des Gedenkstein an der Reichenbachbrücke (s. Station 13) noch einmal ihre „Befreiung“ und den Sieg über die Franzosen.

Dass bereits während dieser Zeit der Befeuerung hannoveranisch-preußischer Tugenden und des antifranzösischen Taumels 1913 die größten Zweifel an dieser Heldentat Johanna Stegens durch logische Überlegungen vorgetragen wurden, weist Werner Preuß nach und zitiert einen Lüneburger Chronisten, W. Görge: „Dabei machen sich die Bewunderer des Mädchens die Sache sehr leicht. Die Preußen, sagen sie, nahmen ihr die Patronen ab, die sie in der Schürze hatte, folglich hatten sie sich verschossen, folglich waren sie in Gefahr, folglich hatte Joh. Stegen sie gerettet. Aber der Munitionswagen der Preußen war da, stand nur des Geschützfeuers wegen etwas entfernt. Hätten sie vorübergehend Mängel gehabt,

so würde der nächste Offizier sofort Leute geschickt haben, die Patronen aus dem Versteck des Mädchens zu holen, und hätte sich nicht auf das schwache Mädchen verlassen.“<sup>207</sup> „Für Wilhelm Görge war die Handlung von Johanna Stegen nicht denkmalwürdig.“<sup>208</sup> Selbst der konservative Chronist W. F. Volger hat seine Zweifel: „Die Nachrichten über Johanna Stegen sind so wenig genügend und übereinstimmend, dass die Hauptfrage, ob das kecke Mädchen aus reinem Patriotismus sich zwischen die Kämpfer wagte, keineswegs als entschieden angesehen werden kann. Im Munde der Erzähler wird vieles zugesetzt, übertrieben, missverstanden und verdreht.“<sup>209</sup>

Das Denkmal, das das Bildnis des Mädchens als Bronzerelief trägt und von zwei „Befreiern“ eingerahmt ist (links ein v. Estorffscher Husar und rechts ein v. Estorffscher Jäger - ein zaristischer Kosak fehlt allerdings) weist eine Geschichtsklitterung auf, auf die der Friedenspfad nicht hinweist. Im Gegenteil: Die Geschichte um Johanna Stegen wird als Tatsache vorgestellt. Auch die beiden Figuren am Denkmal bleiben kritiklos und unkommentiert. Dabei hatten doch die Einheiten dieser beiden Krieger den geringsten Anteil bei der Abwehr der Franzosen und es ist davon auszugehen, dass sie am Denkmal lediglich aus lokalpatriotischen Gründen zu finden sind, nämlich um einen Lüneburger Eigenanteil bei dieser militärischen Auseinandersetzung zu suggerieren. Zudem nahmen die Kämpfe am 2. April noch nicht einmal ein erfolgreiches Ende, es siegten die Franzosen.<sup>210</sup> W. Preuß merkt dazu mit Hinweis auf Vogler an: „Schon am 3. April 1813 zogen die verbündeten Russen und Preußen aus Lüneburg wieder ab und am 4. April war Lüneburg wieder in ‚französischer‘ Hand.“<sup>211</sup>

Auf der „erklärenden Tafel“ am Denkmal wird mit einem Halbsatz auf die Munitionsproduktion durch Millionen Frauen im ersten Weltkrieg hingedeutet (einer der wenigen kritischen Hinweise des gesamten Friedenspfades), verschweigt aber völlig die nationalistisch-antifranzösische Grundierung der Denkmalseinweihung am 1./2. April 1913. und die „von den bevorstehenden Ereignissen“

berauschten Protagonisten, das Bürgertum und Militär. Dabei ist die Stimmung, die an diesen Tagen herrschte (das Fest wurde gleich auf zwei Tage ausgeweitet und es wurden sogar Filmaufnahmen davon gemacht), durch die überlieferte Presse und die Literatur leicht nachzuvollziehen.<sup>212</sup> Bereits in den Monaten vor der „Jahrhundertfeier“ bereitete sich das Bürgertum auf diese Tage vor. Diesmal sollte nicht, wie bei der 50-Jahresfeier 1863, der 18. März groß gefeiert werden<sup>213</sup>, als die Franzosen Lüneburg (vorübergehend) verließen, freilich ohne das Zutun einheimischer Patrioten, sondern am 1./2. April. Diesen Tagen wurde nun geschichtliche Bedeutung im Weltmaßstab zugemessen mit Eigenanteil Lüneburger Militärs. Treibende Kräfte bei den Vorbereitungen waren jene Personen und Gruppen, die sich ideologisch-politisch und ökonomisch Einiges von diesem Massenspektakel versprachen.

Zum Auftakt der Feierlichkeiten rund um die Enthüllung des Denkmals, führte das Stadttheater ab 8. März ein „Heidespiel aus Deutschlands großer Zeit: Johanna Stegen“ auf. Geschrieben hatte es Martin Görlich-Hindersin, ein Urenkel Johanna Stegens. Es folgten zur weiteren Einstimmung Filmvorführungen im Edison-Theater und im Kino „Panorama“, welches sich kurzerhand zum „Kaiser-Panorama“ umbenannte. Gezeigt wurde ein

Lüneburg rüstet zum Festumzug →

<sup>207</sup> Wilhelm Görge, Lüneburg vor hundert Jahren, Das Treffen am 2. April 1813, der erste Sieg in den Befreiungskriegen, Lüneburg 1913, S. 69; zitiert nach W. Preuß, Lüneburger Denkmale ..., S. 11

<sup>208</sup> W. Preuß, Lüneburger Denkmale ..., S. 13

<sup>209</sup> W. F. Volger, Geschichte Lüneburgs in Einzeldarstellungen, S. 288, zitiert nach: Elmar Peter, Lüneburg. Geschichte einer 1000jährigen Stadt, Lüneburg 1999, S. 335

<sup>210</sup> die anschließend noch mehrfach die Stadt verließen, sie wieder besetzten und erst am 23. Oktober 1913 endgültig das Feld räumten.

<sup>211</sup> W. F. Volger, Lüneburger Jubelfestblatt zum 18. März 1863, in: Lüneburger Blätter, S. 285; zit. nach W. Preuß, Lüneburger Denkmale ..., S. 13

<sup>212</sup> Vergl.: Helmuth Stubbe da Lux, Die Lüneburger Jahrhundertfeier 1913 und Wilhelm Görge's kritische Haltung, in: Lüneburger Blätter 33/2012, Hrg.: Museumsverein für das Fürstentum Lüneburg, Lüneburg 2012, S. 269 - 294

<sup>213</sup> Eine kleinere „Gedenkfeier für die vor 100 Jahren erfolgte Erhebung der Nation“ der Dragoner-Militärs, Kriegervereine und der Schulen fand am 10. März auf Anordnung aus Berlin statt, eine Generalprobe für den 1./2. April.



aktueller Film über die Jahrhundertfeier in Hamburg vom März 1913. Die gastronomischen Betriebe stellen sich auf das Ereignis ein. Maacks Restaurant bewirbt in den LA (Lüneburger Anzeigen) für den 2.4. sein „großes patriotisches Konzert“, Gastwirt Dörling ein Freikonzert und einen Festball und in Fuhrhops Gasthaus steigt ein großer Ball. Man bereitet sich in allen Gastbetrieben auf ein vaterländisch-monarchistisches Gelage vor, welches mit Genehmigung der Stadtverwaltung bis 3.00 Uhr in der Nacht andauern soll.<sup>214</sup> Neben den Wirtsleuten sind es die Hoteliers, denen der Patriotismus eine Einnahmequelle verspricht, denn schließlich ist mit zahlreichen auswärtigen Gästen zu rechnen. Auch der „Verein Lüneburger Kaufleute“ stellt sich auf die Jubelfeier ein, der Einzelhandel zeigt seine Verbundenheit mit Volk und Kaiser durch die Ausstattung seiner Schaufenster in besonderer Weise, wie die Ortspresse notiert: „Jacobson an der Ecke Bäckerstraße symbolisiert mit der Ausstellung einer alten Kriegausrüstung auf dem sinnreichen Hintergrunde eines großen Eisernen Kreuzes ... den kriegerischen Charakter der Zeit, die gefeiert wird.“<sup>215</sup> Ausgestellt werden Kriegswaffen, Gewehre, Säbel, Patronentaschen, und ähnliches Werkzeug. Sogar eine lebensgroße Wachsfigur von Königin Luise mit der „Heldengjungfrau“ ist zu bestaunen.

In Vorbereitung auf das große Ereignis wird auch eine Kleiderordnung für den Jahrhundertmarsch durch die Stadt bekanntgegeben.<sup>216</sup> Mitglieder des Kreis-Kriegerverband etwa und des Vereins ehemaliger Waffengefährten „Deutschland“ sollten im schwarzem Anzug, Zylinder, weißer Krawatte und weißen Handschuhen erscheinen. Den Vereinsangehörigen der Kampfgenossen von 1870/71 und des Vereins der Ehemaligen der Dragoner 16 sowie der Waffengefährten wurde ebenfalls ein besonderer Dresscode abverlangt. Und von den Mitgliedern der Vereine der ehemaliger Gardisten, des Kriegervereins Lüneburg 77-Jungdeutschland, der Freiwilligen Turner-Feuerwehr unter Adolf Westphal erwartete man „dunkles Beinkleid und weiße Handschuhe“. Selbst der Direktor des Gymnasiums, Dr. Hölk, ruft seine Schüler zur Teilnahme auf und ordnet an, mit Klassenmütze zu erscheinen.<sup>217</sup>

Der erste Jubeltag beginnt ab 11.00 Uhr und endet mit einem Kommers in der MTV-Turnhalle mit über 1.100 Teilnehmern/-innen. An der Ehrentafel hatten die Lüneburger Eliten aus Wirtschaft, Justiz, Militär sowie Regierung und Magistrat Platz genommen. Die Festansprache hielt Oberlehrer Mattaei, der umstandslos eine weltgeschichtliche Einordnung der Lüneburger

Ereignisse von 1813 vortrug, indem er hervorhob, „ ... dass der erste Sieg gegen die Fremdenbedrucker bei Lüneburg erkämpft (worden) sei.... Er sei ... bedeutungsvoll für eine Reihe von Kämpfen gewesen, die je in der Weltgeschichte geführt seien.“<sup>218</sup> Dieser Hauch der Weltgeschichte sei auch für bevorstehende Schlachten von Bedeutung, wie die LA notierte: „Nur durch Idealismus ... sei ein Sieg zu erhoffen, wenn wieder einmal die entscheidende Stunde nahe ... Es sei notwendig, namentlich in diesem Augenblick darauf hinzuweisen, wo wir mit anderen Völkern im militärischen Wettbewerb ständen. Man solle das Johanna-Stegen-Denkmal nicht nur als Erinnerungszeichen an die Vergangenheit, sondern als Mahnzeichen dafür betrachten, dass wir es unseren Vätern gleich tun sollen an Wagemut, Vaterlandsliebe und Opfermut.“ Um es „den Vätern gleichzutun“ hatten Lüneburger ein Jahr später mit Beginn des I. Weltkrieges auf den Schlachtfeldern in Belgien und Frankreich reichlich Gelegenheit.

Am zweiten Tag der Jahrhundertfeier dann der Höhepunkt: Die Einweihung des Denkmals. Pünktlich dazu veröffentlicht die Lokalpresse einen ganzseitigen Artikel in dem die Geschichte der Johanna Stegen, angereichert durch Auszüge eines Briefes, den sie angeblich ihrer Mutter im November 1813 geschrieben haben soll, zum wiederholten male erzählt. Zwar trotz dieser Zeitungsartikel vor logischen und sachlichen Fehlern und Ungereimtheiten, aber davon lässt sich das Bürgertum nicht beirren. Der Artikel schließt mit den Worten: „Und dieses Blatt (die LA, d. V.) kann Johanna Stegen am hundertjährigen Erinnerungstage ihrer Tat nicht würdiger feiern, als dadurch, dass es den Lesern dieses Denkmal echter Bescheidenheit vor Augen führt, die sich nicht überhebt und keinen Lohn erwartet und doch ihres Wertes stolz bewußt ist.“<sup>219</sup>



<sup>214</sup> Anzeigen der genannten Betriebe in den LA vom 1.4.1913  
<sup>215</sup> LA v. 3.4.1913  
<sup>216</sup> per Zeitungsanzeigen in der LA

<sup>217</sup> ebenda  
<sup>218</sup> ebenda  
<sup>219</sup> LA v. 2.4.1913

In Erinnerung an die angebliche heroische Großtat der J. Stegen wurde der 2. April als Höhepunkt der vaterländischen Aktionen „mit Glockengeläut und Choralblasen von sämtlichen Kirchtürmen“<sup>220</sup> begonnen. Ab 11.00 Uhr gab es Marschmusik durch Dragoner- und Stadtkapelle Am Sande und auf dem Marktplatz. Um 14.15 erfolgte die Einweihung des Gedenksteins für die Lüneburger freiwilligen Jäger (s. S. 52). Um 15.00 Uhr dann der Höhepunkt der Festtage: Der Festumzug zieht sich kilometerlang durch die Straßen der Innenstadt. Voran die Dragonerkapelle, gefolgt von 20 Festwagen, die je eine Station des „Lüneburger Befreiungskampfes“ und weitere historische Ereignisse darstellten. Eingeteilt in drei Abteilungen beteiligten sich 44 Gruppen an dieser Auf- führung. Der Verein der Lüneburger Lokomotivführer und der Verein „Flügelrad“ waren ebenso vertreten wie eine Kindergruppe, die ein Spruchband mit der Aufschrift „Nun will ich fahren nach Engelland ...“ zeigte. Natürlich waren sämtliche Krieger-Vereine Lüneburgs vertreten. Die Guttempler machten auch mit und der Verein Lüneburger Kaufleute präsentierte sich mit eigenem Wagen. Nach Angaben der Veranstalter sollen 3.500 Personen aktiv an diesem Festzug teilgenommen haben.<sup>221</sup> Der Umzug endete an der Bastion. Gegen 17.00 Uhr dann die Einweihung des Stegen-Denkmal. Pastor Reuter hält die Festansprache. Er erinnerte an das „Erbe von 1813“ und warnt vor den Feinden, die das Reich bedrohen: „... Feinde ringsum, die uns dies Erbe nicht gönnen! Es kann die Not der Zeit bald wieder einmal Opfer fordern an Gut und Blut wie vor hundert Jahren. Sind wir alle bereit, sie zu bringen für unser Volkes Heer zu Wasser und zu Lande, das unser deutschen Reiches Stärke Einigkeit und Freiheit aufrecht erhält? .... Amen.“ Nach der Enthüllung des Denkmals hielt Professor Theodor Meyer seine Ansprache an die versammelten Honoratioren im gleichen Duktus: „... Ernst und schwer war die Zeit, deren Gedächtnis wir heute begehen, ernst und drohend ist auch die Zeit, in der wir leben. Die Gefahr eines Weltkrieges hält schon seit Monaten die Gemüter in Spannung. Aber ein Blick auf die helle Begeisterung, die in diesen Wochen das ganze deutsche Volk erfüllt und auch die Bewohner Lüneburgs getrieben hat, den heutigen Tag zu einem Festtage für die ganze Stadt zu machen ... ein Blick auf die tapferen Krieger, die vor 43 Jahren den Erbfeind im heißen Kampfe niederrangen ..., auf unser kampferüstetes Heer ..., auf unsere frische Jugend, die uns umjubelt: Sie geben uns die Gewissheit, dass unser Volk, wenn es sein

muss, auch heute und in Zukunft bereit ist, mit Gut und Blut einzutreten für des Vaterlandes Macht und Herrlichkeit.“

Das anschließende Honoratioren-Festessen ab 18.30 Uhr im Kaulitzschen Saal eröffnete der Regierungspräsident mit einem Wahlspruch, den Johanna Stegen angeblich geprägt hätte: „Hab immer guten Mut! Vertrau auf Gott!“ Danach appellierte er an die Lüneburger, den Aufrüstungsplänen und der Kriegsvorbereitung zu folgen und bereit zu sein, dafür persönliche und finanzielle Opfer zu bringen. „ ... Keiner weiß (besser) wie der Kaiser, dass der Friede bedingt ist durch die Stärke. Deshalb hat er (der Kaiser d. V.) sich in der jetzigen politisch ernsten Zeit vertrauensvoll an das deutsche Volk gewandt, um die Verstärkung unseres Heeres zu erlangen, die zur Sicherung des Vaterlandes erforderlich ist.“<sup>222</sup> Meine Damen und Herren, des bin ich gewiss, das deutsche Volk wird seinen Kaiser verstehen, es wird willig und gern seine Söhne in den Dienst des Vaterlandes stellen und es wird willig und gern von seinem Vermögen den Wehrbeitrag zahlen, der zur Durchführung der kaiserlichen Pläne erforderlich ist.“

Auch Oberbürgermeister König ruft zu Opfern auf und warnt in diesem Zusammenhang vor undeutschem Verhalten und Hedonismus und, ohne sie namentlich zu nennen, vor Pazifismus, Frauenbewegung und Sozialdemokratie: „ ... „ es sind Zweifel geäußert worden im Hinblick auf die Veräußerlichung des Lebens unserer Tage in so vielen Kreisen“ warnt der Bürgermeister und fährt fort: „Hoffen wir, dass die Bilder des einfachen, opferreichen Lebens, welche diese Tage wieder lebendig werden lassen, eine sittliche Ertüchtigung unseres Volkes zur Folge haben.“ Mit Blick auf seine Vorfahren, wünscht sich der Kammerherr von Estorff, ein Enkel Albrecht v. Estorff, dem Gründer des Lüneburger Husaren und Schützenregiments von 1813, „ ... dass die Lüneburger Lande immer solche Männer (wie seinen Großvater, d. V.) finden möchten, wenn sie sie brauchten ...“ Zur selben Zeit spielt auf dem Marktplatz und Am Sande Marschmusik und in zwölf Sälen der Stadt beginnen ab 20.00 Uhr Tanzvergnügungen bei denen natürlich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und Klassen von einander getrennt feiern. Die alten Giebel, das Rathaus und die Kirchtürme erstrahlen im Lichterglanz – eine ganze Stadt im antifranzösischen Siegesrausch und in Erwartung einer Wiederholung früherer Taten.<sup>223</sup>

220 Helmuth Stubbe da Lux, Die Lüneburger ... S. 277

221 Überlieferte Filmaufnahmen darüber und über weitere Ereignisse des Tages sind im Lüneburger Stadtarchiv zu finden unter der Nr. FT 313 – 317

222 „30. 6. 1913: Der Reichstag verabschiedet eine Wehrvorlage, die die umfangreichste Aufrüstung seit der Reichsgründung 1871 bedeutet. Die Friedenspräsenzstärke des Heeres soll demnach bis

1915 auf über 800 000 Mann steigen. Die einmaligen Sonderausgaben von über 900 Millionen Mark sollen durch einen einmaligen Wehrbeitrag aufgebracht werden, die laufenden Mehrkosten durch eine Vermögenszuwachssteuer. Warnungen vor einem Krieg, u a. von Bertha von Suttner, laufen ins Leere.“

<http://www.wissen.de/deutsches-reich-30-6-1913>

223 Alle Zitate auf dieser Seite: LA v. 3.4.1913

## 18 Mahnmal für die Kriegsgefangenen

Bedrückend war für die Nachkriegsdeutschen, dass Tausende Soldaten und Zivilisten jahrelang in sowjetischen Gefangenenlagern festgehalten wurden. Daran erinnert seit 1953 das von Kurt Bernecker geschaffene Kriegsgefangenen-Mahnmal. Auf der Rückseite sind 22 Namen aus Stadt und Landkreis Lüneburg eingraviert. Die letzten Kriegsgefangenen wurden 1955 entlassen. Früher stand das Mahnmal unübersehbar auf der Kreuzung Uelzener Straße/Lindenstraße, heute zurückgesetzt im Park an der Bastion.

*Park an der Bastionstraße*



Der Text der „erklärenden Tafel“ ist identisch mit dem Prospekttext. Es werden keine Informationen über die politischen und historischen Hintergründe der 1950-er Jahre gegeben.

In diesen Jahren wurde in der herrschenden, veröffentlichten Meinung suggeriert, Deutschland sei ebenso Opfer des Krieges. So wurde die deutsche Schuld als Hauptaggressor des 2. Weltkrieges relativiert. Der Text des Friedenspfades stellt sich genau in diese Tradition des Relativismus deutscher Kriegsschuld.

Es ist menschlich verständlich, dass 8 Jahre nach Kriegsende der Wunsch bestand, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten entlassen zu sehen. Verständlich war aber auch, dass die Sowjetunion (SU) einen Teil der

Kriegsschäden mit der Arbeitskraft deutscher Kriegsgefangener zu beheben suchte. Die deutsche Wehrmacht hatte in weiten Teilen des Landes „verbrannte Erde“ hinterlassen. Die SU hatte mehr als 27 Millionen Tote zu beklagen. Das Verhalten der SU stand im Einklang mit dem „Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen“ von 1949.<sup>224</sup>

Diese historische Wahrheit soll nicht das individuelle Leid der einzelnen Kriegsgefangenen-, zumindest derer, die nicht an verantwortlicher Stelle für die Gräueltaten der Wehrmacht verantwortlich waren, in Abrede stellen.

Das Denkmal wurde im Rahmen der „Kriegsgefangenen-Gedenkwoche 1953“ eingeweiht.<sup>225</sup> Die Landeszeitung begleitete diese Woche mit ausführlichen Artikeln, die ganz im Zeichen des kalten Krieges fast nahtlos an die antisowjetische Rhetorik der Nazis anschlossen. Zu diesem Zeitpunkt waren in Stadt- und Landkreis noch 22 Lüneburger als Kriegsgefangene in der Sowjetunion.<sup>226</sup>

Der Entwurf des Denkmals wurde in der LZ vom 16. Oktober 1953 so beschrieben:<sup>227</sup>

„Der Entwurf zeigt einen Kriegsgefangenen hinter Stacheldraht ..., dessen abgekehrtes Antlitz unter der Feldmütze wie zerrissen von übergroßer Not des Schicksals – symbolisiert durch Drahtdornen an der Stelle der dadurch leidvollblicklos wirkenden Augen – als eine einzige Anklage an das Weltgewissen wirkt. Dort, wo das Schulterstück des Soldaten saß, ehe er in Gefangenschaft geriet, liegt die Hand auf dem Draht. Gleichsam als habe der Künstler ausdrücken wollen, dass nur durch sie, mit der das tägliche Stückchen Brot erworben wurde, das schmale Lämpchen des Lebenswillens nicht ganz erlosch in den harten Jahren. Die linke, die Herzseite des Gesichtes, ist überschattet, namenlose Verzweiflung wohnt dort. Aufgehellter ist die rechte, die Wetterseite des Kopfes. In seelischer Zucht hart erkämpfte Kraft zur Daseinsbehauptung spiegelt sich darin ... Das Mahnmal wird Tag für Tag an die Menschen den Ruf herantragen: ‚Gebt uns frei!‘“

Als Hauptredner der Einweihung wurde vom „Landesverband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands“ Wilhelm Wetzlar eingeladen (selbst 1. Bezirksvorsitzender des Verbandes).

<sup>224</sup> Abschnitt III, Arbeit der Kriegsgefangenen, Art. 49 f des „Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen“; vergl.: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490187/index.html> Abgeschlossen in Genf am 12. August 1949

<sup>225</sup> Entnommen aus: VVN-BdA Lüneburg, „Lüneburger „Gedenkkultur“. Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkstätte an der

früheren Synagoge“, Lüneburg März 2013. Hier ist eine ausführliche Auseinandersetzung nachzulesen.

<sup>226</sup> Im Text des „Friedenspfades“ wird darauf hingewiesen, dass auf der Rückseite des Denkmals die Namen der 22 Kriegsgefangenen eingraviert seien. Das ist nicht-, zumindest nicht mehr der Fall, dort befinden sich lediglich die Reste von vier verrosteten Metallstiften.

<sup>227</sup> LZ vom 16.10.1953

### An die Bevölkerung des Regierungsbezirkes Lüneburg

Ueber acht Jahre ist der Krieg zu Ende, und immer noch werden Tausende deutscher Männer und Frauen im Osten, Hunderte im Westen im Zusammenhang mit dem Krieg gefangengehalten, Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zwangsverschleppte, deutsche Staatsangehörige und Volksdeutsche. In der „Kriegsgefangenen-Gedenkwoche 1953“ wollen wir die gefangenen Kameraden wissen lassen, daß sie nicht vergessen sind, daß wir uns mit ihnen verbunden fühlen. Aus

Frauen, Männer, Jugend des Regierungsbezirks Lüneburg! Beteiligt euch an den Veranstaltungen der Kriegsgefangenen-Gedenkwoche. Zeigt durch eure Teilnahme, daß ihr mit uns die Freilassung der noch in fremdem Gewahrsam zurückgehaltenen Deutschen fordert. Je stärker die Beteiligung an der Kriegsgefangenen-Gedenkwoche, je einmütiger und eindringlicher unser Ruf nach Freilassung der Gefangenen, um so näher muß unser Ziel rücken: daß endlich auch die letzten deutschen Kriegsgefangenen heimkehren!

Für den Bezirksverband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermißten-Angehörigen Deutschlands:

Wetzel, 1. Vorsitzender.

Aufruf (Ausriss) in der LZ vom 19.10.1953

Wilhelm Wetzel, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, war von 1936 bis 1945 Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg. Als Chef der Polizei war er für alle Verfolgungsmaßnahmen dieser Zeit in Lüneburg verantwortlich. Zudem war er Mitglied der NSDAP Gauleitung und somit auch für die Verbrechen dieses Nazi-Gebietsorgans mit verantwortlich. Es wurde also gerade der Mann als Hauptredner eingeladen, der vor Ort das Naziregime repräsentierte und Mitschuld daran trug, dass deutsche Soldaten in einen Vernichtungskrieg gegen die SU zogen und in Gefangenschaft gerieten. Am Beispiel des Wilhelm Wetzel, lässt sich sehr gut nachvollziehen, wie lokale Nazigrößen in die bürgerliche Mitte aufgenommen wurden. Er trat der FDP bei, war von 1956 bis 1959 Vorsitzender des Kreisverbandes, von 1962 bis 1966 Vorsitzender des Stadtverbandes und brachte es bis zum jahrelangen Fraktionsvorsitzenden dieser Partei im Rat der Stadt Lüneburg. 1945 selbst in jugoslawische Kriegsgefangenschaft geraten, wurde er nach seiner Heimkehr 1951 nicht etwa von neuen Rat der Stadt geächtet, sondern mit einem Strauß Blumen und einem Willkommensschreiben<sup>228</sup> des Rates und der Stadtverwaltung

begrüßt, unterschrieben vom Oberbürgermeister Dr. Paul Müller, einem früheren SA-Mann:

„Mit großer Freude haben wir die Nachricht vernommen, dass Sie am gestrigen Tage, nach 6-jähriger Gefangenschaft aus Jugoslawien nach Lüneburg zurückgeehrt sind. Der Rat der Stadt Lüneburg und die Stadtverwaltung rufen Ihnen ein herzliches Willkommen zu! ...

Ihr Name, sehr geehrter Herr Wetzel, ist aus der Geschichte der Stadt nicht wegzudenken. Ihre unermüdliche Schaffenskraft, unterstützt durch ihr reiches Wissen und Können, und ihr mannhaftes Verhalten während ihrer Amtstätigkeit als Oberbürgermeister, sind auch heute noch nicht vergessen...“



Oberbürgermeister Wetzel begrüßt seinen Gauleiter Otto Telschow 1937 auf dem Lüneburger Marktplatz

Oberbürgermeister Wetzel fragt 1941 bei der Gestapo an, ob für Josef Kristeck „eine Einweisung in ein Konzentrationslager beabsichtigt wird.“

7. Januar 1.

D.O.a.OEB.  
II A 7

1) An  
die Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Lüneburg

*Ob. 7. 1. 41.*  
*Mi*

Lüneburg

Der Protektoratsangehörige Büchergeselle Josef Kristeck, geb. am 30. März 1923 in Böhm. Trübau, z.Zt. im hiesigen Gerichtsgefängnis ist durch Urteil des Amtsgerichts in Lüneburg vom 6.d.M. wegen Diebstahls zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Er kommt am 11.d.M. zur Entlassung.

Ich bitte um Prüfung und Äußerung, ob die Einleitung der Verhandlung wegen Einweisung in ein Konzentrationslager beabsichtigt wird.

2) Wv. 11.d.M. I.A.  
*B*

<sup>228</sup> Schreiben des Hauptamtes der Stadt Lüneburg an W. Wetzel v. 18.4.1951; Stadtarchiv Lüneburg

## 19 Ort des Gedenkens „Gestapo-Zentrale“

1940 wurde die Staatspolizeistelle Harburg-Wilhelmsburg in die Gauhauptstadt Lüneburg, Julius-Wolff-Straße 4, verlegt. Von 1941 bis 1944 hatte dort die Außenstelle Lüneburg der Staatspolizeistelle Hamburg ihren Sitz, dann wieder die Staatspolizeistelle Lüneburg. Die Mitarbeiterzahl wird auf 30-50 Personen geschätzt. Sie bearbeiteten jährlich mehrere Tausend „Fälle“ aus dem gesamten Regierungsbezirk. Nach dem Verhör im Folterkeller kamen die Verfolgten in das Gerichtsgefängnis (Nr. 16).

Julius-Wolff-Straße 4



Auch an dieser Station des Friedenspfades befindet sich keine „erklärende Tafel“, weshalb die Betrachter ausschließlich auf den Faltblatt-Text als Informationsquelle angewiesen sind.

Weil der Ort selber (es handelt sich um ein „normales“ Mietshaus) keine anschauliche Verbindung zur Funktion dieser NS-Polizei aufweist, sind die Informationen des Faltblattes von besonderer Bedeutung. Diese aber sind teilweise falsch<sup>229</sup> und – noch viel wichtiger – sie vermitteln lediglich eine unzureichende sachliche Information über diese Behörde, ohne die Funktion und Tätigkeit als mörderischer Verfolgungsapparat zu benennen. Das Gebäude der Gestapo-Zentrale muss als Ort der Information und Aufklärung dienen, das Gedenken muss der Gestapo-Opfer gewidmet sein.

Welcher Art diese „Fälle“ sind, die die Lüneburger Gestapo bearbeitete, bleibt gänzlich ungenannt. Weder ist eine Empathie mit den Gestapo-Opfern zu erkennen, noch wird über die Arbeitsweise der Gestapo aufgeklärt, die ihr mörderisches Unwesen nur im Verbund und in

<sup>229</sup> Auch als Staatspolizeistelle (1940-1941, 1944-1945) fungierte diese Behörde als eine Untergliederung der Staatspolizeistelle Hamburg. Zuständig für den gesamten Regierungsbezirk wurde die Staatspolizeistelle Lüneburg ab 1944. Der „Folterkeller“ wurde nicht ausschließlich als eine Art Aufnahmezelle benutzt. Die genannte Mitarbeiterzahl bezieht jene Gestapo-Beamte mit ein, die an den Außenstellen (Celle, Soltau, u.a.) tätig waren.

Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und Firmen hat verrichten können.

Diese verkürzte Darstellung dieser Station des Friedenspfades ist besonders ärgerlich, weil seit 2011 eine ausführliche Schrift über die Strukturen Täter der Lüneburger Gestapo vorliegt,<sup>230</sup> ab August 2014 eine weitere über deren Opfer.<sup>231</sup>



## Die Staatspolizei Lüneburg II



Über das Leben und Sterben  
der Gestapo-Schutzhäftlinge  
des Landgerichtsgefängnisses  
Lüneburg

Eine Publikation der Lüneburger VVN-BdA

<sup>230</sup> VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg I – Strukturen und Täter, Lüneburg 2011

<sup>231</sup> VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg II – Über das Leben und Sterben der Gestapo-Schutzhäftlinge des Landgerichtsgefängnisses Lüneburg, Lüneburg 2014

## 20 Ort des Gedenkens „Springintgut-Turm“; Denkmal für die Toten der 110. Infanterie-Division

Am Wallaufgang steht das Denkmal für die Toten der 110. Infanteriedivision. Von 10.500 Mann vor der Kesselschlacht bei Minsk 1944 gelang es nur etwa 300, zu entkommen. Das Kriegstrauma lässt die Toten nicht ruhen.

1959 stieß man unter der Straße Am Graalwall auf das Gewölbe des höchsten Turmes der Stadt und markierte die Stelle im Pflaster. Dort starb 1455 während eines eskalierenden politischen Konflikts Bürgermeister Johann Springintgut nach 12 Wochen Kerkerhaft. Mahnung zu sozialem Frieden.

*Am Graalwall / Am Springintgut*



Diese „Doppel-Station“ des Friedenspfades verdient besondere Beachtung. Zunächst zeigt das „Zusammen-Gedenken“ des Opfers eines Lüneburger Konflikts im Spätmittelalter einerseits und der Toten eines Kampfverbandes des 2. Weltkrieges andererseits die Beliebigkeit, mit der die Autoren des Friedenspfades ihre „Denkorte“ auswählten. Sie nahmen das auf, was sich Ihnen örtlich darbot: Ob 1455 oder 1944, Lüneburg oder Minsk, der Kampf des hiesigen Bürgertums gegen den Klerus oder die Kriegsführung einer norddeutschen Wehrmachtsdivision, – alles wird zusammen gemixt und auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht: Es gab einen Toten (Bürgermeister Springintgut) - bzw. viele Tote (Soldaten der 110. Infanteriedivision), folglich herrschte „damals“ kein Friede, und das wiederum ist irgendwie eine „Mahnung“ wert, z. B. zu „sozialem Frieden“.

Ein zweiter Punkt irritiert an diesem Ort: Der Text im Faltblatt des Friedenspfades und der Text der Gedenktafel am Denkmal unterscheiden sich deutlich – jedenfalls ab Herbst 2015. Bis dahin hatte der Friedenspfad auch an dieser Stelle eine Tafel installiert, deren Text mit dem des Faltblattes übereinstimmte. Diese Ta-

fel wurde vom Friedenspfad gut ein Jahr nach seiner Einweihung diskret ausgetauscht und durch eine 2. Version ersetzt (siehe Seite 75).

Schließlich ragt der Gedenkstein für die Toten der 110. Infanteriedivision auch durch seine inhaltliche Bedeutung aus vielen anderen Lüneburger Denkmälern heraus, denn diese Wehrmachtsdivision leistete von Anfang an ihren Beitrag zum deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und beteiligte sich dabei nachweislich an einem besonders grausamen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Belarus.

### Lüneburg und „seine“ 110. ID

Der ursprüngliche Text der Friedenspfad-Akteure behandelt die 110er als ganz normale Soldaten, die in einem ganz normalen Krieg „bei Minsk“ geschlagen wurden. Er bleibt der typischen Art der Nachkriegs-Ideologie von einer „sauberen Wehrmacht“ verhaftet und dem Selbstbild der höheren Offiziere, einen gerechten Kampf geführt zu haben. Im Jahr 2014 reproduziert er kritiklos das Bild der 1950-er/60-er Jahre von Selbstentlastung, Antikommunismus und Kaltem Krieg, das in Lüneburgs Bürgertum und Militär Jahrzehntelang vorherrschte: „Die 1000jährige Stadt grüßt ihre Gäste“ titelte die örtliche Landeszeitung – und meinte damit die Soldaten der ehemaligen 110. Infanterie-Division, die sich nicht zum ersten Mal 1956 zu ihrer Bundesversammlung in Lüneburg trafen. Organisiert hatte die Veteranenversammlung der Lüneburger Ratsherr Hans Horch (LMB, d. h. „Lüneburger Mittelstandsblock“), selbst 110-er Veteran. Oberbürgermeister Gravenhorst (DP) proklamierte das Selbstbild der Stadt auf dem Kameradschaftsabend der Soldaten der NS-Wehrmacht: „Soldaten sind nie Gäste in Lüneburg gewesen, sondern ein Teil dieser Stadt“ und brachte die „Verbundenheit Lüneburgs mit den Divisionsangehörigen“ zum Ausdruck und ein „Bekenntnis zur Geschichte, zum Traditionsbewusstsein in der Besinnung auf das Große der Überlieferung.“ Tags darauf fand ein Schweigemarsch zum Feldgottesdienst am Ehrenmal der Nazi-Krieger auf dem Zentralfriedhof statt. „Die Lüneburger werden gebeten, bei diesem Marsch ihre Verbundenheit mit der Wikingerschiff-Division durch Beflaggung der Häuser zu bekunden.“ Die Feldpredigt hielt der Lüneburger Superintendenten Meyer. Die LZ vermeldet: „... im hellen Mantel neben der alten Reichskriegsflagge der letzte Ia der 110. Division, Oberst i.G. Bieling, legte einen Kranz nieder“. Oberstadtdirektor Böttcher hatte auch einen Kranz für die Stadt mitgebracht und bekannte: „Sie (d. h. die getöteten `110er`, d. Verf.) starben für Deutschland, für das ganze Deutschland. Ehre ihrem Andenken!“<sup>232</sup>

Zwei Jahre später das nächste Verbandstreffen in Lüneburg: „300 ehemalige Angehörige der 110. Infanterie-Division hielten Rückschau“ titelt die LZ, Oberbürgermeister Wil-

<sup>232</sup> Alle Zitate dieses Absatzes: LZ v. 3. 4. 1956

helm Hilmer (SPD) begrüßte die Gäste und „hob die vorbildliche Kameradschaftspflege der 110. Infanterie-Division hervor.“ „Ein ausführliches Bild von den schweren Kämpfen, welche die ... Division bis zu ihrem Ende durchzustehen hatte, gab der Ia-Offizier der Division, Oberst der Bundeswehr, Kleiser. Er stellte heraus, dass selbst der stärkste Druck russischer Armeen und der kälteste Winter nicht den Geist dieser Truppe hätten erschüttern können.“<sup>233</sup>

So ging das über Jahrzehnte. Den Veteranen stets zu Diensten: die Ehrenwache der Bundeswehr, gern ein Vertreter der Kirchen, gefällige Artikel der Landeszeitung, die Vertreter der Stadt und von örtlichen Vereinen wie der Marinekameradschaft, usw. Nach ihren Treffen waren die Veteranen zu „Waffenschauen“ in die Scharnhorstkaserne eingeladen – schließlich „unterhalten die früheren Soldaten eine enge Freundschaft zum Feldartillerie-Bataillon 31, das heute dort in der Scharnhorstkaserne steht, wo früher die ‚110er‘ ein Quartier hatten.“<sup>234</sup>



Foto: LZ v. 26.4.1982: Treffen von Veteranen der 110. Inf. Div. am „Ehrenmal“ mit „Ehrenwache“ der Lüneburger Bundeswehr

Als im Oktober 1960 das Denkmal für die Toten der Division in Lüneburg eingeweiht wurde, übergab es sein Erfinder, Oberstleutnant der Reserve Beyersdorff, in die Obhut der Stadt. Der auch damals wieder anwesende Oberstadtdirektor Böttcher versprach den Wehrmachtstätern, dass die Stadt „das Ehrenmal so pflegen werde, damit dieser Platz zu einer würdigen Stätte des Gedenkens wird.“<sup>235</sup>

### Zur Geschichte der 110. I.D.

Die Kriegsgeschichte dieser Division beginnt damit, dass die Wehrmachtsführung für den geplanten Krieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion neue Kampftruppen benötigte. Die Soldaten der dabei neu geschaffenen 110. I.D. wurden im Dezember 1940 u. a. in Kasernen von Hamburg,

Stade, Winsen, Buchholz, Lüneburg stationiert. Die Herkunft aus dem norddeutschen Raum soll auch zu der Wahl des Wikingerschiffes als Divisionszeichen inspiriert haben.

Die einzelnen Abteilungen dieser Division, zusammen waren das ca. 15.000 Mann, wurden ab Februar 1941 auf dem Truppenübungsplatz Munster zusammengezogen, wo sie die restlichen Monate für den Krieg trainierten.

Ab Mitte Juni 1941 wurde die komplette Division in den Bahnhöfen Uelzen, Soltau, Munsterlager verladen und in 70 Transportzügen nach Ostpreußen an die neue Front gebracht, wo sie dann an dem Angriff gegen die Sowjetunion teilnahm, den die Wehrmacht am 22. Juni 1941 begonnen hatte.

Die 110. ID kämpfte sich im Verbund mit der 9. Armee als Teil der sog. Heeresgruppe Mitte durch Litauen, Weißrussland und Russland nach Nord-Osten Richtung Moskau vor. Wer die 1965 veröffentlichte „Geschichte der 110. Infanteriedivision“<sup>236</sup> liest, erfährt dort etwas über deren raschen „Vormarsch“, über ihren Anteil an siegreichen Kesselschlachten mit vielen gefangenen und getöteten „Sowjets“, über soldatische Heldentaten, zerstörte Ortschaften und reiche Beute.

Ende 1941 aber konnte die Rote Armee die angreifenden Wehrmachtsdivisionen vor Moskau stoppen. Von da ab musste sich auch die 110. ID Stück für Stück zurückziehen. Im Sommer 1944 schließlich durchbrachen sowjetische Armeen die Linien der deutschen Heeresgruppe Mitte auf breiter Front. Obwohl ihre eigenen Opferzahlen höher als die der Deutschen waren, besiegte die Rote Armee große Wehrmachtsverbände bei Minsk - darunter auch die 110. I.D. In aussichtsloser militärischer Lage befahl ihr Kommandeur E. von Kurowski am 5. 7. 1944 die Zerstörung der eigenen schweren Waffen und Fahrzeuge und die „Auflösung“ der Division. Statt sich der Roten Armee zu ergeben, sollten ihre Soldaten sich in kleinen Gruppen nach Westen durchschlagen und dort existierenden Wehrmachtsverbänden anschließen. Das schafften nur wenige; die weitaus meisten – sofern sie die Schlacht überlebt hatten – gerieten in Kriegsgefangenschaft.

Damit hatte die Geschichte der 110. Infanteriedivision ihr Ende gefunden. Der ehemalige „110er“, Oberst a.D. Ernst Beyersdorff, Inspirator des Gefallenendenkmals für die 110. ID und Verfasser der Divisionsgeschichte in einer Person, beklagt dieses „Ende“ der „in allen Lagen bewährten Division“ und formuliert (20 Jahre nach Kriegsende - das Buch erschien 1965!) in originalem Nazi-Sprech: „Die in allen Lagen bewährte Division war untergegangen im Kampf zum Schutz der Heimat gegen den Bolschewismus.“<sup>237</sup>

233 LZ v. 9.6.1958

234 LZ v. 13. 5. 1985, S.5

235 LZ v. 11. 10. 1969, S. 4

<sup>236</sup> Ernst Beyersdorff, Geschichte der 110. Infanterie-Division, Podzun-Verlag, Bad Nauheim, 1965

<sup>237</sup> ebenda, S. 154

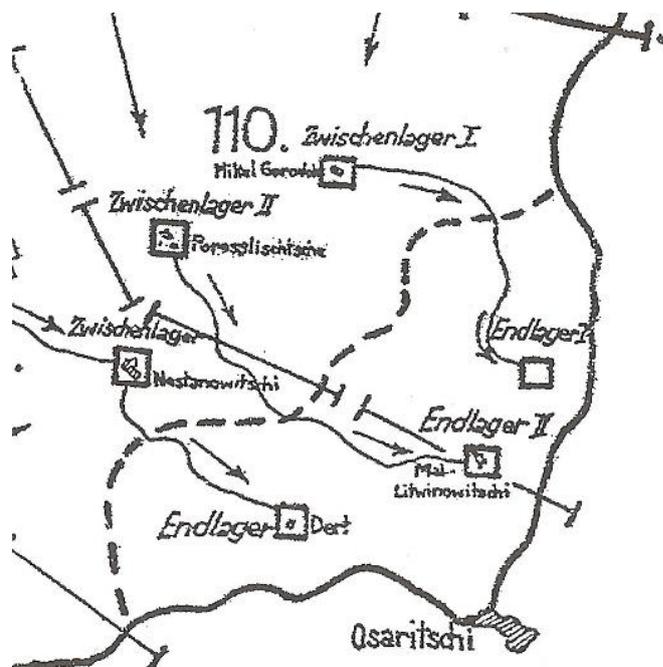
Gegenüber dieser Propagandalüge mögen kritische Leser seiner Divisionsgeschichte Beyersdorffs vereinzelte Andeutungen einordnen über die Praxis der deutschen Besetzung, über das Bekämpfen von „Partisanenhorden“, über Plünderungen und den Raub von Nahrungsmitteln und Futter, über das planmäßige Zerstören von Ortschaften und Infrastruktur. Kein Wort verliert der Verfasser über die psychische Verfassung von Soldaten seiner Division: Wie oft das Divisionskriegsgericht Delikte wie „Wehrkraftzersetzen“, z. B. Selbstverstümmelungen“, „Feigheit“ oder gar „Fahnenflucht“ aburteilte, wie viele Todesstrafen es verhängte<sup>238</sup> - das ist kein Thema für seine Heldensage. Ebenso wenig erwähnt Beyersdorff die brutale Unterdrückung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten, wie z. B. das systematische Versklaven von arbeitsfähigen Menschen als Zwangsarbeiter.

### Die Kriegsverbrechen bei Osaritschi (Belarus)

Selbstverständlich verschweigt Beyersdorff auch die Beteiligung der 110. I.D. an den Kriegsverbrechen bei Osaritschi. In der Nähe dieser Kleinstadt im Süden der heutigen Republik Belarus hatte die 9. Wehrmachtsarmee unter wesentlicher Beteiligung der 110. I.D. im März 1944 drei Lager errichtet, in der sie rund 50.000 Zivilisten einsperrte - Menschen, die sie als „nutzlose Esser“ aus der Bevölkerung in ihrem Besatzungsgebiet selektiert hatte. Alle noch irgendwie arbeitsfähigen Menschen waren zuvor für den Besatzungsapparat und die deutsche Kriegswirtschaft zwangsrekrutiert worden. Der Rest - laut Befehl des Armee-Oberbefehlshabers Josef Harpe (1887 - 1968) „Seuchenkranke, Krüppel, Greise und Frauen mit mehr als 2 Kindern unter 10 Jahren sowie sonstige Arbeitsunfähige“<sup>239</sup> sollte in Lager deportiert werden, die unmittelbar an der Frontlinie errichtet wurden. Durch eine geringfügige Zurücknahme der Front sollten dann die Insassen der Lager aus dem deutschen Herrschaftsbereich ausgegliedert werden, sich selbst überlassen sein und - sofern sie diese Lager überhaupt überleben würden - dann der Roten Armee zur Last fallen und ihren Vormarsch hemmen.

Die Lager selbst bestanden aus jeweils eingezäunten Wald- und Sumpfstücken. Irgendwelche Gebäude außer den Wachtürmen gab es nicht. Sanitäre Anlagen fehlten. Die Gefangenen schliefen auf dem nackten Boden. Feuermachen war ihnen untersagt.<sup>240</sup> Wie viele Menschenleben diesem faschistischen Plan zum Opfer gefallen sind, konnte nie exakt ermittelt werden; nach weißrussischen Quellen könnten es insgesamt 20000 Tote gewesen sein.<sup>241</sup>

Der Name „Osaritschi“ steht damit für eines der schrecklichsten Kriegsverbrechen, das die Wehrmacht während des 2. Weltkrieges in diesem Land an der Zivilbevölkerung verübt hat. In Osaritschi erinnert heute ein kleines Museum



Diese Einsatzkarte wurde von dem Stab der 9. Armee nach den Kriegsverbrechen bei Osaritschi angefertigt. Deren Quartiermeisterabteilung hatte am 28. 3. 44 einen „Erfahrungsbericht über den Abschub nichtarbeitsfähiger Zivilisten zum Feind“ verfasst und diese Skizze beigefügt.<sup>242</sup> Der Ausschnitt zeigt die Deportationswege im Bereich des 61. Panzerkorps und das Territorium, in dem die dort beteiligte 129., 35. und 110. Infanteriedivision stationiert waren. Die 110. ID war für den nördlichen Bereich zuständig - und dort für die Errichtung und „Befüllung“ der Zwischenlager I: Mikul Gorodok und II: Poroslischtsche. Von dort trieben ihre Soldaten die gefangenen Zivilisten in die Endlager I: Mysloff Rog und II: Mal. Litwinowitschi. Die durchgezogene Linie zeigt den Frontverlauf bei Beginn der Deportationen am 12. 3. 44, die westlich davon gelegene gestrichelte Linie den Frontverlauf nach dem Rückzug der Wehrmacht von der „Absetzzone“ am 17. März. Deutlich zu erkennen: Die 3 Endlager befanden sich danach zunächst im Niemandsland bzw. nach dem Vorrücken der Roten Armee in deren Bereich.

daran. Seit den 90er Jahren steht dort auch ein Mahnmal für die Opfer, an dem Überlebende sich jährlich treffen, um der Toten zu gedenken.

Schon 1944 hatte der ehemalige Divisionskommandeur, E. v. Kurowski, die Beteiligung seiner 110. I.D. eingeräumt. Von Kurowski war nach der Minsker Kesselschlacht 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, dort verhört und vom Militärstaatsanwalt 1947 vor einem Gericht in

<sup>238</sup> Von den insgesamt etwa 30.000 Todesurteilen gegen Wehrmachtsangehörige belegte Christoph Rass z.B. für Angehörige der 253. Infanteriedivision 42 Todesurteile. Siehe: Christoph Rass, „Menschenmaterial“: Deutsche Soldaten an der Ostfront, Schöningh 2003, S. 390. Für die 110. I.D. sind keine Zahlen bekannt.

<sup>239</sup> Christoph Rass, „Menschenmaterial“: a.a.O., S. 390

<sup>240</sup> Aus der Sicht eines beteiligten Wehrmachtspfarrers schildert J. Perau in Tagebucheinträgen vom 13. und 15. 3. 1944 das grausame Geschehen. Siehe: Josef Perau, Priester im Heere Hitlers, Erinnerungen 1940-1945, Essen 1962, S. 159f  
241 [http://de.wikipedia.org/wiki/kz\\_osaritschi](http://de.wikipedia.org/wiki/kz_osaritschi) [Zugriff 25. 11. 15]

<sup>242</sup> Quelle: BArch RH 20-9/197

Gomel angeklagt worden. Sein Urteil lautete auf 25 Jahren Arbeitslager, von Kurowski wurde jedoch bereits 1955 in die Bundesrepublik entlassen.

Zum Anteil seiner Division an dem Osaritschi-Verbrechen sagte v. Kurowski laut Protokoll in seiner Vernehmung vom 26. 12. 1945:

„ Seit Beginn 1943 wurde die arbeitsfähige Bevölkerung über die Arbeitsämter und die Kommission Sauckel als Zwangsarbeiter gewaltsam nach Deutschland getrieben. Die Felder konnten nicht mehr bearbeitet werden. Als Folge dieser Umstände herrschten Kälte, Hunger und Krankheiten. Unseren Fronteinheiten war es nicht möglich, mit irgendwelchen Mitteln zu helfen ... Schließlich begann die Armeeführung, dieses Problem zu lösen und so kam der Befehl, einen Teil der Bevölkerung in Richtung der russischen Front zu bringen. In der Beratung wurde in etwa folgender Befehl gegeben: Die vorgesehene Zahl von 10.000 Zivilisten auf folgende Weise zu verteilen: ... 1.000 Menschen sollte die 110. Infanteriedivision unmittelbar aus den umgebenden Dörfern sammeln ... Alle Maßnahmen wurden entsprechend der Befehle ausgeführt. Die Ausführung erledigte der Quartiermeister, Hauptmann von Bernuth. Zur Hilfe gab ich ihm Hauptmann Becker, den Kommandeur des 110. Pionierbataillons.“<sup>243</sup>

Auf diese Aussagen kam der sowjetische Vernehmungsoffizier in einer weiteren Vernehmung zurück. Laut Protokoll fragte er v. Kurowski am 31. 1. 1946:

„In den eigenhändigen Aussagen vom 26. Dezember 1945 haben Sie ausgesagt, in den frontnahen Lagern von Osaritschi `herrschten Kälte, Hunger, Krankheiten und infolgedessen die Verbreitung der Epidemie Typhus — also große Sterblichkeit`. Meinen Sie, dass infolge solch grausamer, unmenschlicher Haftbedingungen der Kinder, der Frauen und der Alten auf Befehl der Führung der 9. Armee von Ihnen im Grunde genommen sogenannte "Todeslager" geschaffen wurden?

Antwort v. Kurowski: Ausgehend von der hohen Sterblichkeit unter den gefangenen sowjetischen Menschen und der Grausamkeit des Regimes kann man die von mir organisierten Lager der 110. Division im Gebiet des Ortes Osaritschi als `Todeslager` bezeichnen.“<sup>244</sup>

Die Ausprägung der hier vom ehemaligen Kommandeur der 110. I.D. knapp eingeräumten Verbrechen veranschaulichen

Fotodokumente und Aussagen der betroffenen Überlebenden. Sie wurden 1944 nach Befreiung der Todeslager erstellt und sind öffentlich zugänglich.<sup>245</sup>

Fotos: Nach der Befreiung des Lagers Osaritschi vom 18. 3. 1944



Die Ergebnisse der damaligen Untersuchung sind 1945 in die Nürnberger Anklageschrift vor dem Internationalen Strafgerichtshof eingeflossen. Den Lüneburgern wurde das Verbrechen bei Osaritschi im Oktober 1945 durch die „Lüneburger Post“, der damaligen LZ-Vorläuferin, bekannt gegeben.<sup>246</sup>

Die damaligen Erkenntnisse über das Geschehen bei „Osaritschi“ wurden in der Bundesrepublik ignoriert bzw. schnell wieder vergessen.

Anders als in den 60er Jahren sind die dortigen Verbrechen der Wehrmacht heute militärhistorisch erforscht. Dabei ist auch die konkrete Beteiligung der 110. I.D. von unterschiedlichen Historikern belegt worden, wie z. B. von Christoph Rass, der auch die Namen der Lager des Osaritschi-Komplexes nennt, die die 110. I.D. errichtete, „befüllte“ (so die Bezeichnung in den Wehrmachtsakten) und bis zum Verlassen

<sup>243</sup> <http://doc20vek.ru/node/246>, eigene Übersetzung

<sup>244</sup> <http://doc20vek.ru/node/2650> eigene Übersetzung

<sup>245</sup> Geiseln der Wehrmacht – Osaritschi, das Todeslager, hrsg. Nationalarchiv der Republik Belarus, Minsk 1999. Die Zeugen kennen naturgemäß kaum Namen von Wehrmachtstätern; die genannten Namen der einzelnen Zwischen- und Endlager bei Osaritschi lassen jedoch auf die jeweilige Verantwortlichkeit der 110. I.D. schließen. Das Buch ist beispielsweise in der Universitätsbibliothek Lüneburg unter der Signatur S-ge 1 archiviert.

<sup>246</sup> Lüneburger Post, 23. 10. 1945, S. 5 (Fundort: LZ-Archiv). Beim Absatz „Anlagepunkt 3: Kriegsverbrechen“ ist dort unter Punkt

2a: „Ermordung und Mißhandlung in Konzentrationslagern und ähnlichen von den Deutschen in den östlichen Ländern geschaffenen Einrichtungen einschließlich Maidanek und Auschwitz“ über Osaritschi zu lesen: „Zu Beginn des Jahres 1945 (*falsche Jahreszahl im Original*), vor der Befreiung durch die Rote Armee, richteten die Deutschen in dem Osaritschi-Gebiet der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik drei Konzentrationslager ohne Unterkünfte ein und sperrten dort Zehntausende aus den Nachbargemeinden ein. Sie brachten viele Patienten aus Typhus-Hospitälern in diese Lager in der Absicht und zu dem Zweck, die anderen Häftlinge anzustecken und die Krankheit in den Gebieten zu verbreiten, aus denen die Deutschen von der Roten Armee vertrieben wurden.“

bewachte.<sup>247</sup> Rass hat auch die Kartenskizze (s. S. 72) über die Deportationen bei Osaritschi veröffentlicht, die das Oberkommando der 9. Armee am 28.3.44 für die Heeresgruppe anfertigte.

Selbstverständlich erfordert es Forschungsarbeit, wenn man die Ehrung einer Wehrmachtsdivision kritisch prüfen will. So war es auch bei unserer Recherche, durch die wir hinter diese verleugnete Geschichte der 110. Infanteriedivision kamen. Trotzdem können wir nicht begreifen, weshalb die vom Friedenspfad engagierten Historiker sich ohne jegliche kritische Distanz allein auf die Veteranen-Geschichte der 110. Infanteriedivision aus den 60er Jahren stützten. Damit ignorierten sie völlig den anerkannten Stand ihrer Wissenschaft hinsichtlich der Ziele und Maßnahmen der deutschen NS-Kriegsführung speziell in Osteuropa und die Rolle der Wehrmacht bei diesem Vernichtungskrieg.

### **Der Protest gegen die Geschichtsklitterung durch den „Friedenspfad“**

Kein Wunder also, dass insbesondere diese 20. Station des Friedenspfades nach Veröffentlichung des Prospekts und Anbringung der „erklärenden Tafel“ 2014 bei geschichtsinteressierten Lüneburgern empörten Widerspruch hervorrief. In Leserbriefen konfrontierten sie die Friedenspfad-Interpretation mit den neueren Forschungsergebnissen und forderten eine Korrektur der Geschichtsklitterung.<sup>248</sup> Anlässlich des 27. Januars, des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus, veranstalteten die VVN Lüneburg und die Antifa Lüneburg/Uelzen am 31. Januar 2015 einen Stadtrundgang unter dem Titel „Kriegerdenkmäler zwischen Trauer und Heroisierung“. Am Gedenkstein für die 110. I.D. prangerten sie die Legendenbildung um diese Wehrmachtsdivision an und stellten deren wirkliche „Opfer“, die Zivilbevölkerung bei Osaritschi, in den Mittelpunkt. Als Anfang März 2015 das Lüneburger Museum neu eingeweiht wurde, fragte die Lüneburger VVN mit einem Flugblatt: „Warum werden Kriegsverbrechen Lüneburger Militärs immer noch verschwiegen?“ – und thematisierte darin u. a. die totgeschwiegenen Gräueltaten der 110. Infanteriedivision.

Deren perfide Planung und Umsetzung schildert der Film „Ozarichi 1944 – Spuren eines Kriegsverbrechens“,<sup>249</sup> in dem Aachener und Kölner Wissenschaftler eben dieses Verbrechen rekonstruierten – und auch die Beteiligung der 110. I.D. daran anhand von Wehrmachtsakten belegten. Für ihren Film hatten die Autoren am Ort des Geschehens gedreht und auch Zeitzeugen in Belarus befragt, die

das Verbrechen als Kind überlebt hatten. In einer Matinee aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung von Faschismus zeigte die VVN Lüneburg am 10. Mai 2015 diese eindrucksvolle Dokumentation und diskutierte im Anschluss mit dem Publikum einen konstruktiven Umgang mit dem Divisions-Gefallenen-Ehrenmal am Graalwall/Springintgut.<sup>250</sup>

Im Sommer 2015 schließlich fand in Lüneburger der Strafprozess gegen Oskar Gröning statt, der als SS-Mann in Auschwitz seinen Beitrag zum Funktionieren des Vernichtungslagers geleistet hatte. Als vermutlich „letzter Auschwitzprozess“ erregte die Verhandlung vor dem Landgericht große mediale Aufmerksamkeit. Das offizielle Lüneburg zeigte sich stolz auf dieses bedeutende Gerichtsverfahren – und vor allem darauf, dass es Lüneburger Richter seien, die hier am Ort Rechtsgeschichte schrieben. Das verdeutlichte, wie ernsthaft man 2015 in Lüneburg die Aufarbeitung der verhängnisvollen deutschen Geschichte betreibt. Denn ein Vergessen der Nazi-Mordtaten dürfe es niemals geben.

Nicht nur der Umgang mit der Ehrung der 110. I.D. zeigt, dass man in der Stadt diese hehren Ansprüche schnell fallen lässt, wenn es um Kriegsverbrechen von Lüneburger Soldaten geht. Dieses „Nicht-Erinnern-Wollen“ durch die Stadt bei gleichzeitigem Stolz auf den Auschwitzprozess hat die VVN vor dem Gerichtsgebäude öffentlich als Doppelmoral angeprangert. Der Umstand, dass das Gericht im Gebäude der sog. Ritterakademie in der Straße „Am Graalwall“ tagte – nur wenige Meter vom Gedenkstein für die 110. I.D. entfernt, führte zu der Idee, die räumliche und inhaltliche Beziehung zwischen beiden Ereignissen/Orten aufzugreifen und das Krieger-Denkmal zu skandalisieren. So konnten die am Strafprozess interessierten Menschen während mehrerer Verhandlungstage folgendes Spruchband lesen:



Protestaktion während des Gröning-Prozesses

<sup>247</sup> Christoph Rass, Anatomie eines Kriegsverbrechens, in: 'Menschenmaterial': Deutsche Soldaten an der Ostfront, a.a.O., S. 386ff

<sup>248</sup> So z.B.: Peter Dillmann, Schatten auf Erinnerungskultur, LZ 19.12.2014; oder: Sigfried Berneis, Verbrechen ausgeblendet, LZ vom 12. 1. 2015

<sup>249</sup> Der Dokumentarfilm wurde 2006 an der RWTH Aachen uraufgeführt. Eine Kurzbeschreibung findet sich unter: <http://www.hsozkult.de/event/id/termine-5338>

<sup>250</sup> Zu dieser Matinee hatten die Veranstalter breit eingeladen – darunter mit persönlichen Anschreiben auch die Verantwortlichen von der Manzke Friedensstiftung einschließlich deren Historiker und Verfasser des Friedenspfad-Textes zum Stein für die 110. I.D., ebenso Vertreter der Ratsparteien, der Stadtverwaltung und des Kulturausschusses und Journalisten der Landeszeitung; keiner dieser Personen kam zu der Matinee in der Scala Lüneburg..

Diese Aktion der VVN und begleitende Gespräche mit dem Gerichtspublikum und Medienvertretern führte u. a. dazu, dass Anfang Juli 2015 Strafanzeige erstattet wurde und ein Brief beim Landgericht Lüneburg, der Generalstaatsanwaltschaft Celle und auch bei Oberbürgermeister Mägde einging, in dem sich Bernadette und Joachim Gottschalk<sup>251</sup> über das Wehrmachtsdenkmal beschwerten und es in seiner unmittelbaren Nähe zum Auschwitz-Verfahren als „Beleidigung und Herabwürdigung von Holocaustüberlebenden und deren Familien“ bezeichnen.<sup>252</sup>

### Die neue erklärende Tafel für die 20. Station des Friedenspfades

Im Sommer 2015 wurde der ursprüngliche Text der „erklärenden Tafel“ bei dieser 20. Station des Friedenspfades ersatzlos gestrichen und durch einen neuen, ausführlicheren ersetzt. Über das Motiv für diese Neufassung schweigt sich der Friedenspfad aus; es ist allerdings unschwer zu erraten: Der öffentlich vorgetragene Protest gegen den ursprünglichen Tafeltext zeigte Wirkung, so dass die Friedenspfad-Protagonisten ihre Geschichtsklitterung hinsichtlich der 110. I.D. schlicht nicht länger aufrechterhalten konnten.

Der überarbeitete Text der Erklärungstafel lautet:

„Am Wallaufgang steht das Denkmal für die Toten der 110. Infanteriedivision. Dieser Truppenverband wurde 1940/41 im Raum Lüneburg für den Angriff auf die Sowjetunion aufgestellt, der als „Vernichtungskrieg“ geführt wurde. Die Sollstärke betrug 15.000 Mann. In mehreren Mobilisierungswellen wurden Ersatzbataillone für die Soldaten an die Front geschickt, die in schweren Kämpfen umgekommen waren.  
Einheiten der 110. Inf. Div. waren im Frühjahr an einem Kriegsverbrechen bei Osaritschi (Weißrussland) beteiligt, bei dem Tausende Zivilisten auf freiem Felde dem Tod durch Kälte, Krankheit, Hunger, Durst und Erschöpfung preisgegeben wurden. Im Sommer 1944 wurde die 110. Inf. Div. bei Minsk eingekesselt und vernichtet. Von den zuvor noch etwa 10.500 Soldaten gelang es nur etwa 300, dem Schlachteninferno zu entkommen. Auf dem Gedenkstein steht: „*Es sage keiner, dass unsere Gefallenen tot sind.*“ Möge er für immer an die Not der Soldaten und die Leiden ihrer Opfer mahnen.“

Diese neue Textversion unterscheidet sich zunächst deutlich von der ersten Fassung. Zu Beginn erfährt der Leser/die Leserin, dass dieser „Truppenverband“ eigens für den Angriff auf die Sowjetunion aufgestellt wurde und dass dieser Krieg als Vernichtungskrieg geführt wurde. Weiter heißt es, dass sich Einheiten dieser Division an einem Kriegsverbrechen bei Osaritschi (Weißrussland) beteiligt haben, bei dem tausende Zivilisten ums Leben kamen.

Damit informiert der Friedenspfad jetzt endlich über wichtige Punkte der 110. I.D. während ihres Kriegseinsatzes 1941 - 44. Aber die anfänglich sachliche Darstellung kippt schnell in eine emotionale und parteigreifende Beschreibung: Auch den neuen Text durchzieht nun die verklärende Sichtweise der Wehrmachts-Veteranen auf ihr eigenes Leid: Danach waren sie es, die „in schweren Kämpfen umkamen“, die „bei Minsk eingekesselt und vernichtet“ wurden, von denen es nur wenige schafften, „dem Schlachteninferno zu entkommen.“ Zwar bedeutete die Kriegsführung Nazi-Deutschlands tatsächlich auch das massenhafte „Verheizen“ eigener Soldaten – allein dieser Aspekt wird vom Friedenspfad nicht genannt. Vielmehr blenden die gewählten Passivformulierungen („wurde ... aufgestellt“; „geführt wurde“; „wurden ... geschickt“) gerade diesen Kontext aus: Begriffe wie z. B. „Wehrmacht“, „Oberkommando“, „verbrecherische Befehle“, „Nazi-Regierung“ bzw. „Nazi-Deutschland“ fehlen im Text. So bleibt unklar, wessen „Logik“ die Kriegsverbrechen bei Osaritschi entspringen, wer die Verantwortung für das „Schlachteninferno“ trägt, usw. Voll des Mitgefühls mit den toten deutschen Infanteriesoldaten, manipuliert der Text sogar deren Zahl: Mit der Aufrechnung „Von den zuvor noch etwa 10.500 Soldaten gelang es nur etwa 300, dem Schlachteninferno zu entkommen“ suggeriert der Friedenspfad, dass die übrigen 10.200 Soldaten tot seien. Damit unterschlägt er, dass die Rote Armee einen Teil dieser Soldaten gefangen nahm – darunter wie oben erwähnt den Kommandeur der Division. E. von Kurowski.

Spricht aus dem neuen Friedenspfad-Text also einerseits deutliches Mitgefühl für die toten Wehrmachtssoldaten, so lässt er andererseits jede Empathie mit den Soldaten der Roten Armee vermissen – obwohl diese naturgemäß das erste Ziel des von Nazi-Deutschland ausgehenden „Vernichtungskrieges“ waren und tatsächlich auch viel mehr Soldaten der Sowjetunion durch Deutsche „vernichtet“ wurden, als umgekehrt.

<sup>251</sup> Familienangehörige von B. und J. Gottschalk waren im Vernichtungslager Auschwitz umgebracht worden. Ein Mitglied ihrer Familie trat im Prozess gegen O. Gröning als Zeuge auf.

<sup>252</sup> Der Brief ist in abgedruckt in der Zeitung „Junge Welt“ vom 9. 7. 2015

**Im II. Weltkrieg starben etwa 55 Millionen Menschen, davon etwa 6,3 Millionen Deutsche und 27 Millionen Sowjetbürger.<sup>253</sup> Zwischen 1941 und 1945 gerieten 3,15 Millionen Soldaten der Wehrmacht in sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1,11 Millionen deutsche Kriegsgefangene kamen dabei um. In gleicher Zeit gerieten weit über 5 Millionen sowjetische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft, 3,3 Millionen starben dabei. Annähernd 80.000 jüdische kriegsgefangene Angehörige der Roten Armee wurden ermordet.<sup>254</sup> Die Sowjetunion hatte am Ende des II. Weltkrieges ca. 13 Millionen tote Soldaten zu beklagen, Deutschland 5,18 Millionen.<sup>255</sup>**

Den letzten Teil vom Text der neuen Tafel dominieren dann vollends eine verquaste Sprache und eine unreflektierte Sichtweise. Unter Verzicht auf jede Kritik zitiert er die Inschrift des Denkmals: „Es sage keiner, dass unsere Gefallenen tot sind.“ Dabei müsste doch auffallen, dass dieser Spruch doppeldeutig ist: Er kann als Trost für Angehörige und Freunde der toten Soldaten gemeint sein (etwa in dem Sinne, dass sie in deren Erinnerung weiterleben mögen); er kann aber auch militaristisch gewendet eine Aufforderung an die (Über-)lebenden darstellen, das vermeintliche „Vermächtnis“ der toten Kämpfer anzunehmen und ihren „Auftrag“ zu vollenden. Die zweite Interpretation knüpft direkt an die Instrumentalisierung der Gefallenen durch die nationalsozialistische Propaganda an, nach der diese ja im Geiste fortlebten und an der Seite der Weiter-Kämpfenden mitmarschierten bis zum Endsieg.<sup>256</sup> Es war gerade auch diese militaristische Ideologie, die – angestachelt durch den Geist des Kalten Krieges und des Antikommunismus - auf den Kameradschaftstreffen des Traditionsverbandes der 110. Inf. Div. zum Ausdruck kam,<sup>257</sup> und der sich dort auch das offizielle Lüneburg hingab.

55 Jahre nach der Einweihung des Veteranendenkmals der 110. Wehrmachtsdivision distanziert sich der Friedenspfad immer noch nicht klar von seinem Sinngehalt. Dessen Textformulierer schaffen es im Jahre 2015 nicht einmal, an Friedfertigkeit und Völkerfreundschaft zu appellieren, geschweige denn einzufordern, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Stattdessen mahnen sie an etwas, nämlich „an die Not der Soldaten und die Leiden ihrer Opfer“ – und bleiben auch dabei wieder verschwommen

und vieldeutig: An welche „Not“ von welchen „Soldaten“ wollen sie erinnern? Wer hat diese Soldaten in diese „Not“ gebracht? Und – da der Begriff „Opfer“ doppeldeutig ist (1. Mensch, der durch Krieg oder Unfall ums Leben kommt. 2. Hingabe von etwas zugunsten eines anderen.) ist sogar die Interpretation denkbar, der Tafeltext wolle an die Leiden der Divisionssoldaten durch deren erbrachte Opfer als Verpflichtung für uns erinnern.

Doch selbst, wenn die Leser/-innen die genannten „Opfer“ als im Krieg getöteten Menschen auffassen: Als Verursacher von deren „Leiden“ werden vom Friedenspfad die Soldaten der 110. Inf. Div. nicht entsprechend eines Opfer-Täter-Wirkungszusammenhangs als „Täter“ bezeichnet. Vielmehr setzt er „die Leiden ihrer Opfer“ und „die Not der Soldaten“ gleich – in der offenkundigen Absicht, die Nazi-Wehrmacht und deren Personal nicht als Tätergruppe, sondern deren Tote und die von ihnen Getöteten als insgesamt bedauernswert Verstorbene erscheinen zu lassen. So werden letztlich alle zu „Opfern“ erklärt, und zwar „des Krieges“, so dass man sich über Ursache und Ziele des 2. Weltkrieges auch keine weiteren Gedanken machen muss. Über diesen Rückfall in die gängige Rehabilitationsargumentation der Tätergeneration der 1960er-Jahre kann man nur staunen.

Insgesamt wird der Erinnerungsgeist des Gedenksteins der 110. I.D. mit seiner Anlehnung an die Nazi-Wehrmacht und den faschistischen Vernichtungskrieg auch durch den neuen Friedenspfad-Text nicht dechiffriert und nicht strikt ablehnend kommentiert. Im Sinne einer angemessenen Erinnerungskultur ist aber genau das einzufordern.



Foto: „Ehrenmal“ 2015

<sup>253</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Tote\\_des\\_Zweiten\\_Weltkrieges#Kriegstote\\_nach\\_Staatsangeh.C3.B6rigkeit](https://de.wikipedia.org/wiki/Tote_des_Zweiten_Weltkrieges#Kriegstote_nach_Staatsangeh.C3.B6rigkeit)

<sup>254</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsgefangene\\_des\\_Zweiten\\_Weltkrieges](https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsgefangene_des_Zweiten_Weltkrieges)

<sup>255</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Tote\\_des\\_Zweiten\\_Weltkrieges](https://de.wikipedia.org/wiki/Tote_des_Zweiten_Weltkrieges)

<sup>256</sup> Reichspropagandaminister J. Goebbels am 27.12.1942 in „Das Reich“: „Wir können uns heute gar nicht vorstellen, welche Gewalt die Toten über die Lebenden besitzen, wenn wir sie nur zu Wort kommen lassen. Das Heer der Gefallenen hat die Waffen nicht niedergelegt. Es marschiert in Wirklichkeit in den Reihen der kämpfenden Soldaten mit. Es steht als Mahnung und als Gewissen über der ganzen Nation ... Aber die Toten verdienen mehr als unsere

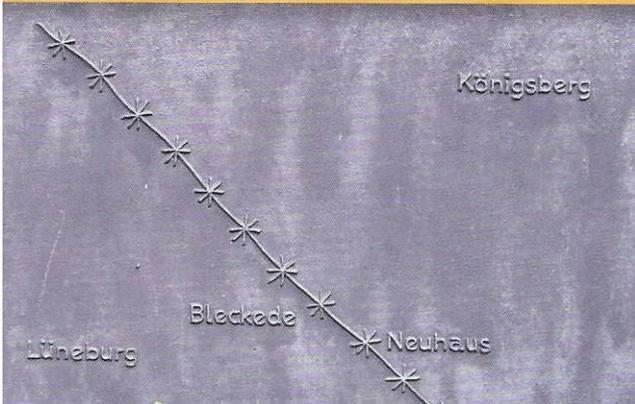
Tränen. Sie verdienen von einem ganzen Volke, dem sie als Wegbereiter voranschreiten, Eifer und Fanatismus ... Sie verdienen von uns die Vollendung dessen, wofür sie starben ...“; zitiert nach Joachim Gottschalk in „junge welt“ v. 9.7.2015

<sup>257</sup> So z. B. beim Verbandstreffen 1958: „Ein ausführliches Bild von den schweren Ostkämpfen ... gab der Ia-Offizier der Division, Oberst der Bundeswehr, Kleiser. Er stellte heraus, dass selbst der stärkste Druck russischer Armeen und der kälteste Winter nicht den Geist dieser Truppe hätten erschüttern können ... Abschließend sprach Generalleutnant a. D. Gilbert, der letzte Überlebende von drei Divisionskommandeuren. Er stellte heraus, daß der Tod der gefallenen Kameraden den Überlebenden Mahnung und Verpflichtung zugleich sein möge.“ LZ vom 9.6.58

## 21 Gedenkstein „Eiserner Vorhang“; Obelisk für die Flüchtlinge aus Eichenbrück/Wagrowiec, Polen

Vor einem Findling im Innenhof der Kreisverwaltung steht eine Metallplatte mit den Ortsnamen Lüneburg und Bleckede links, Neuhaus und Königsberg rechts von einer Stacheldraht-Linie. Dieses Mahnmal für die Teilung des Landkreises Lüneburg und den „Eisernen Vorhang“ in Europa ist 1962 aufgestellt worden. Der Obelisk daneben erinnert an die Patenschaft, die der Landkreis Lüneburg 1953 für mehr als 5.000 Flüchtlinge aus dem Kreis Eichenbrück/Wagrowiec, Polen, übernommen hat, die 1945 hier eintrafen.

*Landkreis Lüneburg, Auf dem Michaeliskloster 4*



Der Text im Prospekt und der „erklärenden Tafel“ ist identisch, lediglich wurde auf der Tafel der Satz hinzugefügt: „Mit dem polnischen Landkreis Wagrowiec verbindet den Landkreis Lüneburg seit 1999 eine offizielle Partnerschaft.“

Auch an dieser Station formulieren die Friedenspfad-Akteure in freier Interpretation ihren Text!

Der Findling im Innenhof der Kreisverwaltung, der am 18. Juni 1962 durch die Lüneburger Bundeswehr (Panzerpionierkompanie 80) mit Spezialfahrzeugen von Rehlingen nach Lüneburg geschafft wurde, erinnert mit der aufgesetzten Metallplatte keineswegs an die Teilung des Landkreises Lüneburg oder gar die Teilung Europas, vielmehr sollte er die Beseitigung der Ostgrenzen und den Gebietsanspruch der Bundesrepublik auf die „ehemaligen Ostgebiete“ anmahnen. Eben dieser wurde bis in die 1970er Jahre hinein - von den Lüneburger „Vertriebenenverbänden“ gar bis in die 1990er Jahre - offiziell erhoben.

Schon ein flüchtiger Blick auf die abgebildete Metallplatte verrät diesen revanchistischen Anspruch: Um eine von den Friedenspfad-Akteuren hineininterpretierte „Teilung des Landkreises Lüneburg“ grafisch darzustellen, hätte der symbolisierte Stacheldraht mit der Benennung der Ortschaften

Lüneburg, Bleckede und Neuhaus völlig ausgereicht. Die Benennung der Stadt „Königsberg“ schießt eine solche Interpretation jedoch völlig aus. Um einen „Eisernen Vorhang in Europa“ darzustellen, wäre zudem eine ganz andere Landkarte vonnöten gewesen, die einige westliche und östliche Hauptstädte, mindestens einige Staaten und Landesgrenzen, abgebildet hätte, nicht aber lediglich den Landkreis Lüneburg mit einer in Höhe von Schwerin zusätzlich hineinplatzierten Stadt, namens Königsberg. Eine solche Interpretation lässt die abgebildete Grafik überhaupt nicht zu.

Ein genauere Blick auf Findling und Metallplatte verrät (im Übrigen ebenso wie die bei seiner Einweihung gehaltenen Reden) die eigentliche Motivation und Absicht der Grafik: An Landesgrenzen wurde lediglich diejenige zwischen der BRD und der DDR (als Stacheldraht) eingetragen und es ist kein Zufall, sondern entsprach der zu diesem Zeitpunkt zeitgenössischen Ansicht der Mehrheitspolitik, dass die Grenze zwischen der DDR und Polen nicht abgebildet wurde. Diese Grenze wurde seinerzeit von der Bundesrepublik nicht anerkannt. Zur Erinnerung: „Am 13. Juni 1950 hatten alle Fraktionen und Gruppen des Bundestags mit Ausnahme der Kommunisten eine Resolution verabschiedet gegen die ‚völker- und staatsrechtlich unhaltbare Behauptung, dass zwischen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und Polen eine sogenannte Friedensgrenze festgelegt worden ist‘. Als KPD-Fraktionschef Max Reimann eine Aussprache verlangte, erteilte ihm der Parlamentspräsident nicht das Wort. Weil der KPD-Politiker das Rednerpult nicht verließ, wurde er für 30 Sitzungstage aus dem Plenum ausgeschlossen.“<sup>258</sup> Ähnlich verhielt es sich mit der Verweigerungshaltung der Bundesregierung, den nördlichen Bereich der Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion völkerrechtlich anzuerkennen. Auch hier zur Erinnerung: Selbst zehn Jahre nach der Findlings-Einweihung, also noch 1972, verweigerte sich die CDU im Deutschen Bundestag, mit dem Moskauer Vertrag auf ihre Gebietsansprüche auf das ehemalige Ostpreußen zu verzichten. Stattdessen interpretierte sie diesen (wie auch den Warschauer Vertrag 1970) lediglich als Gewaltverzichts-, nicht aber als Grenzenerkennungs-Vertrag. Ihr Versuch im selben Jahr, aus diesem Grunde Bundeskanzler Willi Brand zu stürzen, scheiterte nur knapp. Auf dem Hintergrund dieser Rechtsaußen-Politik nach einem „deutschen Osten einschließlich Ostpreußen und Königsberg“ war es nur konsequent von den Grafikgestaltern, auf die Einzeichnung dieser Grenzen zu verzichten ebenso wie auf die Benennung der Stadt Kaliningrad, wie sie seinerzeit hieß, denn mit dem Namen „Königsberg“ dokumentierten sie ihren Anspruch auf eine deutsche Wiederbesiedelung sie seinerzeit hieß, denn mit dem Namen „Königsberg“ dokumentierten sie ihren Anspruch auf

<sup>258</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelgeschichte/d-76574307.html>

eine deutsche Wiederbesiedelung dieser seinerzeit sowjetischen Stadt.<sup>259</sup>

Im gleichen Maße, wie die Friedenspfad-Akteure den historischen Hintergrund über Errichtung, Motivation und Aussage dieses Gedenksteins verschweigen und unterschlagen, dichten sie dem Obelisk, den sie im zweiten Teil ihres Faltblatt-Textes beschreiben, Eigenschaften und Aussagen an, die völlig unzutreffend sind:

Ihr Hinweis, dass der 1983 errichtete Obelisk an eine Patenschaft des Landkreises Lüneburg mit den Flüchtlingen aus Eichenbrück/Wagrowiec von 1953 erinnern soll, ist gleich zweifach falsch. Die öffentliche Benennung einer Ortschaft namens „Wagrowiec“ oder „Eichenbrück/Wagrowiec“ wurde in Lüneburg zu diesem Zeitpunkt nicht zugelassen, ob im Rat der Stadt oder in der örtlichen Presse. Lediglich die Orts-/Landkreisbezeichnung „Eichenbrück“ war gestattet. Das hatte seine Gründe, die die Friedenspfad-Texter nicht benennen, vielleicht auch aus gutem Grunde. Auch der Hinweis auf eine Patenschaft des Landkreises für die Flüchtlinge ist nicht korrekt, im Gegenteil: Eine Patenschaft wurde in diesem Jahr nicht für die Flüchtlinge, sondern für den Kreis Eichenbrück selber einseitig proklamiert.<sup>260</sup> Die Tatsache, dass Eichenbrück 1945 wieder polnisch war, wurde allseits und insbesondere von den in den Vertriebenenverbänden organisierten deutschen Eichenbrücker nicht anerkannt. Sie selber definierten sich als die politische Vertretung Eichenbrücks, als eine Art Exil-Regierung für diese polnische Gebietskörperschaft. Dementsprechend betonte Landrat Martens während des 8. Eichenbrücker Heimatkreistreffen im Lüneburger Schützenhaus vor den etwa eintausend Anwesenden, dass der „Landkreis Lüneburg als erster westdeutscher Kommunalverband in diesen Tagen die Patenschaft für den Landkreis Eichenbrück übernahm.“<sup>261</sup>

Ein „Recht auf die alte Heimat“ forderte auf dieser Versammlung der Sprecher der Landmannschaft Weichsel-Warthe in seiner Begrüßungsansprache mit den markigen Worten: „Steh zur Heimerde, siege oder sterbe, deutsch

sei bis ins Mark!“<sup>262</sup> Diese Forderung nach einem deutschen Eichenbrück wurde auch in den weiteren Jahren immer wieder aggressiv vorgetragen. Auf dem 23. Heimatkreistreffen 1968 etwa erklärte Lüneburgs Vorsitzender dieser Vereinigung, Regierungsdirektor Kuntze: „(Wir) werden aber den Rechtsanspruch auf den deutschen Osten niemals aufgeben!“<sup>263</sup> Es war noch eine Menge antifaschistischer Arbeit nötig, bis sich das Streben nach einem wieder einzu-deutschenden Eichenbrück erledigte und es dauerte noch weitere ca. 20 Jahre, bis in der Lokalpolitik und –presse die Ortsbezeichnung „Eichenbrück“ aufgegeben wurde zugunsten eines „Eichenbrück/Wagrowiec“.<sup>264</sup> 1996 wurde dann eine Partnerschaft zwischen dem Landkreis Lüneburg und der Region Wagrowiec begründet. Im Jahr 2012 löste sich die „Eichenbrücker Vereinigung“ mit Sitz in Lüneburg/Wendisch-Evern auf.

### Zum geschichtlichen Hintergrund

Mit dem Überfall auf Polen besetzte die deutsche Wehrmacht am 6. September 1939 Wagrowiec, nachdem deutsche Bomber bereits am 2. September das Rathaus, den Bahnhof und weitere Gebäude der Stadt zerstört hatten. Der jüdische Teil der Bevölkerung des Kreises Wagrowiec (mehr als 18.500 Männer, Frauen und Kinder) wurden von den deutschen Besatzern in die Vernichtungslager deportiert und die meisten dort umgebracht. Weitere 4.000 polnische Bewohner wurden bis 1943 aus dem Kreis Wagrowiec vertrieben. Als Zeichen der Ausrottung der Juden und der arischen Reinheit des Ortes gaben die Deutschen 1941 dieser Ortschaft unter NS-Kreisleiter Dr. Müller-Hoppenworth einen deutschen Namen und benannten sie um in Eichenbrück. Dies geschah als Zeichen der Verbundenheit mit ihrem Führer am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers.

1945 floh die deutsche Bevölkerung Eichenbrücks vor der anrückenden Roten Armee unter Führung des NS-Landrates Nebelung in den Westen nach Lüneburg, ca. 3.000 Personen. Etwa 700 Familien siedelten sich im Lüneburger Raum an, vornehmlich in Reppenstedt, Brietlingen und Scharnebeck. Dortige Straßennamen (Eichenbrücker Straße) weisen auch heute noch auf die „Verbundenheit mit dem Führer“ hin.

<sup>259</sup> Einen institutionellen Stützpunkt dieser Politik schufen sich die „Lüneburger Ostpreußen“ mit der Eröffnung ihres „Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald, Pferde“ im Jahre 1954 und der Nachfolgeeinrichtung „Ostpreußisches Landesmuseum“ im Jahre 1985. Siehe: VVN-BdA Lüneburg, Ist das alles schon wieder vergessen? Lüneburg 1997; vergl. Zur Tätigkeit der Lüneburger „Königsberg-Connection“: VVN-BdA Lüneburg, Das Landgericht Lüneburg als „Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung“ der 1950er/60er-Jahre, Teil 1, Nichts verlernt – Die zweite Karriere ehemaliger NS-Richter und Staatsanwälte bei der 4. Strafkammer, Lüneburg 2015, S. 75; VVN-BdA Lüneburg, Neofaschismus in Lüneburg, Teil 2, Lüneburg 1996, S. 21 und 27 ff; Als kommunalpolitischer Exponent dieser Richtung wird O. Heideborn (BHE) vorgestellt in: VVN-BdA Lüneburg, Ein Beitrag zur Umbenennung der Hindenburgstraße, Lüneburg 2014, S. 20 ff

<sup>260</sup> Vergl. LZ v. 11.5.1953

<sup>261</sup> LZ v. 1.6.1953; Mit dieser Patenschaft (keine Partnerschaft) maßte sich der Landkreis Lüneburg die Übernahme einer einseitigen politischen „Fürsorgepflicht“ für eine polnische Ortschaft an, deren Einwohner seinerzeit die deutschen Eichenbrücker auf Grund ihrer Erfahrungen mit ihnen zum Teufel wünschten.

<sup>262</sup> ebenda

<sup>263</sup> LZ v. 20.5.1968

<sup>264</sup> Die „Eichenbrücker Nachrichten“ der Lüneburger „Eichenbrücker Vereinigung“ stellte 2012 ebenfalls ihr Erscheinen ein. Die „Eichenbrücker Heimatstube“ in den Räumlichkeiten des Archivs des Landkreises Lüneburg wurde im selben Jahr aufgelöst, die Bestände wurden an die Martin-Opitz-Bibliothek in Herne abgegeben.

## 22 St. Michaeliskirche, Grablege der Herzöge von Lüneburg; Garnisonskirche

Eine Bronzetafel im Mittelgang erklärt, dass in dem 1388 hierher verlegten Grab die Gebeine der Billunger- und Welfen-Herzöge zwischen 973 bis 1471 beigesetzt sind. St. Michaelis war die Garnisonskirche der Stadt. Tafeln in der Turmhalle verzeichnen die toten Soldaten des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71, des Ausrottungsfeldzugs gegen die Herero und Nama in Südwestafrika 1904/05 und des 1. Weltkriegs, verbunden mit der Bitte: „Herr, mache mich zum Werkzeug deines Friedens.“

Johann-Sebastian-Bach-Platz



Auch an dieser Station des Friedenspfades wurde keine „erklärende Tafel“ installiert. Die Betrachter/-innen sind ausschließlich auf den Falblatt-Text als Informationsquelle angewiesen.

Es ist absolut nicht nach zu vollziehen, warum das Grab mit den Gebeinen der Billunger- und Welfen-Herzöge aus der Zeit von 973 bis 1471 für einen Friedenspfad relevant sein und ein „Ort des Gedenkens“ darstellen soll. Da darüber hinaus bereits durch die Einschriften-Tafeln am Dragonerdenkmal (Station 2: „Reiterdenkmal für die Toten des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16“) auf die toten Soldaten von 1870/71, von 1904/05 und 1914/18 verwiesen wurde, scheint auch dieser doppelte Hinweis eher zum Besuch der Kirche anregen zu wollen als zu einem weiteren Gedenkort.

Die Funktion und Rolle dieser Garnisonskirche als jeweils staatstragende Einrichtung bleibt hingegen ausgespart. Zu jeder Zeit machte sie sich mit den Herrschenden gemein, segnete die todbringenden Waffen, schuf die ideologische, überirdische Motivation für den jeweiligen Krieg.

In aller Deutlichkeit zeigt ein Zeitungsartikel aus den Lüneburgischen Anzeigen am Beispiel, in welcher Weise diese Garnisonskirche und der Garnisonsgeistliche zur Festigung der faschistischen Macht und Hitler-Verehrung öffentlichkeitswirksam beitrug. Unter der Überschrift „Feldgottesdienst und Gefallenenehrung am Dragoner-Ehrenmal“,<sup>265</sup> wurde im August 1933 über dieses Ereignis und die Ansprache des Militärgeistlichen berichtet:

„Die einzelnen Dragonervereine mit ihren Standarten rücken heran, es marschieren auf SA und Stahlhelm, die Kriegervereine, die beiden Schwadronen der Reichswehr ... Und dann bestieg der frühere Garnisonsgeistliche Pastor Reuter die Kanzel. Er knüpfte an das Wort aus dem 77. Psalm: Darum gedenke ich an die Taten des Herrn, ich gedenke an deine vorigen Wunder ... Das Denkmal, das für die Gefallenen des alten Dragoner-Regiments 16 und die der Reserve-Kavallerie-Abteilung 78 errichtet ist, ruft uns zu: Vergiss, mein Volk, die treuen Toten nicht ... Heute wieder stehen hier wohl 1.000 alte Dragoner, ferner eine große Anzahl von Mitgliedern der Kriegervereine, des Kyffhäuserbundes, der beiden Eskadrons, der SA, des Stahlhelms und viele andere. Alle schauen auf das Denkmal ... Aber nicht nur in Trauer stehen wir hier ... nein, mit tiefer Dankbarkeit und Freude denken wir an die Million Deutscher, die auf zahllosen Schlachtfeldern über der Erde, unter der Erde, im Wasser, in der Luft mit Gott für König und Vaterland in den Tod gegangen sind ... Sie waren Werkzeuge des allmächtigen Gottes, der durch sie das deutsche Volk lebendig gehalten und vor dem Untergange gerettet hat ... Wir legen uns die Frage vor, haben wir solche Wendungen durch Gottesfürgung nicht öfters erlebt? Oder war es keine göttliche Fügung, was wir in den denkwürdigen Tagen des August 1914 erlebten, als Gott in wundervoller Einigkeit des Geistes sein deutsches Volk in den Kampf schickte? Oder wenn Generalfeldmarschall von Hindenburg die russische Dampfwalze bei Tannenberg bezwang, oder wenn unsere Dragoner auf dem Siegeszug des deutschen Heeres schon die Silhouette des Eiffelturms sahen? Es war auch eine Wendung durch Gottes Führung, wenn uns beim Rückzug 1918 am Ende der Endsieg doch noch entglitt, wenn durch die schwarz-weiß-goldene Internationale das deutsche Volk trotz der Not des Krieges in noch tiefere Erniedrigung durch den Versailler Vertrag gestoßen wurde, wenn das Volk 14 Jahre getragen hat, was ihm auferlegt wurde von knechtischer Erfüllungspolitik, wenn es sich immer mehr hat ausbeuten lassen durch Gwaltthaber, die oft in die eigene Tasche wirtschafteten. Politischer, wirtschaftlicher und moralischer Bankrott wären am Ende sicher gewesen, wenn nicht Gott seines Volkes gedacht hätte und wenn nicht am Anfang dieses Jahres noch einmal eine Wendung durch seine Führung eingetreten wäre. Wenn er nicht einen Mann zum Retter

<sup>265</sup> LA v. 14.8.1933

Deutschlands gemacht hätte, der das Volk vor dem Sturz in den Abgrund des Verderbens bewahrte, einen Mann, der sich in den Gedanken des Christentums stellte. Unter der Führung Adolf Hitlers dürfen wir gewiss sein, dass Gott das deutsche Volk auf dem Wege führt, der zu Gottes Zielen hinführt und dass wir rühmen können: Herr Gott, dein Weg ist heilig.

Diese Wendung durch Gottes Führung aber wäre nicht möglich gewesen ohne die Opfer der Millionen, die ihr Blut dafür vergossen haben, auch die Gefallenen des Dragoner-



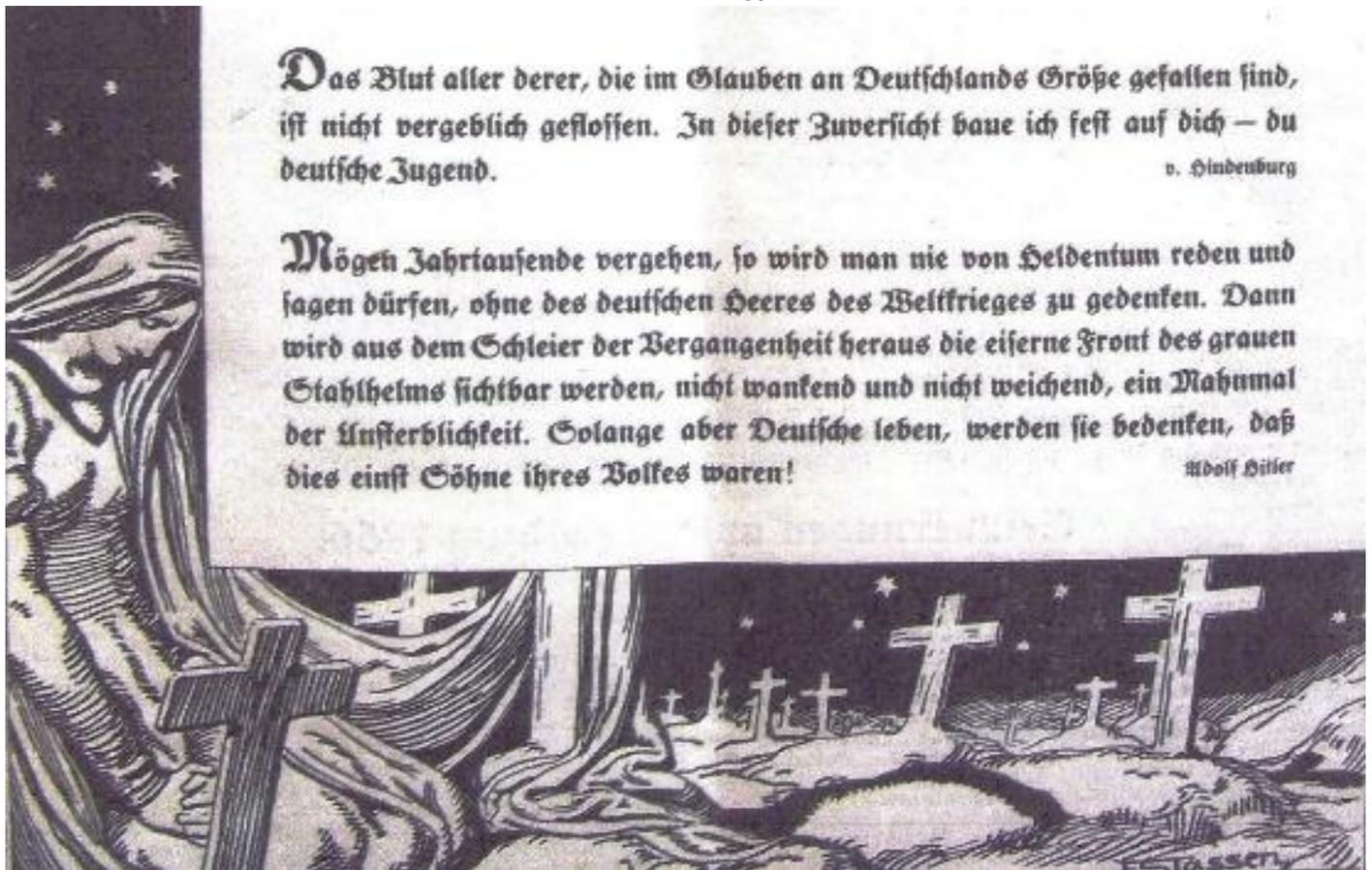
Regiments. Sie haben die Einigkeit des deutschen Reiches, das durch die Novemberrevolution auseinanderzubrechen drohte, zusammengehalten. Gott hat die Wunder durch das Blut der Gefallenen vollbracht. Darum wollen wir die Hände falten und die Herzen zu Gott erheben: Herr Gott, du bist der Gott, der Wunder tut, du hast deine Macht bewiesen unter den Völkern. Der Herr hat Großes an uns getan, Ehre sei Gott in der Höhe!

Der Pastor sprach das Vaterunser, erteilte den Segen und dann sang die Gemeinde ergriffen: „Nun danket alle Gott!“

...<sup>266</sup>

Ansprache des Lüneburger Militärgeistlichen, Pastor Reuter, am „Heldengedenktag“ 1934 vor der „Dragoner-Kameradschaft“

Aufruf der „Dragoner-Kameradschaft“ für dieses Heldengedenken 1934<sup>267</sup>



<sup>266</sup> Siehe: VVN-BdA Lüneburg, „Eilt herbei, ihr alten Krieger!“ Zur Geschichte des Lüneburger „Bundes zur Pflege der Kameradschaft

unter den Angehörigen des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16, Lüneburg 2013, S. 42 f

<sup>267</sup> Bundesnachrichten Nr. 27

## 23 Gedenkstein an die St. Ursula-Nacht 1371

„Bürgerstolz bricht Fürstenwillkür“. 1996 setzte der Bürgerverein vor dem Heiligengeist-Hospital an der Ecke Heiligengeiststraße/Ludwigstraße einen Findling mit bronzener Inschriftentafel. Sie erinnert an die St. Ursulanacht zum 21.10.1371, als die Bürger ihre Freiheit gegen eine Schar bewaffneter Ritter verteidigten, und mahnt zu Wachsamkeit und Zivilcourage gegenüber inneren und äußeren Feinden der Freiheit. Auf das Ereignis nimmt auch der Memorialstein für Hinrik Viscule (Nr. 15) Bezug.

Heiligengeiststraße / Ludwigstraße



Der Text der „erklärenden Tafel“ ist identisch mit dem Prospekttext. Es gibt am Gedenkstein keine weiteren Informationen.

Dieser Gedenkstein wurde 1996 vom konservativen „Bürgerverein“ gesetzt. Er erinnert an ein Ereignis des Jahres 1371 – die sogenannte St. Ursula-Nacht. Weder die Textinschrift am Gedenkstein, noch der Text zu dieser Station im Falblatt der Friedensstiftung erhellen den historischen Kontext, in dem die St. Ursula-Nacht zu sehen ist. Der wäre zu beschreiben als Teil der Auseinandersetzung zwischen aufstrebendem Bürgertum und Feudalgewalt, in Lüneburg als Kampf des Bürgertums und der hier herrschenden Patriziersklasse gegen den braunschweigschen Feudaladel. Es waren nicht die Salinenarbeiter, die hier 1371 „ihre Freiheit“ verteidigten (sie besaßen nämlich keine), sondern die Salinenbesitzer/Prälaten und Händler, die durch einen Anschluss an die Herzöge Albrecht und Wenzel ihre Privilegien und Sonderrechte behalten wollten, die sie durch Herzog Magnus von Braunschweig bedroht sahen. Dieser nämlich forderte „die Einziehung des Sülzbesitzes ... an der Saline in Lüneburg.“<sup>268</sup>

Dass dieser historische Vorgang heute „zu Wachsamkeit und Zivilcourage gegenüber inneren und äußeren Feinden

der Freiheit“ (eine Formulierung wie von der Geheimdienstbehörde des Verfassungsschutzes abgeschrieben) mahnen soll, entspricht dem gängigen Muster, indem die Freiheit der Menschen eines Staats-/Stadtwesens stets durch die „Freiheit“ und Möglichkeit zur Interessensentfaltung der Besitzenden definiert wird.

Historische Ereignisse, die einen Bezug „zu Wachsamkeit und Zivilcourage gegenüber inneren und äußeren Feinden der Freiheit“ aufweisen, gäbe es allerdings auch in Lüneburg reichlich: Von den Sozialistengesetzen (Verbot der SPD 1878 -1890) über den Sieg über den kaiserlichen Militarismus durch die Novemberrevolution (als auf dem Rathaus die rote Fahne wehte) und die Etablierung der parlamentarischen Demokratie 1919 (Wahlrecht für alle erwachsenen Einwohner), bis zur Abwehr des monarchistisch-reaktionären Kapp-Putsches (als am 15. März 1920 von den Gewerkschaften und den beiden Arbeiterparteien SPD und USPD ausgerufen ein Generalstreik die gesamte Stadt lahmlegte), über die „Wachsamkeit und Zivilcourage“ von Lüneburgs Nazi-Widerständler vor und nach 1933 oder der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Lüneburgs Geschichte bietet viele Gelegenheiten, Wachsamkeit und Zivilcourage anzumahnen oder zu würdigen. Kein einziges Denkmal erinnert an diese Seite in Lüneburgs Geschichte. Den Friedenspfad-Akteuren fällt dies noch nicht einmal auf.

Man kommt nicht umhin anzunehmen, dass durch die Auswahl dieses Erinnerungssymbols an die St. Ursula-Nacht dem Bürgerverein selber Ehre erwiesen werden soll, denn der bekannteste symbolische Hinweis auf die Ereignisse während der St.-Ursula-Nacht befindet sich in der Bäckerstraße.

## Sein Herz gehört der Regionalkultur

Bürgerverein zeichnet den Publizisten Dr. Werner Preuß als Bürger des Jahres 2014 mit dem Sülzmeistering aus



Bürgervereinsvorsitzender Rüdiger Scholz (l.) und Laudator Folker Thamm (r.) freuen sich gemeinsam mit Prof. Dr. Werner Preuß. Er erhält in diesem Jahr den Ehrenring. Foto: be

Vom Geben und Nehmen: Bürgervereins-Vorsitzender Scholz überreicht Friedenspfad-Historiker Preuß einen Ehrenring. Friedenspfad-Koordinator Thamm betätigt sich als Laudator. LZ v. 8.12.2014, Ausriss

<sup>268</sup> E. Peters, Lüneburg ..., S. 149

## 24 Ostpreußisches Landesmuseum, Mahnmale der Flucht und Vertreibung

Flucht, Verschleppung und Vertreibung, der vollständige Verlust von Heimat war nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 und im Gefolge des 2. Weltkriegs das Schicksal von Millionen Europäern. An ihr Leid gemahnt die Bronzefigur „Erinnerung an Ostpreußen“ von Hermann Brachert aus dem Jahr 1970, die seit 1987 vor dem Ostpreußischen Landesmuseum steht. Den Schritt über den Abgrund wagt hoch über dem Gebäude die von Hubertus von der Goltz geschaffene Figur „Zwischen den Zeiten“ (1990).

Heiligengeiststraße 38/39, Ritterstraße 10



An dieser Station des Friedenspfades ist keine „erklärende Tafel“ installiert; die Betrachter sind also auf den Faltblatt-Text als Informationsquelle angewiesen.

Bei diesem Text lassen die Friedenspfad-Akteure ihren eigenen Interpretationen freien Lauf und stellen die vermutete Motivation des Künstlers und die vermeintliche Aussage seines Werkes in einen von ihnen konstruierten Kontext, damit sie die Kunstwerke als „Mahnmale der Flucht und Vertreibung“ titulieren können.

Da ist zunächst die balancierende Figur über dem Eingangportal des Ostpreußischen Landesmuseums. Sie wurde geschaffen von Hubertus von der Goltz, geboren 1941 in Gross Bestendorf (Ostpreußen). Nach Wikipedia ist das Hauptthema seiner Arbeiten „das Verhältnis zwischen Mensch und Raum, wobei Übergänge und Brücken dem Künstler als Sinnbild für soziale und psychische Probleme gelten, die er zu überwinden hat.“<sup>269</sup> Entsprechend heißen seine Kunstwerke z.B. „Balance“, „Überquerung“ oder „Auf dem Weg“, u. ä. Die Installation in Lüneburg hat von der Goltz schlicht „Zwischen den Zeiten“ genannt (eine Arbeit mit demselben Titel hat er auf der Darmstädter

Mathildenhöhe realisiert). Daraus ein „Mahnmal der Flucht und Vertreibung“ abzuleiten, scheint dann doch etwas hergeholt. Der Künstler selbst hat diese Installation jedenfalls explizit nicht „Mahnmal“ genannt - obwohl er diesen Titel in seinem Werk sehr wohl verwendet - so bei seinem „Mahnmal für die Opfer von Gewalt, Krieg und Verfolgung in der Stadt Weinheim“.<sup>270</sup>

Die große Bronzefigur gegenüber dem Museumseingang ist ein Werk von Hermann Brachert, geb. 1890. Der Künstler wuchs in Stuttgart auf, erhielt 1919 eine Berufung als Professor an die Staatliche Kunstgewerbeschule Königsberg und leitete ab 1926 eine Abteilung dieser Schule. 1933 erhielt er von den Nazis ein Ausstellungsverbot, seine Kunstwerke im öffentlichen Raum wurden entfernt. Bei der Großen Deutschen Kunstausstellung 1941 in München durfte Brachert wieder ausstellen. Nach seiner Rückkehr nach Stuttgart wurde er 1946 Professor und Leiter einer Bildhauerklassen an der dortigen Staatlichen Akademie der bildenden Künste,<sup>271</sup> 1956 wurde er emeritiert.<sup>272</sup>

Die Wurzeln seiner Lüneburger Bronzeplastik reichen bis in die Zeit der Weimarer Republik zurück: 1931 wurde H. Brachert aufgefordert, eine Plastik zu Ehren des Malers Louis Corinth zu schaffen. Im selben Jahr „... entwarf Hermann Brachert die Figur, sie stand als kleine Ausführung in seinem Garten.“<sup>273</sup> Bracherts „... letzte Großplastik war eine weibliche Figur ... Das Arbeitsverbot der Nationalsozialisten für Brachert 1933 verhinderte die Vollendung. Sie ging 1945 verloren. Später griff Brachert das Motiv auf“<sup>274</sup> und fertigte 1955 ein Gipsmodell von dieser Plastik an.<sup>275</sup> 1970 vollendete er diese Plastik als Modell und gab ihr den Namen „Galina 3“, was auf eine dritte Version oder Anfertigung dieser Figur hindeutet. Der Frauenvorname „Galina“ stammt aus dem Griechischen, bedeutet „Ruhe“ oder „Frieden“ und ist auch in der Sowjetunion/Russland beliebt (auch als „Halina“ oder „Halyna“ verwendet). Bei ihrer Aufstellung in den mittleren Anlagen in Stuttgart erhielt sie von Brachert, wenige Monate vor seinem Tod, den Titel „Erinnerung an Ostpreußen“,<sup>276</sup> jetzt als Reminiszenz an jenen Landstrich, in dem er über zwei Jahrzehnte wirkte. „Der Künstler hat der Erinnerung an dieses Land eine Frauengestalt gegeben, wie auch Dichter dort weibliche Anmut, schenkende Schönheit und bergende Mütterlichkeit sahen...“<sup>277</sup>

Dass die „Erinnerung an Ostpreußen“ zu einem Museum passt, das sich „Ostpreußisches Landesmuseum“ nennt, mag den Eigentümern des Kunstwerks eingeleuchtet haben; sie überließen es jedenfalls den Lüneburger Museumsmachern als Leihgabe.

<sup>269</sup> [www.de.wikipedia.org/wiki/Hubertus\\_von\\_der\\_Goltz](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Hubertus_von_der_Goltz). [Dez. 2015]

<sup>270</sup> Titel und Abbildung unter [http://www.hubertus-von-der-goltz.de/install\\_aussen\\_perma.html](http://www.hubertus-von-der-goltz.de/install_aussen_perma.html) [Dez. 2015].

<sup>271</sup> wikipedia, Sept. 2015

<sup>272</sup> Ostpreußenblatt v. 9.9.1972

<sup>273</sup> LZ v. 17.3.2007

<sup>274</sup> LZ v. 27.6.1987

<sup>275</sup> Ostpreußenblatt v. 11.7.1987

<sup>276</sup> LZ v. 27.6.1987

<sup>277</sup> Harry Poley, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Ostpreußen, in: Ostpreußenblatt v. 11.7.1987

Deren Erinnerung an Ostpreußen war freilich von einer ganz anderen Ideologie geprägt, und so verpassten sie der Skulptur bei der Einweihung des Ostpreußischen Museums am 27. Juni 1987 in Lüneburg einen derben revanchistischen Anstrich. In seiner Ansprache vor dem Museumsgebäude legte Festredner Dr. Ottfried Hennig, Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, ein „Bekenntnis zur Heimat Ostpreußen“ ab. Er forderte, dass das „unantastbare Recht auf Selbstbestimmung und auf die Heimat nicht bestritten werden dürfe“ und verlangte „ein freies Ostpreußen in einem freien Europa.“<sup>278</sup> Freiherr Otto von Fircks, ehemals SS-Obersturmführer und seinerzeit Vorsitzender des Trägervereins des Museums, blies ins gleiche Horn und forderte ein „Rückkehrrecht der Ostpreußen.“<sup>279</sup>

Kein Wunder, dass die „Erinnerung an Ostpreußen“ in den Augen solcher „Museumspädagogen“ nichts anderes als ein „Mahnmal der Flucht und Vertreibung“ sein konnte.

Ähnlich sahen es in den Folgejahren einige Geschichts-Interpreten in der Lüneburger Landeszeitung. So erschien dort 1988 beispielsweise unter der Überschrift „Hunderttausende flohen auf Ackerwagen westwärts“ ein Artikel über die Skulptur vor dem Ostpreußischen Landesmuseum.<sup>280</sup> Sein Autor, Theologe Erich Hessing, war 1934 Mitarbeiter des NS-affinen Landesbischofs August Marahrens und später Superintendent in Bleckede. Die faschistische Vorgeschichte dieser Fluchtbewegung gänzlich ausblendend schreibt Hessing, was es seiner Meinung nach wirklich mit dem Denkmal auf sich hat: „Mitten im strengen Winter 1944/45 gingen Hunderttausende auf die Flucht vor den über die Reichsgrenze vorstoßenden sowjetischen Truppen ... Vor dem Museum steht eine Bronzeplastik — eine übergroße, kraftvoll ausschreitende Frauengestalt, die auf dem Sockel als „Erinnerung an Ostpreußen“ bezeichnet wird. In dieser Frau verkörpert sich das ganze schwere Schicksal, das den Menschen des deutschen Ostens auferlegt wurde. Zugleich aber bringt ihre ungebeugte Gestalt den Willen zu einem tapferen Neuanfang zum Ausdruck.“ Gut ein Jahrzehnt später tauft die LZ diese Plastik in „Mütterchen Ostpreußens“<sup>281</sup> um, und der Verfasser des Lüneburger Standardwerkes zur Geschichte der Stadt, Dr. Elmar Peter, erkennt als wahre Bedeutung dieser Plastik: Sie „verkörpert das Schicksal der vor dem Nichts stehenden Heimatvertriebenen.“<sup>282</sup>

Es bleibt festzuhalten: Aus einer Figur des Bildhauers Brachert aus dem Jahre 1931, danach aus der Plastik „Galina“, die durch ihre Frauengestalt weibliche Anmut darstellen sollte, später eine Reminiszenz an die Schönheit Ostpreußens, wurde 1987 in Lüneburg eine Versinnbildlichung vom

„Recht der Ostpreußen auf ihre Heimat“ gemacht. Im Kontext des Ostpreußischen Landesmuseums verkörperte die Figur angeblich das schwere Schicksal der ‚deutschen Opfer der Sowjets und der Heimatvertriebenen‘ und begründete ihr Rückkehrrecht nach Ostpreußen.

In seinem Buch „Ostpreußen ade“ charakterisiert Ralph Giordano diese Sichtweise so:

„Es ist die absichtsvolle Aussparung der NS-Epoche aus der Vorgeschichte der Flucht und Vertreibung, die auch so lange danach noch die tiefe Verstrickung in das nationalsozialistische Erbe sichtbar macht. Hinter diesem Willen zur selektiven Wahrnehmung steht eine Unbußfertigkeit, die sich bis heute unfähig erwiesen hat, ihr einseitiges Weltbild zu revidieren. Es ist die manische Fixierung auf das eigene Leid, die die Einbeziehung des deutsch verursachten fremden Leids in den Trauerprozess unmöglich macht, und damit auch eine wirkliche Versöhnung.“<sup>283</sup>

Auch 20 Jahre später muss man von einem „Friedenspfad“ erwarten, dass er sich für solch eine „wirkliche Versöhnung“ ohne Wenn und Aber einsetzt. Zwar stellt der Friedenspfad-Text durchaus eine gedankliche Verbindung von „Flucht, Verschleppung und Vertreibung“ einerseits und „der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933“ und dem II. Weltkrieg andererseits her – aber er formuliert diese Verbindung nicht klar als Kausalzusammenhang, sondern als zeitliche Abfolge von Ereignissen.

Zugleich erheben die Historiker der Manzke-Friedensstiftung die Skulpturen vor dem Museum wiederum zu „Mahnmale(n) der Flucht und Vertreibung“ - eine Deutung, die dann mit der betrauertem „Flucht, Verschleppung und Vertreibung“ und dem „vollständige(n) Verlust der Heimat“ Formulierungen hervorbringt, wie sie von Revisionisten nur zu gern verwendet wurden und werden. Auch die zutreffende Feststellung im Faltblatt-Text, der „Verlust der Heimat“ sei das Los von „Millionen Europäern“ - also nicht allein von ehemaligen (deutschen) Ostpreußen -, ist richtig und wichtig; durch die direkte Nähe zum „Ostpreußischen Landesmuseum“ sowie im Kontext mit den zitierten Textwendungen ist die Rezeption der Mahnmale aber auf die Opfergruppe der deutschen Ostpreußen ausgerichtet.

<sup>278</sup> Ostpreußenblatt v. 11.7.1987

<sup>279</sup> Vergl.: VVN-BdA Lüneburg. Ist das alles schon wieder vergessen? Dokumentation zur Eröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums, Lüneburg 1987

<sup>280</sup> LZ v. 11. 11. 1988

<sup>281</sup> LZ v. 13.1.1999

<sup>282</sup> ebenda

<sup>283</sup> Ralph Giordano, Ostpreußen ade, Köln 1994, S. 104

**Aus der Geschichte lernen:  
Demonstration gegen Neonazis  
in Lüneburg**



Die Publikationen der Lüneburger VVN-BdA sind zu bestellen unter [vvn-bda-ig@web.de](mailto:vvn-bda-ig@web.de) zum Preis von 5.- € (einschließl. Versandkosten).

**Schriften ab 2001:**

NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus Polen (2001)

Die faschistische Verfolgung der Lüneburger Juden (2003)

Lüneburg Rechtsaußen: 1997 – 2003 (2004)

NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus der Ukraine (2004)

Lüneburg 1933 – Widerstand und Verfolgung (2004)

DVD: Ehemalige NS-Zwangsarbeiter/-innen zu Besuch in Lüneburg (2005)

Die Verfolgung der Lüneburger Sinti (2008)

Der Bergen-Belsen-Prozess in Lüneburg 1945 (2009)

„Für eine Liebe so bestraft ...“, Zur NS-Verfolgung von Frauen der Region durch das Landgericht Lüneburg (2010)

Die Staatspolizei Lüneburg – Täter und Strukturen (2011)

Von Gernika über Lüneburg nach Wielun - Zur Geschichte des Lüneburger Luftwaffen-Kampfgeschwaders 26 – eine Skizze (2012)

**Hermann Reinmuth** – Eine Erinnerung an den Beamten der Lüneburger Bezirksregierung, NS-Widerständler und KZ-Häftling (2012)

**Wer war Landrat Albrecht?** Ein Beitrag zur Diskussion um die Umbenennung der Lüneburger Landrat-Albrecht-Straße (2012)

„Strömt herbei, ihr alten Krieger!“, Zur NS-Geschichte des 2. Hannoverschen Dragonerregiments Nr. 16 (2013)

**Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung 1933** (2013)

**Hindenburg** – Ein Beitrag zur Umbenennung der Lüneburger Hindenburgstraße (2014)

**Die Staatspolizei Lüneburg** – Über das Leben und Sterben der Gestapo-Schutzhäftlinge des Landgerichtsgefängnis Lüneburg (2014)

**Das Landgericht Lüneburg als „Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung“ der 1950er/60er- Jahre. Teil I: Das Personal.** Nichts verlernt – die zweite Karriere ehemaliger NS-Richter und Staatsanwälte bei der 4. Strafkammer, Lüneburg 2015

**In Vorbereitung:**

**Das Landgericht Lüneburg als „Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung“ der 1950er/60er- Jahre. Teil II: Die Opfer**

Zur Geschichte des Lüneburger KZ-Friedhofs im Tiergarten